

Das ist unsere neue Staatsspitze

Nach der Stichwahl wurde Prof. Alexander Van der Bellen designierterter Bundespräsident, sieben Tage zuvor wurde Christian Kern als neuer Bundeskanzler angelobt.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Unser neuer Bundeskanzler: Christian Kern

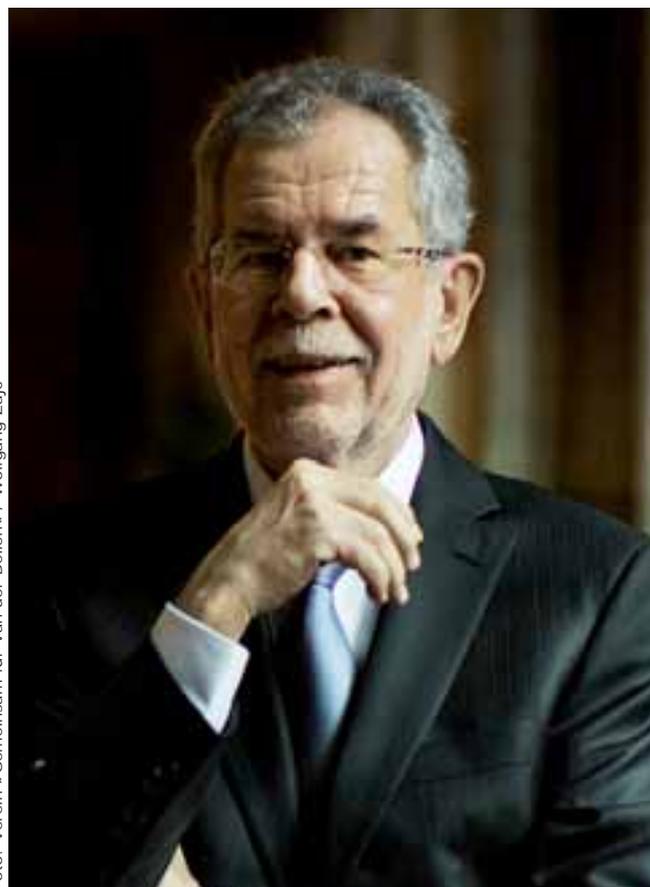


Foto: Verein »Gemeinsam für Van der Bellen« / Wolfgang Zajc

Unser neuer Bundespräsident: Prof. Alexander Van der Bellen

Der Ausgang des ersten Wahlgangs zur Wahl der neuen Bundespräsidentin/des neuen Bundespräsidenten am 24. April war für alle überraschend. Nicht deshalb, weil keine/keiner der einen Kandidatin und der fünf Kandidaten im ersten Wahlgang eine Mehrheit erlangen konnte, sondern weil keiner der von den beiden Regierungsparteien ins

Rennen geschickten in die Stichwahl gekommen waren.

Die nächste Überraschung war dann der Rücktritt von Werner Faymann als Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender der SPÖ, den er am 9. Mai bekanntgab.

Mit dem hatte aber niemand gerechnet: Die Bundespräsidenten-Stichwahl endete am

Wahltag mit einem Gleichstand von 50:50, erst die Auszählung der Briefwahlstimmen am darauffolgenden Montag brachte dann die Gewißheit: Prof. Alexander Van der Bellen erlangte mit 50,3 Prozent die Mehrheit vor Norbert Hofer und wird daher am 8. Juli das höchste Amt im Staat antreten...

Lesen Sie weiter auf der Seite 54 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
diesmal widmen wir dem Wechsel an der Spitze unseres Staates zwei ausführliche Beiträge. Der zweite Bundespräsidenten-Wahlgang hat ein wirklich überraschendes Endergebnis gebracht. Sollte es keinen Einspruch dagegen geben, wird am 8. Juli die Amtsübergabe in der Hofburg vollzogen werden.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 154

<p>Bundespräsident Heinz Fischer in Rom und Berlin 3</p> <p>Tanger: Bures appellierte an Dialogbereitschaft 5</p> <p>Kurz auf Arbeitsbesuch in Israel 6</p> <p>Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus... 8</p> <p>Fest der Freude 10</p> <p>Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus 13</p> <p>Gedenkfeier im Konzentrationslager Mauthausen 15</p> <p>ÖIF-»Integrationsbarometer« 16</p> <p>EU-Migration nach Österreich 17</p> <p>15 Siegerprojekte in 20 Ländern und viel Innovation! 19</p> <p>ICMPD errichtet Koordinations- und Kooperationszentrum für Migration 20</p> <p>CETA und TTIP im Parlament 21</p> <p>Wichtige Brückenfunktion zwischen den Regionen Europas 23</p> <p>Biennale: Österreich-Pavillon 24</p> <p>Die Gemeinsame Erklärung von Krumau 26</p> <p>Kaiser-Maximilian-Preis 2016 29</p> <p>UN-Flüchtlingshochkommissar Volker Türk ausgezeichnet 30</p> <p>»basemap.at« ausgezeichnet 31</p> <p>Der Urlaubseuro 2016 32</p> <p>austria design net 33</p> <p>Kurzmeldungen »...und die Welt« 35</p> <p>Kurzmeldungen AuslandsKultur 44</p> <p>Tiroler Technologie weltweit erfolgreich 44</p> <p>Wie Wüstensöhne Sand schaufeln 45</p> <p>Von Wien nach Tauranga 50</p> <p>Serie von Birgit Anna Krickl 50</p> <p>Weltbund-Tagung Auslands-österreichertreffen 2016 52</p> <p>Der neue Bundespräsident 54</p> <p>Der neue Bundeskanzler 64</p> <p>-----</p> <p>»Burgenland Journal«</p> <p>Weichenstellung für Standortsicherung 75</p> <p>Maßnahmen für Arbeitsmarkt präsentiert 77</p> <p>Instrument der Ökobaustelle 78</p> <p>Kulturzentrum Mattersburg – Siegerprojekt wurde präsentiert 80</p>	<p>Eisenstadt: Gemeinsam sicher ist gestartet 82</p> <p>Kurzmeldungen 83</p> <p>Tier – Mensch. Jahresausstellung auf Schloß Halbturn 84</p> <p>-----</p> <p>Euregio-Vorstand tagte in Rovereto 85</p> <p>Ein Schritt weiter in Richtung digitaler Binnenmarkt 86</p> <p>Leichter Rückenwind durch WIFO: Konjunkturbeschleunigung im I. Quartal 88</p> <p>Einfamilienhaus-Preise spürbar gestiegen 89</p> <p>Wintersaison schließt mit Höchstwerten 92</p> <p>40 Jahre Stadterhebung Wieselburg 93</p> <p>»Steirer in Wien« feierten Jahrhundertprojekt Bleistätter Moor geht in die Zielgerade 94</p> <p>50 Jahre Prangerstutzenschützen Obertrum 94</p> <p>Republik ehrt Anna Veith 95</p> <p>Oberösterreich ehrt Innenminister 96</p> <p>Torberg-Medaille für Mailath 96</p> <p>Charta »Kulinarisches Österreich« 97</p> <p>Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in NÖ 98</p> <p>Regulator von Todesrezeptor gefunden 99</p> <p>Bei der Geburt von Wolken dabei 100</p> <p>Der richtige Dreh für den perfekten Kristall 101</p> <p>Vom Handyphoto zur Virtual Reality 102</p> <p>Hebräische Handschriften der OeNB online 103</p> <p>Orientierung für Roboter 104</p> <p>Nur Gesichter? Portraits der Renaissance 106</p> <p>M. Kurzweil – Licht und Schatten 111</p> <p>»Rot ich weiß Rot. Kritische Kunst für Österreich« 113</p> <p>Francisco de Goya in Gmünd 115</p> <p>Nestlé und Salzburg Festival 116</p> <p>Young Conductors Award 2016 116</p> <p>Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich: Johanna Matz 118</p> <p>Salzburger Almsommer 119</p>
--	---



Fest der Freude am Heldenplatz **S 10**



Der neue Bundespräsident **S 54**



Der neue Bundeskanzler **S 64**



Nur Gesichter? **S 106**



Salzburger Almsommer **S 119**

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: BKA / Andy Wenzel; HBF / Peter Lechner; SPÖ / Patrick Köck; Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum / Wolfgang Lackner; SalzburgerLand Tourismus / Achim Meurer

Bundespräsident Heinz Fischer in Rom und Berlin

Gespräche mit Staatspräsident Sergio Mattarella über Kontrollmaßnahmen am Brenner und mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Joachim Gauck über den Kanzlerwechsel in Österreich und das Verhältnis Wien-Berlin.



Fotos: HBF / Peter Lechner

Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella und Bundespräsident Heinz Fischer, in diesem Bild anlässlich Mattarellas Wienbesuch am 16. September 2015

Bundespräsident Heinz Fischer hat seinem italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella in einem Gespräch am 9. Mai in Rom versichert, daß es zu keiner Schließung der Brenner-Grenze kommen wird. „Österreich ist sich der Wichtigkeit der Brenner-Grenze voll bewusst. Wir arbeiten nicht auf eine Schließung der Grenze hin“, sagte Heinz Fischer gegenüber der APA in der italienischen Hauptstadt.

Der Personen- und Warenverkehr am Brenner müsse unbedingt aufrechterhalten bleiben, Kontrollmaßnahmen seien jedoch notwendig, sollte die Zahl der Grenzübertritt-

te substantiell steigen, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall sei, fügte der Bundespräsident hinzu. Wichtig sei laut Fischer, die Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich an der gemeinsamen Grenze zu stärken. Dies soll unter anderem mit dem Polizeikooperationsabkommen erfolgen, das vom Parlament in Rom noch ratifiziert werden muß.

Fischer und Mattarella waren sich einig, zur Bewältigung der Flüchtlingskrise müsse die EU an einer Sicherung der Außengrenzen, an einer „gerechteren und solidarischen Verteilung“ von Flüchtlingen innerhalb Eu-

ropas und an Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsländern arbeiten.

Zur gewaltsamen Demonstration am Brenner am 8. Mai, bei der 23 italienische Polizisten verletzt wurden, erklärte Fischer, er bedauere die Ausschreitungen. „Demonstrationen sind in einer Demokratie jedenfalls auch dann zulässig, wenn sie keinen Beitrag zur Lösung eines Problems leisten. Auf beiden Seiten sollten aber solche Demonstrationen nicht überschätzt werden.“

Auch das Thema Südtirol und die Verfassungsreform, über die sich die Italiener mit einem Referendum im Oktober aussprechen werden, wurde beim informellen Arbeitsgespräch in Rom angesprochen. „Es ist zu begrüßen, daß sich Italien und Österreich zum Pariser Abkommen und zu all dem, was seither zwischen den beiden Ländern betreffend Südtirol vereinbart wurde, bekennen. Dies gilt auch für die weitere Entwicklung der Südtirol-Autonomie“, erklärte der Bundespräsident. Das Pariser Abkommen zwischen Österreich und Italien aus dem Jahr 1946 garantiert den Schutz der deutschsprachigen Minderheit südlich des Brenners.

Fischer und Mattarella tauschten auch Gedanken über die Zukunft der EU aus: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß sich das europäische Projekt derzeit in einer sehr schwierigen Phase befindet. Das hängt zum Teil mit dem bis heute ungelösten Flüchtlingsproblem, aber auch mit Schwierigkeiten im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich zusammen, sowie mit der hohen Arbeitslosigkeit. Das alles schürt nationalistische Tendenzen, die nicht auf ein harmonisches und gemeinsames Europa abzielen“, so Fischer.

Besuch in Berlin

Beim Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland gibt es keinen Grund zum Stirnrunzeln“, das sagte Bundespräsident Heinz Fischer am 12. Mai nach seinen Gesprächen in der deutschen Hauptstadt. Der Ton zwischen Wien und Berlin sei immer maßvoller gewesen als der zwischen München und Berlin, sagte er gegenüber der

Österreich, Europa und die Welt



APA. Es handelte sich um eine der letzten Auslandsreisen des Bundespräsidenten.

Nach seinen Gesprächen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und seinem Amtskollegen Joachim Gauck, der ihn gemeinsam mit Ehefrau Margit zum Mittagessen in Schloß Bellevue empfing – zog der Bundespräsident am Bilanz: „In einem Punkt haben Merkel und ich hundertprozentig übereingestimmt“, sagte Heinz Fischer auf die Frage der APA. „Nämlich daß der Ton zwischen Wien und Berlin immer maßvoller und vorsichtiger war als der Ton zwischen München und Berlin oder Sankt Pölten und Wien.“

Deutschland habe sich wegen der österreichischen Innenpolitik „nicht besorgt, sondern sehr interessiert“ gezeigt. Sowohl Kanzlerin Merkel als auch Präsident Gauck hätten ihn um Erläuterungen gebeten. In beiden Gesprächen habe es weder auf deutscher noch auf österreichischer Seite Stirnrünzeln gegeben. Er, Fischer, habe versichert, daß trotz der Wechsel in Wien – gemeint war der Rücktritt von Bundeskanzler Werner Faymann – die politische Stabilität gewährleistet sei. Solche Wechsel gehörten zu den Grundsätzen der Demokratie.

„Außerdem hat das Bundeskanzler Faymann wirklich eindrucksvoll, sachlich und mit Würde gemacht“, sagte der Bundespräsident vor österreichischen Korrespondenten. Gesprächsstoff bei Joachim Gauck seien „eigentlich alle Themen“ gewesen, so Fischer. Neben dem deutsch-österreichischen Verhältnis, der Präsidentenwahl, der Regierungsumbildung, Rußland und Ukraine, dem letzte China-Besuch Gaucks, auch ausführlich die Flüchtlingspolitik.

Der Bundespräsident betonte dabei, man wolle keine Grenzen schließen und insbesondere auch den Brenner-Paß nach Italien nicht sperren. Zur Entwicklung in der Türkei – „ein schwieriges, ernstes Problem“ –



Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzlerin Angela Merkel



Bundespräsident Heinz Fischer (2. v.r.) mit seiner Frau Margit zu Gast bei seinem deutschen Amtskollegen Joachim Gauck und Daniela Schadt (l.)

zitierte Fischer die Meinung der deutschen Kanzlerin.

Diese sei überzeugt, daß es sowohl auf der europäischen als auch auf der türkischen Seite ernsthaftes Interesse an einer Lösung gebe und daß man nicht vorzeitig nervös

werden solle. Es gebe durchaus die Chance, nach weiteren Verhandlungen noch gute Resultate zu erzielen und aufrecht zu erhalten.

<http://www.hofburg.at>

Quelle: APA/PrK

Bures appellierte an Dialogbereitschaft

Nationalratspräsidentin warb beim Gipfeltreffen der ParlamentspräsidentInnen im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum in Tanger für gemeinsamen Ansatz zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen und des Klimawandels.

Nationalratspräsidentin Doris Bures nutzte am 28. Mai ihre Rede beim Gipfeltreffen der ParlamentspräsidentInnen im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum (UfM) für einen eindringlichen Appell, miteinander einen Dialog auf Augenhöhe zu führen und trotz aller Rückschläge niemals den Dialog abzubrechen. Nur so könnten letztendlich Frieden und Stabilität erreicht werden. Sie warb dabei einmal mehr mit Nachdruck für einen gemeinsamen Ansatz zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen und des Klimawandels. Das Thema der Konferenz in der marokkanischen Küstenstadt Tanger lautete „Miteinander für eine gemeinsame Zukunft für den Euromediterranen Raum“.

Nur partnerschaftliches Verhältnis zwischen Gleichberechtigten bringt Interessensausgleich

Nur ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Gleichberechtigten könne zu einem Interessensausgleich zwischen Ländern mit jeweils spezieller geographischer Lage, historischer Entwicklung und gesellschaftlicher Situation führen, unterstrich die Nationalratspräsidentin. Bei allen Meinungsunterschieden sei es wichtig, „das gemeinsame Ziel nie aus den Augen zu verlieren – nämlich die Sicherung des Friedens und der Stabilität sowie eine nachhaltige und ausgeglichene Entwicklung aller Länder und für alle Menschen der Region“, sagte Bures, die damit nicht nur die politische Lage gemeint wissen will, sondern auch die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung. In diesem Sinne sei die Union für den Mittelmeerraum als eine wichtige Dialogplattform zu sehen, wo ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Mittelmeer-Anrainerstaaten stattfindet.

Bures räumte jedoch ein, daß der Weg zur Stabilität und Sicherheit im Mittelmeerraum noch sehr weit ist. Die Region sei noch immer von Instabilität und Unruhen geprägt. Sie spielte dabei nicht nur auf Libyen an – einem der Unruheherde in der Region, für

die eine friedliche und stabile Zukunft dringend erforderlich ist. Bures ging vor allem auch auf den Bürgerkrieg in Syrien sowie auf weitere Herausforderungen wie den sogenannten Islamischen Staat ein. „Dies stellt die gesamte internationale Staatengemeinschaft vor enorme Herausforderungen. Sei es der Kampf gegen die mörderischen IS-Truppen und ihre Verbündeten oder auch die notwendigen Friedensverhandlungen, die auch auf Wiener Boden geführt werden“, so Bures.

Mit großem Bedauern sei auch festzustellen, daß der Demokratisierungsprozeß in den Ländern südlich des Mittelmeeres ins Stocken geraten ist: „Das Verlangen nach einer tieferen Demokratisierung hat zwar zu Umbrüchen und einer Neuorientierung geführt, diese war aber nur in wenigen Fällen nachhaltig.“ Trotzdem sei es gelungen, den Prozeß nicht nur am Leben zu erhalten, sondern kontinuierlich weiterzuentwickeln, merkte Bures positiv an.

Flüchtlingsbewegungen sind nur gemeinsam zu bewältigen

Wie wichtig es ist, in der Region um das Mittelmeer, dem „Mare Nostrum“, Frieden und Sicherheit aufrecht zu erhalten, machen gerade die aktuellen Flüchtlingsbewegungen deutlich, sagte Bures. „Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist es an der Zeit, eine nachhaltige und gemeinschaftliche Lösung für Europa zu finden. Nur durch einen gemeinsamen Ansatz kann die Krise bewältigt und so die Ursachen für Flucht, aber auch die Brutalität der Schlepperbanden und das Sterben im Mittelmeer bekämpft werden“, bekräftigte Bures.

Klimawandel braucht globalen Lösungsansatz

Die Nationalratspräsidentin warnte in ihrer Rede auch davor, angesichts der derzeit schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation auf die umweltpolitischen Herausforderungen durch den Klimawandel zu vergessen. Einen globalen Lösungsansatz hält

sie hier ebenso für unumgänglich. „Die Bedeutung der Klimaziele von Paris im Speziellen, aber auch die notwendige Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele im Allgemeinen, kann in diesem Zusammenhang nicht hoch genug eingeschätzt werden“, sagte sie und drängte dabei auf eine allmähliche Umstellung von fossilen Energiequellen auf alternative und regenerierbare Energieträger. „Trotz der derzeitigen schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation dürfen diese Themen nicht mit weniger Engagement verfolgt werden. Wirtschaftsentwicklung und -wachstum müssen im Hinblick auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, wozu auch die fossilen Brennstoffe und das Wasser gehören, in Zukunft auf eine nachhaltige Weise erfolgen.“ Das schaffe Arbeitsplätze, fördere die Wirtschaft und trage somit auch zur Stabilität bei, warb die Nationalratspräsidentin für eine nachhaltige Umweltpolitik.

Die Union für den Mittelmeerraum

Die Union für den Mittelmeerraum (UfM) hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine verstärkte Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Bereich eine Zone der Stabilität und Sicherheit in der Region zu schaffen. Seit 2004 begleitet die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) den Prozeß parlamentarisch. Das österreichische Parlament hat sich seitdem aktiv an deren Arbeiten beteiligt – so steht der Ausschuß für Energie, Umwelt und Wasser seit 2009 unter dem Vorsitz von SPÖ-Bundesrat Stefan Schennach.

Am Gipfeltreffen der ParlamentspräsidentInnen in Tanger nahm heuer mit der Nationalratspräsidentin auch Bundesratspräsident Josef Saller teil. Bei der PV-UfM war Österreich durch Bundesrat Stefan Schennach als Delegationsleiter sowie ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka und FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwerth vertreten. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Kurz auf Arbeitsbesuch in Israel

Die Reise stand im Zeichen von 60 Jahren diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Israel, auf dem Programm standen Termine in Jerusalem und Ramallah und ein Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem.



Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu (Bildmitte) und Delegationsteilnehmern und jungen ÖsterreicherInnen, die auf Einladung des israelischen Außenministeriums fünf Tage Israel besuchten.

Zum Auftakt seiner Israel-Reise am 15. und 16. Mai besuchte Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz am 13. Mai ein Symposium zum 60jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Österreich im Wiener Palais Liechtenstein. In seiner Rede sprach Kurz offen über die Vergangenheit und betonte die Bedeutung einer gemeinsamen Zukunft: „Ehrliches Gedenken muß Dinge aus der Vergan-

genheit beim Namen nennen und sich dazu bekennen. Es darf sich aber nicht mit dem Blick zurück begnügen, sondern muß uns auch ein Auftrag für die Zukunft sein: Wir müssen die richtigen Lehren aus der österreichischen Vergangenheit ziehen und Israel als starker Partner zur Seite stehen.“ Der Außen- und Integrationsminister betonte, daß das jüdische Leben ein integraler Bestandteil von Österreich und Europa war, ist

und bleiben muß. Sich dafür einzusetzen sehe er als eine Verpflichtung der österreichischen und europäischen Politik.

Kurz reiste dann von 15. bis 16. Mai nach Israel anlässlich von 60 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Am ersten Tag reiste die Delegation zu Terminen nach Ramallah, wo Arbeitsgespräche mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem palästinensischen



Fotos: BMEIA / Dragan Tatic

Arbeitsbesuch in Palästina: Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (rechts in der Mitte) und im Gespräch mit Außenminister Riyad Al-Malki (links in der Mitte) und in Ramallah

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Riyad Al-Maliki stattgefunden haben.

Am zweiten Tag traf der Außenminister Israels Premierminister Benjamin Netanjahu in Jerusalem, unter anderem wurde im Rahmen des Termins das „Working Holiday Programme“ zwischen Österreich und Israel und ein Abkommen zur verstärkten kulturellen Kooperation unterzeichnet. Das „Working Holiday Programme“ ermöglicht es jungen Menschen, für bis zu sechs Monate während ihrer Ferien in einem anderen Land zu arbeiten.

Anschließend folgte die Kranzniederlegung am Grab von Theodor Herzl im Herzl-Museum. Theodor Herzl gilt als zentraler Vordenker und gedanklicher Wegbereiter des Staates Israel.

Als Ausdruck der besonderen historischen Verantwortung Österreichs fand im Anschluß ein Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem statt. Außenminister Kurz traf dabei auch österreichische Holocaust-Überlebende, die von ihrem Leben und ihrer Geschichte erzählten. Anwesend bei diesem Termin waren auch junge ÖsterreicherInnen, die auf Einladung des israelischen Außenministeriums für fünf Tage Israel besuchten.

Anlässlich des 60jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen fand im Israel-Museum in Jerusalem ein Empfang statt. Mit in der Delegation vor Ort waren unter anderem Oskar Deutsch (Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich), Danielle Spera (Direktorin des Jüdischen Museums Wien), Ilan Knapp (Leiter des Jüdischen Beruflichen Bildungszentrums und Mitglied des Expertenrats für Integration), sowie Daniel Kapp (Vorstand des Clubs der Freunde Israels). ■

<http://www.bmeia.gv.at>



Außenminister Sebastian Kurz traf Präsident Mahmoud Abbas in Ramallah ...



... und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu in Jerusalem.



Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz legte in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einen Kranz nieder.

»Gedenken heißt, die Dinge beim Namen zu nennen«

Staatsakt zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 8. Mai fand im Bundeskanzleramt ein Festakt zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa statt. Im Bild (Noch-)Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Ansprache.

Gedenken heißt, die Dinge beim Namen zu nennen. Gedenken heißt, auszusprechen, was Europa und die Welt in die furchtbarste Krise seiner Geschichte gestürzt hat – in den Zweiten Weltkrieg mit 65 Millionen Toten weltweit und in den Holocaust mit sechs Millionen ermordeten Menschen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 8. Mai anlässlich des Staatsaktes durch die Bundesregierung zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs im Bundeskanzleramt.

„Wir müssen aber auch sagen, daß es viele Österreicherinnen und Österreicher gegeben hat, die sich gegen den Faschismus gestellt haben und ein unvorstellbares Beispiel an Zivilcourage gaben. Zehntausende Menschen sind in den Widerstand gegangen und Tausende haben dabei ihr Leben verloren. Der 8. Mai ist also auch ein Tag, wo wir uns an den Mut zum aufrechten Gang erinnern sollten. Es ist ein Tag des ‚Niemals vergessen‘ und ein Tag des ‚Nie wieder‘“, so Faymann.

„Frieden und gesellschaftlicher Frieden sind kein stabiler Dauerzustand, den man



Foto: BKA / Andy Wenzel

(Noch-)Bundeskanzler Werner Faymann (r.) mit Rudolf Gelbard

ohnedies kaum aus dem Gleichgewicht bringen kann. Das Gegenteil ist der Fall, oftmals zeigt uns das auch die Gegenwart. Die Geschichte lehrt uns, daß es lange dauert, um Demokratie und Wohlstand aufzubauen – und daß es oft nur ein paar Federstriche, Akte des Unrechts und der gezielten Gewalt braucht, um beides zu zerstören.“

„Ein ganz besonderer Zeitzeuge, der sein Leben der Erinnerung, der Warnung und der Aufklärung über die schlummernden Gefahren gewidmet hat, ist heute hier unser Festredner: Rudolf Gelbard. Er zählt zu jenen wenigen, die das KZ Theresienstadt überlebt haben. Er hat dann das gemacht, was uns als Vorbild dient: Nicht den Mantel des Schwei-

Österreich, Europa und die Welt

gens, des Vergessens über das Erlebte geworfen, sondern er hat sich in den Dienst der Sache gestellt und in unzähligen Veranstaltungen diese Erinnerung und das Gedenken gelebt: Nie wieder Vertreibung, nie wieder Verfolgung, nie wieder millionenfacher Mord“, so Faymann. Und weiter: „Die Demokratie lebt durchaus von gegensätzlichen Diskussionen, vom Ringen nach der besten Lösung – aber immer mit Respekt. Ohne Haß, ohne Antisemitismus, ohne Rassismus. Denn das sind die Feinde einer demokratischen Entwicklung. Der richtige Weg ist jener der Rechtsstaatlichkeit, der Solidarität, der Demokratie“, sagte der Kanzler abschließend.

„Heute, am 8. Mai, ist der 71. Jahrestag, an dem wir an das Ende des Zweiten Weltkrieges erinnern, wenige Tage vorher wurde das Konzentrationslager in Mauthausen befreit und gedenken wir damit dem Ende des schrecklichen Holocaust“, sagte Vizekanzler Reinhold Mitterlehner. „Der 8. Mai ist aber auch der Tag der Befreiung vom unterdrückenden und gewaltorientierten Regime des Nationalsozialismus und daher feiern wir heute am Heldenplatz das Fest der Freude“.

Der positive Zugang zu diesem Tag sei lange keine Selbstverständlichkeit gewesen, so der Vizekanzler. Ähnlich wie in Deutschland, sei der 8. Mai in Österreich Jahrzehntlang nicht als Tag der Freude, sondern als Tag der Kapitulation und der Niederlage wahrgenommen worden. „Warum haben wir so lange gebraucht für diese Erkenntnis? Vermutlich darum, weil die Gefühlslage der Bevölkerung dazumals wahrscheinlich uneinheitlich, komplexer, von verschiedenen Stimmungen überlagert war. Wenn es um das nackte Überleben geht, denkt man nicht an die Moral. Wenn die körperlichen und seelischen Wunden noch frisch sind, ist es emotional schwer über Schuld und Ausöhnung zu reden“, so Mitterlehner.

„Nicht gesichertes Wissen, neue Erkenntnisse, das Fehlen einer demokratischen und erst im Aufbau begriffenen Struktur, all das mag dazu beigetragen haben, daß die Aufarbeitung so spät begonnen hat. Als dann die ersten Erfolge des Wiederaufbaues sichtbar waren, haben viele auch dankbar die These übernommen: Der Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 und der darauf folgende politische ‚Anschluß‘ würden die Opferrolle Österreichs umfassend politisch und moralisch dokumentieren“, so Mitterlehner und weiter: „Den lieblichen Teil der Geschichte, den nehmen wir gerne wahr, die wahrheitsgemäße Erinnerung an die Vergangenheit weniger gern. Je mehr die Zeit ver-



Vizekanzler Reinhold Mitterlehner bei seiner Ansprache



(Noch-)Bundeskanzler Faymann (r.) mit Katharina Sasso (l.) und Rudolf Gelbard

geht, je länger man Aufarbeitung nicht wahrnimmt, umso mehr verblaßt die Erinnerung – wird sie subjektiv gefärbt – beeinflusst von anderen Entwicklungen und Berichten werden schmerzhaft und dunkle Teile möglicherweise sogar weggelassen.“ Umso wichtiger sei es daher, Zeitzeugen wie zum Beispiel Marko Feingold zu haben, die das „Vergangene in Erinnerung rufen, authentisch darüber informieren und damit ermöglichen, daß wir die Verantwortung für das ‚Nie mehr wieder‘ übernehmen und an die nächste Generation weitergeben.“

Eine zentrale Frage sei, was man aus der Vergangenheit gelernt habe und welche Rahmenbedingungen auf staatlicher, gesellschaftlicher und persönlicher Ebene verändert worden seien. „Ganz sicher der größte Fortschritt und die Beste Antwort auf die Schreckensherrschaft des Nationalsozialis-

mus war die Gründung der Europäischen Union“, sagte Mitterlehner. „Aus der Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist eine Wirtschaftsunion und schließlich eine Europäische Union gewachsen, die im gemeinsamen Eintreten für Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine Wertegemeinschaft geworden ist. Diesen Geist, diese Werte gilt es Tag für Tag mit Leben zu erfüllen. Wir haben eine lange Periode des Friedens innerhalb der Europäischen Union erlebt“, so Mitterlehner.

Rudolf Gelbard, Zeitzeuge und ehemaliger Häftling im Konzentrationslager Theresienstadt, hielt das Festreferat, in dem er von den schrecklichen Erlebnissen nach seiner Verschleppung in das KZ berichtete.

Für die musikalische Umrahmung des Staatsaktes sorgte das Streichquartett der Wiener Symphoniker. ■

Fest der Freude

Mehr als 10.000 Menschen feierten am 8. Mai am Wiener Heldenplatz die Befreiung vom Nationalsozialismus vor 71 Jahren.



Ein Blick auf den Heldenplatz während des Konzerts der Wiener Philharmoniker

Zeitzeugen sowie führende PolitikerInnen gedachten am 8. Mai am Wiener Heldenplatz der Befreiung vom Nationalsozialismus vor 71 Jahren. Mehr als zehntausend BesucherInnen hörten die Worte des Zeitzeugen Daniel Chanoch und der PolitikerInnen sowie das Konzert der Wiener Symphoniker. Das vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) zum vierten Mal veranstaltete Fest der Freude ist jenem Tag vor genau 71 Jahren gewidmet, an dem der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich ein Ende gesetzt wurde.

„Die Erinnerung an den Tag, an dem Österreich von der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten befreit wurde, ist heute wichtiger denn je. Die aktuellen statistischen Daten sind mehr als Besorgnis erregend: Rechtsextreme Straftaten sind im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent gestiegen, in den letzten fünf Jahren sogar um 100 Prozent. Es braucht daher dringend einen nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“, so Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich.

Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

Eröffnet wurde das Fest der Freude mit einem Videobeitrag über Solidarität und den KZ-Überlebenden Daniel Chanoch, gelesen von Mercedes Echerer und Konstanze Brei-

tenebner. Danach folgten Videobotschaften von VertreterInnen der Befreiungsnationen sowie dem Präsidenten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Rudolf Edlinger, dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Oskar



Der Zeitzeuge Daniel Chanoch mit seiner Enkelin

Österreich, Europa und die Welt

Deutsch sowie dem Verein Gedenkdienst. Während des Konzerts der Wiener Symphoniker erinnerten der Daniel Chanoch, Bundesministerin Sabine Oberhauser, Bundesminister Wolfgang Sobotka, Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou, die Wiener Stadträtin Sonja Wehsely und MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi an die Opfer des Nationalsozialismus. Durch die Veranstaltung führte Schauspielerinnen Katharina Stemberger.

Daniel Chanoch verbindet mit einer Gruppe anderer Überlebender eine bewegende Geschichte zu Solidarität. Die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Solidarität zeigt sich heute auch in jenen Momenten, in welchen Menschen, die nach Europa und nach Österreich flüchten, Hilfe brauchen.

Solidarität war daher der thematische Schwerpunkt für das Fest der Freude im Jahr 2016.



Innenminister Wolfgang Sobotka

denken der Opfer und würdigen diejenigen, die den Mut fanden, Widerstand zu leisten.

Solidarität ist die Kraft, die uns Menschen verbindet – damals wie heute.“

Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl

„Am 8. Mai 1945 befreiten die Alliierten Europa vom Nationalsozialismus. Auch für Österreich war die Stunde der Freiheit gekommen. Das sinnlose Töten, die Barbarei und der kaltblütige Mord an Verfolgten fanden ein Ende. Die Freude der Menschen über das Kriegsende war verbunden mit unendlich großem Mut zum Wiederaufbau eines neuen Österreichs. Mit dem Fest der Freude am 8. Mai gedenken wir dieser Menschen, aber auch der vielen unschuldigen Opfer. Aus Trümmern haben wir unser Land und unsere Demokratie wieder aufgebaut. Heute liegt es an uns allen, sicherzustellen, daß so etwas in unserem Österreich, genauso wie auf diesem Kontinent, nie wieder geschehen kann. Unsere Geschichte verpflichtet uns, allen Anfängen von Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.“

Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Maria Vassilakou

„Das Fest der Freude ist ein Bekenntnis zu einem freien, einem demokratischen Österreich ebenso wie zu einem freien, demokratischen und geeinten Europa. Unsere gewonnene und geschenkte Freiheit gilt es zu bewahren und zu verteidigen ohne Wenn und Aber.“

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny

„Mit dem Fest der Freude feiern wir in Wien das Ende des Nationalsozialismus



Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou

Beethovens 3. Symphonie »Eroica«

Unter der Leitung des Dirigenten Christoph von Dohnányi eröffneten die Wiener Symphoniker das Fest der Freude mit „Fanfare for a Bowl Concert on motifs of Die Gurrelieder“ von Arnold Schönberg. Am Programm des Traditionsorchesters standen weiters „Ein Überlebender aus Warschau“ – ebenfalls von Arnold Schönberg – mit Star-Bariton Thomas Hampson als Erzähler und dem Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde unter der Chorleitung von Johannes Prinz sowie Ludwig van Beethovens Symphonie Nr. 3 Es-Dur op. 55 „Eroica“.

Bundeskanzler Werner Faymann

„Mit dem Fest der Freude feiern wir das Ende der Nazi-Diktatur vor 71 Jahren, ge-

Wir setzen auf dem Wiener Heldenplatz ein Zeichen: Daß sich die menschenverachtenden Gräueltaten und die Barbarei des Faschismus nie mehr wiederholen dürfen.“

Bundesministerin für Gesundheit, Sabine Oberhauser

„Solidarität ist der thematische Schwerpunkt des diesjährigen Fests der Freude – nicht zufällig: Gerade angesichts der aktuellen Flüchtlingsbewegungen ist unsere Solidarität wieder mehr denn je gefordert. Rufen wir uns den berühmten Ausspruch des US-amerikanischen Philosophen und Schriftstellers George Santayana in Erinnerung: „Wer seine Geschichte nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Lassen wir das nicht zu. Zeigen wir Solidarität, denn

Österreich, Europa und die Welt

durch die Befreiung der Alliierten 1945. Wir begehen mit dem 8. Mai aber auch einen wichtigen Tag des Gedenkens an alle Opfer des damaligen Terrorregimes und an all jene Menschen, die damals bereit waren, dagegen Widerstand zu leisten und so bewiesen haben, daß Gewalt und Unterdrückung nicht hingenommen oder geduldet werden müssen. Wir besinnen uns damit auch der Bedeutung des Beistands für Verfolgte und vom Tod durch Krieg und Terror bedrohte Mitmenschen. Die für uns errungene Freiheit wollen wir in diesem Bewußtsein als Fest der Freude begehen.“

Wiener Stadträtin Sonja Wehsely

„Der Entsolidarisierung der Gesellschaft, die die Basis für Haß und Rechtsextremismus bildet, müssen wir mit einem starken Sozialstaat entgegen. Bei den Ärmsten zu kürzen bedeutet eine weitere Spaltung der Gesellschaft.“

Intendant der Wiener Symphoniker Johannes Neubert

„Für die Wiener Symphoniker sind die Konzerte am Heldenplatz anlässlich der Befreiung Österreichs vom nationalsozialistischen Terror immer ein Höhepunkt des Konzertjahres. Freiheit und Frieden sind in vielerlei Hinsicht Grundbedingungen für unser Wirken als Künstler. Wir sind deshalb sehr glücklich, daß wir auch in diesem Jahr durch die Kraft der Musik dazu beitragen dürfen, diesen Tag der Befreiung als einen Tag des Gedenkens, aber eben auch der Freude zu begehen.“

<http://www.festerfreude.at/>

Int. Gedenk- und Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen und dessen Außenlager wurden Anfang Mai 1945 von US-Truppen befreit. Gemeinsam mit seiner Partnerorganisation Comité International de Mauthausen und weiteren Organisationen veranstaltete das Mauthausen Komitee die gesamten Gedenkfeiern anlässlich der Befreiung des KZ-Mauthausen und seiner 49 Außenlager. Mehr als 80 Gedenkveranstaltungen wurden heuer österreichweit an Orten ehemaliger Außenlager und Stätten des NS-Terrors abgehalten und fanden ihren Höhepunkt in der europaweit größten internationalen Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen am 15. Mai. Die diesjährigen Gedenk- und Befreiungsfeiern widmen sich dem Thema „Internationale Solidarität“.



Mauthausen Komitee Österreich-Vorsitzender Willi Mernyi



Christoph von Dohnányi und Bariton Thomas Hampson



BM Josef Ostermayer (M.) mit Rudolf Gelbard (r.) und Alexander Van der Bellen

Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus

... im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Historischen Sitzungssaal des Parlaments – Zeitzeuge Marko Feingold: »Das Wichtigste im Leben ist die politische Einstellung.«



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Historischen Sitzungssaal

Gestern war ein Tag der Freude! Tausende Menschen, die am Heldenplatz gemeinsam ein Fest der Freude feierten, am 8. Mai – jenem Tag, an dem die Wehrmacht vor den Alliierten kapitulierte und der verbrecherische Vernichtungskrieg in Europa sein Ende fand. Das war nicht immer so: Vor wenigen Jahren noch haben sich am Heldenplatz jedes Jahr eine Handvoll Menschen versammelt, die diesem Tag mit Trauer begegnet sind. Aber heute ist rund um die Hofburg kein Platz mehr für Menschen, die die Niederlage der Nationalsozialisten beklagen. Und das ist gut so!“

Mit diesen Worten eröffnete Nationalratspräsidentin Doris Bures am 9. Mai ihre Begrüßungsrede anlässlich der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Historischen Sitzungssaal des Parlaments.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Nationalratspräsidentin Doris Bures bei ihrer Begrüßungsrede

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

v.l.: Bundesratspräsident Josef Saller, Direktorin Danielle Spera (Jüdisches Museum Wien), Bundespräsident Heinz Fischer, Präsident Marko Feingold (Israelitische Kultusgemeinde Salzburg), Nationalratspräsidentin Doris Bures, Musiker Otto Lechner, Schauspielerin Anne Bennent, Margit Fischer und der Zweite Nationalratspräsident, Karlheinz Kopf

Neben Bures sprachen auch Bundesratspräsident Josef Saller und der NS-Überlebende Marko Feingold zu den rund 600 Gästen. Für die eindrucksvolle künstlerische Gestaltung der Veranstaltung sorgten die Schauspielerin und Rezitatorin Anne Bennent und der Akkordeonist Otto Lechner. Eigens für den Gedenktag haben die beiden KünstlerInnen die „Todesfuge“ von Paul Celan, mehrere Gedichte der 1942 in einem NS-Zwangsarbeiterlager ermordeten Dichterin Selma Meerbaum-Eisinger sowie Lyrik der österreichischen Schriftstellerin Ilse Aichinger vertont.

Nationalratspräsidentin Doris Bures: »Wir müssen auf der Hut sein!«

Nationalratspräsidentin Doris Bures sprach von Österreichs Lehren aus der Geschichte und mahnte, weiterhin auf der Hut zu bleiben: „Wir haben beschönigende Geschichtsmymthen hinter uns gelassen.“ Österreich sei damit aber auch „die Verpflichtung eingegangen, im Hier und Jetzt ganz besonders wachsam zu sein. Und wir haben allen Grund dazu: Zahlen des Innenministeriums belegen einen Anstieg rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Aktivitäten in Österreich. Im Vorjahr wurden rund 1200 Fälle bekannt. Wir müssen auf der Hut sein! Auf der Hut sein, wenn unantastbar geglaubte Tabugrenzen überschritten werden.“

Am Ende ihrer Rede bedankte sie sich überdies für das wertvolle Engagement des „Zeitzeugen eines Jahrhunderts“ Marko Feingold.

Und sie bedankte sich bei Bundespräsident Heinz Fischer, der sich in allen Stationen seines politischen Lebens für die Opfer des Nationalsozialismus eingesetzt habe. Der Nationalfonds für die NS-Opfer habe unter seiner Leitung als Nationalratspräsident die Arbeit aufgenommen – und Fischer habe ihn geprägt. Bures zu Fischer: „Die erste Gedenktagveranstaltung 1998 hier im Parlament fiel in Deine Amtszeit. Und ich glaube, Du hast seit 1998 nur einen einzigen Gedenktag versäumt. Ich weiß, es war Dir niemals bloß Verpflichtung, sondern ein ehrliches Bedürfnis und Ausdruck deiner tiefen politischen Überzeugung.“

Bundesratspräsident Josef Saller: Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus bietet eine Chance

Bundesratspräsident Josef Saller sagte in seiner Begrüßungsrede: „Es hat seine Zeit gedauert, bis das Langzeitgedächtnis dieser Republik erwachte und wir uns unserer Vergangenheit gestellt haben. Es brauchte Jahrzehnte, um die Rückgabe geraubten und arisierten Eigentums in Angriff zu nehmen oder die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern umzusetzen.“

Heute biete die „aufrichtige und klare Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus eine Chance, die Generationen zu einen“. Seinen höchsten Respekt zollte Saller ZeitzeugInnen der NS-Zeit: „Sie mußten das Leid, die Ungerechtigkeit, die Schmach und den Schmerz am eigenen Leib erfahren und haben dennoch die unglaubliche Kraft gefunden, ihr Leben dem Mahnen und der Versöhnung zu widmen.“

Marko Feingold: »Das Wichtigste ist die Demokratie.«

„Die schlimmste Erfahrung im Konzentrationslager ist der Hunger gewesen. Viele Häftlinge sind stehend gestorben.“ Das erzählte der Zeitzeuge Marko Feingold in seinem Gespräch mit Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien. Feingold ist Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg und feierte Ende Mai seinen 103. Geburtstag. Er berichtete äußerst eindringlich aus seinem langen Leben. Etwa von Transporten, bei denen unzählige NS-Opfer ermordet wurden. Feingold beendete das Gespräch mit Spera mit den Worten: „Das Wichtigste im Leben ist die politische Einstellung. Das Wichtigste ist die Demokratie. Diktaturen sind immer schlecht, egal ob von links oder von rechts oder auf religiöser Basis.“

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Gedenkfeier im Konzentrationslager Mauthausen

Vor 71 Jahren – am 5. Mai 1945 – wurden die Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen und seinen 49 Außenlagern befreit.



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Justizminister Wolfgang Brandstetter, Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, Oberösterreichs Soziallandesrat Reinhold Entholzer, Sozialminister Alois Stöger, Bundespräsident Heinz Fischer und Justizminister Wolfgang Sobotka

In Erinnerung an die Befreiung der Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen am 5. Mai 1945 wurde diesem Ereignis am 15. Mai im Rahmen der alljährlichen internationalen Befreiungs- und Gedenkfeier gedacht. Mehr als 6000 BesucherInnen aus dem In- und Ausland nahmen auch dieses Jahr am 71. Jahrestag teil. Organisiert wurde die Gedenk- und Befreiungsfeier vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) in enger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen und dem Comité International de Mauthausen (CIM).

MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi sagte: „Wenn sich der Rechtsextremismus europäisch organisiert, kann unsere Antwort nur eine internationale Antwort sein. Wenn heute Menschen vor dem Krieg nach Europa flüchten müssen, sind viele europäische Regierungen auch solidarisch. Solidarisch im Wegschauen und im Nichtstun. Hier fordern wir echte und internationale Solidarität ein.“

Auszug aus dem Konzentrationslager angeführt von KZ-Überlebenden

Der Ablauf der diesjährigen Gedenk- und Befreiungsfeier wurde nach über 40 Jahren geändert: An Stelle des Einmarsches der nationalen und internationalen Delegationen bildete der Ausmarsch aller TeilnehmerInnen und Teilnehmer am Ende des Festaktes den

Höhepunkt der diesjährigen Feierlichkeit. Angeführt wurde der Zug von KZ-Überlebenden und Mitgliedern des CIM, unter Ihnen dessen Präsident Guy Dockendorf aus Luxemburg, CIM-Ehrenpräsident Dušan Stefančić aus Slowenien, die KZ-Überlebenden Max Garcia und Andrew Sternberg aus den USA, Aba Lewit aus Österreich, Daniel Chanoch, Jehuda Gurvich und Shaul Schpilman aus Israel und dem Deserteur und Zeitzeugen Richard Wadani. Damit sollte die Befreiung der KZ-Inhaftierten symbolisiert werden.

Musikalisch wurde der Festakt vom Ensemble „Widerstand“ und „Ensemble 4 der Militärmusik OÖ“ mit den traditionellen Musikstücken, wie der „Europahymne“ und den „Moorsoldaten“, begleitet.

Solidarität damals und heute

Den Zeitzeugen und KZ-Überlebenden Daniel Chanoch verbindet mit einer Gruppe anderer Überlebender eine bewegende Geschichte von Solidarität. Durch ihre gegenseitige Solidarität überlebten einige sogar mehrere Konzentrations- und Vernichtungslager, darunter Dachau, Auschwitz-Birkenau, Mauthausen und Gunskirchen sowie die Todesmärsche aus diesen Lagern.

Die Überlebenden der „131 Buben“ wurden nach ihrer Befreiung durch die „US-

Army“ versorgt oder in DP-Lagern (DP= Displaced Person) untergebracht. Die Mehrheit dieser Buben traf auf die „Jewish Brigade“ und gelang so nach der Befreiung nach Israel. Der Kontakt innerhalb der „Gruppe der 131 Buben“ war auch nach der Befreiung sehr eng. Zwei dieser Buben führten den Auszug bei der Gedenkfeier am 15. Mai an: Daniel Chanoch und Jehuda Gurvich. Ebenfalls aus Israel angereist war Shaul (Paul) Schpilman, der während seiner Internierung in den Konzentrationslagern auf die Gruppe traf und aus dem Konzentrationslager Gunskirchen befreit wurde.

Für Häftlinge in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten hatte auch die internationale Solidarität einen wichtigen Stellenwert, so auch im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen und seinen Außenlagern. Die KZ-Häftlinge erkannten sehr bald, daß Widerstand gegenüber der Lager-SS und den Funktionshäftlingen nur erfolgreich sein konnte, wenn auf möglichst breiter Basis und unter Überwindung von nationalen und weltanschaulichen Differenzen kooperiert wurde. Aus dieser Entwicklung heraus wurde noch während der Befreiungstage 1945 das damals illegale CIM, das Vertreter aus 21 Staaten Europas und den USA umfaßt und bis heute tätig ist. ■

<http://www.mkoe.at>

ÖIF-»Integrationsbarometer«

ÖsterreicherInnen sehen Integrationsherausforderungen kritisch – Hajek-Umfrage: Kritisches Stimmungsbild zu Flüchtlingsintegration und Verhältnis zwischen MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen



Foto: BMEIA / Dragan Tatic

Integrationsminister Sebastian Kurz, hier bei einer Veranstaltung des Österreichischen Integrationsfonds

Peter Hajek, Geschäftsführer der Public Opinion Strategies GmbH, hat im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) österreichische StaatsbürgerInnen zu ihrer Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen befragt und erhoben, welche Herausforderungen und Probleme ÖsterreicherInnen im Zusammenleben mit Flüchtlingen und ZuwanderInnen sehen. Die Ergebnisse wurden in Form des neuen ÖIF-„Integrationsbarometers“ zusammengefaßt.

Zentrale Ergebnisse des Integrationsbarometers

Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als sehr oder eher gut (51 %). Das Verhältnis zwischen MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen wird dagegen kritischer beurteilt: Hier finden 56 %, daß das Zusammenleben eher oder sehr schlecht funktioniert.

Als größte Problembereiche im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen sehen die Befragten Geringschätzung bzw. Gewaltbereitschaft einiger muslimischer Flüchtlinge gegenüber Frauen (51 %), die schwierige Arbeitsplatzsuche für Flüchtlinge (50 %), die Belastung des österreichischen Sozialsystems durch Flüchtlinge

(49 %) sowie die Gefahr durch religiösen Fanatismus und Terror (48 %).

Eine Mehrheit geht davon aus, daß das österreichische Sozialsystem und der Arbeitsmarkt durch Flüchtlinge, aber auch durch Arbeitskräfte aus Osteuropa belastet werden (70 %).

Mehr als zwei Drittel (71 %) der Befragten sprechen sich dafür aus, daß die Auszahlung von Sozialleistungen an den verpflichtenden Besuch von Deutsch- sowie Wertekursen gekoppelt ist.

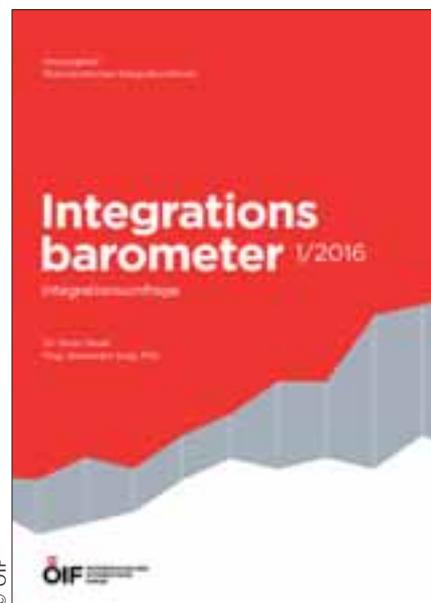
Integrationsminister Sebastian Kurz sagte dazu: „Die Ergebnisse des neuen ‚Integrationsbarometers‘ bestätigen unsere Arbeit in der Flüchtlingsintegration: Wir stellen derzeit so viele Mittel und Förderangebote wie noch nie zur Verfügung, um Flüchtlinge bei ihrer sprachlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration zu unterstützen. Wir fordern aber auch, daß sie diese Angebote eigenverantwortlich wahrnehmen. Wer sich nicht engagiert, dem sollen Transferleistungen gekürzt werden.“

Franz Wolf, Geschäftsführer des ÖIF sagte, „ein Großteil der Bevölkerung befürwortet Deutsch- und Wertekurse für Flüchtlinge. In diesen Kursen werden die Grundlagen des Zusammenlebens in Österreich vermittelt etwa Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“

Befragt wurden für das aktuelle ÖIF-„Integrationsbarometer“ 1000 österreichische StaatsbürgerInnen durch Telefoninterviews sowie durch eine Online-Befragung im November 2015 sowie April 2016. Das „Integrationsbarometer“ soll künftig regelmäßig aktualisierte Zahlen und Fakten zur öffentlichen Meinung zu Integrationsthemen liefern.

Es steht Ihnen vollinhaltlich zum Download zur Verfügung.

<http://www.integrationsfonds.at>



EU-Migration nach Österreich

Entwicklungen und Trends: Knapp die Hälfte aller AusländerInnen stammt aus der EU – der Großteil der EU-AusländerInnen ist in Wien ansässig – 2016 waren die meisten AusländerInnen Deutsche, 2005 SerblInnen

Knapp die Hälfte aller in Österreich lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen kommt aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Der Großteil davon stammt aus dem Nachbarland Deutschland. Mitte des vorigen Jahrzehnts stammten deutlich weniger AusländerInnen aus der EU (38 %). Damals führte Serbien die Liste der ausländischen Herkunftsstaaten an. Anlässlich des Europatages, den die EU am 9. Mai beging, faßte die Medien-Service-Stelle Neue ÖsterreicherInnen (MSNÖ) aktuelle Daten zusammen und verglich die Situation mit jener vor rund zehn Jahren.

625.730 Personen aus dem EU-Ausland in Österreich

Zu Beginn des Jahres 2016 lebten knapp 8,7 Millionen Menschen in Österreich. Davon haben rund 1,3 Millionen Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit, das entspricht 14,57 %. Fast die Hälfte der ausländischen Staatsangehörigen (49,37 %) kommt aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union. 2005 waren von insgesamt 8,2 Millionen in Österreich lebenden Personen 9,44 % AusländerInnen (774.401), davon 38,39 % aus der EU (289.708 Personen).

Damit stieg die Anzahl der in Österreich ansässigen EU-AusländerInnen seit 2005 um 112,8 %, während österreichische Staatsangehörige im gleichen Zeitraum einen Anstieg von nur 0,1 % verzeichneten.

Großteil der EU-AusländerInnen in Wien ansässig

Sowohl 2005 als auch 2015 lebte der Großteil aller in Österreich ansässigen EU-BürgerInnen in Wien. 2005 waren es 94.505 Personen (35 %), 2015 waren es 215.622 Personen. Weit dahinter folgen Niederösterreich mit 76.461 Personen (2015) bzw. 36.267 Personen (2005) und Oberösterreich mit 75.191 bzw. 33.883 Personen.

Am geringsten ist der Anteil der EU-BürgerInnen im Burgenland. Gleichzeitig verzeichnet das Burgenland prozentuell den höchsten Anstieg von 2005 bis 2015 mit einem Plus von 137 %. Am zweitstärksten war der Zuwachs in Wien (+ 128 %), gefolgt von Oberösterreich (+ 122 %).

	Bevölkerungsstand		Bevölkerungsveränderung	
	1.1.2005	1.1.2016	absolut	in %
Insgesamt	8.201.359	8.699.730	+ 498.371	+ 6,1 %
Österreich	7.426.958	7.432.272	+ 5.314	+ 0,1 %
Nicht-Österreich	774.401	1.267.458	+ 493.057	+ 63,7 %
EU-Staaten (27)	289.708	616.643	+ 326.935	+ 112,8 %
EWL, Schweiz, assoziierte Kleinstaaten	7.567	9.087	+ 1.520	+ 20,1 %
Nicht-EU-Staaten	477.126	641.728	+ 165.602	+ 34,5 %

Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Deutsche stellen größte Gruppe der AusländerInnen

Stammten im Jahr 2005 die meisten Nicht-ÖsterreicherInnen aus Serbien, stammen heute die meisten AusländerInnen aus Deutschland. Anfang 2016 wurden 176.517 deutsche StaatsbürgerInnen in Österreich gezählt, das entspricht einem Wert von 13,93 %. Im Jahr 2005 war Deutschland an dritter Stelle der Zuwanderungsländer.

Die größte Gruppe kam 2005 aus Serbien

mit 123.205 Personen (15,91 %). An zweiter Stelle lag 2005 und liegt 2016 die Türkei. Auf Platz drei war 2005 Bosnien-Herzegowina, heute – nach dem Vorstoß Deutschlands auf Rang eins – liegt Bosnien auf Rang vier. Italien befindet sich 2016 unter den Top 10.

170.000 Zuzüge – davon 95.000 aus EU-Ausland

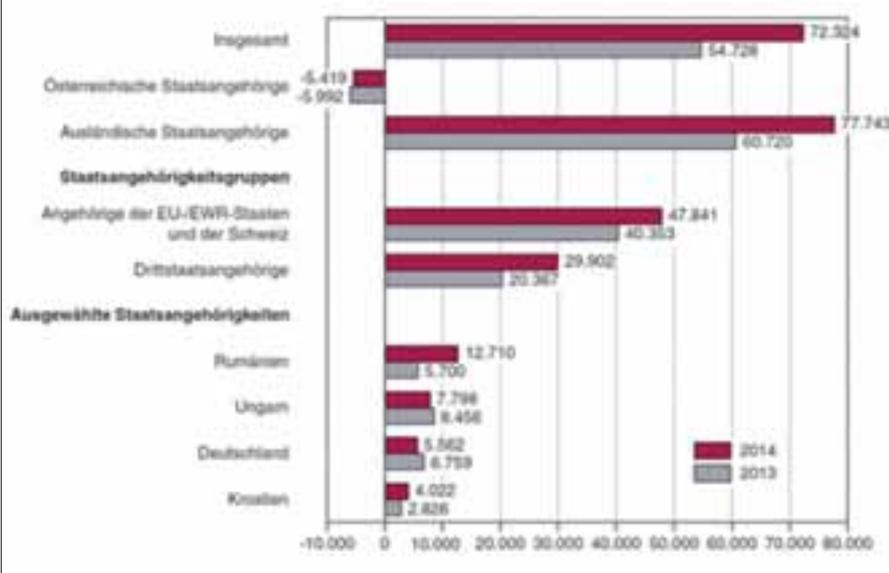
2014 gab es insgesamt 170.115 Zuzüge aus dem Ausland, davon 96.014 Männer



Quelle: Statistik Austria, Grafik: MHO

Österreich, Europa und die Welt

Auswanderungssaldo 2013-2014 nach ausgewählter Staatsbürgerschaft



Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2013 und 2014 / Grafik: WFO

(56 %) und 74.101 Frauen (44 %). Wegzüge aus Österreich ins Ausland fanden insgesamt 97.791 statt, davon 56.434 Männer (58 %) und 41.357 Frauen (42 %). Das ergibt einen positiven Wanderungssaldo von 72.324 Personen. Damit erhöhte sich die Netto-Zuwanderung um rund 32 % zum Jahr zuvor. Laut Statistik Austria stieg das Wanderungssaldo 2014 deutlich stärker als in den Jahren zuvor. Wirft man einen Blick auf die 27 EU-Mit-

gliedsstaaten, zogen 2014 insgesamt 95.301 aus dem EU-Ausland zu, während 47.689 von Österreich in das EU-Ausland migrierten. Dies entspricht einem Wanderungssaldo von 47.612.

2005 lag der Wanderungssaldo mit dem Ausland bei 44.332, 70.133 Personen wanderten aus dem Ausland nach Österreich, 114.465 zogen in das Ausland. Entfiel 2014 ein großer Teil des Wanderungssaldos auf

das EU-Ausland, verzeichneten 2005 Drittstaatsangehörige (28.074) einen größeren Anteil am Wanderungssaldo. Der Wanderungssaldo mit dem EU-Ausland lag bei 19.324. Damals zog es 46.647 Personen vom EU-Ausland nach Österreich, umgekehrt migrierten 27.323 von Österreich in das EU-Ausland.

Einbürgerungen sinken seit 2003

Im Jahr 2003 war laut Statistik Austria die Zahl der Einbürgerungen mit rund 44.700 Personen auf ihrem höchsten Punkt, seit 2003 sinkt die Zahl kontinuierlich. 2005 wurden 34.876 Personen eingebürgert, 2015 waren es nur noch 8.144.

Im Jahr 2005 wurden 4.514 Personen aus den seit 2004 beigetretenen EU-Staaten eingebürgert, 2015 waren es 860 Personen. Deutlich weniger Einbürgerungen gab es bei ehemaligen StaatsbürgerInnen aus einem der EU-Staaten, die vor 2004 beitraten. Gleichzeitig nahmen hier die Einbürgerungen leicht zu – von 186 Personen 2005 auf 223 Personen 2015.

Besonders auffallend ist der Unterschied der Einbürgerungen aus den übrigen europäischen Staaten inklusive der Türkei: im Jahr 2005 waren es 24.852, 2015 nur noch 4.407 Personen. ■

60 Prozent der ÖsterreicherInnen weiterhin für Mitgliedschaft

Trotz der Vielzahl an Problemlagen, denen wir seit 2008 gegenüberstehen und in welchen die EU – auch dank nationaler Partikularinteressen einiger Mitgliedsstaaten – nicht immer eine allzu glückliche Figur gemacht hat, spricht sich eine klare Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher weiterhin für eine EU-Mitgliedschaft aus. Dies sollte gerade am 9. Mai, dem Europatag, besonders bedacht werden“, betont Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, vor dem Hintergrund aktueller ÖGfE-Umfrageergebnisse.

60 % der ÖsterreicherInnen sprechen sich derzeit dafür aus, daß unser Land EU-Mitglied bleibt, 31 % plädieren für einen Austritt und 9 % beziehen keine Stellung.

Insgesamt 50 österreichweite ÖGfE-Befragungen seit Juni 1995 zeigen, daß – trotz Schwankungen – die BefürworterInnen der EU-Mitgliedschaft stets in der Mehrheit waren. Im Durchschnitt lag die Zahl der MitgliedschaftsbefürworterInnen bei rund 70 %, die Zahl der GegnerInnen bei 23 %. Die höchste Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

fand sich im Juni/Juli 2002 (80 %), der stärkste Wunsch nach einem Austritt im Juni/Juli 2008 (33 %).

„Während die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zum Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise tendentiell angestiegen ist, gehen die Zustimmungswerte seit dem Beginn des Flüchtlingszustroms nach Mitteleuropa zurück“, analysiert Schmidt. „Dies zeigt einen deutlichen Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit nationaler wie europäischer Politik.“

Männer befürworten in der aktuellen Umfrage zu 57 % die EU-Mitgliedschaft Österreichs, Frauen zu 63 %. Der Wunsch nach einem EU-Austritt liegt bei den männlichen Befragten bei 37 %, bei den weiblichen bei 26 %. Während Befragte mit Universitätsabschluß zu 85 % für den Verbleib Österreichs bei der EU plädieren (EU-Austritt: 13 %), sind es bei Personen mit Matura 67 % (EU-Austritt: 25 %). Bei Befragten mit Berufs- und Handelsschulabschluß lautet das Verhältnis 57 % („bleiben“) zu 35 % („austreten“), bei Befragten mit Pflichtschulabschluß 53 % („bleiben“) zu 34 % („austreten“).

„Inmitten der Wirtschafts- und Finanzkrise war der gemeinsame Wille zur Problemlösung klar erkennbar. Heute jedoch wird durch nationalstaatlichen Grenzaktionismus das Gefühl der Unsicherheit verstärkt und ein Notstand vermittelt, den es aktuell so nicht gibt. Denn das Schließen der Westbalkan-Route in Kombination mit dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens hat die Lage sehr wohl beruhigt“, meint Schmidt. „Ebenso gibt es EU-Beschlüsse, die der Umsetzung harrren. Gefragt sind daher insbesondere ein stärkeres europäisches Verantwortungsbewußtsein nationaler Entscheidungsträger sowie eine thematische Versachlichung und damit eine Deeskalation der politischen Rhetorik. Gelingt uns das, wird auch die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft wieder ansteigen.“

Befragt wurden österreichweit 542 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Fehlende Werte auf 100 % = „weiß nicht/Keine Angabe“. Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,3 %. ■

<http://www.oegfe.at>

15 Siegerprojekte in 20 Ländern und viel Innovation!

Engagement für Entwicklung zahlt sich aus: Die Austrian Development Agency stellte im Impact Hub Vienna die Siegerprojekte vor.



Foto: Impact Hub Vienna / Kai Wichmann

Großer Erfolg der ersten Social Entrepreneurship Challenge der ADA: 15 SiegerInnen mit Projekten in 20 Ländern.

Die Austrian Development Agency (ADA) rief Dezember 2015 zu einer Challenge auf: neue, innovative und frischen Ideen für die Herausforderungen dieser Welt wurden gesucht. Das Ergebnis wurde am 10. Mai im Impact Hub präsentiert und kann sich sehen lassen. „Wir haben 35 Anträge für 22 Projekte und 13 Studien erhalten, die unser Fördervolumen von 1 Million Euro weit übersteigen“, freut sich der Geschäftsführer der ADA, Martin Ledolter. „Dieser Andrang hat unsere Erwartungen übertroffen. Wir freuen uns umso mehr, daß Entwicklungszusammenarbeit auch junge Unternehmen und GründerInnen begeistern kann und wir mit neuen und kreativen PartnerInnen einen Beitrag für eine bessere Welt leisten können. Wir brauchen die Wirtschaft als Partner, denn so können wir eine größere Hebelwirkung erzielen, um Armut und Hunger zu beseitigen!“

Neue Ideen, viel Kreativität und Innovation

„Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit hat oft etwas damit zu tun, Bildungs- und Arbeitsmarktperspektiven in unseren Zielländern zu schaffen. Beides gelingt mit erfolgreichen Wirtschaftspartnerschaften. Die Challenge der ADA war ein wesentlicher Schritt, um zusätzliches Know-how, neue

Ideen, viel Kreativität und Innovation von Social EntrepreneurInnen in den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu holen! Ich bin froh darüber, daß es so viele interessierte BewerberInnen und so innovative GewinnerInnen gibt, um ihren Beitrag für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit zu leisten“, zeigt sich Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz begeistert.

Die Projekte, die eine Förderung erhalten haben, reichen von Lateinamerika über den Westbalkan bis nach Afrika und Asien. 15 UnternehmerInnen (davon neun Umsetzungsprojekte und sechs Machbarkeitsstudien) gaben im Impact Hub vor Publikum und Katharina Turnauer, Sinnstifterin und Investorin, ihren „Pitch“ ab.

Darunter ein fair produzierendes Modelabel in Nigeria und Südafrika, das Frauen vor Menschenhandel bewahrt; Wissensboxen, die in Indien produziert und für spielerisches Lernen verwendet werden; oder eine e-Plattform, die Bio-BäuerInnen mit urbanen KonsumentInnen in Serbien zusammenführt; um hier nur einige zu nennen, die Challenge-GewinnerInnen decken alle Regionen dieser Welt und alle Themenbereiche ab. „Ich freue mich, daß die GewinnerInnen der Social Entrepreneurship Challenge gerade auch in den Partnerländern der Österrei-

chischen Entwicklungszusammenarbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen werden“, betont der Leiter der Sektion Entwicklung im Außenministerium, Peter Launsky-Tieffenthal.

„Die Kraft und Motivation, den Glauben an das Gute und den Willen zur Umsetzung kann ich in diesen großartigen Menschen regelrecht spüren. Es zeigt wieder einmal, daß eine Investition in junge Menschen mit einer Vision eine Investition für eine bessere Zukunft ist und wir die Dynamik der Jugend auch zur Erreichung der globalen Ziele (SDGs) benötigen“, bestätigt Katharina Turnauer, Präsidentin der gemeinnützigen Katharina Turnauer Privatstiftung.

Synergien schaffen und fördern

Der Impact Hub zeigt sich als idealer Ort, um die Challengers vorzustellen. Als co-working space mit einem internationalen Netzwerk und angepaßten Beratungsdienstleistungen für junge UnternehmerInnen werden hier Kreativität, Innovation und Ideen gefördert. Der Impact Hub unterstützt Geschäftsmodelle mit langfristiger sozialer Wirkung. Wirkungen, um die es auch bei der ADA geht.

„Die GewinnerInnen werden in den nächsten 18 Monaten ein Begleitprogramm beim

Impact Hub absolvieren, um ihnen die nötigen Tools für den Erfolg ihrer Geschäftsmodelle mit auf den Weg zu geben“, so Lena Gansterer, Programm-Direktorin vom Impact Hub. „Jetzt starten wir auch noch den DevelopmentHubClub, eine Plattform, um Social Businesses und die Entwicklungszusammenarbeit weiter zusammenzubringen und neue Partnerschaften und Synergien zu kreieren.“ Am 14. Juni 2016 findet der erste HubClub im Impact Hub (Lindengasse 56, 1070 Wien) statt.

Die ADA verstärkt in der Zwischenzeit ihr Engagement im Ökosystem für Social Entrepreneurship: Gemeinsam mit Ashoka wird eine Skalierungsagentur für Social Entrepreneurship im Herbst 2016 gestartet, und mit dem bekannten sozialen Unternehmer Yunus (Yunus Social Business) und dem Impact Hub-Netzwerk wird Unternehmertum mit positiven sozialen und ökologischen Effekten in allen sechs Ländern des Westbalkans gefördert.

Die Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, in Südost- und Osteuropa sowie die Karibik bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA pro Jahr rund 500 Projekte und Programme um. Seit ihrer Gründung wurden 3000 Projekte und eine Fördersumme von knapp 1 Milliarde Euro abgewickelt.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

- Mit dem Instrument der Wirtschaftspartnerschaften unterstützt die ADA seit 2004 Unternehmen, die sich in Entwicklungs- und Schwellenländern langfristig engagieren.
- Seit 2004 gibt es insgesamt 161 Wirtschaftspartnerschaften, von denen momentan 56 in Durchführung sind.
- Seit 2012 haben über 5000 Unternehmen/ Institutionen und 1 Million Menschen aus den Wirtschaftspartnerschaften einen unmittelbaren Nutzen gezogen. Seit 2012 sind dafür knapp 18 Millionen Euro Fördermittel gebunden worden.
- Die Social Entrepreneurship Challenge war Teil dieses Instruments, um auch Start-ups und die junge Wirtschaft für neue Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu gewinnen. ■

<http://www.entwicklung.at>

ICMPD errichtet Koordinations- und Kooperationszentrum für Migration

Eröffnung auf Malta unterstreicht führende Rolle von ICMPD im Umgang mit Migration.



Foto: ICMPD / DOI / Jeremy Womacott

ICMPD-Generaldirektor Michael Spindelegger und der Außenminister von Malta, George Vella, anlässlich der Eröffnung des Kooperationszentrums auf Malta

Sechs Monate nach dem Migrationsgipfel in Valletta gibt es große Bedenken hinsichtlich eines erneuten Aufflammens von irregulärer Migration im Mittelmeerraum. In diesem Bewußtsein haben der Außenminister von Malta, George Vella, und der Generaldirektor des ICMPD (International Center for Migration Policy Development), Michael Spindelegger, am 24. Mai das „ICMPD-Koordinations- und Kooperationszentrum für Migration im Mittelmeerraum“ in Valletta eröffnet. Sämtliche zukünftige ICMPD-Aktivitäten im Mittelmeerraum werden von diesem Zentrum aus koordiniert werden. Diese konzentrieren sich auf Migrationsdialoge und technische Unterstützung sowie auf die positive Einflussnahme auf die Beziehungen der Mittelmeer-Länder.

Ein halbes Jahr nach dem Valletta-Gipfel wird sich ICMPD von diesem Zentrum in Malta aus um die wichtigsten Aspekte von irregulärer Migration und Zwangsvertreibung kümmern. Auf regionaler Ebene zielt das „Euromed Migration“ Programm darauf ab, ein Rahmenwerk zu erstellen, mit dessen Hilfe evidenzbasierte Migration und internationale Schutzstrategien entwickelt und umgesetzt werden können. Auf nationaler Ebene soll ein Migrationssystem für Libyen entwickelt und eine Verbesserung des Grenzmanagements im Libanon angestrebt werden. Das von ICMPD implementierte „City-to-City“-Projekt achtet auf Möglichkeiten der

Migration zwischen acht urbanen Zentren in Europa, Nordafrika und dem Mittleren Osten. Darüber hinaus werden neue Ideen für und Erfolgsgeschichten über Migration zwischen diesen Städten identifiziert werden.

ICMPD-Generaldirektor Michael Spindelegger: „Die Eröffnung dieses Koordinations- und Kooperationszentrums für Migration unterstreicht unsere Bemühungen im Mittelmeerraum. Wir wollen einen wichtigen Beitrag leisten, um Lösungen und Strategien zu finden für Europa und darüber hinaus.“ Maltas Außenminister, Georg Vella, dazu: „Es ist eine Ehre für Malta, daß sich das ICMPD mit seinem Zentrum hier ansiedelt und wir sind davon überzeugt, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen bald die erhofften Ergebnisse im Zusammenhang mit der aktuellen Migrations- und Flüchtlingskrise bringen werden.“

ICMPD beschäftigt global 150 MitarbeiterInnen. Das Zentrum hat 15 Mitgliedsländer und ein Budget von rund 20 Millionen Euro. Das Geld kommt zu 60 Prozent von der EU-Kommission im Rahmen von Projekten, der Rest sind Beiträge der 15 Mitgliedsstaaten und Mittel der Vereinten Nationen. Mitglieder sind Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. ■

<http://www.icmpd.org>

CETA und TTIP

Parlament diskutierte über Chancen und Risiken der beiden Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada

Betont emotional aufgeladen und versehen mit äußerst unterschiedlichen Gesichtspunkten verlief die Aktuelle Europastunde am 18. Mai im Nationalrat zu TTIP und CETA. Dabei formulierten die RednerInnen der Parlamentsfraktionen ihre Standpunkte pointiert und bekräftigten ihre unterschiedlichen Auffassungen, die bereits in den EU-Ausschüssen von Nationalrat und Bundesrat angeklungen sind. Klar gegen TTIP und CETA sprachen sich die FPÖ, die Grünen und das Team Stronach aus. Die Grünen verlangten einen Ausstieg aus den TTIP-Verhandlungen mit den USA und lehnten eine vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens mit Kanada ab. Die Freiheitlichen hingegen plädierten für eine Volksabstimmung über die jeweiligen Verhandlungsergebnisse und das Team Stronach meinte, hinter CETA und TTIP stünde eine Mogelpackung mit einem hohen Preis für die Bevölkerung. Auch die SozialdemokratInnen äußerten sich betont skeptisch, wobei sich deren MandatarInnen nicht grundsätzlich gegen den Freihandel aussprachen, sondern auf die Einhaltung der Standards pochten. Einzig und allein die ÖVP und die NEOS sahen in CETA und TTIP Chancen, wiesen auf das Verhandlungsmandat hin, das die Beibehaltung hoher Standards einschließt, plädierten dafür, das Verhandlungsergebnis abzuwarten und schlossen daran den Appell, sachlich zu diskutieren.

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) rief die Abgeordneten dazu auf, den sachlichen Weg zu beschreiten, sich vom Pathos und den Emotionen wegzubewegen und über Inhalte zu diskutieren. Alles andere wäre ein schlechter Umgang mit den Chancen, meinte er. Er habe selbstverständlich immer wieder die kritischen Positionen Österreichs vorgebracht und stehe dafür, die Standards abzusichern und den Investitionsschutz rechtsstaatlich zu gestalten.

Grundlage für die Debatte war das Verlangen der Grünen, die Aktuelle Europastunde unter den Titel „TTIP Verhandlungsstopp und ein NEIN zu CETA. Fairer Handel statt Konzernherrschaft!“ zu stellen.

*) „Gemischtes Abkommen“ bedeutet, daß die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten Verträge auch selbst schließen und ratifizieren müssen.

CETA ist bereits ausverhandelt und wird demnächst auch ausführlich in den EU-Ausschüssen des Nationalrats und des Bundesrats behandelt. Wie Mitterlehner informierte, werden derzeit die Texte in die EU-Amtssprachen übersetzt und sollen Mitte Juni vorliegen. Im Herbst entscheidet dann der Rat darüber, in weiterer Folge befaßt sich damit das Europäische Parlament. Danach beginnt der Ratifizierungsprozeß in den nationalen Parlamenten, zumal man davon ausgeht, daß es sich um eine sogenanntes gemischtes Abkommen*) handelt. „Sie entscheiden“, rief Mitterlehner den Abgeordneten zu.

Kogler: CETA ist kleiner böser Bruder von TTIP

Werner Kogler von den Grünen begründete die Themenwahl mit dem Hinweis, daß die Handelsabkommen nun in eine entscheidende Phase kommen. Für ihn geht es dabei um die Frage, welche Wirtschaftsphilosophie in Zukunft Platz greift – darum, wie man Wirtschaft und Handel in Zukunft organisieren will. Er lehnt CETA und TTIP deshalb ab, weil für ihn beide Texte weniger Handelsabkommen als vielmehr Investitionsabkommen mit Deregulierungsmaßnahmen darstellen, wobei CETA in seinen Augen nicht so schlecht wie TTIP ist, aber als „kleiner, böser Bruder“ bezeichnet werden kann. Kogler wandte sich daher entschieden gegen eine vorzeitige Anwendung des Abkommens und erinnerte auch an die Entschließung des Nationalrats von September 2014, die ihm zufolge nur eine Ablehnung des vorliegenden Textes bedeuten könne. Auch die Landeshauptleute hätten erst kürzlich wieder ihre Ablehnung bekräftigt.

Kogler stellte klar, daß bei den Grünen niemand etwas gegen ein vernünftiges Abkommen habe, er kritisierte jedoch die mangelnde Transparenz und die Schiedsgerichte. Trotz der Verbesserungen könne er den neuen Investitionsgerichtshöfen nicht zustimmen, da diese nach wie vor für Großkonzerne einen privilegierten Zugang zum Rechtssystem ermöglichen und die Unabhängigkeit der RichterInnen nicht gewährleistet sei. Der Grüne Vizeklubchef befürchtet auch, daß das europäische Vorsorgeprinzip torpediert und die Daseinsvorsorge gefährdet wird. Die

Konsequenz aus all dem kann ihm zufolge daher nur der Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und die Ablehnung von CETA sein.

Mitterlehner drängt auf Versachlichung der Debatte und warnt vor Isolationspolitik

Dieser Darstellung widersprach Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) heftig. Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze könne man nur absichern, wenn man sich dem internationalen Wettbewerb stellt, sagte Mitterlehner, der auch im Hinblick auf die beiden Hofburgkandidaten bedauerte, daß es en vogue sei, sich gegen TTIP und CETA zu stellen. Diese Befindlichkeit beunruhige ihn sehr, so Mitterlehner. Er warnte in diesem Sinne auch vor einer Isolationspolitik. Ein Land wie Österreich, das auf Export ausgerichtet ist, müsse Handel betreiben. Dafür brauche es selbstverständlich Regeln.

„Glauben sie wirklich, daß amerikanische und europäische Großkonzerne das Abkommen brauchen?, fragte er in die Runde der Abkommensgegner. Vielmehr seien österreichische Klein- und Mittelbetriebe (KMU) auf die Marktöffnung angewiesen, denn die Zertifizierungen bei den Exporten kosten derzeit enormes Geld. „Glauben sie, daß die USA und Kanada ihre Bürger Gefährdungen aussetzen wollen?“, so der Wirtschaftsminister. Der Abgasskandal sei nicht in Europa, sondern in den USA aufgedeckt worden, suchte Mitterlehner Verständnis für das Abkommen. Wichtig sei selbstverständlich, ein gutes Vertragswerk zustande zu bringen, und das ist ihm zufolge bei CETA auch gelungen. Mitterlehner sprach dabei unter anderem das *right-to-regulate* an, wonach jeder Staat seine Standards selbst bestimmen kann; ferner den verbesserten Investitionsschutz, die Einhaltung der Standards der internationalen Arbeitsorganisation ILO oder die Chance für die KMU bei der öffentlichen Beschaffung. Was TTIP betrifft, so appellierte er, nicht etwas abzulehnen was man nicht kennt.

Bei SPÖ überwiegt Skepsis

Die Wortmeldungen der SPÖ-RednerInnen machten in der Debatte die unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Koalition

Österreich, Europa und die Welt

deutlich. SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder sowie Christine Muttonen und die EU-Abgeordnete Karoline Graswander-Hainz ließen keinen Zweifel an ihrer skeptischen Haltung aufkommen. Schieder hinterfragte, ob es angesichts des ohnehin weitgehenden freien Handels nicht sinnvoller wäre, nur die bestehenden Hemmnisse abzubauen, anstatt ein allumfassendes globales Abkommen abzuschließen.

Die SPÖ stelle sich nicht prinzipiell gegen ein solches Abkommen, es komme darauf an, ob es gelingt, die europäischen hohen Standards hineinzuverhandeln. Schieder und Muttonen gaben zu bedenken, daß CETA und TTIP tief eingreifen und weder Umweltschutz noch sozialer Schutz noch Konsumentenschutz noch Rechtsstaat ausgehöhlt werden dürfen. Auch müsse die Daseinsvorsorge geschützt werden. Das sei bis jetzt noch nicht gelungen, meinten beide, weshalb sich auch Muttonen derzeit gegen CETA und TTIP aussprach. Beim Investitionsschutz komme man vom Regen in die Traufe, stellte Muttonen fest, multinationale Unternehmen könnten Österreich mit Millionenklagen überziehen. Sie wandte sich entschieden gegen eine vorläufige Anwendung des Abkommens, bevor das österreichische Parlament zugestimmt hat.

Auch Graswander-Hainz vertrat die Auffassung, weder die öffentliche Vorsorge noch hohe Standards seien derzeit geschützt, der Investorenschutz sei nur für ausländische Unternehmen da. Die Europaparlamentarierin glaubt nicht, daß noch unter der Obama-Administration TTIP abgeschlossen werden kann, zumal die Verhandlungspositionen zwischen den USA und der EU weit auseinander liegen. Es habe nicht den Anschein, als hätten die USA vor, ihren Protektionismus aufzugeben, gab Graswander-Hainz zu bedenken.

ÖVP: Hohe Standards sind nicht verhandelbar

Die ÖVP-Abgeordneten plädierten dafür, die Verhandlungen zu TTIP abzuwarten, und unterstrichen, auf die Absicherung hoher Standards zu achten. Europa könne sich nicht vor der Globalisierung drücken, sagte Angelika Winzig, man werde die gesetzten Grenzen nicht unterschreiten, bekräftigte sie. Die Konsequenz könne aber nicht sein, die Verhandlungen abzubrechen. „Wir spielen kein Theater“, es gehe darum, unverhandelbare Punkte klarzustellen, ließ auch Hermann Schultes keinen Zweifel an seiner Position, Österreichische und EU-Standards in keiner

Weise aushöhlen zu wollen. Marktöffnung finde fortlaufend statt, man müsse ständig um die Anpassung kämpfen, und dabei sei es notwendig, genau zu wissen, was man zu schützen habe. Für ihn steht fest, daß das Vorsorgeprinzip bleiben muß und weder Hormonfleisch auf heimische Teller kommen noch gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen in Österreich Platz haben sollen. Sollte all das nicht klar geregelt sein, werde es keine Zustimmung geben, stellte Schultes fest.

ÖVP-Klubkollege auf europäische Ebene, Othmar Karas, warnte vor einer Abschottung. „Wer sich abschottet, der verliert“, warnte er und rief zu einer Versachlichung der Debatte auf. Die Information sollte dabei im Mittelpunkt stehen. Derzeit sei diese zu wenig faktenbasiert. Wenn wir einen fairen Handel wollen, dann müssen wir verhandeln sagte er in Richtung jener, die aus den TTIP-Verhandlungen aussteigen wollen. Nur so könne es gelingen, eine globale Wirtschaft „nach unseren Regeln“ zu schaffen.

CETA bezeichneten sowohl Schultes als auch Winzig sowie Karas als ein hervorragendes Abkommen. Sie begrüßten den neuen Investitionsschutz, das right-to-regulate, die Absicherung der Daseinsvorsorge und die Chancen für die KMU. Die Bedingungen seien erfüllt, meinten alle drei übereinstimmend.

FPÖ will Volksabstimmung über TTIP

Mit diesem Zugang konnten die wollten sich die Freiheitlichen nicht zufrieden geben. Johannes Hübner, Axel Kassegger und EU-Mandatar Harald Vilimsky sprachen sich vehement dafür aus, TTIP den BürgerInnen zur Abstimmung vorzulegen. CETA ist gelaufen, TTIP ist weitgehend ausverhandelt, so Hübner, nun müsse man Nein zu den vorliegenden Ergebnissen sagen. Kassegger schlug sogar vor, der Bundeskanzler möge das Verhandlungsmandat an die EU Kommission zurückziehen. Die Abkommen seien ein Werk von Großkonzernen für Großkonzerne, wodurch letztendlich auch die Parlamente entmachtet werden sollen.

Vilimsky warnte vor allem vor den negativen Auswirkungen für die Landwirtschaft und die Lebensmittelqualität und Hübner stellte grundsätzlich in Frage, ob man tatsächlich den freien Handel braucht. Es mache beispielsweise keinen Sinn, Wasser quer durch Europa zu transportieren oder die österreichische Landwirtschaft in den Wettbewerb mit der Agroindustrie zu schicken. Wesentlich ist seiner Meinung nach die Erhaltung der regionalen Kreisläufe.

Grüne: Mit TTIP kommen die europäischen Standards unter Druck

Mit ähnlich schweren Geschützen führen die Grünen gegen TTIP und CETA vor. TTIP und CETA seien das beste Beispiel, wie man so etwas nicht macht, meinte EU-Parlamentarier Michel Reimon. Mit TTIP würden keine gemeinsamen Standards geschaffen, erklärte er, sondern nur über die gegenseitige Anerkennung verhandelt. Das führe dazu, daß man keine Standards mehr erhöhen werde können, denn die damit verbundenen höheren Kosten mache die Betriebe weniger wettbewerbsfähig. Es drohe zudem die Gefahr, verklagt zu werden, wenn man nationale Gesetze erläßt. Reimon kritisierte scharf, daß die Europäer für die Öffnung des europäischen Markts für amerikanische Agrarprodukte die Zulassung schlechter europäischer Finanzmarktprodukte in den USA abtauschen wollen. Damit sei die Absicht verbunden, den regulierten US-Finanzmarkt wieder zu deregulieren.

Gestärkt werden müsse der faire Handel, so das Plädoyer von Wolfgang Pirkelhuber, der wie Klubobfrau Eva Glawischnig-Piesczek die Aushöhlung sozialer und ökologischer Standards sowie das Abgehen vom Vorsorgeprinzip befürchtet. Landwirtschaft und Lebensmittel seien eine kulturelle Frage, sagte Glawischnig-Piesczek, Europa habe in diesem Bereich viel zu verlieren, warnte sie vor einer Entwicklung zu einer agrarindustriellen Landwirtschaft. Beide Grün-Politiker kritisierten auch die Sonderklagsrechte sowohl in CETA als auch in TTIP und wiesen darauf hin, daß die USA zahlreiche Tochterunternehmen in Kanada haben. Mit CETA würde daher TTIP durch die Hintertür eingeführt, CETA sei eine Blaupause für TTIP. Pirkelhuber forderte für eine intensive Diskussion die Abhaltung einer Parlamentarischen Enquete. Er bezweifelte auch die Vorteile für die Wirtschaft in Europa und den Arbeitsmarkt, denn in den Studien würde nicht gegengerechnet, wie viel landwirtschaftliche Betriebe und wie viele KMU aufgeben müssen.

NEOS gegen Populismus und Emotionalisierung

Von der Debatte enttäuscht zeigten sich vor allem die RednerInnen der NEOS. FPÖ und Grünen warf Josef Schellhorn Populismus vor. Er forderte seine KollegInnen im Plenum auf, sachlich über Inhalte zu diskutieren und erst dann zu werten, wenn die Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Eine Eskalation der Debatte verlangte eindringlich

Österreich, Europa und die Welt

EU-Abgeordnete Angelika Mlinar. Derzeit würde aber bewußt eine Emotionalisierung geschürt, was die Aggression steigern und einen vernünftigen Austausch der Meinung unmöglich mache. In der Debatte gehe es um Stimmen und Ideologie, nicht aber um Fakten und Wissen, sagte sie, und das erinnere sie an die unsäglichen Diskussion vor dem EU-Beitritt.

Freiheitliche und Grüne würden sich anhören, als hätte die EU zu wenig Kraft und Selbstvertrauen, wobei die EU doch mehr Einwohner und eine höhere Wertschöpfung habe, ergänzte Klubkollege Michael Pock. Er rief auch zu mehr Mut und Visionen auf und meinte in Anspielung an die Zeit nach 1945, die Verzahnung und Kooperation der westlichen Demokratien habe sich als gut erwiesen. Die weitverbreitete negative Stimmung versteht Pock als einen klaren Auftrag, mit dem Dialog zu beginnen. Auch Angelika Mlinar, Europaabgeordnete der NEOS, sieht im freien Handel Vorteile, sofern er auf klaren Vereinbarungen und Regeln basiert. Er steigere Wachstum und Wohlstand, Öster-

reich profitiere überproportional vom freien Handel, und Länder, die untereinander mit freiem Handel verbunden sind, führten keine Kriege, warb sie für einen positiveren Zugang. Mlinar erwartet sich in diesem Zusammenhang Ergebnisse, die im Sinne der Bevölkerung liegen. Man dürfe keinesfalls glauben, in Österreich bleibe ohne TTIP alles, so wie es ist. Schellhorn wies darauf hin, daß die USA auch mit Ländern im pazifischen Raum verhandeln, und das würde den Druck auf Europa noch mehr erhöhen. Jetzt aber habe man die Chance, in den Verhandlungen die Standards zu heben, so Schellhorn. Europa hat ein starkes Mandat und das solle man unterstützen.

Team Stronach: Ablehnung von TTIP wäre wirtschaftlich verkraftbar

Als eine Mogelpackung bezeichnete Ulrike Weigerstorfer seitens des Team Stronach TTIP und CETA und nahm als Beispiel das Handelsabkommen NAFTA, was zu einem Absinken des Lohnniveaus in Mexiko geführt habe. Gewinner seien die Großkonzer-

ne gewesen. Weigerstorfer warnte vor den laxeren Bestimmungen, was die Pestizide betrifft, und meinte, die Standards der ILO würden nicht eingehalten. Ähnlich die Warnungen von Leopold Steinbichler, der von der Aggressivität der Märkte sprach und um die regionalen Marken im globalisierten Handel fürchtete. Er vermißte auch ausreichend Transparenz, da man eigentlich nicht wisse, wo die berühmten roten Linien liegen. Für das Team Stronach wäre die Ablehnung von TTIP wirtschaftlich verkraftbar.

In die Reihen der Gegner von CETA und TTIP gesellte sich auch die fraktionslose Abgeordnete Susanne Winter. Sie meinte, freien Handel gebe es bereits, die Zölle zwischen der EU und den USA seien ohnehin gering. CETA und TTIP bedeuten ihrer Meinung nach ein „Selbstermächtigungsgesetz für Konzerninteressen“ und die Entmachtung der Parlamente. Es würde der Raubtierkapitalismus gewinnen und das Vorsorgeprinzip ginge verloren. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Wichtige Brückenfunktion zwischen den Regionen Europas

Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Michael Linhart, eröffnete am 30. Mai das jährliche Treffen regionaler und internationaler Organisationen mit der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI) in Wien. Zuvor trafen einander die Nationalen Koordinatoren der ZEI-Staaten im Alois Mock-Saal des Außenministeriums, um über den neuen Aktionsplan 2017-2020, der eine Prioritätensetzung in den Themenfeldern nachhaltige Wirtschaft, Weiterentwicklung einer Bildungsgesellschaft und institutionelle Entwicklung in den Bereichen Migration und Anti-Korruption vorsieht, zu beraten.

Die ZEI wurde 1989 von Österreich, Italien, dem ehemaligen Jugoslawien und Ungarn gegründet und besteht heute aus 18 Mitgliedstaaten aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa, davon derzeit zehn EU-Mitglieder. Ziel dieser regionalen internationalen Organisation ist die Unterstützung ihrer Mitglieder bei der europäischen Integration, unter anderem durch Angleichung an EU Standards und Umsetzung zahlreicher kleinerer und mittlerer Projekte.

Dem Koordinatorentreffen folgte die Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding zwischen dem Generalsekretär der ZEI, Botschafter Giovanni Caracciolo di Vietri, und dem Generaldirektor des International Centre for Migration Policy Deve-



Der Generaldirektor des ICMPD, Michael Spindelegger (l.), und der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im BMEIA, Michael Linhart

lopment (dem ehemaligen Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger.

Beim anschließenden Treffen regionaler und internationaler Organisationen mit der ZEI betonte Linhart eine wichtige Priorität der österreichischen Außenpolitik, die Transformation der Staaten des Westbalkans und der östlichen Nachbarschaft (Belarus, Moldau und Ukraine sind ZEI-Mitglieder) in eine Region, in der Stabilität und Wohlstand herrschen. Durch eine stärkere Vernetzung mit

anderen, in den ZEI-Mitgliedstaaten tätigen Organisationen sollen Aktivitäten gebündelt und Synergien geschaffen werden.

„Wir wollen gerade mit der angestrebten Vernetzung mit anderen regionalen und internationalen Organisationen der ZEI eine sichtbarere Gestalt verleihen und gleichzeitig durch die heutige Veranstaltung auch die Bedeutung Wiens als Sitz internationaler Organisationen und Ort der Begegnung unterstreichen“, so Linhart. <http://www.bmeia.gv.at>

»Orte für Menschen«

Kulturminister Drozda eröffnete Österreich-Pavillon der Architektur-Biennale.



Foto: Paul Kranzler

Der österreichische Ausstellungspavillon zu Architektur-Biennale in Venedig – »Orte für Menschen«

Kulturminister Thomas Drozda, Kommissarin Elke Delugan-Meissl und der Präsident der Caritas-Österreich, Michael Landau, eröffneten am 26. Mai den Österreichischen Pavillon „Orte für Menschen“ der Architektur-Biennale 2016 in Venedig. „Der diesjährige Beitrag Österreichs hat sich zum Ziel gesetzt neue und innovative Architektur-lösungen für Menschen in laufenden Asylverfahren aufzuzeigen. Kommissarin Elke Delugan-Meissl und ihr Team haben dabei einen mutigen und zukunftsweisenden Ansatz gewählt: Drei in Wien realisierte Wohnprojekte rücken Räume menschenwürdigen Zusammenlebens in den Mittelpunkt“, so Kunst- und Kulturminister Thomas Drozda: „Zum 11. Mal leistet Österreich einen wertvollen Beitrag zum internationalen Architekturdiskurs und festigt damit sein hohes internationales Ansehen in diesem Bereich. Das Bundeskanzleramt stellt auch heuer wieder 400.000 Euro für Konzeption und Durchführung der Ausstellung im Österreich Pavillon in Venedig zur Verfügung.“

Es wird gezeigt, wie Architektur spannende Synergien schaffen kann

Kommissarin Elke Delugan-Meissl betonte, daß „die soziale wie die ästhetische



Foto: Mathias Cremer

v.l.: Caritas-Direktor Michael Landau, Kulturkommissarin Elke Delugan-Meissl und Kulturminister Thomas Drozda bei der Biennale-Eröffnung in Venedig

Dimension von Architektur gleichermaßen wichtige gestalterische Akte sind. ‚Orte für Menschen‘ zeigt, wie Architektur spannende Synergien schaffen kann.“ Als Gründerin und Partnerin von Delugan Meissl Associated Architects (DMAA) gehört Elke Delugan-Meissl zu den wenigen federführenden Frauen im bis heute stark männlich dominierten ös-

terreichischen Architekturbetrieb. Obwohl sie bei allen Projekten von DMAA unmittelbar involviert ist, widmet sie einen Teil ihrer Kapazitäten kontinuierlicher Lehr- und Jurytätigkeit im In- und Ausland, um auch auf diese Weise aktiv zum Architekturdiskurs beizutragen und ihre Vorstellungen von Qualität zu vertreten, die bei den eigenen Arbeiten ri-

Österreich, Europa und die Welt

goros angewandt werden. Das Werk von DMAA wurde oftmals ausgezeichnet und international in Ausstellungen präsentiert. Die bisher höchste Ehrung für die „vielschichtigen, teilweise radikalen Arbeiten auf dem Gebiet der Architektur“ erhielt Elke Delugan-Meissl in Form des Großen Österreichischen Staatspreises, der ihr 2015 gemeinsam mit Roman Delugan verliehen wurde.

Gemeinsames vor dem Trennenden

„Der Österreich-Beitrag ‚Orte für Menschen‘ stellt das Gemeinsame vor das Trennende“, so Caritas-Österreich Präsident Michael Landau. „Hier geht es nicht nur um das Zusammenleben in einer konkreten Flüchtlingsunterkunft, sondern auch um den Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt.“ Der Beitrag zur Biennale macht aus seiner Sicht zweierlei deutlich: „Zum einen, daß es bereits mit wenigen Mitteln und Ressourcen möglich ist, Großes zu leisten. Zum anderen, daß das Gelingen des Projekts, das sich Gesellschaft nennt, vom Einsatz, von der Kreativität und vom Engagement einer jeden und eines jeden Einzelnen abhängt. Europa hat in den vergangenen Monaten Geschichte geschrieben“, so Landau. Der Ausgang dieser Geschichte werde auch von Projekten wie „Orte für Menschen“ abhängen. „Von Projekten, die das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Von Projekten, die Zusammenleben in einer konkreten Unterkunft und Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt ermöglichen“, so Landau.

Temporäre Unterbringung von Menschen in laufenden Asylverfahren

Seit Anfang des Jahres arbeiten die von Kommissarin Elke Delugan-Meissl nominierten Architektur- und Designteams – Caramel Architekten, EOOS und the next ENTERprise-architects – in drei Flüchtlingsunterkünften in Wien, um die temporäre Unterbringung von Menschen in laufenden Asylverfahren zu verbessern. Die Umsetzung dieser Lösungsansätze und das Potential von Architektur im sozialen Bereich werden im Rahmen der 15. Architektur-Biennale „Reporting From The Front“ in Venedig einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. „Ich danke den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der diesjährigen Architektur-Biennale für den architektonischen wie gesellschaftspolitisch wichtigen Beitrag. Sie haben neue Lösungen erarbeitet, die mehr als nur ein Dach über dem Kopf bieten“, so der Minister. ■

<http://www.labiennale.org/en/architecture/>
<http://www.ortefuermenschen.at>



Foto: Christian Redtenbacher

Die KuratorInnen: Christian Muhr, Elke Delugan-Meissl und Sabine Dreher



Foto: Christian Redtenbacher

Das »Orte für Menschen«-Team um Elke Delugan-Meissl



Foto: Paul Kranzler

the next ENTERprise architects – UN/COMMON SPACE - UN/DEFINED LIVING

Die Gemeinsame Erklärung von Krumau

Neue Basis für Zusammenarbeit – Bilaterales Treffen und Unterzeichnung der »Gemeinsamen Erklärung von Krumau« beim Partnerforum Südböhmischer Kreis



Foto: Land OO / Stinglmayr

v.l.: Stv. Kreishauptmann Roman Cely, DiS. (Südmährischer Kreis), S.E. Jan Sechter (Botschafter der Tschechischen Republik in Wien), Kreishauptmann Jiří Zimola (Südböhmischer Kreis), Kreishauptmann Jiří Behounek (Kreis Vysočina), Landeshauptmann Josef Pühringer (Oberösterreich), Magistratsdirektor Erich Hechtner (Wien, in Vertretung von Bürgermeister Michael Häupl) und S.E. Alexander Grubmayr (Österreichischer Botschafter in Prag)

Von 11. bis 13. Mai hat auf Einladung Südböhmens das dreitägige „Partnerforum des Südböhmischen Kreises“ in Krumau stattgefunden. Neben Oberösterreich, Niederösterreich und Wien waren insgesamt 19 Partnerregionen unter anderem aus Swerdlowsk (Rußland), Henan (China), Niederbayern (Deutschland), Nantes (Frankreich), Troms (Norwegen), Bern (Schweiz) oder Dak Lak (Vietnam) vertreten.

Schwarz: Zusammenarbeit mit Südböhmen hat eine lange Tradition

Niederösterreich pflegt seit der Grenzöffnung eine intensive Partnerschaft mit dem Kreis Südböhmen und war bei der Konferenz durch die für EU-Regionalpolitik zuständige Landesrätin Barbara Schwarz vertreten. Schwarz: „Die Zusammenarbeit zwischen Südböhmen und Niederösterreich hat eine lange Tradition und konnte durch den Zusammenschluss in der Europaregion Donau-Moldau intensiviert werden. Durch diese Kooperation gelingt es, Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart in einem größeren Kontext und in Zusammenarbeit mit mehreren Regionen und deren Potentialen zu erarbeiten.“ Die Europaregion dient dem Ausbau der Zusammenarbeit zum Wohle der

dort lebenden Menschen, zur Stärkung der Region im Wettbewerb mit anderen Großräumen sowie zur Umsetzung des europäischen Gedankens. „Niederösterreich erwartet sich durch die Zusammenarbeit in der Europaregion Donau-Moldau vor allem eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den ländlichen Regionen. Gemeinsam werden Themen bearbeitet, die die Lebensumstände attraktiver machen und dadurch die Abwanderung in die Speckgürtel der Metropolregionen eindämmen“, so Schwarz nach Gesprächen mit dem Kreishauptmann von Südböhmen, Jiří Zimola.

Einen wesentlichen Beitrag zur gemeinsamen Entwicklung der Nachbarstaaten leisten EU-Programme wie Interreg V-A Österreich – Tschechische Republik. Durch dieses ist es möglich 98 Millionen Euro an EU-Mitteln von 2016 bis 2020 in die Region zu holen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf technologischer Entwicklung, Forschung, Umwelt und Ressourcen, Humanressourcen und Netzwerke.

Pühringer: konkrete Nachbarschaftsstrategie bis 2030

Im Rahmen der Fachseminare präsentierten auch Einrichtungen aus Oberösterreich

ihre best practice-Aktivitäten. So zum Beispiel das „Green Belt Center“ der Gemeinde Windhaag (die insgesamt 12.500 km lange Grenze des Eisernen Vorhanges hat sich zum „Band des Lebens“ und somit zum größten Naturschutzprojekt Europas entwickelt), der Medizintechnik-Cluster der Business Upper Austria, das grenzüberschreitende Masterstudium „Biological Chemistry“ der Johannes Kepler-Universität Linz gemeinsam mit der Südböhmischen Universität sowie regionale Schnupperlabors der Regionalmanagement Oberösterreich GmbH.

Im Rahmen der Veranstaltung erfolgt die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung von Krumau“ zwischen den drei österreichischen Grenz-Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien sowie den drei tschechischen Partnerregionen Südböhmen, Vysočina und Südmähren und den jeweiligen Botschaften als Vertreter der Bundesebene. „Dadurch soll der Dialog zwischen uns Nachbarregionen intensiviert und eine konkrete Nachbarschaftsstrategie bis 2030 ausgearbeitet werden“, so Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer. In seinem mit Südböhmens Kreishauptmann Jiří Zimola fanden zudem wichtige bilaterale Gespräche statt.

Österreich, Europa und die Welt

Neustrukturierung der bilateralen Zusammenarbeit OÖ-Südböhmen

Hintergrund der Neustrukturierung der bilateralen Beziehungen

Die derzeitige Basis für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Oberösterreich und Südböhmen ist die „Vereinbarung über das Rahmenprogramm der Zusammenarbeit zwischen dem Südböhmischen Kreis und dem Land Oberösterreich“, welche im Dezember 2001 unterzeichnet wurde.

Ein wichtiger Punkt der Vereinbarung war die Unterstützung des Südböhmischen Kreises seitens des Landes Oberösterreich im Zuge der Vorbereitungen des tschechischen EU-Beitritts 2004.

Auf politischer Ebene fanden mit Südböhmen bisher elf Konferenzen der Regierungskonferenzen statt, die letzte war am 12. Dezember 2014 in Bad Leonfelden. Im Mittelpunkt standen das Gedenken an den 25. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs 1989, aber auch Zukunftsthemen der künftigen Zusammenarbeit. Darüber hinaus gab es allein im Jahr 2015 zehn hochrangige Zusammentreffen zu den verschiedensten grenzüberschreitenden Themen. In der gemeinsamen Erklärung der 11. Konferenz der Regierungskonferenzen wurden der Landesamtsdirektor und der Kreisamtsdirektor beauftragt, „unter Berücksichtigung der neuen Strukturen sowie der Europaregion Donau-Moldau und der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit [...] einen Vorschlag für die Neustrukturierung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Oberösterreich und Südböhmen zu erstellen.“

Die bestehende Struktur habe jedoch nicht mehr den tatsächlichen Anforderungen der bilateralen Zusammenarbeit entsprechen. Die neue Methodik der Zusammenarbeit erlaubt nun die anlaßbezogene Einsetzung von Arbeitsgruppen, die einen konkreten Arbeitsauftrag mit Zielen und Zeitplan erfüllen. Die bilaterale Zusammenarbeit soll dadurch wirkungsorientierter und effizienter werden und rascher konkrete Ergebnisse liefern. Die Arbeitsgruppen werden von den beiden Amtsdirektoren eingesetzt.

Im Rahmen des Partnerforums Südböhmen in Krumau wurde nun die Gemeinsame Erklärung zur Neustrukturierung der bilateralen Beziehungen von Oberösterreich und Südböhmen unterzeichnet.

„Einerseits kann nun auf Basis der Gemeinsamen Erklärung eine ‚Kooperationsstrategie Oberösterreich-Südböhmen 2030‘ erarbeitet werden. Andererseits wird die neue Methodik der Zusammenarbeit durch einen

klaren Arbeitsauftrag an künftige Arbeitsgruppen zu noch mehr Wirkungsorientierung und Effizienz führen“, so Pühringer.

So sieht die Gliederung der Gemeinsamen Erklärung aus:

Stärkung der bilateralen Partnerschaft: Hintergrund und Zielbestimmung

- Stärkung der Partnerschaft von OÖ und SB
- Weiterentwicklung und Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit
- Beitrag zur Umsetzung der Europa-2020-Strategie

Gemeinsames strategisches Denken: Festlegung der mittel- und langfristigen Ziele und Prioritäten durch Erarbeitung einer Kooperationsstrategie OÖ-Südböhmen 2030.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zukunftsthemen:

- Themenbereiche der künftigen bilateralen Zusammenarbeit
- Ebenen der Zusammenarbeit: bilateral (z.B. INTERREG), transnational (z.B. Europaregion Donau-Moldau), europäisch und international (z.B. Horizont 2020)

Gemeinsames konkretes Handeln: Neustrukturierung von Arbeitsgruppen. Die Amtsdirektoren (als Koordinierungsgremium für die bilaterale Zusammenarbeit) können anlaßbezogen mittels Arbeitsauftrag thematische und zeitlich befristete Arbeitsgruppen einsetzen.

„Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang für die gemeinsame und konstruktive Erarbeitung der neuen Übereinkunft. Die beiden Amtsdirektoren Dr. Watzl und Dr. Kučera haben einen innovativen Ansatz verfolgt, der unserer Partnerschaft einen neuen Impuls verleihen wird“, so Pühringer.

Weitere Themen der bilateralen Gespräche waren:

INTERREG Österreich – Tschechische Republik 2014-2020

In der alten INTERREG-Programmperiode 2007-2013 wurden über 50 grenzüberschreitende Großprojekte und zusätzlich 77 Kleinprojekte zwischen OÖ und Tschechien umgesetzt.

- Die grenzüberschreitende Landesausstellung „Alte Spuren – Neue Wege“ im Jahr 2013 ist ein Beispiel der erfolgreichen kulturellen Zusammenarbeit zwischen OÖ und Südböhmen. Rund 300.000 Menschen besuchten die vier Standorte Freistadt, Bad Leonfelden, Vyšší Brod und Český Krumlov / Krumau, um sich über

die gemeinsame Geschichte und Kultur im Grenzraum zu informieren.

- Ein weiteres INTERREG-Vorzeigeprojekt wurde zum Hochwasserschutz an der Maltzsch umgesetzt. Denn in den vergangenen Jahren trat bei Leopoldschlag die Maltzsch in regelmäßigen Abständen über die Ufer und überflutete den Ort. Seit 2014 ist die Gemeinde vor dem Hochwasser in Sicherheit. Gemeinsam mit der tschechischen Nachbargemeinde Dolní Dvořiště wurde ein Hochwasserschutz am Grenzfluß entwickelt. Auf südböhmischer Seite wurde das Gerinne der Maltzsch auf einen Kilometer Länge aufgeweitet, um bei starkem Regen eine Ausweichmöglichkeit für die Wassermassen zu schaffen.

Dafür wurden EU Fördermittel (EFRE-Mittel) in OÖ in Höhe von rund 9,9 Mio. Euro eingesetzt. In der neuen INTERREG-Förderperiode 2014-2020 werden insgesamt 97 Mio. Euro an EFRE-Mitteln für grenzüberschreitende Projekte im österreichisch-tschechischen Grenzraum zur Verfügung stehen, davon erneut 9,9 Mio. Euro für OÖ. Das Programm konzentriert sich auf folgenden Prioritätsachsen:

- PA 1: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation
- PA 2: Umwelt und Ressourcen
- PA 3: Entwicklung von Humanressourcen
- PA 4: Nachhaltige Netzwerke und institutionelle Kooperation

Die erste Einreichfrist war am 22. März 2016. Derzeit läuft die formale Prüfung der Projekte. Ende Juni 2016 findet dann der Begleitausschuss statt, bei dem die Projekte genehmigt werden.

Von insgesamt 30 eingereichten Projekten sind an 16 Projekten oberösterreichische Partner (davon 12 Projekte mit Südböhmen, zwei mit Vysočina und zwei mit Südmähren) beteiligt. Der Großteil der derzeit eingereichten Projekte stammt aus dem Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation.

Am 22. September 2016 endet die zweite Einreichfrist für grenzüberschreitende Projekte. Der Begleitausschuß wird Anfang 2017 zusammentreten.

Kleinprojektfonds Österreich – Tschechische Republik

OÖ, NÖ, Südböhmen, Vysočina und Südmähren planen einen gemeinsamen Kleinprojektfonds entlang der gemeinsamen österreichisch-tschechischen Grenze für die

Österreich, Europa und die Welt

Jahre 2017-2019. Der Kleinprojektfonds soll heuer noch als Projekt im INTERREG-Programm eingereicht werden.

EUREGIO Bayerischer Wald – Böhmerwald

Auf kommunaler Ebene kooperieren seit 1994 die 350 Mitgliedsgemeinden der trilateralen EUREGIO Bayerischer Wald – Böhmerwald und der EUREGIO Südböhmische Silva Nortica.

Elf Gemeindepartnerschaften zwischen OÖ und Tschechien

- Grein (Bez. Perg) - Hluboká (Frauenberg, Südböhmen)
- Hargelsberg (Bez. Linz-Land) - Znojmo (Znaim, Südmähren)
- Kefermarkt (Bez. Freistadt) - Zlata Koruna (Goldenkron, Südböhmen)
- Klaffer am Hochficht (Bez. Rohrbach) - Nova Pec (Neuofen, Südböhmen)
- Kollerschlag (Bez. Rohrbach) - Horni Plana (Oberplan, Südböhmen)
- Linz - Ceske Budejovice (Budweis, Südböhmen)
- Mauthausen (Bez. Perg) - Prachatice (Prachatitz, Südböhmen)
- Schönegg (Bez. Rohrbach) - Predni Vyton (Vorder Heuraffl, Südböhmen)
- Schwertberg (Bez. Perg) - Dolni Benesov (Beneschau, Mährisch-Schlesien)
- Vöcklabruck (Bez. Vöcklabruck) - Cesky Krumlov (Krumau, Südböhmen)
- Vorderweißenbach (Bez. Urfahr-Umgebung) - Frymburk (Friedberg, Südböhmen)

Infrastruktur/Verkehr

Oberösterreich tritt in Abstimmung mit Südböhmen für den raschen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowohl im Bereich der Straße als auch der Schiene ein. Auf tschechischer Seite steht dabei insbesondere der „Lückenschluß“ der S10/D3-R3 zwischen Budweis und der Staatsgrenze im Fokus. Mit diesen Verkehrsverbindungen wird nicht nur der südböhmische Wirtschaftsraum aufgewertet, sondern Tschechien erhält auch einen rascheren Zugang zu den Mittelmeerhäfen Triest und Koper. Der Ausbau der grenzüberschreitenden Straßenverbindung S10/D3-R3 Prag - Budweis - Linz hat somit für OÖ höchste Priorität.

Energieeffizienz

Sowohl Oberösterreich als auch Südböhmern verfügen über große Potentiale an Energieeinsparungsmöglichkeiten. Wettbewerbsvorteile der Wirtschaftsstandorte entstehen



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

Josef Pühringer, Landeshauptmann von Oberösterreich (l.), und Jiří Zimola, Kreishauptmann von Südböhmen, bei der Unterzeichnung der Erklärung

durch geringere Energiekosten aufgrund geringerer Verbrauchswerte. Dadurch profitieren einerseits Oberösterreichs Produzenten grüner Technologien als auch andererseits die Konsument/innen. Oberösterreich ist unter Hinweis auf die seit 1998 bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit auch mit Südböhmen im Energy Center České Budějovice (ECCB) bereit, im Rahmen des Energiedialogs von Österreich und Tschechien sein Wissen einzubringen.

Österreichisch-Tschechisches Geschichtsbuch

Das Projekt des „Österreichisch-Tschechischen Geschichtsbuchs“, in dessen Rahmen bis 2017 die gemeinsame Geschichte erforscht und sachlich differenziert aufbereitet wird, nimmt bereits konkrete Formen an. Am 11. November 2015 wurde der Stand der wissenschaftlichen Diskussion zum „Schrecklichen Jahrzehnt (1938-1948)“ und zur Zeit „Vom Kalten Krieg bis 1968“ im Linzer Landhaus öffentlich präsentiert. Das Land Oberösterreich unterstützt das Projekt.

Rahmenabkommen über Rettungsdienste

Der „Staatsvertrag zwischen der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Österreich zur Regelung eines grenzüberschreitenden Rettungsdienstes“ (Rahmenabkommen über Rettungsdienste) wurde am 21. Jänner 2016 in Znaim/Znojmo feierlich unterzeichnet.

Damit wurde rechtlich die Möglichkeit geschaffen, daß die Landeshauptmänner von

NÖ und OÖ als die für das Rettungswesen zuständigen Organe Kooperationsvereinbarungen mit den Hauptmännern der angrenzenden Kreise in Tschechien (Südböhmischer Kreis, Kreis Vysočina und Südmährischer Kreis) schließen können. In diesen Kooperationsvereinbarungen sollen die Bedingungen und Verfahrensweisen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst detailliert geregelt werden (u.a. die Durchführung des Einsatzes, Festlegung der geeigneten medizinischen Versorgungseinrichtung, Verfahren beim Transport, Regeln zur Kostenerstattung).

In den nächsten Wochen wird das Rote Kreuz (Landesverband OÖ) unter Einbindung der Sozialversicherungsträger daher Verhandlungen für eine detaillierte Kooperationsvereinbarung mit Südböhmen und allenfalls dem Kreis Vysočina aufnehmen. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion zwischen OÖ und Südböhmen soll das Abkommen rasch ausverhandelt werden.

„Oberösterreich kann auf eine lange und erfolgreiche Tradition der Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik im allgemeinen und mit Südböhmen im besonderen verweisen. Die bilaterale Strategie mit Südböhmen wird selbstverständlich in Abstimmung mit dem Nachbarschaftsdialog 2030 der 2plus6-Gruppe erfolgen. Das Ziel muß sein, bis zur 2. Jahreshälfte 2017 beide, aufeinander abgestimmte Strategien fertig zu stellen“, informierte LH Pühringer. ■

<http://www.ooe.gv.at>

Kaiser-Maximilian-Preis 2016

Anders Knappe bekam den Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik.



Foto: IKM / Lercher

Bei der feierlichen Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2016 im Riesensaal der kaiserlichen Hofburg (v.l.): Präsident des KRGE und Laudator Jean-Claude Frécon, Landtagspräsident Herwig van Staa, Ingrid Hansson, Preisträger Anders Knappe, Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Bundesminister Andrä Rupprechter

Zum 18. Mal wurde heuer der Kaiser-Max-Preis vergeben: Damit werden Personen oder Institutionen für außerordentliche Leistungen im Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet. Heuer ging der Preis an Anders Knappe, einen schwedischen Kommunalpolitiker, der viele Jahre unter anderem als Präsident dem schwedischen Gemeindeverband vorstand. Zudem war er Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Im Beisein von Bundesminister Andrä Rupprechter, Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler, Landtagspräsident Herwig van Staa und Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer nahm Knappe am 9. Mai den Preis bei einem Festakt in der Innsbrucker Hofburg entgegen.

Europapreis mit hoher Bedeutung

„Durch sein jahrzehntelanges Engagement als Bürgermeister, im Gemeindeverband und in der europäischen Kommunal- und Regionalpolitik ist Anders Knappe ein Fürsprecher der Gemeinden, dem die Anliegen der Kommunen am Herzen liegen und der die Probleme, mit denen die Gemeinden zu kämp-

fen haben, aus erster Hand kennt. Für seinen Einsatz gebührt ihm Dank und Anerkennung“, gratulierte Geisler – selbst ehemaliger Bürgermeister – dem Preisträger herzlich zur Verleihung des Preises.

„Ich kenne und schätze den Preisträger Anders Knappe schon seit langer Zeit durch unsere gemeinsame politische Arbeit sowohl im Ausschuß der Regionen als auch im Kongreß der Gemeinden und Regionen des Europarates. Er ist wie ich ein ‚gelernter‘ Lokalpolitiker, er war langjähriger Bürgermeister

von Karlstadt, ist seit 2014 amtierender Präsident der Kammer der Regionen des Kongresses und seit 2007 Vizepräsident des AdR. In all diesen Funktionen hat er sich stets für die Rechte der Gemeinden und für die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips eingesetzt“, schloß sich Landtagspräsident van Staa den Gratulationen an.

Innsbrucks Bürgermeisterin Oppitz-Plörer beglückwünscht den schwedischen Preisträger ebenfalls: „Anders Knappe hat sich als sehr aktiver Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen ausgezeichnet. Durch sein Engagement wurde der Dialog zwischen den europäischen Gemeinden verbessert. Dieser Preis ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung, sondern auch mit einem Auftrag verbunden: Wir stehen aktuell vor mehreren großen Herausforderungen in Europa, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Es benötigt Menschen, die sich für eine funktionierende Zusammenarbeit einsetzen.“

Feierliche Verleihung

Die feierliche Übergabe des Kaiser-Max-Preises fand im Riesensaal der kaiserlichen



Schautaler von 1509 Kaiser Maximilian I.

Foto: Geschäftsstelle Kaiser-Maximilian-Preis

Österreich, Europa und die Welt

Hofburg statt. Der Feier ging der landesübliche Empfang voraus. Als Laudatoren traten der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen im Europarat (KGRE), Jean-Claude Frécon, sowie Karl-Heinz Lambert, Preisträger aus dem Jahr 2013 und erster Vize-Präsident des Ausschusses der Regionen auf. Neben Bundesminister André Rupprechter und einer Vertreterin der schwedischen Botschaft mischten sich VertreterInnen der nominierenden Institutionen, zahlreiche Mitglieder der Tiroler Landesregierung, VertreterInnen des Innsbrucker Stadtsenates und Gemeinderates, RepräsentantInnen des konsularischen Korps, mehrere Delegierte des Europarates sowie VertreterInnen der Behörden und der Universität, wie auch EhrenzeichenträgerInnen unter die hochkarätigen internationalen Ehrengäste.

Der Preisträger 2016: Anders Knappe

Anders Knappe wurde 1955 in Karlstad geboren. Der schwedische Gemeindepolitiker engagiert sich seit mehr als 20 Jahren für die europäische Kommunalpolitik. Viele Jahre stand er als Präsident dem schwedischen Gemeindeverband vor. Sei es als äußerst aktiver Vizepräsident des RGRE, als Präsident der Gemeindekammer des KGRE, oder in seiner Funktion als Vorsitzender der Fachkommission für Verwaltungs- und Finanzfragen im Ausschuss der Regionen, Anders Knappe gilt als bodenständiger Kommunalpolitiker.

Der Kaiser-Maximilian-Preis

Das Land Tirol und die Stadt Innsbruck haben im Jahr 1997 aus Anlaß der Vollendung des 85. Lebensjahres des langjähri-

gen Bürgermeisters der Stadt Innsbruck und Präsidenten des Tiroler Landtages, Alois Lugger, den Kaiser-Maximilian-Preis (Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck) gestiftet – in Anerkennung seiner Verdienste um Europa.

Die Auswahl der PreisträgerInnen erfolgt alljährlich durch eine internationale Jury. Diese setzte sich aus VertreterInnen der Universität Innsbruck, des Ausschusses der Regionen, des KGRE, des RGRE, der Versammlung der Regionen Europas (VRE) sowie des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck zusammen.

Der Preis besteht aus einer Urkunde und einer Medaille (Schautaler von 1509 Kaiser Maximilian I.) sowie einem Geldpreis in der Höhe von 10.000 Euro. ■

Graz: UN-Flüchtlingshochkommissar Volker Türk ausgezeichnet

Der Menschenrechtspreis gehört zu den bedeutendsten Auszeichnungen, die von der Karl-Franzens-Universität Graz vergeben werden. Erst sechs Mal wurde er seit 1992 für herausragende Verdienste um Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden verliehen, darunter an bekannte Persönlichkeiten wie den Dalai Lama, Simon Wiesenthal und Daniel Barenboim. Am 13. Mai erhielt ihn Volker Türk, Stellvertretender UN-Flüchtlingshochkommissar für Schutzfragen. Die Universität Graz würdigt damit über den Preisträger hinaus die Bemühungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR sowie die Arbeit aller, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

Der Menschenrechtspreis für Volker Türk erfolgte auf Vorschlag von Univ.-Prof. Wolfgang Benedek, Leiter des Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie, und wurde einstimmig vom Senat der Karl-Franzens-Universität beschlossen. Benedek: „Mit dem Preis soll einerseits die herausragende Persönlichkeit von Volker Türk geehrt werden, der sich seit 25 Jahren weltweit dem Schutz der Flüchtlinge gewidmet hat und andererseits die zentrale Rolle des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen für die Unterstützung der Flüchtlinge hervorgehoben werden.“

Rektorin Univ.-Prof. Christa Neuper überreichte die Urkunde an Volker Türk im Rahmen eines Festaktes in der Aula und hob die gesellschaftliche Rolle der Universität hervor: „Die Verleihung des Preises ist ein Signal dafür, sich in der Flüchtlingsthematik zu engagieren. Bereits im vergangenen Sep-



Foto: Uni Graz / Gasser

Beim Festakt (v.l.): Rektorin Christa Neuper, Volker Türk und Wolfgang Benedek

tember haben WissenschaftlerInnen und Studierende rasch ein Maßnahmen-Paket geschnürt, um anerkannten Flüchtlingen und AsylwerberInnen den Zugang zu Bildung zu erleichtern.“

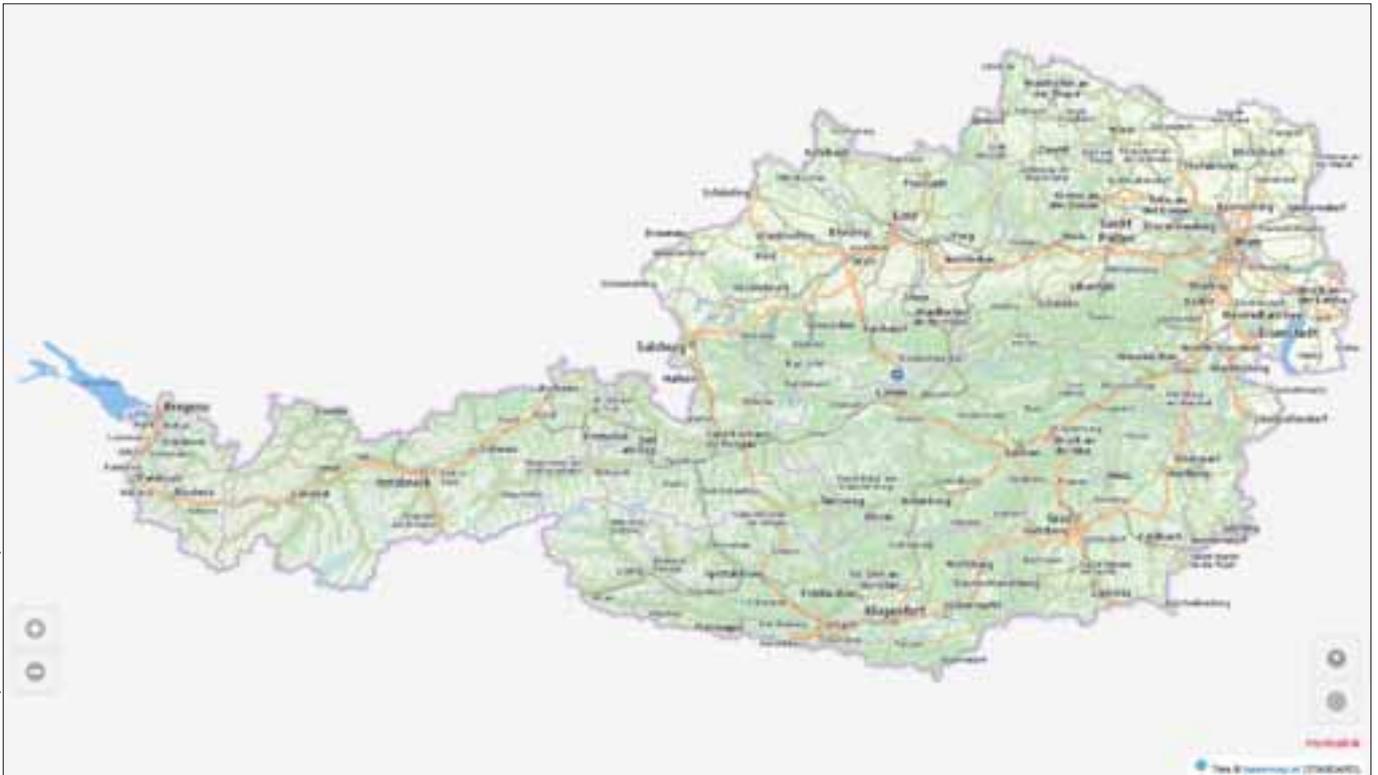
Der Preisträger widmete die Auszeichnung in seiner Dankesrede all jenen, die vor Verfolgung und Krieg flüchten und auf der Suche nach Schutz sind. „Mit mehr als 60 Millionen Vertriebenen weltweit ist es wichtiger denn je, dem Flüchtlingsschutz ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich danke dem Senat der Universität Graz für seine Auswahl daher von tiefstem Herzen. Der Flüchtlingsschutz ist eine ganz wichtige Säule der Menschenrechte und hat in den vergangenen Jahrzehnten Millionen Menschen

nicht nur das Leben gerettet, sondern ihnen auch die Chance auf eine neue Zukunft gegeben. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch der Universität Graz herzlich gratulieren für ihr Engagement für Flüchtlinge und im Bereich der Menschenrechte“, so Türk.

Zuvor war Türk Direktor für internationalen Rechtsschutz am Sitz des UNHCR in Genf. Von April 2008 bis September 2009 hatte er die Funktion des Direktors der Abteilung für Organisationsentwicklung und Management inne, wo er maßgeblich die Strukturreform von UNHCR mitgestaltete. Zuvor bekleidete der gebürtige Oberösterreicher unterschiedliche Posten für UNHCR in verschiedenen Regionen der Welt. ■

»basemap.at« ausgezeichnet

LR Steinkellner: Große Freude über internationalen Preis für Geodatendienst



Grafik: <http://www.basemap.at>

Diese Auszeichnung ist eine besondere Freude und ein Beweis für die gute und hochqualitative Arbeit unserer Beamten“, freut sich Oberösterreichs Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner über die Preisverleihung in Rotterdam am 24. Mai. Das Projekt „basemap.at“ – bei dem auch DORIS, das Digitale Oberösterreichische Raum-Informationen-System maßgeblich mitwirkt – wurde im World Trade Center Rotterdam mit dem „Geospatial World Excellence Award“ ausgezeichnet.

„Bereits seit mehr als zehn Jahren bieten die österreichischen Bundesländer – unter der Federführung Oberösterreichs – Geodatendienste und digitale Landkarten im Internet an“, erläutert der Landesrat und führt weiter aus: „Seit zwei Jahren haben die Länder gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft und Wirtschaft die erste, stets auf aktuellen Verwaltungsdaten basierende, internetfähige Grundkarte von Österreich entwickelt.“ „basemap.at“ dient mittlerweile sowohl als Grundlage für zahlreiche Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand, steht aber gleichermaßen für jegliche private sowie kommerzielle Nutzung – im Rahmen von Open Government Data – jedermann frei und kostenlos zur Verfügung.

Öffentliche Geodaten als »Herzstück« von basemap.at

Diese neue Internet-Grundkarte basiert vorwiegend auf den Geodaten der Länder und kann ohne Einschränkung sowohl privat als auch kommerziell genutzt werden. Eine der wichtigsten Datengrundlagen dabei ist die sogenannte „GIP“ (Graphen-Integrations-Plattform), ein österreichweit einheitliches System zur Erfassung und Verwaltung der gesamten Verkehrsinfrastruktur (Straßen- und Schienennetz, Radwege, Güterwege, etc.). Diese Inhalte werden schon jetzt laufend von den jeweils zuständigen Stellen (Bund, Länder, Gemeinden, ASFINAG, ÖBB, etc.) aktualisiert. Die GIP ist außerdem Grundlage für Verkehrsauskünfte, rechtsverbindliche Verwaltungsabläufe und E-Government-Anwendungen. Aktuell werden täglich 30 Millionen Zugriffe verzeichnet – Tendenz stark steigend.

Verlässlichkeit, Qualität und Aktualität als besondere Herausforderungen

Öffentliche Stellen haben für ihre Verwaltungsaufgaben ganz besondere Anforderungen hinsichtlich der Datengrundlagen. Die verwendeten Informationen müssen jedenfalls aktuell, inhaltlich richtig, vergleich-

bar, sachlich nachvollziehbar und unabhängig von externen Einflüssen gewichtet sein sowie auf stabilen Nutzungsbedingungen beruhen.

Es ist ein beachtliches Werk, das in den letzten Jahren entstanden ist. Im Land Oberösterreich ist die Abteilung Geoinformation für dieses Projekt verantwortlich. Begonnen hat alles vor mehr als zehn Jahren mit dem gemeinsamen Datenverbund der österreichischen Bundesländer. Dort fließen in vereinheitlichter Form die diversen Daten (Luftbilder, Gewässer, Naturschutz, Straßenbau etc.) zusammen.

Schnittstelle für Webanwendungen und Apps

Die neue Verwaltungsgrundkarte ist mehr als nur eine herkömmliche Internetlandkarte. Österreich wird dabei auf mehr als 100 Millionen Einzelbildern, den sogenannten Kacheln, digital von der Übersicht bis ins kleinste Detail abgebildet. Diese Kacheln können über eine weltweit standardisierte Schnittstelle auch für E-Government- und Webanwendungen, sowie für mobile Smartphone-Apps verwendet werden. Die „Verkehrsauskunft Österreich (VAO)“ nutzt die neue Grundkarte bereits zur Darstellung von

Österreich, Europa und die Welt

Verkehrsmittel übergreifenden Routinginformationen.

<http://www.verkehrsauskunft.at>

Weitere große Nutzer sind ASFINAG, ÖAMTC, WKO, ORF, Statistik Austria, Umweltbundesamt, BMI, ...

Verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit international richtungsweisend

„basemap.at“ ist nun ein Projekt, bei dem der Bevölkerung, der Wirtschaft und Wissen-

schaft der Großteil der Verwaltungsdaten kostenlos zur Verfügung gestellt wird. „Es geht um freie amtliche Karten, anders als etwa bei Google, wo kommerzielle Aspekte eine große Rolle spielen und immer auch Beschränkungen und Nutzungsbedingungen einen breiten Einsatz verhindern“, so der Landesrat. Die Daten – etwa auch hochaufgelöste Orthofotos – können kostenlos privat und kommerziell genutzt werden. Alle Daten – Grenzen, Gebäude, Adressen, Straßen, etc. – wer-

den regelmäßig ergänzt und aktualisiert.

„Mit diesen Eigenschaften ist ‚basemap.at‘ nicht nur in Österreich richtungsweisend, sondern auch für andere europäische Staaten ein leuchtendes Vorbild für erfolgreiche, verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit, technologische Spitzenleistung und ein Vorzeigebispiel für den Aufbau europäischer Geodateninfrastrukturen“, hebt Steinkellner abschließend hervor. ■

<http://www.basemap.at>

Der Urlaubseuro 2016

Hohe Kaufkraftvorteile im Osten – stärkerer Euro macht Überseereisen günstiger

Aktuelle Berechnungen von Statistik Austria über Preisniveaus und die damit verbundene Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher im Ausland zeigen, daß die klassischen mediterranen Urlaubsdestinationen nach wie vor spürbare Kaufkraftvorteile bieten. So erhält man für 100 in Österreich verdiente € in Spanien Waren und Dienstleistungen im Wert von 122 € in Griechenland sind es 131 € und in Kroatien sogar 150 €. Der höhere Euro-Kurs wirkt sich in Form von signifikanten Kaufkraftgewinnen positiv für Türkei- (von 136 auf 143 €) und Mexikoreisende (von 154 auf 183 €) aus.

Die drei teuersten Reiseziele waren die Schweiz (69 €), Dänemark (75 €) und Schweden (80 €).

Weiterhin starkes West-Ost-Preisgefälle in Europa

In ausgewählten osteuropäischen Tourismusländern erhält man wie in den Vorjahren für einen Wert von 100 € rund um die Hälfte mehr an vergleichbaren Produkten und Dienstleistungen als in Österreich. Bulgarien rangiert mit einem €Gegenwert von 212 als preisgünstigste Destination vor Rumänien (190), Ungarn (182) und Tschechien (174).

In der Türkei erhält man aufgrund der hohen Inflation bei gleichzeitigen Wechselkursverlusten der türkischen Lira für 100 € 143 an Gegenwert (2015: 136; +5,5%). Das beliebte Urlaubsland Kroatien bringt für Reisende im Durchschnitt einen Euro-Gegenwert von unverändert € 150, in Slowenien beträgt der Kaufkraftvorteil immerhin noch rund ein Viertel (126).

Wieder erstarkter Euro macht Überseereisen günstiger

Der Euro konnte seinen Abwärtstrend umkehren, und das wirkt sich positiv auf be-



kannte Überseesdestinationen aus. Für USA-Reisende bietet sich mit 99 € an Gegenwert ein praktisch identes Preisniveau wie in Österreich, nicht zuletzt durch den fünfprozentigen Kursgewinn gegenüber dem US-Dollar im Jahresabstand. Ähnlich war der Kursverlust von etwas mehr als 6 % des Australischen Dollars – der Gegenwert beträgt nunmehr 82 gegenüber 78 im Vorjahr. Australien bleibt trotz dieser Entwicklung weiterhin eines der teuersten Länder im Vergleich. Die größte Veränderung ist für Mexiko zu beobachten: Fast 21 % Kursverlust der mexikanischen Landeswährung im Jahresabstand verbunden mit einer 2,5 %-Verteuerung der Konsumentenpreise führen zu einem Euro-Gegenwert von nunmehr 183 gegenüber 154 im Vorjahr (+18,5%). Einzig der Japanische Yen konnte gegenüber dem Euro einen Kursgewinn verbuchen; Japan liegt nunmehr bei einem Gegenwert von 98 € nach 100 im Vorjahr.

Wenige Verschiebungen in der Eurozone

Aufgrund der gemeinsamen Währung und der niedrigen Inflation mit größtenteils sinkenden Konsumentenpreisen (bis -2,5 % in Bulgarien; Österreich: +0,6 %) sind innerhalb der Eurozone wenige Veränderungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Irland stellt mit 90 € weiterhin die teuerste Destination dar, während man in Belgien, den Niederlanden und Frankreich mit 97 bis 101 € im Landesdurchschnitt etwa ähnlich viel an Gütern und Dienstleistungen wie in Österreich bekommt. Bei den klassischen Mittelmeerländern liegt Griechenland aufgrund gesunkener Verbraucherpreise nunmehr mit 131 € vor Spanien (122) und Zypern (119). Italien, die beliebteste Urlaubsdestination der ÖsterreicherInnen, liegt – gemessen an der Kaufkraft – mit 102 praktisch auf gleichem Niveau wie Österreich. ■

<http://www.statistik.at>

austria design net

Österreichs wichtigste Design- und Kreativwirtschaftsinstitutionen organisieren 2016 unter der Dachmarke »austria design net« für die erste London Design Biennale und für die World Design Capital Taipei die internationalen Auftritte von österreichischem Design.

Bereits 2012 haben sich die wichtigsten Österreichischen Design- und Kreativwirtschaftsinstitutionen – austria wirtschaftsservice, Creative Industries Styria, Creative Region Linz & Upper Austria, Wirtschaftsagentur Wien, Kreativzentrum departure, designaustria, designforum Wien, MAK Wien und Vienna Design Week – zu der Plattform austria design net zusammengeschlossen und erfolgreich österreichische Designpositionen im Ausland präsentiert.

Gemeinsam Wissen und Erfahrungen für Design in und aus Österreich bündeln

„Ziel der Interessengemeinschaft ist es, die internationalen Auftritte und Präsentationen von österreichischem Design zu vereinheitlichen, mit einer Stimme zu sprechen sowie unser Wissen und unsere Kräfte im Bereich Design zu bündeln“, beschreibt Lilli Hollein, Präsidentin austria design net und Direktorin Vienna Design Week, die Motivation der acht Mitglieder, sich als Plattform zu formieren. „Die jeweiligen Stärken und die Expertise der einzelnen Design- und Kreativwirtschaftsinstitution stehen so der Repräsentation von österreichischem Design zur Verfügung. Dieser freiwillige Zusammenschluß für Design in und aus Österreich ist bemerkenswert und beweist das einmalige Engagement aller Beteiligten“, führt Hollein weiter aus.

Österreichisches Design 2016 auf der London Design Biennale und der World Design Capital Taipei

Wie die überaus positiven Reaktionen aus der internationalen Designwelt in den vergangenen Jahren bewiesen haben, besteht großes Interesse an österreichischen Designprodukten. „Mit der Teilnahme von mischer'traxler studio an der ersten London Design Biennale und mit der Präsentation von österreichischem Produktdesign bei der World Design Capital Taipei 2016 setzen wir ein starkes Zeichen für qualitativ hochwertiges Design aus Österreich. Nach Helsinki und Kapstadt ist dies bereits der dritte Auftritt von heimischen Unternehmen an dieser international renommierten Veranstaltung, die



Visualisation & Copyright: mischer'traxler studio

Level: the fragile balance of utopia, 2016, Kinetic light installation

heuer in Taipeh stattfindet“, meint Eberhard Schrepf, Vizepräsident austria design net und Geschäftsführer Creative Industries Styria.

Erfolgreiche Kooperationen mit starken Partnern aus Kunst, Kultur und Wirtschaft

„Ein besonderer Dank gilt der Aussenwirtschaft Austria, dem bmwfw Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, dem Bundeskanzleramt Österreich / Sektion Kunst und Kultur und dem Austrian Cultural Forum London. Ohne deren Unterstützung wären die Präsentationen 2016 nicht realisierbar gewesen“, unterstreichen Hollein und Schrepf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen austria design net und österreichischen Institutionen aus Kunst, Kultur und Wirtschaft.

London Design Biennale 2016

mischer'traxler studio gestaltet für die erste London Design Biennale 2016 die kinetische Lichtinstallation „Level: the fragile balance of utopia. Von 7. bis 27. September 2016 präsentieren über 30 Nationen aus sechs Kontinenten im Rahmen der ersten London Design Biennale 2016 unter dem Motto „Utopia by Design“ Ausstellungen und Installationen im Somerset House in London. Anlaß für die Themenstellung ist das 500-Jahr-Jubiläum der Erstveröffentlichung des Werkklassikers der politischen Philosophie „Utopia“ von Thomas Morus.

Österreich ist mit einer eigens entwickelten Installation von mischer'traxler studio vertreten. Der Beitrag wird von Thomas Geisler, Kustode MAK-Sammlung Design kuratiert und von austria design net organisiert.

Österreich, Europa und die Welt



Visualisation & Copyright: mischer'traxler studio

Level: the fragile balance of utopia, 2016, Kinetic light installation

mischer'traxler studio realisiert unter dem Titel *Level: the fragile balance of utopia* eine kinetische Lichtinstallation, die die „Zerbrechlichkeit“ von Utopien zum Thema hat.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema Utopie beschäftigt sich mischer'traxler studio mit der Bipolarität der Utopie als komplexem Konstrukt aus individuellen und gesellschaftlichen Idealen: ein fragiles System als Balanceakt unter Berücksichtigung von Bedürfnissen jedes Einzelnen und der Masse. „Für uns bedeutet die Utopie ein ideales System, in dem die persönliche Freiheit einer gemeinschaftlichen Abhängigkeit gegenübersteht, wo sich Besitz mit Verantwortung ausgleicht und sich Transparenz und Privatheit gegenüberstehen“, beschreibt das Designerduo seinen Beitrag. Alle diese Kräfte erzeugen entweder den idealen Moment des Ausgleichs oder bringen das System aus dem Gleichgewicht und zum Kollabieren.

World Design Capital 2016

Alle zwei Jahre wählt das International Council of Societies of Industrial Design (Icsid), zur Welthauptstadt des Designs eine Stadt, die vorbildlich Design als Mittel einsetzt, um die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. 2016 ist Taipeh Welthauptstadt des Designs und prä-



Image editing: Martin Weber, Nofrontiere

sentiert gemeinsam mit den geladenen Gastländern von 13. bis 30. Oktober 2016 unter Motto „Adaptive City – Design in Motion“ innovatives Industriedesign in den Bereichen „Lebensqualität und Gesundheit“, „Ökologische Nachhaltigkeit“, „Stadterneuerung“ und „Smart Living“.

Nach Helsinki (2012) und Kapstadt (2014) ist Österreich 2016 mit Taipeh bereits zum dritten Mal mit heimischen Unternehmen auf der World Design Capital vertreten. Im Rahmen einer von Bettina Steindl, Leiterin designforum Wien, kuratierten und von

austria design net organisierten Ausstellung wird unter dem Titel „Designed Cliché. Austrian Industrial Design“ zwei Wochen lang im Design House im Songshan Cultural and Creative Park, Warehouse 1, in Taipeh zum Thema „Lebensqualität und Gesundheit“, ein breites Spektrum von innovativem, österreichischem Industriedesign zu sehen sein. Gezeigt werden Produkte exportorientierter österreichischer Unternehmen, wobei die DesignerInnen und AuftraggeberInnen einen gleichwertigen Auftritt haben werden. ■

<http://austriadesign.net>

Rupprechter mit Wirtschaftsdelegation in Ägypten

Spitzenleistungen aus Österreich stoßen in Ägypten bei den Behörden und bei der Wirtschaft auf großes Interesse. Vor allem bei der Umwelttechnologie sehe ich auf dem wachsenden ägyptischen Markt großes Potential für unsere heimischen Betriebe, ebenso für Kooperationen im Bereich der Landwirtschaft. Know How und Technologie aus Österreich sind gefragt.“ – Dieses positive Resümee zog Bundesminister Andrä Rupprechter nach seinem zweitägigen Arbeitsbesuch mit einer Wirtschaftsdelegation in Kairo, die von Premierminister Sherif Ismail und vier Fachministern empfangen wurde. Gemeinsam mit Umweltminister Kahled Fahmy unterzeichnete Rupprechter ein Memorandum of Understanding. Damit werden Kooperationsmöglichkeiten bei Umwelttechnologie, Abfall- und Wassermanagement sowie erneuerbare Energie eröffnet. Was Österreich in diesen Bereichen zu bieten hat, war auch Thema bei den Arbeitsgesprächen mit dem Umweltminister und den Ministern für Wasserversorgung und Infrastruktur.

Beim Businessdialog, der von der österreichischen Botschaft in Kairo, dem Außenwirtschaftscenter und vom ägyptischen Um-



Foto: BMLFUW / Robert Strasser

Bundesminister Andrä Rupprechter (.l.) bei seinem Arbeitsgespräch mit dem ägyptischen Umweltminister Mohamed Abdel-Atty in Kairo

weltministerium organisiert wurde, konnten die heimischen Firmen mit potentiellen Partnern aus Ägypten über konkrete Projekte sprechen.

Im Gespräch mit Landwirtschaftsminister Essem Fayed standen die Themen nachhaltige Landbewirtschaftung und Tierzucht im Mittelpunkt. Auch für die Zusammenarbeit

im Bereich der Landwirtschaft wurde ein Memorandum ausformuliert, das im Herbst bei einem Gegenbesuch des Ministers in Österreich formell unterzeichnet werden soll.

Wie groß die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind, beweist die vom Austro-Ägypter Ibrahim Abouleslami gegründete Sekem-Farm. ■

Österreichs Neutralitätsmodell als Vorbild für Moldawien

Die immerwährende Neutralität Österreichs könnte auch Vorbildwirkung für Moldawien entfalten. Der Vizepräsident des moldawischen Parlaments Vladimir Vitiuc, der am 30. Mai an der Spitze einer Parlamentarierdelegation das Hohe Haus besuchte, zeigte in einem Gespräch mit österreichischen Mandataren großes Interesse an den Erfahrungen Österreichs mit der Neutralität und meinte, das österreichische Modell wäre auch für sein Land von großem Nutzen. Gerade angesichts der geopolitischen Lage Moldawiens im Spannungsfeld zwischen Rußland, NATO und Europäischer Union könnte sich die immerwährende Neutralität als Garant für die Unabhängigkeit erweisen.

SPÖ-Abgeordneter Jürgen Schabhüttel, der das Treffen auf österreichischer Seite leitete, begrüßte ebenso wie die beiden FPÖ-Mandatäre Christian Lausch und Hermann Brückl die Initiative Moldawiens in Richtung immerwährender Neutralität, meinte aber, wichtig sei es nun, daß auch die Menschen im Land hinter dieser Idee stehen. Rückblickend auf den österreichischen Weg empfahlen die drei Nationalratsabgeordneten ihren moldawischen Kollegen Verhandlungen



Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Regjina Aigner

Die Vizepräsidentin des Bundesrates Ingrid Winkler (S) begrüßt den Vizeparlamentspräsidenten von Moldau, Vladimir Vitiuc, im Hohen Haus in Wien

gen mit den großen politischen Akteuren Rußland, NATO und EU, wobei Lausch vor allem zu einer klaren Abgrenzung zwischen NATO und Neutralität riet.

Vladimir Vitiuc leitet eine Arbeitsgruppe des moldawischen Parlaments, die sich mit

der Vorbereitung eines Gesetzes zur Verankerung der Neutralität befaßt. Schabhüttel versicherte, Österreich werde Moldawien mit seiner Expertise unterstützen und dabei auch entsprechende Kontakte auf parlamentarischer Ebene vertiefen. ■

Wirtschaftsforum zu Investitionen in Weißrußland

Anlässlich des von der Außenwirtschaft Austria gemeinsam mit Eurochambres/East Invest veranstalteten Wirtschaftsforums „Promoting EU Investments in Belarus“ betonte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), am 24. Mai in seiner Eröffnungsrede, daß die Aufhebung der EU-Sanktionen gegenüber Weißrußland zu einer Stabilisierung der Wirtschaft des Landes beitragen und ein neuerliches Wachstum unterstützen werde. „Die Wirtschaft baut Brücken, setzt auf Dialog und ebnet die Wege für die Politik. Denn Sanktionen lösen keine Probleme, sie vertiefen die Gräben“, erklärte Leitl und dankte der Europäischen Union, „die durch diese Veranstaltung am wirtschaftlichen Sektor wieder neue Wege öffnet“. Für die Idee einer Freihandelszone zwischen Lissabon und Wladivostok finde man zunehmend Zuspruch – auch bereits seitens der EU, so Leitl, der ein transkontinentales Miteinander als große Chance im internationalen Wettbewerb bezeichnete. Auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Weißrußland werden in Zukunft eine Intensivierung erfahren. Derzeit beläuft sich das gegenseitige Handelsvolumen auf 200 Mrd. Euro. Österreich ist momentan der achtwichtigste Investor in Weißrußland.

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik, wies in seiner Keynote-Rede



Foto: WKÖ

v.l.: Hubert Bertsch, Vizepräsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie, Vasily S. Matyushovsky, Erster Vize-Premierminister der Republik Belarus, Johannes Hahn, EU-Kommissar für die Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, und Karl Heinz Pisek, Obmann des Bundesgremiums des Außenhandels

auf das große Potential und die vielen Möglichkeiten, die Weißrußlands Wirtschaft bietet, hin und sicherte seitens der Europäischen Kommission seine Unterstützung zu.

Die Veranstaltung sei nach dem Ende der Sanktionen, so der EU-Kommissar, ein sehr guter Start für Kooperationen, der die nächsten wichtigen Schritte zur Anbindung Weißrußlands an die Europäische Community ermögliche.

Die Wirtschaftsdelegation wurde vom ersten stellvertretenden Premierminister von Belarus, Vasily Matyushovsky, angeführt. Er stellte Weißrußland als interessanten Standort für Investitionen und Partner für europäische Unternehmer dar und betonte, daß Österreich als Wirtschaftspartner geschätzt werde und österreichische Unternehmen dort einen hervorragenden Ruf genießen und daher herzlich willkommen seien. ■

Winterolympiade in Peking als Chance für Skiindustrie

Die Olympischen Winterspiele in Peking 2022 würden rund 300 Millionen ChinesInnen das Skifahren schmackhaft machen. Mit dieser Prognose warb Xiaoguang Chen, Leiter der chinesischen Besuchsdelegation im Parlament, am 30. Mai dafür, die bilateralen Beziehungen gerade im Bereich Wintersport noch mehr zu verstärken. Generell bestehe großes Potential im Ausbau der weiteren Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Volksrepublik, so Chen, der dabei auch die Bereiche Infrastruktur, Dienstleistungen und Umweltschutz nannte. Immerhin habe China trotz verlangsamten Wirtschaftswachstums 2015 noch eine Wachstumsrate von 6,9 Prozent aufgewiesen. Der stellvertretende Leiter der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes betonte überdies den kulturellen Sektor als wichtig zur Förderung der gegenseitigen Verständigung. Das zeige sich speziell in der Musik, stimmte Chen mit seinen österreichischen GesprächspartnerInnen überein.

Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Andy Wenzel



Die vietnamesische Delegation mit Bundesratsvizepräsidentin Ingrid Winkler

Im Gespräch mit der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich – China, vertreten durch die SPÖ-MandatarInnen Ingrid Winkler, Peter Wittmann und Johannes Jarolim, FPÖ-Abgeordneten Andreas Karlsböck und NEOS-Abgeordnete Claudia Gamon – bekannten sich beide Seiten dazu, die vor 45 Jahren aufgenommenen bilateralen Beziehungen zu intensivieren. Vorsitzender Wittmann

unterstrich, mit seiner weltweit führenden Fachexpertise in Wintersport und Tourismus könne Österreich viel zum Erfolg der Olympiade 2022 beitragen.

Als Gründungsmitglied der Asiatischen Entwicklungsbank habe die Alpenrepublik auch großes Interesse, Infrastrukturprojekte mit dem umfassenden Know-how heimischer Unternehmen zu unterstützen. ■

Österreich, Europa und die Welt

EUREGIO-Treffen in Triest

Eine Kärntner Delegation unter der Führung von Landeshauptmann Peter Kaiser nahm am 23. Mai an einem Treffen der EUREGIO „Senza Confini – ohne Grenzen“ in Triest teil.

„Die EUREGIO mit Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto birgt zahlreiche Synergie-Ressourcen, die wir konkret nutzen möchten“, betonte Kaiser. Die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit, etwa im Gesundheits- und Sozialbereich, bei Schul- und Bildungsprogrammen sowie im Rahmen eines Lehrlingsaustauschprojektes sei das gemeinsame Bekenntnis zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt. „Der vielfache Mehrwert der EUREGIO soll durch das Lukrieren von EU-Fördermitteln genutzt werden“, so Kaiser. Die Alpen-Adria-Region sei auch in die Makrostrategien der EU, wie Donaustategie, Ionisch-Adriatische Strategie und der Alpenraum-Strategie eingebettet. „Kärnten ist eine sehr wichtige Schnittstelle für die erfolgreiche Umsetzung des strategischen Ansatzes.“ Aus Kärntner Sicht wäre es wichtig, eine Brückenfunktion zwischen EUSAIR und EUSALP wahrzunehmen. „Die Kärntner



Foto: Büro LH Kaiser

Landeshauptmann Peter Kaiser und Martina Rattinger (rechts neben ihm) vom Verbindungsbüro des Landes Kärnten in Brüssel beim EUREGIO-Treffen in Triest

Regionalpolitik hat eine starke außenpolitische Komponente, was große Chance birgt, damit beispielgebend voranzukommen und weiterzuarbeiten“, sagte Kaiser.

Aus dem Gesundheitsbereich besprochen wurde ein Projekt gegen illegale Tiertransporte. Weiteres Thema war die Versorgung von chronisch Kranken und postoperativen

Versorgungsfällen mittels IKT-Lösungen. Im Verkehrsbereich ging es um Projekte zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrsanbindung innerhalb der Regionen der EUREGIO mittels Harmonisierung der Fahrpläne, Ausstellung gemeinsamer Tickets und durch neue Angebote des öffentlichen, grenzüberschreitenden Verkehrs. ■

Weichenstellung für Atomenergie in Europa

Beim Treffen von Oberösterreichs Umweltlandesrat Rudi Anschober mit Nordrhein-Westfalens Umwelt- und Klimaschutzminister Johannes Rimmel wurde am 20. Mai auch der gemeinsame Weg der Antiatompolitik in Europa besprochen. Die beiden sind sich einig: „Wir brauchen eine eindeutige Kurskorrektur der EU in Richtung Atomausstieg: keine Subventionen für den Neubau von Atomkraftwerken, keine Festschreibung der Atomenergie als Klimaschutztechnologie im Rahmen der geplanten Energieunion und keine risikoreichen Laufzeitverlängerungen für die durchschnittlich schon 30 Jahre alten Reaktoren ohne grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen.“

Zu diesem Zweck hat Anschober im Frühjahr 2016 mit MEP Rebecca Harms die Allianz für einen europaweiten Atomausstieg gegründet, Gründungsmitglieder sind die Regionen Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen, Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit Unterstützung Luxemburgs.

Mittlerweile sind auch Burgenland und Vorarlberg beigetreten – weitere Regionen haben ihr Interesse bekundet oder sind in



Foto: Land OÖ / Liedl

LR Rudi Anschober und Nordrhein-Westfalens Minister Johannes Rimmel legten die nächsten Meilensteine der »Allianz für einen europaweiten Atomausstieg – für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft« fest.

Umsetzung, eine Zusammenarbeit mit dem europäischen Städtenetzwerk „Cities for a Nuclear Free Europe“ ist geplant. Im Lauf des Jahres soll ein breites Bündnis an Regionen und EuropaparlamentarierInnen entstehen.

Anschober und Rimmel: „Unser Ziel ist es, die Allianz in den kommenden Monaten

rasch zu verstärken, wir müssen möglichst breit und mit lauter Stimme gegen die starke Atom-Lobby in Brüssel auftreten – und die Weichenstellung über die Zukunft der Atomkraft in Europa entsprechend unserem Ziel zu einem schrittweisen Ausstieg aus dieser Hochrisikotechnologie setzen!“ ■

Delegation aus China besucht das Burgenland

Mit dem Ziel, das Marktpotential auszuweiten und die Internationalisierung weiter voranzutreiben, besuchte eine Wirtschafts- und Tourismusdelegation der Provinz Hunan aus China, mit Botschaftsrat Gao Xingle und Vize-Vorsitzenden des CCPIT Hunan Xiong Jian an der Spitze, das Burgenland. Das Burgenland – Hunan Wirtschaftsforum 2016 wurde in Zusammenarbeit mit der Burgenländischen Landesregierung, der Wirtschaftskammer Burgenland und CCPIT (China Council for the Promotion of International Trade Hunan Sub-Council) Hunan organisiert und durchgeführt.

Nach dem Empfang durch Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits trafen die Delegationsteilnehmer im Hotel Burgenland mit burgenländischen Firmenvertretern zu informellen Gesprächen zusammen. Dazu Landeshauptmann Hans Niessl: „Persönliche Beziehungen sind das Fundament einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Und diese Zusammenarbeit hoffen wir durch den Besuch im Rahmen des Burgenland – Hunan Wirtschaftsforums 2016 weiter zu vertiefen, weiter ausbauen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Gao Xingle, Botschaftsrat für Wirtschaft und Handel der Volksrepublik China, Landeshauptmann Hans Niessl, Xiong Jian, Vize-Vorsitzender des CCPIT, und Landtagspräsident Christian Illedits

und nachhaltig gestalten zu können.“ Die freundschaftliche Beziehung besteht bereits seit vielen Jahren. Ein wichtiger Schritt zur Intensivierung der Partnerschaft war das Partnerschaftsübereinkommen zwischen dem

Burgenland und der Provinz Hunan, das im Jahr 2000 in Peking unterzeichnet wurde. Seitdem werden die Kontakte besonders auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, Bildung und Gesundheitswesen gestärkt. ■

Burgenland/Bayreuth: Gelebte Partnerschaft auf vielfältiger Basis

Vor mehr als 25 Jahren wurde der Partnerschaftsvertrag zwischen dem Land Burgenland und der Stadt Bayreuth vom ehemaligen Landeshauptmann Hans Sipötz und dem damaligen Oberbürgermeister Dieter Mronz unterzeichnet. Damit wurde das Fundament für eine enge Zusammenarbeit und einen intensiven Erfahrungsaustausch geschaffen. „Unsere langjährige Partnerschaft ist von einem lebendigen Austausch, von zahlreichen Kontakten, gemeinsamen Aktivitäten und einer Vielzahl an Kooperationen geprägt. Nicht nur – wie zu Beginn – auf kultureller Ebene, sondern auch in vielen anderen Bereichen, wie etwa Wissenschaft, Forschung oder Tourismus. Diese Partnerschaft ist dadurch zu einem Miteinander geworden, zu einer Freundschaft, die auf einem breiten, tragfähigen und beständigen Fundament mit vielen Gemeinsamkeiten steht. Ich bin mir sicher, daß diese Partnerschaft weiter wachsen wird und unsere Regionen auch hinkünftig in besonderer Weise miteinander verbunden bleiben“, betonte Landesrätin Astrid Eisenkopf am 12. Mai im Landhaus in Eisenstadt beim Empfang einer Delegation aus Bayreuth mit Beate Kuhn, 3. Bürgermeisterin der Festspielstadt, an der Spitze.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landesrätin Astrid Eisenkopf (r.) nahm in Eisenstadt eine Delegation aus Bayreuth mit Beate Kuhn, 3. Bürgermeisterin der Festspielstadt, an der Spitze in Empfang.

Auf beiden Seiten gibt es – allen voran mit Franz Liszt, Richard Wagner und Joseph Haydn – einen großen kulturellen Reichtum. Im Rahmen der Partnerschaft zwischen dem Burgenland und Bayreuth wurde deshalb bereits eine ganze Reihe von gemeinsamen Projekten organisiert. Aber auch der Tourismus spielt eine nicht unwesentliche Rolle. Bayreuth bietet mit dem Markgräflichen Opern-

haus, das zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, das wohl schönste erhaltene Barocktheater Europas, das durch die Richard-Wagner-Festspiele weltberühmt wurde. Das Burgenland spricht mit dem Weltkulturerbe Neusiedler See, den Thermen- und Genußregionen als Ganzjahresdestinationen, oder dem Kultursommer Burgenland immer wieder neue Gästeschichten an. ■

Karl Khevenhüller-Metsch ist spanischer Honorarkonsul

Der Unternehmer und Burgherr von Hochosterwitz, Karl Khevenhüller-Metsch, wurde am 3. Mai vom spanischen Botschafter, S.E. Alberto Carnero, zum Honorarkonsul ernannt. Den feierlichen Rahmen dafür bildete ein Empfang auf Schloß Niederosterwitz in Launsdorf. Auch Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Rolf Holub waren unter den vielen Gästen aus dem Konsularischen Korps und öffentlichen Leben Kärntens. Die Familie Khevenhüller ist seit Jahrhunderten eng mit Spanien verbunden. Auch der neuernannte Honorarkonsul wuchs in Spanien auf und lebt heute in Kärnten und Spanien.

Kaiser gratulierte Khevenhüller-Metsch und dankte Botschafter Carnero sowie dem gesamten Konsularischen Korps. Der Empfang auf Niederosterwitz stehe für eine tief verbundene Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich, Kärnten und Spanien. Der Landeshauptmann merkte an, daß Europa bedauerlicherweise gerade seine Gegensätze mehr entdecke als sein Gemeinsames. „Dabei braucht Europa gerade jetzt das Verbindende, das Diplomatische, gelebten Zusammenhalt, wie wir ihn auch hier pflegen.



Foto: LPD / fritzpress

Empfang im Schloß Niederosterwitz (v.l.): Honorarkonsul Karl Khevenhüller-Metsch, S.E. Botschafter Alberto Carnero und Landeshauptmann Peter Kaiser

Es gilt, die Zukunft Europas zu gestalten und zu prägen“, so Kaiser. Dem neu ernannten spanischen Honorarkonsul dankte er auch dafür, daß er die Internationalität Kärntens verstärke. Daß der Botschafter die beim Antrittsbesuch in der Kärntner Landesregierung

erhaltene Kärnten-Krawatte beim Empfang trug, wertete der Landeshauptmann als besonderes Zeichen.

Den Abschluß seiner Rede bildeten noch einige Gedanken auf Spanisch. ■

<http://www.burg-hochosterwitz.com>

Grüezi us dä Schwiiz!

Graz, Bürgermeisteramt, Schlag 11 Uhr: Pünktlich wie ein Schweizer Uhrwerk traf der Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft, S. E. Christoph Bubb, in Begleitung des Schweizer Honorarkonsuls, Georg Wolf-Schönach, zu seinem Besuch bei dem Grazer Stadtoberhaupt ein. Bürgermeister Siegfried Nagl freute sich darüber, daß Bubb im Zuge seiner Städtetour auch in Graz Halt machte und bemühte sich, seinem Gast kurz und prägnant die wichtigsten Fakten über die steirische Landeshauptstadt zu vermitteln.

So berichtete Nagl seinem Besucher stolz, daß es Graz gelungen sei, Austragungsort der EuroSkills 2020 zu werden – ein internationaler Wettbewerb, bei dem hunderte junge Facharbeiter, Lernende und AbsolventInnen der Berufsbildungssysteme ihre Fähigkeiten und Leistungen in fast 50 typisch europäischen Berufen unter Beweis stellen werden. „Wir haben prozentuell die höchste Akadamerquote Österreichs, die Industrie braucht aber dringend Kräfte. Ich hoffe, daß es uns gelingt, Lehrberufe attraktiver zu machen.“ Ein Vorhaben, das in der Schweiz gut gelungen ist, wie Bubb betonte: „In der dualen Aus-



Foto: Stadt Graz / Fischer

Der Schweizer Botschafter, S. E. Christoph Bubb (l.), überreichte Bürgermeister Siegfried Nagl ein kleines Gastgeschenk aus seinem Land: ein Taschenmesser.

bildung nehmen wir weltweit eine führende Rolle ein. Bei uns ist das Handwerk unbestritten gleichwertig dem akademischen Beruf!“ Und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist mit zwei Prozent quasi nicht vorhanden.

Bubb und Nagl tauschten sich auch über Integrationsprobleme und -bemühungen (der Ausländeranteil in der Schweiz ist mit 24 Pro-

zent derzeit so hoch wie nie), über Beschäftigungsmodelle für ausländische PflegehelferInnen und den Öffentlichen Verkehr aus.

Abschließend trug sich der Schweizer Botschafter im Anschluß daran ins Goldene Buch der Stadt Graz ein. ■

<http://www.graz.at>

Russische Delegation zu Besuch im Wiener Rathaus

Österreich und Wien messen den Beziehungen zur Russischen Föderation und zu seiner Hauptstadt große Bedeutung bei. Bereits vor einem Vierteljahrhundert haben Wien und Moskau das erste Kooperationsabkommen geschlossen. Beide Städte arbeiten seit Jahrzehnten in vielen kommunalen Fragestellungen exzellent zusammen und verfügen auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich über intensive Kontakte. Auch auf Ebene des Wiener Landtages und der Moskauer Stadtduma gibt es enge Beziehungen, 2013 wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang freute sich der Erste Präsident des Wiener Landtages, Prof. Harry Kopietz, besonders über den Besuch einer hochrangigen Delegation des Föderationsrates der Russischen Föderation unter Leitung der stv. Vorsitzenden Galina Karelova am 3. Mai in seinen Amtsräumen.

„Wien ist und bleibt Drehscheibe internationaler Begegnungen. Die intensiven politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte sind Spiegelbild einer besonderen Verbundenheit zwischen unseren Ländern und Metropolen“, betont Kopietz. Trotz des schwierigen politischen Verhältnisses auf



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Landtagspräsident Harry Kopietz mit Galina Karelova, der stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrates der Russischen Föderation, sowie weiteren Mitgliedern der Delegation

Ebene der Europäischen Union und der Russischen Föderation sieht Galina Karelova die regionale Arbeit zwischen russischen Regionen und den österreichischen Bundesländern,

auch im humanitären Bereich, auf einem sehr guten Weg. „Hier sehen wir noch viel Potential“, freut sich auch Karelova über die engen Kontakte beider Länder. ■

Baden präsentierte sich musikalisch, kulinarisch an der Adria

Jedes Jahr lädt der bekannte italienische Adriaort Cervia eine Stadt ein, die Partnerschaft für die traditionsreiche Saisonereignis-Veranstaltung „Sposalizio del Mare“ zu übernehmen. Fast 10.000 Besucher nahmen heuer an diesem außergewöhnlichen Fest teil. „Wir konnten Interviews RAI UNO TV, die in ganz Italien ausgestrahlt wurden, sowie vielen regionalen Sendern geben und Baden mit all seinen Angeboten positionieren“, freuen sich Stadträtin Erna Koprax und Stadtgartendirektor Gerhard Weber.

Die „Meereshochzeit“ ist ein festliches Ereignis mit Eröffnungskonzert, Gottesdienst in der Kathedrale mit dem Erzbischof, mit Fahnenwerfern am Piazza Garibaldi und mit einem Festumzug durch die Innenstadt bis zum Hafen.

Baden konnte sich vielfältig darstellen. Mit einem blühenden Blumenbeet, das nun den ganzen Sommer über für Baden werben wird, und im Saal Rubicone im Salzlager mit einer Kunstaussstellung von Paul Landl sowie kulinarisch und musikalisch. Die HLA Schülerinnen Emma Kubicek, Nadine Hompasz und Anna Bauer-Wolf informierten gekonnt



Foto: Stadt Baden / Peter Artner

Der Bürgermeister von Cervia, Luca Coffari, Badens Stadträtin Erna Koprax und Emma Kubicek von der HLA Baden

in italienischer Sprache die vielen Gäste über Baden und servierten zur Verkostung Badener Qualitätsweine, regionale Schmankerln und Badener Mehlspeisen, die von Badener Weinhauern und Wirtschaftsbetrieben für diese Promotion zur Verfügung gestellt wurden. Das Interesse der Besucher an Baden war enorm und erfreute sich großen Zu-

spruchs. Musikalisch begeisterten die Jungen Badener Musikfreunde. Den Abschluß bildete eine Zeremonie am Meer. Der Ring, den Baden als Partnerschaftsgeschenk übergab, wurde vom Erzbischof ins Meer geworfen und zahlreiche Jugendliche stürzten sich in die Wellen, danach zu tauchen. ■

<http://www.baden.at>

Montanuniversität Leoben veranstaltete interkulturelles Fest

Bereits zum neunten Mal fand am Nachmittag des 20. Mai am Leobener Hauptplatz das Fest der Nationen statt. Im Mittelpunkt der interkulturellen Veranstaltung standen Studierende der Montanuniversität aus mehr als 80 Nationen, die mit Tanz, Musik und kulinarischen Leckerbissen internationales Flair in die Montanstadt brachten. „Die Montanuni Leoben ist eine internationale Universität. Studierende aus 80 Nationen lernen und forschen hier und stärken in der Steiermark sowie ihren Heimatländern die Innovationskraft von Wirtschaft und Industrie. Von der Begegnung der Studierenden über die Begeisterung für das Leben in Leoben, beides führt letztlich nicht nur zur beruflichen Bildung, sondern auch zur Lebensbildung im Allgemeinen“, betonte der steirische Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer bei der Eröffnung des Festes.

Bei der kulturellen und kulinarischen Begegnung präsentieren sich die internationalen Studierenden der Montanuniversität in all ihrer kulturellen Vielfalt. Das Fest wurde von der Montanuniversität und der Stadt Leoben veranstaltet. Hauptziel war es, Berüh-



Foto: Armin Russold

Der Rektor der Montanuni. Leoben, Wilfried Eichelseder (li.) Bürgermeister Kurt Wallner und LH-Stv. Michael Schickhofer mit Studierenden beim Fest

rungsängste zwischen verschiedenen Kulturen abzubauen und die Verständigung zwischen den ausländischen Studierenden und der Leobner Bevölkerung zu fördern. Mit dem

Reinerlös des Festes werden international Studierende in Notsituationen unterstützt. ■

<http://www.unileoben.ac.at>

<http://www.leoben.at>

Intern. Woche für Hochschulpersonal an der FH St. Pölten

An der FH St. Pölten fand Mitte Mai eine International Staff Mobility Week statt, bei der BesucherInnen von Partnerhochschulen und MitarbeiterInnen der FH St. Pölten Themen des internationalen Austauschs und der Hochschularbeit diskutierten.

Auf dem Programm standen unter anderem Workshops zum Unterstützen von Austauschstudierenden zu Erfahrungen mit dem europäischen Austauschprogramm Erasmus+ und zu ausgewählten Beispielen der globalen akademischen Zusammenarbeit. In einem World Café stellten die Delegierten ihre Hochschulen vor.

Michaela Moser vom Department Soziales der FH St. Pölten sprach in ihrer Keynote zu den Herausforderungen im Umgang mit Diversität in Europa und Studierende des Studiengangs Diätologie präsentierten ihren Film „Tales of Taste“: Sie haben den Kurzfilm in Kooperation mit dem International Office und dem Department Medien und Digitale Technologien der FH St. Pölten erstellt und thematisieren darin länderspezifische Eßkulturen.

Vorträge und Diskussionen widmeten sich Aspekten der Hochschularbeit im internationalen Vergleich zu den Themen Krisen-



Foto: FH St. Pölten / Mario Ingerle

26 Gäste von 19 Hochschulen in 15 Ländern waren in der FH St. Pölten zu Gast.

kommunikation, Marketing und Kommunikation, Alumninetzwerke, Campus-Medien, Forschung und Innovation, Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation.

„Die Stärkung der internationalen Vernetzung ist ein wesentlicher Schwerpunkt der FH St. Pölten. Die Fachhochschule fördert den internationalen Erfahrungsaustausch von Studierenden und des Personals mithilfe zahlreicher Programme“, sagte Barbara Zim-

mer, Leiterin des International Office der FH St. Pölten, das zu diesem Zweck vor 15 Jahren eingerichtet wurde.

Derzeit verfügt die FH St. Pölten über 125 Partnerhochschulen in Europa, Amerika und Asien. Ihre Departments organisieren regelmäßig sogenannte „International Weeks“ für die Studierenden und MitarbeiterInnen zum Austausch mit anderen Hochschulen. ■

<http://www.fhstp.at>

Die älteste Rebe der Welt wächst nun auch in Klagenfurt

Am 24. Mai präsentierte sich die Region Maribor in Kärntens Landeshauptstadt Klagenfurt. Zur offiziellen Eröffnung durch Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz waren neben ihrem Amtskollegen aus Maribor, Bürgermeister Andrej Fištravec, auch Vertreter der Wirtschaftskammer Maribor sowie der slowenische Generalkonsul in Klagenfurt, Milan Predan, anwesend. Am Neuen Platz boten Weinbauern und regionale Produzenten ihre Schmankerln an: Kürbischips, Pralinen aus Kürbissamen, Kürbiskernöl, Roggen- und Nussbrot, Bio-Sprossenkohlchips, Marmeladen aus Süßwein, sowie Weingelee und Honig. Dazu gaben das Weingut Kušter (Svešina - Kungota), Weingut Mulec (Jakob - Pesnica), Weingut Zorjan, das „Haus der Alten Rebe“ (Hiša Stare trte) und „Weine M“ (Hoče - Slivnica) Kostproben ihrer edlen Tropfen.

Nun wächst im Weingarten der Landeshauptstadt die älteste Weinrebe der Welt, die als solche auch im Guinness-Buch der Rekorde steht. Als besonderes Geschenk aus Maribor mitgebracht hat sie der „Herr der ältesten Weinrebe“, Bürgermeister Fištravec.



Foto: StadtPresse / Spatzek, Walter Fritz

Pflanzen gemeinsam die »alte Rebe« im Weingarten der Landeshauptstadt Klagenfurt (v.l.): Dompfarrer Peter Allmaier, Stane Kocutar (»Hüter der ältesten Weinrebe«), Bürgermeister Andrej Fištravec, Stadtrat Otto Umlauf, Stadtrat Frank Frey, Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, Generalkonsul Milan Predan und Helmut Unterkofler (Weinbauverein »Vinum Carinthie«)

Gemeinsam mit Bürgermeisterin Mathiaschitz, den Stadträten Frank Frey und Otto Umlauf, Generalkonsul Predan und dem Kärntner Weinbauverein „Vinum Carinthie“

wurde am Nachmittag die „alte Rebe/stara trta“ auf dem Südhang über dem Metnitzstrand eingepflanzt. Dompfarrer Peter Allmaier sorgte noch für den Segen von oben. ■

Belgischer »Kronenorden« für KHM-GD Sabine Haag

Eine hohe Auszeichnung des Belgischen Königreichs wurde Sabine Haag, Generaldirektorin des Kunsthistorischen Museums in Wien, am 29. April vom belgischen Botschafter Willem Van de Voorde verliehen, der ihr die Auszeichnung „Kommandeur des Kronenordens“ überreichte. Sie erhielt den Orden in Anerkennung der guten Beziehungen, die das Kunsthistorische Museum mit Belgien und Flandern seit vielen Jahren pflegt. Haag wurde für ihr künstlerisches Engagement und für die erfolgreiche und langjährige Zusammenarbeit mit belgischen Museen und Kunstexperten bedankt.

„Die historischen Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern sind eine solide Basis für die vielen Projekte des Kunsthistorischen Museums mit Partnern in Belgien und der Region Flandern, die diese Achse mit Freude und Kreativität in die Gegenwart fortführen“, so Haag in ihrer Dankesrede.

Das Kunsthistorische Museum hat diesem Themenkreis seit dem Amtsantritt der Generaldirektorin 2009 wichtige Ausstellungen gewidmet: Karl der Kühne und die burgundische Hofkunst 2009, 2011 war ein moderner belgischer Meister – Jan Fabre zu Gast in



Foto: Belgische Botschaft / KHM-Museumsverband

v.l.: Baronin Willem Van der Voord, Generaldirektorin Sabine Haag, Botschafter Willem Van der Voorde und David Maenaut, Repräsentant der Flämischen Regierung

der Gemäldegalerie des KHM oder 2015 „Fäden der Macht“ zu den flämischen Tapisserien.

Das Kunsthistorische Museum und die Flämische Regierung zeigen seit 2013 im Rahmen einer mehrjährigen Kooperation unter dem Titel „Flandern zu Gast“ jeweils für

ein Jahr eine Leihgabe aus einer flämischen Sammlung in der Kunstammer.

2017 plant das Kunsthistorische Museum eine große Ausstellung zu Rubens und 2018 eine internationale Großausstellung zu Pieter Bruegel d. Ä. ■

<http://www.khm.at>

Automobilzulieferer beeindrucken bei Jaguar Land Rover

21 Unternehmen aus dem Netzwerk des Automobil-Clusters (AC) der öö. Wirtschaftsagentur Business Upper Austria präsentierten ihre Produkte und Technologien bei Jaguar Land Rover (JLR) in England. Der Lieferanten-Innovationstag, organisiert durch den AC gemeinsam mit dem AC Styria, dem AußenwirtschaftsCenter der WKO und Bayern Innovativ, war ein großer Erfolg für beide Seiten: Die Resonanz bei Jaguar Land Rover war hervorragend.

„Großbritanniens Automobilindustrie befindet sich im Aufwind. Für oberösterreichische Unternehmen ist der Besuch bei Jaguar Land Rover eine große Chance, an diesem Aufschwung teil zu haben“, betonte Wirtschafts-Landesrat Michael Strugl.

Wie bei allen bisher organisierten Lieferanteninnovationstagen des AC kam es zu intensiven Gesprächen und einige Firmen konnten sich bereits über eine Einladung zu weiterführenden Verhandlungen freuen: „Für die MIBA Coating Group war dieses Treffen sehr zielführend. Wir konnten mit den für uns richtigen Ansprechpartnern seitens JLR Kontakt aufnehmen und es kam durchaus zu



Foto: Automobil-Cluster

v.l.: Callum Patterson, Internationalisierungsexperte von JLR, Wolfgang Komatz, Manager des Automobil-Clusters OÖ, Gary Kirtley-Pain, Verkaufsdirektor von JLR

tiefgreifenden Gesprächen. Eine konkrete gemeinsame Projektidee steht bereits im Raum. Durch Eigenakquise ist es meist nicht möglich, bei so großen Unternehmen sofort mit den richtigen Personen in Kontakt zu treten“, ist Markus Huber, der die Technologien der MIBA Coating Group bei Jaguar Land Rover präsentierte, überzeugt.

Während man bei Messen an mehreren Tagen Besucher unterschiedlicher Kunden trifft, sind Lieferanteninnovationstage auf jeweils einen Gastgeber konzentriert. Die nächsten finden im Juni bei MAGNA Steyr Fahrzeugtechnik in Graz (15.) und bei Renault Nissan in Paris (29.) und statt. ■

<http://www.biz-up.at>

Neue Direktverbindungen Wien – Paris-Charles de Gaulle

Vueling bietet eine neue Route von Wien nach Paris-Charles de Gaulle an. Die spanische Airline verbindet Wien bis zu fünfmal wöchentlich Paris. Im Rahmen des Erstflugs wurde die neue Verbindung am 4. Mai, von Ulla Siebke, Country Manager Germany & Austria Vueling und Belina Neumann, Leitung Aviation Marketing der Flughafen Wien AG, offiziell eröffnet.

„Die französische Hauptstadt gilt als eine der meistbesuchten Städte weltweit und ist wichtiges Wirtschafts- und Tourismuszentrum. Mit der neuen Direktverbindung ist Paris ab sofort noch besser erreichbar“, freut sich Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, über die neue Verbindung.

Ulla Siebke über die Destinationserweiterung: „Vueling verbindet Europa! Wir freuen uns, unseren Passagieren eine weitere europäische Destination vom Flughafen Wien aus anbieten zu können. Neben unseren bestehenden Routen nach Barcelona und Rom, bildet Paris eine tolle Ergänzung für Urlaubs- und Businessreisende, die effiziente und innovative Dienstleistungen für günstige Preise genießen wollen.“

Fünfmal wöchentlich verbindet Vueling Wien mit Paris-CDG. Jeweils Montag, Mitt-



Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: ein Vueling-Pilot, Belina Neumann, Leitung Aviation Marketing der Flughafen Wien AG, Ulla Siebke, Country Manager Germany & Austria Vueling, ein Vueling-Pilot

woch, Donnerstag, Freitag und Sonntag startet die Airline um 12:20 in Paris-CDG und landet um 14:10 in Wien, der Rückflug startet um 15:05 in Wien und kommt um 17:10 in Paris an.

Vueling startete 2004 in Spanien mit zwei Airbus A320 und vier Strecken. Heute bedient die größte Airline am Flughafen Barcelona über 200 Routen zu 100 Zielen in ganz

Europa, dem Mittleren Osten und Nordafrika – mit erstklassigem Service zu hervorragenden Preisen. Vueling hat insgesamt 14 Standorte, beförderte bisher über

50 Millionen Geschäftsreisende und Urlauber und gilt als eine der pünktlichsten Airlines der Welt. ■

<http://www.viennaairport.com>

<http://www.vueling.com>

Austrian American Short Film Festival

Foto: BMEIA / Kulturforum New York



Mit der ersten Ausgabe des „Austrian American Short Film Festivals“ (AASFF) stellte das Österreichische Kulturforum New York vom 27. bis 29. April Kurzfilme junger aufstrebender FilmemacherInnen in den Mittelpunkt. Von KF-Direktorin Christine Moser und Kuratorin Stephanie Falkeis initiiert und in Kooperation mit drei New Yorker und drei Wiener Universitäten organisiert, bietet das AASFF eine neue Plattform für den Film-Nachwuchs in Österreich und den USA und vernetzt so die Wiener und die New Yorker Filmszene miteinander.

Den Vorsitz der diesjährigen Jury hatte die österreichische Regisseurin Jessica Hausner inne, die gemeinsam mit ihrer amerikanischen Kollegin Sara Driver und dem Chefkurator des Museum of the Moving Image New York, David Schwartz, die drei besten österreichischen wie auch amerikanischen Kurzfilme auszeichnete. Die Filmvorführungen wurden von einem umfassenden Festivalprogramm inklusive Masterclass mit Jessica Hausner begleitet. Patrick Vollrath, der mit seinem Kurzfilm „Alles wird gut“ („Everything will be OK“) 2016 für einen Oscar nominiert war und 2015 den Preis für den besten Österreichischen Kurzfilm erhielt, war „Filmmaker in Residence“ und präsentierte seinen Kurzfilm. Die sechs prämierten Kurzfilme liefen am 1. Mai 2016 in den Anthology Film Archives in New York und werden in den kommenden Monaten bei weiteren Partnern des AASFF gezeigt (u.a. im Museum of the Moving Image im Juni und beim „Frame[o]ut Festival“ im MuseumsQuartier im Juli). ■

<http://www.acfny.org>



»Eat, drink and be merry«



Foto: BMEIA / Kulturforum Teheran

»Holler my Dear« servierte in Teheran einen lukullisch-musikalischen Leckerbissen.

Am 27. und 28. April 2016 servierte die derzeit in Berlin lebende österreichische Formation „Holler my Dear“ einem begeisterten Publikum am Österreichischen Kulturforum Teheran ein köstliches musikalisches Dinner bestehend aus Songs aus ihrem neuen Album „Eat, drink and be merry“. Laura Winkler (Gesang), Lucas Dietrich (Bassukulele), Valentin Butt (Akkordeon), Elenea Shams (Schlagzeug) und Stephen Molchanski (Trompete, Gesang) präsentierten gut portioniert, manchmal fein, manchmal deftig,

aber stets gut abgeschmeckt, Musik, in der sich Jazz, Folk, Pop und Weltmusik-Anklänge fein mischten: Diversität als Programm, sowohl in Bezug auf die Herkunft der MusikerInnen (Österreich, Rußland, Deutschland, Großbritannien), als auch im Hinblick auf den Musikstil! Höhepunkt war die Darbietung eines im vorangegangenen Kompositionsworkshop am Kulturforum erarbeiteten Songs, bei dem auch noch neun iranische MusikerInnen auf die Bühne kamen. ■ <http://www.austria-iran.com>

»Styrian Art Goes Istanbul«



Foto: BMEIA / Kulturforum Istanbul

Gruppenausstellung von zehn VertreterInnen steirischer Gegenwartskunst

Am 3. Mai eröffnete eine Ausstellung mit 50 Arbeiten von zehn steirischen KünstlerInnen im Österreichischen Kulturforum Istanbul. Kuratiert vom Kulturbeauftragten der Stadt Weiz, Georg Köhler, sowie von Johann Baumgartner vom Seminarhaus Steiermarkhof in Graz, ist die Ausstellung „Styrian Art Goes Istanbul“ ein kraftvolles Statement steirischer Gegenwartskunst in der dynamischen Kunstmetropole Istanbul.

Die Unterstützung des Landes Steiermark, des oststeirischen Familienunternehmens KAPO, von Turkish Airlines sowie anderer Sponsoren machte dieses ambitionierte Projekt erst möglich. In einer Live-Performance setzte Walter Gerhold seine Eindrücke von Istanbul künstlerisch um. Musikalisch begleitet wurde die Performance von einem österreichisch-türkischen Duo. ■ <http://www.bmeia.gv.at/kf-Istanbul>

Wiener Walzermusik für guten Zweck

Foto: BMEIA / Österreichische Botschaft Brasilien



Benefiz-Tournee der »Original Wiener Strauss Capelle« in Brasilien

Die Österreichische Botschaft Brasilia lud die „Original Wiener Strauss Capelle“ vom 1. bis 8. Mai zu einer Benefiz-Tournee nach Brasilien ein. Das Auftaktkonzert fand im Gouverneurspalast von Goiânia statt. In Belém gab es im historischen „Theatro da Paz“ und ein Open-Air-Konzert zum 400. Gründungsjahr von Belém. Der Reinerlös des Konzertes im „Teatro Amazonas“ in Manaus ging an die Kinderkrebshilfeorganisation

GAAC. In Brasilia wurden Walzer, Oper und Operette für einen guten Zweck im „Teatro Poupex“ und in der Österreichischen Botschaft geboten. Der Erlös beider Konzerte ging an die Organisation „Abrace“, die Familien von krebserkrankten Kindern unterstützt. Den Schlußpunkt setzte ein Open-Air-Konzert im Museu Oscar Niemeyer in Curitiba für das Kinderspital Pequeno Principe. ■

<http://www.bmeia.gv.at/brasilgia>

»Ich habe immer gestört...«

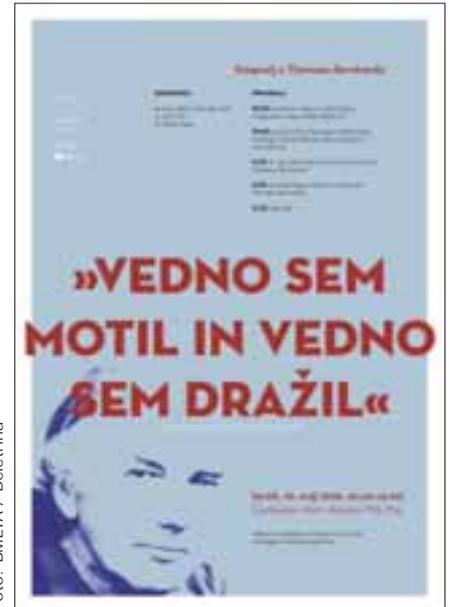


Foto: BMEIA / Beletrina

Am 10. Mai fand mit Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Laibach und in Zusammenarbeit mit dem Beletrina Verlag ein Literatursymposium zu Thomas Bernhard mit dem Titel „Ich habe immer gestört und ich habe immer irritiert“ (Zitat aus „Der Keller“, 1976) statt. Moderiert wurde dieses vom bekannten slowenischen Schriftsteller Aleš Šteger. Der österreichische Literaturwissenschaftler Klaus Zeyringer sprach dabei über „Internationale Rezeption der Werke von Thomas Bernhard“ und ging vor allem auf die Rezeption Bernhards in Frankreich ein – dies sowohl im Lichte der politischen Entwicklungen in Österreich als auch in Frankreich. Der slowenische Schriftsteller, Germanist, Übersetzer und Redakteur Janko Birk stellte die Frage: „Wie real ist die Realität bei Thomas Bernhard?“ und ging in erster Linie auf dessen Widersprüchlichkeit und unterschiedlichen Facetten ein. Die Geschichtswissenschaftlerin, Soziologin, Übersetzerin und Publizistin Neda Pagon wiederum sprach zum Thema „Satire und Zynismus bei Thomas Bernhard“ und beleuchtete auf humorvolle Weise die soziologischen und psychologischen Aspekte von Leben und Wirken Thomas Bernhards. ■

<http://www.austrocult.si>

Indisputable Evidence?



Foto:

Die Reduktion von Fotografie auf das Wesentliche sowie ein konsequent minimalistischer Ansatz kennzeichnen die Arbeiten des Österreicher Wolfgang Sagmeister und der Kanadierin Krista Kim, die seit 10. Mai im Österreichischen Kulturforum Washington zu sehen sind. Bei dieser seiner ersten Ausstellung in den USA verbindet Sagmeister zwei Foto-Serien: „Die sieben Stationen des Kreuzweges“ und „Licht“. Der Fokus dieser Arbeiten, die bis 27. Mai im Kulturforum zu sehen waren, liegt im Minimalismus: Durch die Reduktion der Fotografien möchte der Künstler jedwede externe Ablenkung ausschalten, um den BetrachterInnen die Möglichkeit zu geben, das abgebildete Thema

ohne Ablenkung und zur Gänze zu internalisieren.

Krista Kim interessiert sich in ihrer Arbeit für die digitalen Techniken und deren revolutionären Auswirkungen auf die menschliche Wahrnehmung, für Medien, für soziale Strukturen und für Kommunikation ganz allgemein. In ihren primär installativen Arbeiten bringt sie ihr digitales Bewußtsein zum Ausdruck und hinterfragt ästhetische Prinzipien. Sie gehört zu den ProponentInnen des „Technism“, einer Bewegung, die technologische – wie auch philosophische – Innovationen mit dem (Er)Schaffen von Kunst(werken) miteinander in Einklang bringen möchte. ■

<http://www.acfdc.org>



Tiroler Technologie weltweit erfolgreich

Die innovative Technologie der der Universität Innsbruck zur Abwasserreinigung wurde gemeinsam mit dem US-Wasserdienstleister DC Water weiterentwickelt und vermarktet. Für die Kläranlage von Washington DC wird die bisher größte DEMON®-Anlage errichtet.

Das DEMON®-Verfahren wurde bereits vor elf Jahren entwickelt und von der Universität Innsbruck zum Patent angemeldet. Inzwischen wird die Technologie in rund 70 Abwasserbehandlungsanlagen weltweit erfolgreich eingesetzt. Nun wird in Kürze mit dem US-Unternehmen DC Water ein Abkommen unterzeichnet, das die gemeinsame Weiterentwicklung und Vermarktung der Technologie vorsieht. Der neue Partner der Innsbrucker Umwelttechniker errichtet gerade die bisher größte Anlage zur Deammonifikation im Klärwerk Blue Plains in Washington, DC. Ähnliche Anlagen werden derzeit in Stockholm, Singapur, Yokohama und Jerusalem geplant und gebaut. Die zahlreichen DEMON®-Anlagen in Nordeuropa wurden vom langjährigen Lizenznehmer Sweco, früher Grontmij, errichtet, und diese Partnerschaft wird in einem neuen Vertrag erweitert.

„Das DEMON®-System ist vor allem für Kläranlagen interessant, die an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen, denn die Verarbeitung von Ammonium-haltigen Abwässern kann damit deutlich intensiviert werden“, erklärt Mitentwickler Bernhard Wett, warum viele Großstädte Interesse an dem Verfahren haben.

Energieeffizient, umweltfreundlich und weltweit gefragt

Die DEMON®-Technologie nutzt ein biologisches Verfahren, um große Mengen an Ammonium aus den Abwässern zu entfernen. „Die technische Umsetzung ist allerdings schwierig, weil die dabei eingesetzten Anammox-Bakterien extrem langsam wachsen und sehr sensibel reagieren“, sagt Wett. „Die erste dieser Anlage haben wir in der Kläranlage Strass im Zillertal erfolgreich umgesetzt. Diese konnte als erstes Klärwerk weltweit energieautark betrieben werden. Sie ist daher ein Prototyp für unser Verfahren, der international große Beachtung findet.“ Die innovative Technologie benötigt 60 Prozent weniger Energie als konventionelle Verfahren und anders als diese auch keine chemischen Zusätze. „Für die Universität



Foto: DC Water

Die Kläranlage Blue Plains (Washington DC) behandelt täglich 1,5 Mio m³ Abwasser und produziert in der neu errichteten Anlage zur Schlammfäulung (grüner Kreis) 10 MW elektrische Leistung. Die daraus entstehende Ammonium-Rückbelastung wird durch die in Bau befindliche DEMON®-Anlage abgefangen (roter Kreis).



Foto: ARAconsult

Ausschnitte von der Trommelsiebinstallation für die Anreicherung der leuchtend roten Granulen von Anammoxbakterien im verbesserten System für die kontinuierliche Deammonifikation an der Kläranlage Strass.

Innsbruck ist die Entwicklung und Vermarktung dieses Patents eine Erfolgsgeschichte“, betont Rektor Tilmann Märk. „Die nun vereinbarte Zusammenarbeit mit dem US-Unternehmen wird die Weiterentwicklung der

Technologie unterstützen und damit den Erfolg auch für die Zukunft sichern.“

<http://www.uibk.ac.at>

<https://www.dewater.com>

<http://www.sweco.nl>

Wie Wüstensöhne Sand schaufeln

Die Universalfräse Start-up-Unternehmens NG Green kann nicht nur Schnee, sogar im gefrorenen Zustand, sondern auch Sand, Erde, Schüttgut und Getreide befördern. In den Arabischen Emiraten will man damit Geleise freischaufeln...



Foto: NG Green Innovations GmbH

Der Fräsinator eco 3.0 kann ganzjährig und energieeffizient eingesetzt werden – zum Aufsammeln und bei Transport und Verladung jeder Art von Schüttgut wie z.B. Schnee, Sand, Kompost, Mais, Getreide, Hackschnitzel, usw., usw.

Der Fräsinator eco ist eine Multifunktionsfräse, die es so noch nicht gegeben hat: Vom Prinzip her ähnelt er einer herkömmlichen Schneefräse – doch der Fräsinator eco 3.0 ist, wie sein Vorgänger (Fräsinator eco 2.5), ganzjährig einsetzbar. Er sammelt, transportiert und verlädt jede Form von Schüttgut. Durch ein neuartiges Antriebsverfahren läuft diese Multifunktionsfräse mit nur 250 Umdrehungen pro Minute (herkömmliche Fräsen laufen mit über 1000 UPM). Dadurch ergibt sich bei gleicher Leistung eine Energieeinsparung von bis zu 70 Prozent. Hauptabnehmer dieser vielfältig einsetzbaren Maschine sind Landwirte, Agrar- und Kommunalbetriebe. Die Leistung des Trägerfahrzeuges liegt zwischen 100 und 300 PS.

Was kann er, was andere nicht können?

- Er schafft bis zu 50 m³ Schüttgut in 5 Minuten,
- er ist auch bei sehr schwerem und festgefrorenem Schnee effizienter als herkömmliche Fräsen.
- er ist perfekt für das Verladen und Befördern von Mais, Hackschnitzel, Kompost, Getreide und Futtermittel,
- beweist Vielseitigkeit durch einen verstellbaren Teleskop-Kamin,
- durch problemlosen Auswurf von Schüttgut bis neun Meter Höhe schafft er Raum in Lagerhallen und
- bringt bis zu 70 Prozent Energieeinsparung bei gleicher Leistung im Vergleich zu herkömmlichen Schneefräsen.

Stellen Sie sich vor...

...es gäbe eine Maschine, die alles kann. Eine Maschine, die zeiteffizient und kostengünstig arbeitet und dabei auch noch gut für die Umwelt ist. Zugegeben, alles kann der Fräsinator eco 3.0 nicht, Ihren Kaffee müssen Sie auch in Zukunft selber kochen. Doch wenn es um die rasche und schonende Bewegung von Schüttgut geht, ist der Fräsinator eco 3.0 unschlagbar. Durch ein neuartiges Rotationsverfahren, der NG Green Technology (entwickelt und patentiert von der niederösterreichischen Firma NG Green Innovations GmbH) ist er so gut wie überall einsetzbar und im Vergleich zu herkömmlichen Fräsen arbeitet er schneller, umweltfreundlicher und ist um einiges leistungstärker.

Österreich, Europa und die Welt

4 in 1

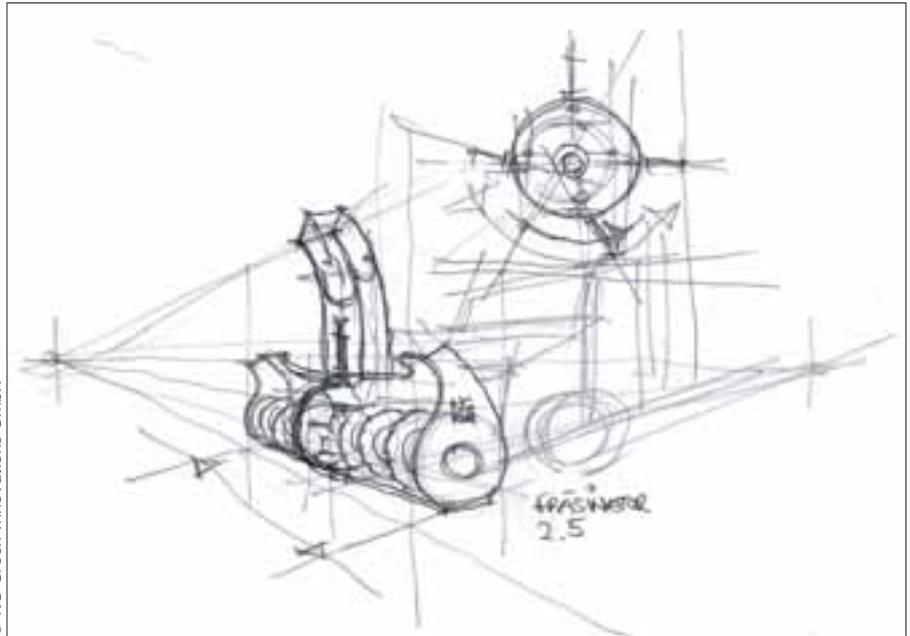
Der Fräsinator eco 3.0 ist ein Multifunktionsstool. Teure Arbeitsgeräte wie Teleskoplader, Schneefräse, Kompostwender oder Schaufelbagger vereint der Fräsinator eco 3.0 in einer Maschine. Die Anschaffungskosten können somit im Vergleich relativ gering gehalten werden.

Wir bewegen die Massen

Ob Schnee, Sand, Hackschnitzel, Futtermittel oder Erde – der Fräsinator eco 3.0 ackert sich mühelos durch jede Art von Schüttgut. Durch die automatische Niveauregulierung ist er beinahe überall einsetzbar und macht auch bei extremsten Wetterbedingungen oder hartem Schnee nicht schlapp – ein universelles Kraftpaket für jede Situation. Er hat aber auch seine sanften Seiten. Durch die geringe Drehzahl der Einzugschnecken (250 UPM) befördert der Fräsinator eco 3.0 jede Art von Schüttgut extrem schonend. Deshalb können Sie mit dem Fräsinator eco 3.0 zum Beispiel auch Getreide, Mais und andere sensible Rohstoffe problemlos aufsammeln, transportieren und verladen.

Geringe Drehzahl = geringe Leistung?

Nein, im Gegenteil. Im Gegensatz zu herkömmlichen Auswurfrädern erzielt der Frä-



© NG Green Innovations GmbH

Planstudie zum »Innenleben« des Fräsinator eco 3.0

sinator eco 3.0 mit seiner verringerten Drehzahl eine höhere Auswurfleistung als herkömmliche Fräsen. Vergleichsanalysen haben gezeigt, daß das weltweit patentierte Schleuderrad dabei zwei Drittel weniger Kraftaufwand benötigt. Durch die leicht angewinkelte Schaufelhaltung arbeitet der Fräsinator 3.0 im Vergleich zu seinem Vorgänger noch effizienter – so sparen Sie nicht nur einiges

an Kosten, sondern schonen auch die Umwelt.

Das Geheimnis dahinter...

...steckt im Aufbau des patentierten Auswurfrades - der NG Green Technology. Es ist das Kerstück der Erfindung. Herkömmliche Fräsen arbeiten deshalb so ineffizient, weil die Schaufeln das Schüttgut direkt in die



Foto: NG Green Innovations GmbH

Der Fräsinator eco 3.0 schafft Raum in Lagerhallen: durch den Auswurf von Schüttgut auf eine Höhe von bis neun Meter

Österreich, Europa und die Welt



Fotos: NG Green Innovations GmbH

Bild oben: Durch die geringe Drehzahl der Einzugschnecken (250 UPM) befördert der Fräsinator eco 3.0 auch Schüttgut wie Mais extrem schonend.

Bild unten: Der Fräsinator kann sogar gefrorenen Schnee »schaufeln«.

Innenwände der Schleuderkammer drücken. Dadurch entsteht Reibung, die wiederum hohen Energieaufwand verursacht. Das patentierte Beschleunigungs-Rad des Fräsinator eco 3.0 kann beidseitig befüllt werden, da es sich auf der selben Welle wie die Fräschnecke befindet. Durch die optimale Nutzung physikalischer Prozesse beschleunigen die Schaufeln des Schleuderrades in der Umdrehung ohne externe Krafteinwirkung.

Anders als bei herkömmlichen Fräsen geht somit nur wenig Energie verloren, auch die Geräusentwicklung während des Betriebes ist relativ gering. Außerdem ist die Multifunktionsfräse dank technischer Präzisionsarbeit sehr wartungsarm. Diese Effizienz

wirkt sich letztendlich auch auf die Größe des Fräsinator eco 3.0 aus: Das Design ist kompakt und je nach Einsatzgebiet variabel.

Kleines Energiebündel

Durch das kompakte Design ist der Fräsinator eco 3.0 sowohl für kleine als auch für große Anbaugeräte geeignet. Mit dem Fräsinator eco 3.0 hat die niederösterreichische Firma NG Green Innovations GmbH somit eine Multifunktionsfräse entwickelt, die den Landmaschinenmarkt revolutioniert. Im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem Fräsinator eco 2.5, ist der Fräsinator eco 3.0 auch für größere Trägerfahrzeuge (300 PS+) geeignet.

Noch Fragen?

Gerne können Sie das NG Green-Team kontaktieren, um noch weitere Informationen zu erhalten. Auch bei spezifischen Fragen berät man Sie gerne. Der Fräsinator eco 3.0 kann ab sofort und weltweit bestellt werden.

Technische Ausführung

- geringe Geräusentwicklung: 73,6 dB
- Schutz der Komponenten durch Drehmoment-Sicherungen,
- beidseitiges Wendegetriebe (geeignet für Heck- und Frontbetrieb),
- hydraulische Auswurfeinstellung,
- verstellbarer Auswurfkamin in verschiedenen Ausführungen,
- durch Modulbauweise alle Teile austauschbar,
- Eingangsdrehzahl: 1.000 UPM,
- Leistung des Trägerfahrzeuges: 100 bis 300 PS,
- 1,6 t Gewicht,
- bis zu 3.000 m³/h Auswurfleistung,
- 2-15 km/h Arbeitsgeschwindigkeit,
- Schürfleiste und Verschleißteile aus Har-doxx,
- Bedienung: Hydraulisch / Elektrohydraulisch.

Weltweite großes Interesse

Neben den Arabischen Emiraten interessieren sich auch Pipeline-Firmen zum Freihalten der Bohrlöcher von Sand für die Innovation aus Kirchberg. Da man mit dem Gerät auch Lagerhallen bis zum Dach befüllen kann und so den Raum optimal ausnützt, hat auch zum Beispiel eine Bauerngenossenschaft aus Magdeburg ihr Interesse angemeldet.

Eine Universalfräse ist ab 42.000 Euro erhältlich, die jährliche Produktionskapazität mit Partnern beträgt 1.000 Stück. Derzeit wird eine Akku-Fräse zur Serienreife gebracht, die unabhängig von einer Zugmaschine betrieben werden kann.

Für 2016 peilt das Start-Up-Unternehmen mit zwei Mitarbeitern eine Exportquote von 75 Prozent an. Lizenzvergaben, vorerst für Europa und dann weltweit, sind in Vorbereitung. ■

Kontakt

NG Green Innovations GmbH

St. Pöltner Straße 95

A-3204 Kirchberg an der Pielach

mailto:office@ng-green.com

http://www.ng-green.com

http://www.fraesinator.com

Von Wien nach Tauranga

Die Wienerin Birgit Anna Krickl ist nach reiflicher Überlegung vor 20 Monaten nach Neuseeland ausgewandert. Sie wird sich in monatlichen Kolumnen mit kleinen und feinen Kulturunterschieden zwischen Österreich und ihrem Gastland auseinandersetzen. Folge 14: Sandras Geschichte – Teil 2.



Foto: Birgit Anna Krickl

Ein Blick auf die Kleinstadt Wanaka auf der Südinsel von Neuseeland am Südostende des Lake Wanaka.

Im diesem Beitrag möchte ich die Geschichte meiner Freundin Sandra zu Ende führen. Ich lernte die gebürtige Deutsche vor ungefähr einem Jahr kennen, zu dem Zeitpunkt war ich gerade frisch nach Hamilton gezogen. Wir verstanden uns auf Anhieb und es entwickelte sich schnell eine wertvolle Freundschaft. Auch sie ist vor einiger Zeit nach Neuseeland gekommen, ihre Geschichte hatte einen anderen Verlauf als meine und ich war beim Zuhören sehr berührt von Sandras Erzählungen:

„Seit Beginn 2014 lebe und arbeite ich in Hamilton, einer Kleinstadt auf der Nordinsel Neuseelands.

Ich bin noch nicht bereit, wieder nach Hause zu gehen. Viele Leute fragen mich, ob ich für immer hier bleiben möchte, doch das ist schwierig zu beantworten. Ich kann sagen, je länger ich hier bin, desto mehr fühle ich mich hier zu Hause und desto mehr fühle ich mich wohl hier. Anfangs war es schwieriger, weil ich noch viel mehr an zu Hause gebunden war. Damit meine ich Familie und Freunde, die vermisse ich am meisten und die kann man auch nicht ersetzen. Ich habe in Deutschland einen wunderbaren Freundeskreis und da ist eine starke Verbindung

zwischen uns, diese kann man nicht innerhalb von zwei Jahren woanders aufbauen. Die Verbindung ist noch immer da, auch wenn ich so weit weg bin. Trotzdem muß ich auch ein Stück weit los lassen. Am Anfang war es schwierig für mich los zu lassen, weil ich noch ein Stück weit Teil sein wollte von Zuhause und gleichzeitig mußte ich ein Stück



Foto: privat

Birgit Anna Krickl

loslassen, damit ich hier Fuß fassen konnte.

Das war nicht einfach für mich und im ersten Jahr hier habe ich noch sehr viel zwischen Deutschland und Neuseeland verglichen: Was hatte ich zu Hause? Was hab ich jetzt hier? Und das streßte mich, denn es kann natürlich nicht beides gleich sein. Ich habe hier viele Sachen, die ich zu Hause nicht hatte, die mir aber mehr geben – dafür hatte ich zu Hause andere Sachen. Vor allem Familie, materielle Dinge und solche, die Sicherheit geben, hatte ich zu Hause mehr und hier in Neuseeland sind die Werte auf andere Sachen gelegt. Ich habe in diesem Prozeß gelernt, daß keines besser oder schlechter ist. Beide Systeme sind in Ordnung, sie sind nur einfach anders.

So, wie ich von meiner Persönlichkeit her bin, passe ich im Moment wohl besser hierher. Ich fühle mich hier in diesem System wohl und je länger ich hier bin, desto mehr nehme ich das auch an. In Deutschland wächst man mit bestimmten Werten auf und die sind dann in mir drin, die Sicherheit zum Beispiel. Es ist schwer, das loszulassen. Und hier wachsen die Leute mit anderen Werten auf, wie die Kinder zum Beispiel mit großem Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen auf und die

Österreich, Europa und die Welt

Menschen haben dieses Positive und Freundliche.

Die Menschen zu Hause haben das auch, aber es ist anders. Ich fühle mich hier als Teil von diesem System und ich habe mich hier in Neuseeland noch nie als anders oder als Ausländerin gefühlt, obwohl ich eine Ausländerin bin.

Viele Leute fragen mich, was es ist, das Neuseeland so einzigartig macht – es sind wahrscheinlich viele Sachen. Ich kann es nur so beschreiben, daß sich mein Herz hier wohlfühlt und ich das Gefühl habe, daß ich hier glücklich bin, ich bin bei mir angekommen, ich fühle mich ganz und im Reinen mit mir.

Ich war in der Zwischenzeit einmal zu Hause, um meine Familie und Freunde zu besuchen und auch um zu sehen, wie es sich anfühlt, wieder zuhause zu sein. Ich fragte mich: Werde ich zuhause ankommen und vielleicht endlich in Deutschland bleiben wollen? Habe ich genug von dem Abenteuer Neuseeland? Es war unglaublich schön Zeit mit meiner Familie und meinen Freunden zu verbringen. Interessanterweise verglich ich auch wieder sehr viel zwischen den beiden Ländern, versuchte pro und kontra abzuwägen. Am Ende hat Neuseeland gewonnen, mit allen Hürden die es zu überwinden gibt, wenn man eben ans andere Ende der Welt geht. Am Ende meines Besuches fühlte es sich letztlich wie ein Besuch an. Auch wenn es schwer war, den Zurückgebliebenen Lebewohl zu sagen, war ich bereit und es war gut. Es war eine schöne Erfahrung, doch ich freute mich, wieder nach Neuseeland zu kommen. Gleichzeitig bricht es mir fast das Herz, wenn ich meinen Eltern sagen muß, ‚ich gehe jetzt wieder und ich fühle mich wohl, da wo ich bin‘. Ich hab das Gefühl, ich lasse meine Eltern zurück und ich weiß, es ist schwer für sie, weil ich ihre einzige Tochter bin. Ich bin so weit weg von ihnen und es ist nicht einfach, sich schnell mal zu besuchen. Das sind so Sachen, mit denen ich lernen muß zu leben. Ich bin sehr dankbar für meine Eltern, denn sie sind von Anfang an mit mir mitgewachsen. Wie sie mich unterstützen und wie sie für mich da sind, gibt mir eine gewisse Sicherheit. Es tut gut zu wissen, daß sie trotzdem für mich da sind, auch wenn es schwer ist für sie. Sie akzeptieren mich und das, was mich glücklich macht. Das bedeutet mir sehr viel. Wenn sie nicht so hinter mir stehen würden, dann wäre das alles nicht so leicht.

Je länger ich hier bin, desto wohler fühle ich mich. Ich habe mehr Freunde, ich habe meine Gewohnheiten und ich kenne die Rou-



Foto: Birgit Anna Krickl

Sandra in »Ekatahuna«, einer 579 Einwohner zählenden Kleinstadt im Taranaki-Distrikt auf der Nordinsel Neuseelands.

tine. Trotzdem ist es ein Stück weit noch ein Abenteuer, weil ich in einem anderen Land lebe. Jeden Tag kann ich noch neue Sachen lernen und entdecken, und schon alleine in einer anderen Sprache zu leben ist aufregend. Zum Beispiel lernen mir meine ArbeitskollegInnen gerade Sprichwörter und ich merke, wenn Leute Witze erzählen, verstehe ich sie plötzlich und es ist lustig für mich. All dies gefällt mir und es ist gleichzeitig eine Herausforderung.

Zusätzlich probiere ich neue Sachen aus, zum Beispiel habe ich gelernt, Ukulele zu spielen, ich entdeckte die Liebe zum Wandern und vor kurzem habe ich einen Tanzkurs begonnen. Am Wochenende fahre ich gern an den Strand und gehe am Meer spazieren. Ich habe hier in Neuseeland auch gelernt mir selbst mehr zu vertrauen und zuzutrauen, unter anderem weil die Menschen hier mit ihrer positiven Art und Weise mein Selbstvertrauen stärken und mich ermutigen zu wachsen.

Je länger ich hier bin, desto mehr kann ich los lassen von zu Hause – ohne wirklich loszulassen. Bei meinem Besuch in Deutschland haben alle gesehen, daß es mir gut geht und es war ein gegenseitiges liebevolles Loslassen. Ich sage ganz gerne: ‚Im Herzen sind wir immer verbunden, egal wie weit entfernt wir sind.‘ Das ist ein langer Prozeß, wenn man in einem anderen Land lebt, und es hat sehr viel damit zu tun, sich mit sich selbst auseinander zu setzen. Ich bin total glücklich hier, auch wenn ich Tiefs habe und an meine Grenzen stoße. Ich bin offen für das, was

kommt. Ich denke, solange das Land gut zu mir ist, solange es mich haben will und solange ich mich wohl fühle, werde ich hier bleiben. Wenn es aus irgendwelchen Gründen nicht so sein soll, dann soll es nicht so sein und dann ist es auch gut.

Ich bin wirklich dankbar für all die Erfahrungen, die ich bisher hatte. Und ich bin dankbar für die Leute, die mich auf meinem Weg begleitet haben oder die mich jetzt begleiten. Ich bin dankbar für die wundervollen Freundschaften die ich erfahren darf.

Warum Neuseeland? Es ist ein Land, mitten im Nirgendwo. Es hat diese Ruhe, diese Natur. Jeder kann hier so sein, wie er ist und die Leute bewerten dich nicht. Jeder ist individuell und hier wird Integration gelebt. Mein Herz fühlt sich hier wohl, meine Seele ist hier in Ruhe. Es berührt und ich kann es nicht auf eine Sache beschränken. Man muß es erfahren. Und ich fühle es. Es ist nicht jedermanns Sache und jeder muß auch nicht das Reisen mögen, ich spüre nur für mich ist es das, was für meinen Lebensweg vorgesehen ist. Es ist eine Lebensstufe, ein Schritt auf meinem Weg, um mein Ziel zu erreichen, einmal eine zufriedene alte Frau zu sein, mit all den Erfahrungen, die das Leben bereit hält, das eigene Leben gelebt zu haben, mit all seinen Risiken und bunten Facetten. Ich mußte diesem Ruf meines Herzens folgen und das war das Beste, was ich je machen konnte. Ich denke, das sollte jeder tun, was immer auch der Ruf seines Herzens ist.“

*Schreiben Sie mir doch einfach!
mailto:birgit_krickl@hotmail.com*

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2016

1. bis 4. September 2016 in Feldkirch in Vorarlberg

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem > gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 1. September

09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Atrium im Parterre des Montforthauses, Montfortplatz 1, 6800 Feldkirch; Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 1. September 2016, ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

13.30 - 16.30 Uhr > **Besichtigung der Rauch Fruchtsäfte GmbH & Co OG in Rankweil.** An- und Rückfahrt mit einem Autobus; 50 Min. Firmenpräsentation, 50 Min. Rundgang durch die Produktion; Treffpunkt: Montforthaus Beschränkt auf 45 TeilnehmerInnen

14.00 - 16.00 Uhr > **Führung durch das mittelalterliche Zentrum** Feldkirchs mit Graf Hugo oder Gräfin Mechthild, Treffpunkt: Montforthaus

14.00 - 16.00 Uhr > **Führung durch das Schattenburg-**
16.00 - 18.00 Uhr **museum** – Besichtigung der Museumsräume

bis hin zum Bergfried mit der Aussichtsplattform; Treffpunkt: Montfortplatz 1 Teilnehmeranzahl ist auf 50 Personen pro Führung beschränkt. Eintritt €6,- pro Person auf eigene Rechnung!

19.30 - 22.00 Uhr > **Abendessen auf der Schattenburg**
Ort: Burggasse 1, 6800 Feldkirch; Essen auf Rechnung des AÖWB, Getränke auf eigene Rechnung. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich – ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!

Freitag, 2. September

09.00 - 17.00 Uhr **Registrierung:** Atrium im Parterre des Montforthauses, Montfortplatz 1, 6800 Feldkirch; Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Freitag, 2. September 2016, ankreuzen.



Foto: Stadtmarketing Feldkirch @ Nik Scorpic

Österreich, Europa und die Welt

Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

- 09.00 - 11.00 Uhr, **➤ Führung durch das mittelalterliche Zentrum** Feldkirchs mit Graf Hugo oder Gräfin Mechthild, Treffpunkt: Montfortplatz 1
- 09.00 - 13.00 Uhr **➤ Genußtour** – Besichtigung der Brauerei Frastanzer sowie ein Besuch in der Sennerei Schnifis; An- und Rückfahrt mit einem Autobus, Treffpunkt Montfortplatz 1; Teilnehmeranzahl ist auf 49 Personen beschränkt. Eintritt: €15,- pro Person (Inkl. Verkostung) auf eigene Rechnung!
- 09.00 - 11.30 Uhr **➤ Natur-Aktiv-Tour** – Kultur und Naturführung über den Dächern von Feldkirch **Achtung:** gutes Schuhwerk (Knöchelhoch) und Trittsicherheit erforderlich! Findet nur bei gutem Wetter statt. Treffpunkt: Montfortplatz 1; die Teilnehmeranzahl ist auf 40 Personen beschränkt.
- 08.30 - 12.00 Uhr **➤ Führung bei Doppelmayr Seilbahnen in Wolfurt;** An- und Rückfahrt mit einem Autobus, Treffpunkt: Montfortplatz 1; Teilnehmeranzahl ist auf 60 Personen beschränkt.
- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Ort: Kleiner Saal im Montforthaus
- 19.30 - 22.30 Uhr **➤ Empfang des Landeshauptmannes von Vorarlberg, Markus Wallner,** und des Bürgermeisters von Feldkirch, Wilfried Berchtold im Großen Saal im Parterre des Montforthauses.

Samstag, 3. September

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2016“** im Großen Saal im Parterre des Montforthauses
- 12.15 Uhr **➤ Festessen auf Einladung des Herrn Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Sebastian Kurz** im Montforthaus
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Kleiner Saal im Montforthaus
- 20.30 Uhr **➤ Ball des Auslandsösterreichers-Weltbundes** im Großen Saal im Parterre des Montforthauses

Sonntag, 4. September

- 09.30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst**
Pauluskirche, Bergmannsgasse 1
- 09.30 Uhr **Katholischer Gottesdienst**
Dom St. Nikolaus, Domplatz 6
- 12.00 Uhr **➤ Abschlußmittagessen** im Hotel Montfort, Galuragasse 7, 6800 Feldkirch, Essen €25,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!

An allen mit einem ➤ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Änderungen vorbehalten!



Foto: Stadtmarketing Feldkirch @ Nik Scorpis

Der neue Bundespräsident

Nachdem im ersten Wahlgang am 24. April keiner der KandidatInnen die notwendigen 50 Prozent der Stimmen erlangte, wurde am 22. Mai eine Stichwahl abgehalten. In der setzte sich der von den Grünen unterstützte Prof. Alexander Van der Bellen äußerst knapp gegen den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer durch.



Foto: Verein »Gemeinsam für Van der Bellen« / Helena Wimmer

Das ist unser neuer Bundespräsident: Prof. Alexander Van der Bellen.

Zu Erinnerung: Als am Abend des 24. April um Punkt 17 Uhr die erste Hochrechnung, die das Institut SORA für den ORF erstellt hat, über die Bildschirme kam, war die Überraschung perfekt: Erstmals hatten die Kandidaten der beiden ehemaligen Großparteien Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Univ.-Prof. Andreas Khol (ÖVP) auch nur annähernd so viele Stimmen erhalten, um an der Stichwahl teilnehmen zu können. An erste Stelle gereiht hatten die WählerInnen Norbert Hofer von der FPÖ, dahinter Univ.-Prof. Alexander Van der Bellen, Irmgard Griss und – an letzter Stelle – Richard Lugner. Etwa zwei Stunden hatte es dann gedauert, bis feststand, daß Irmgard Griss nicht an der Stichwahl würde teilnehmen können.

Stichwahl am 22. Mai

Hofer hatte 35,1 Prozent der Stimmen erhalten, Prof. Alexander Van der Bellen konnte 21,3 Prozent auf sich vereinen. Da-

mit war also klar, daß eine Stichwahl notwendig geworden war, die für den 22. Mai angesetzt wurde. Und der Wahlkampf begann für die beiden Kandidaten neuerlich und war von vielen Interviews und Zweiergesprächen im Fernsehen geprägt, die im großen und ganzen sehr ruhig abliefen – abgesehen von einem Format des Privatsenders PULS4, in dem Hofer und Van der Bellen – ohne ModeratorIn – einander gegenüberstanden. „Der Streichelkurs der Spitzenkandidaten ist vorbei“, hieß es seitens des Senders: Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer hätten sich im ersten TV-Duell nichts geschenkt, was von bis zu 500.000 ZuseherInnen verfolgt wurde.

Bemerkenswert war auch, daß die Meinungsforschungsinstitute diesmal völlig auf Veröffentlichungen verzichteten: sie lagen mit den Prognosen für den ersten Wahlgang ziemlich daneben und wollten sich diesmal auf kein Risiko einlassen. Vor allem waren

einige ins Gerede geraten – der Vorwurf war, sie hätten die Wahrscheinlichkeit, daß auch Van der Bellen gewinnen könnte, faktisch ausgeschlossen. Das wurde dann oft so gedeutet, daß man für Hofer Stimmung gemacht hätte. Einzig ein Wettbüro, das eine Wahlwette angeboten hatte, veröffentlichte drei Tage vor der Wahl, daß Hofer und Van der Bellen mit nahezu gleichen Quoten „gehandelt“ wurden.

Äußerst spannender Wahlkrimi

Dann war er da, der Tag der endgültigen Entscheidung, wer am 8. Juli den noch bis dahin amtierenden Bundespräsidenten Heinz Fischer ablösen würde. Alles wartete gespannt auf Bekanntgabe der ersten Hochrechnung, die das Institut SORA im Auftrag des ORF erarbeitet hatte. Und: Sprecher Tarek Leitner wirkte aufgeregter, angespannter als sonst – verkündete, daß die beiden Kandidaten überaus knapp beieinander lägen: Die

Innenpolitik

Offizielles Endergebnis der Bundespräsidentenwahl

verlautbart von der Bundeswahlbehörde am 1. Juni 2016

Ing. Norbert Hofer 49,7 % (+14,6 %)

Dr. Alexander Van der Bellen 50,3 % (+29,0 %)

	2. Wahlgang		Endergebnis		Vergleich	
	Stimmen	%	1. Wahlgang	Stimmen	1. – 2. Wahlgang	Stimmen
			%		%	
Wahlberechtigte	6.382.507		6.382.507			
Abgegebene	4.637.046	72,7 %	4.371.825	68,5 %	+265.221	+4,2 %
Ungültige	164.875	3,6 %	92.655	2,1 %	+72.220	+1,4 %
Gültige	4.472.171	96,4 %	4.279.170	97,9 %	+193.001	-1,4 %
Davon entfielen auf die einzelnen Wahlwerber						
Ing. Norbert Hofer	2.220.654	49,7 %	1.499.971	35,1 %	+720.683	+14,6 %
Dr. Alexander Van der Bellen	2.251.517	50,3 %	913.218	21,3 %	+1.338.299	+29,0 %

Quelle und Grafik: Bundesministerium für Inneres

Differenz lag bei 0,4 (!) Prozent, wenn auch bei einer Schwankungsbreite von +/- 2 Prozent. Nach Einlangen von Zahlen aus weiteren ausgezählten Wahlsprengeln veränderte sich die Schwankungsbreite sukzessive und der Abstand zwischen Norbert Hofer und Prof. Alexander Van der Bellen verringerte sich zunehmend. Christoph Hofinger, Geschäftsführer des Instituts SORA, hatte bereits nach 18 Uhr festgestellt, daß „wir heute noch keinen Bundespräsidenten haben werden“. Dies erhärtete sich dann, als nach Auszählung aller abgegebenen Stimmen der nach Prozenten exakt gleiche Stand von 50 zu 50 ergab. Eigentlich kaum vorstellbar, wenn man sich vor Augen hält, daß insgesamt – zu diesem Zeitpunkt – 4.643.154 WählerInnen ihre Stimmen abgegeben hatten. Auch eine Stunde später änderte sich das kaum, der Auszählungsgrad näherte sich langsam der 100-Prozent-Marke und die Schwankungsbreite wurde immer geringer. Bei der letzten Hochrechnung an diesem Tag um 20 Uhr – wohlgermerkt immer mit ebenfalls hochgerechneten Briefwahlstimmen – und bei einem Auszählungsgrad von 100 Prozent lagen Hofer und Prof. Van der Bellen beide exakt bei 50 Prozent! So ging man in die Auszählungsendrunde, die am darauffolgenden Montag um 9 Uhr vormittags begann. Übrigens: diesmal wurden 885.437 abgegeben.

Die Fortsetzung des Wahlkrisis

Der Montag verlief ruhig, denn die ersten Ergebnisse waren erst für den späten Nachmittag erwartet worden. Und dann, um 16:40 Uhr – etwas verspätet, da einer Stadt zur Sicherheit noch einmal nachgezählt werden mußte – gab Innenminister Wolfgang Sobotka nach Auszählung der Wahlkarten bekannt, daß Prof. Alexander Van der Bellen mit 50,3 Prozent der gesamten Stimmen (absolut 2.254.484) die Mehrheit erlangt hat. Norbert

Hofer unterlag demnach mit 49,7 Prozent der gesamten Stimmen (absolut 2.223.458). Die Wahlkartenwähler hatten mit 31.026 Stimmen Prof. Van der Bellen den endgültigen Wahlsieg beschert.

Nun ja, nicht ganz endgültig insoferne, als es nach Bekanntgabe des Amtlichen Endergebnisses am 1. Juni durch die Oberste Wahlbehörde dann noch die Möglichkeit besteht, das Ergebnis anzufechten. Es heißt im Bundespräsidentenwahlgesetz von 1971:



Foto: ORF / http://tvthek.orf.at

In der »Zeit im Bild 1« berichtete der ORF aus der Wahlzentrale in der Hofburg. ZiB-Innenpolitik-Chef Hans Bürger befragt Norbert Hofer und Prof. Alexander Van der Bellen zu deren Einschätzung zum Stimmengleichstand von 50:50.

Innenpolitik

**Gegenüberstellung der ausgestellten Wahlkarten
der Bundespräsidentenwahl am 24. April 2016 mit der Nationalratswahl vom 29. September 2013**

Landeswahlkreis	Nationalratswahl 2013			Bundespräsidentenwahl 2016 - Zu- und Abnahme der Wahlkarten								
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	+/-	%	Inland	+/-	%	Ausland	+/-	%
Burgenland	19.446	18.959	487	17.588	-1.858	-9,55	17.005	-1.954	-10,31	583	96	19,71
Kärnten	39.053	36.096	2.957	33.995	-5.058	-13,02	30.667	-5.429	-15,04	3.328	341	11,42
Niederösterreich	118.828	115.291	3.625	111.004	-7.822	-6,58	106.945	-8.258	-7,17	4.059	434	11,37
Oberösterreich	108.659	103.184	5.475	117.165	8.506	7,83	111.024	7.840	7,00	6.141	600	12,16
Salzburg	39.910	37.105	2.805	36.031	-3.879	-9,72	32.795	-4.310	-11,63	3.236	431	15,37
Steiermark	107.704	102.305	5.399	102.804	-4.900	-4,55	96.585	-5.720	-5,98	6.219	620	15,19
Tirol	43.539	40.410	3.129	39.283	-4.256	-9,78	35.566	-4.844	-11,99	3.717	588	18,79
Vorarlberg	27.067	24.764	2.303	23.380	-3.687	-13,62	20.723	-4.041	-16,32	2.657	354	15,37
Wien	164.576	156.759	7.817	160.725	-3.851	-2,34	151.586	-5.173	-3,30	9.139	1.322	10,91
ÖSTERREICH	668.810	634.783	34.027	641.975	-26.835	-4,01	602.896	-31.887	-5,02	39.079	5.052	14,85

**Gegenüberstellung der ausgestellten Wahlkarten
der Bundespräsidentenwahl (2. WG) am 22. Mai 2016 mit der Bundespräsidentenwahl (1. WG) vom 24. April 2016**

Landeswahlkreis	Bundespräsidentenwahl (1. WG)			Bundespräsidentenwahl (2. WG) - Zu- und Abnahme der Wahlkarten								
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	+/-	%	Inland	+/-	%	Ausland	+/-	%
Burgenland	17.588	17.005	583	23.915	5.427	30,86	22.432	5.427	31,91	583	0	0,00
Kärnten	33.995	30.667	3.328	44.678	10.681	31,42	41.360	10.693	34,67	3.316	-12	-0,36
Niederösterreich	111.004	106.945	4.059	151.843	40.839	36,61	147.583	40.638	38,00	4.060	1	0,02
Oberösterreich	117.165	111.024	6.141	153.108	35.943	30,68	146.970	35.948	32,38	6.138	-3	-0,05
Salzburg	36.031	32.795	3.236	49.390	13.359	37,08	46.147	13.352	40,71	3.243	7	0,22
Steiermark	102.804	96.585	6.219	145.491	42.687	41,52	139.921	43.336	44,67	5.570	-649	-10,44
Tirol	39.283	35.566	3.717	61.010	21.727	55,31	56.838	21.272	59,61	4.172	455	12,24
Vorarlberg	23.380	20.723	2.657	34.921	11.441	48,93	32.157	11.434	55,18	2.664	7	0,26
Wien	160.725	151.586	9.139	222.283	61.558	38,30	213.098	61.512	40,58	9.185	46	0,50
ÖSTERREICH	641.975	602.896	39.079	885.437	243.462	37,92	846.506	243.610	40,41	38.931	-148	-0,38

„Innerhalb einer Woche vom Tag der Verlautbarung kann die Wahlentscheidung der Bundeswahlbehörde (Abs. 1) beim Verfassungsgerichtshof wegen jeder behaupteten Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens vom zustellungsbevollmächtigten Vertreter eines dem Gesetz entsprechenden Wahlvorschlages (§ 9) angefochten werden. Die Anfechtung hat den begründeten Antrag auf Nichtigerklärung des Wahlverfahrens oder eines bestimmten Teiles desselben zu enthalten. Der Verfassungsgerichtshof hat über die Anfechtung längstens innerhalb von vier Wochen nach ihrer Einbringung zu entscheiden.“ Und weiter: „Wurde eine Wahlanfechtung (§ 21 Abs. 2) nicht eingebracht oder ihr vom Verfassungsgerichtshof nicht stattgegeben, so hat der Bundeskanzler nunmehr das Ergebnis der Wahl des Bundespräsidenten unverzüglich im Bundesgesetzblatte kundzumachen.“

Es ist bei der Auszählung der Wahlkartenstimmen in einigen Orten zu Unregelmäßigkeiten gekommen: einerseits wurde zu früh mit dem Zählen begonnen – nämlich noch am Wahlabend und nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, am darauffolgenden Montag; andererseits wurden z.B. ungültige Wahlzettel nicht der Wahlbehörde übergeben, sondern zerrissen, wie es hieß. Innenminister Wolfgang Sobotka listete in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wahlleiter Robert Stein die bekanntgewordenen Verfehlungen auf, die er nicht nur vehement verurteilte, sondern zu diesem Zeitpunkt bereits bei der Staatsanwaltschaft angezeigt hatte. Sobotka sah keine Anzeichen dafür, daß die Wahl deshalb wiederholt werden müßte. Von seiten der FPÖ hat es inzwischen geheißsen, daß man die Wahl möglicherweise anfechten werde. Eventuelle Anfechtungen müßten jedenfalls bis zum 8. Juni erfolgt sein.

Zwei Besonderheiten

Diese Wahl hat gleich zwei Besonderheiten in der Geschichte der Republik zutage gebracht. Zum einen war es das erste Mal, daß kein Kandidat der Regierungsparteien in die Stichwahl gelangt war und noch nie lagen die Kandidaten so knapp beieinander. Zum anderen war das internationale Interesse am Ausgang dieser Wahl besonders groß, rund 200 JournalistInnen aus aller Welt waren nach Wien gereist und harrten im Pressebereich in der Wiener Hofburg unfreiwillig einen Tag länger aus, als sie geplant hatten. Die eine so knappe Entscheidung eines Landes zwischen „links“ und „rechts“, also ob ein „Grüner“ oder ein „Rechter“ Bundespräsident des Landes werden würde, könnte, so hieß es, Signalwirkung auf andere europäische Länder haben, vor allem unser Nachbar Deutschland widmete dem Wahlereignis einige Stunden Übertragung und mehrere Kommentare.

Innenpolitik

Die erste Pressekonferenz

Seine erste Pressekonferenz als designiertes Staatsoberhaupt gab Prof. Alexander Van der Bellen am frühen Abend des 23. Mai im Garten des Palais Schönburg – zwei Stunden nach Verkündung des vorläufigen Endergebnisses einschließlich der Wahlkarten. Österreich habe bewegte Stunden hinter sich, sagte er, und daß diese Wahl wohl niemanden in Österreich unberührt gelassen habe. Und er bedankte sich bei seinen WählerInnen, zollte aber auch seinem Mitbewerber um das höchste Amt im Staat, Norbert Hofer, persönlichen Respekt und Anerkennung – und gratulierte diesem „zum sehr engagierten Wahlkampf“.

Zu den in den Medien vielfach angesprochenen „aufgerissenen Gräben in unserem Land“ meinte er, sie seien sichtbar geworden, sie hätte es aber schon länger gegeben.

Die vielen Gespräche und Diskussionen der vergangenen Monate bezeichnete er gutes Zeichen, denn den BürgerInnen sei die Politik nicht gleichgültig. „Im Gegenteil: Sie haben ein hohes Interesse und wollen aktiv mitgestalten an der Politik dieses Landes.“

Er habe ganzen Wahlkampf hindurch versucht, für das „Gemeinsame in Österreich“ zu werben, „das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Daß wir uns gemeinsam um unsere Demokratie kümmern. Um unser Österreich“, so Prof. Van der Bellen.

Zu seinem Amtsverständnis sagte er, daß er „behutsam, bedachtsam mit den Rechten und Pflichten des Bundespräsidenten im Sinne der Republik“ umgehen und Österreich nach außen bestmöglich vertreten werde.

Er strich hervor, daß er „selbstverständlich ein überparteilicher Bundespräsident“ sein werde. „Für alle Menschen in diesem Land“, an deren aller Zusammenarbeit er glaube.

Norbert Hofer am Tag danach

„Von Politikverdrossenheit ist keine Spur, die Menschen in Österreich interessieren sich für Politik“, erklärte der unterlegene FPÖ-Kandidat Norbert Hofer, der sich bei seinen WählerInnen für ihre Stimmen bedankte. Es sei kein leichter Wahlkampf, „aber im Endeffekt eine positive Erfahrung“ für ihn gewesen. „Die Termine für die Selfies im Nachhinein haben länger gedauert als die eigentlichen Veranstaltungen“, so Hofer. Der freiheitliche Kandidat erwähnte zudem, daß die FPÖ keine rechtsextreme Partei sei, da sie sonst nicht mehr als zwei Prozent der Wählerstimmen erlangt hätte. Die Wahlergebnisse in Österreich seien jedoch zu akzeptieren. „Das ist der Sinn der Demokratie. Wir sind



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Christian Kern (l.) gab gemeinsam mit Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner Statement zum Wahlergebnis ab.

ein stabiles Land mit starker Demokratie und hier nehmen wir die Wahlergebnisse zur Kenntnis“, erklärte Hofer, der diesbezüglich den grünen Kontrahenten Prof. Van der Bellen seine Glückwünsche aussprach.

Die ersten Reaktionen

Der noch amtierende **Bundespräsident Heinz Fischer** hat seinem gewählten Nachfolger zum Sieg bei der Bundespräsidentenwahl beglückwünscht. „Meine besondere Gratulation geht an den neu gewählten Bundespräsidenten, Universitätsprofessor Alexander Van der Bellen“, sagte er am Nachmittag des 23. Mai vor der Presse.

„Es war ein knappes Rennen“, sagte Fischer weniger Minuten nach Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses der Bundespräsidentenwahl. „Ich möchte daher auch dem Mitbewerber, Ingenieur Norbert Hofer, meine Anerkennung aussprechen, Respekt zollen, daß er in einem langen und spannenden Wahlkampf seine Standpunkte mit Engagement und Verve vertreten und verteidigt hat.“

Er habe die Wahl mit großem Interesse und großer Aufmerksamkeit verfolgt. „Ich gratuliere meinem Land, der Republik Österreich und allen Österreicherinnen und Österreichern dazu, daß sie in einem sehr spannenden Wahlkampf, der korrekt verlaufen ist, ein neuer Bundespräsident gewählt worden ist.“ Gleichzeitig sprach Fischer allen Beteiligten, etwa den Wahlbehörden und den WahlbeisitzerInnen, seinen Dank aus.

Der Bundespräsident zeigte sich davon überzeugt, daß Van der Bellen die kommenden Herausforderungen gut meistern werde. „Die wichtigste Aufgabe des neuen Präsidenten wird sein, Gräben – ich will das nicht übertreiben, gravierende Umstimmigkeiten ist

vielleicht besser – zuzuschütten und Schritte in die Richtung zusetzen, daß der Bundespräsident das Staatsoberhaupt für alle Österreicher und Österreicherinnen ist.“ Er traue es Prof. Van der Bellen „absolut“ zu, daß dieser die richtigen Worte finden werde und auch die richtigen Handlungen setzen werde.

Nationalratspräsidentin Doris Bures gratulierte Prof. Alexander Van der Bellen zur Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich. „Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat Sie mit dem Vertrauen ausgestattet, das höchste politische Amt im Staat zu bekleiden. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen für diese besonders verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.“

Das konstruktive Zusammenwirken von Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt habe in Österreich Tradition und sei Garant für die Stabilität der Demokratie, so die Nationalratspräsidentin, die sich auf die Zusammenarbeit mit dem künftigen Bundespräsidenten freut. Sie brachte gleichzeitig ihre Zuversicht zum Ausdruck, daß dieser durch eine besonnene Amtsführung eine einende und versöhnliche Kraft für unser Land sein werde: „Gerade nach einer polarisierenden Wahlauseinandersetzung braucht es an allen Stellen der Republik das ernsthafte Bemühen, die Gesellschaft zusammenzuhalten und das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und ihre Institutionen zu festigen.“

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) sagte, er möchte Prof. Alexander Van der Bellen „herzlich gratulieren. Wir haben in ihm einen Partner, der proeuropäisch denkt, weltoffen ist, die Chancen in den Vordergrund stellt und nicht nur die Ängste bedient.“

„Das Wahlergebnis ist denkbar knapp

Gespräch von amtierendem und dem designierten Bundespräsidenten

Der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer hat dann am Nachmittag des 24. Mai seinen Nachfolger Prof. Alexander Van der Bellen an dessen künftigen Arbeitsplatz zu einem Gespräch empfangen. Prof. Van der Bellen kam in Begleitung seines Teams kurz vor 12 Uhr in der Hofburg an. Nach einem kurzen Handshake für die Fotografen lud der Bundespräsident den Wahlsieger hinter die Tapetentür zum Austausch.

Mit Prof. Van der Bellen verbinde ihn bereits eine jahrelange Zusammenarbeit, in dieser Konstellation sei man aber noch nie hier zusammengestanden, erklärte Fischer nach dem Treffen: „Ich freue mich, daß es so ist.“ Mit dem designierten Präsidenten wurde bereits ein Arbeitsgespräch vereinbart, denn „es gibt in der Tat viel zu besprechen“. Beide seien interessiert, daß es einen reibungslosen Übergang „von der Amtszeit Heinz Fischer“ zu Prof. Van der Bellen gibt, erklärte der Bundespräsident. Dieser freundschaftliche Übergang sei nicht nur im eigenen Interesse, sondern vor allem auch im Interesse des Landes und nicht überall selbstverständlich, meinte der Bundespräsident weiter.

Unterhalten habe man sich über die ersten Aufgaben und Termine, die auf den neuen Bundespräsidenten zukommen und Prof. Van der Bellen sind ein paar Wochen zur Einarbeitung gegönnt. Auch über die Präsidentschaftskanzlei wurde gesprochen, so Fischer. Diese sei eine Einrichtung, die „dezent und reibungslos und auch geräuschlos bestens funktioniert“. So seien dann auch keine Pannen passiert, zog er Bilanz über seine Amtszeit und räumte lediglich ein „Hop-pala“ ein, da er den Namen einer Staatssekretärin „im ersten Anlauf nicht richtig ausgesprochen“ habe. So war es bei der Angelobung der neuen Regierungsmitglieder kürzlich zu einem Versprecher gekommen.

Bundespräsident Heinz Fischer stellte weiters fest, daß der neue Bundespräsident eigene Mitarbeiter mitnimmt, man werde aber dafür sorgen, daß es Kontinuität gebe und sich „niemand allein gelassen“ fühle. „Bißl hab' ich noch Zeit“, er will sich gut überlegen, was er in den nächsten Wochen noch sagen werde, so Heinz Fischer: „Der Anfang ist gemacht und es war, wie ich glaube, ein guter Anfang.“

Prof. Alexander Van der Bellen bedankte sich und zeigte sich „erleichtert“, daß bis zur Angelobung noch ein paar Wochen Zeit bleiben. Einmal mehr appellierte er an die Medien, das Wahlergebnis nicht als Spaltung zu



Foto: HBF / Peter Lechner

Pressestatements von Bundespräsident Heinz Fischer (r.) und seinem designierten Nachfolger Prof. Alexander Van der Bellen



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer (r.) bei seinem Treffen mit dem Präsidentschaftskandidaten und Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer

ausgefallen. Wir werden daher gemeinsam versuchen, daß sich keiner der Wählerinnen und Wähler als Verlierer fühlen muß. Wir haben die Botschaft verstanden. Ängste kann man nicht wegreden, man muß sie ernst nehmen. Wir werden daher unseren Regierungsstil so gestalten, daß sich die Menschen in Zukunft von uns gut repräsentiert fühlen.“

Auch **Vizekanzler Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner** (ÖVP) gratulierte Prof. Van der Bellen in der gemeinsamen Pressekonferenz und zollte gleichzeitig dem Ergebnis von Norbert Hofer Respekt: „Wir haben die Botschaft verstanden und müssen nun nach der Zeit der Polarisierung wieder das Gemeinsame vor das Trennende stellen.“

Eva Glawischnig, Bundessprecherin der Grünen, sagte in einem ORF-Interview, durch die Bestellung von Christian Kern zum Bundeskanzler und Prof. Van der Bellen zum Bundespräsidenten sei insgesamt eine Chance für das politische System Österreichs, „mehr in ein kooperatives Miteinander zu

kommen. Dazu gehört auch ein Bundespräsident, der sich verpflichtet fühlt, nach innen zu verbinden. Und das traue ich ihm absolut zu. Das kann er und das wird er auch schaffen.“

Robert Luger, Klubchef von Team-Stronach, hatte am Wahltag festgestellt, es wäre ein „guter Tag für Österreich“, würde Hofer neuer Bundespräsident werden. Denn damit wäre die „die alte Politik abgewählt“, wie er gegenüber der APA sagte. Es wäre „schade“, wenn Prof. Van der Bellen gewinnen würde.

NEOS-Vorsitzender Matthias Strolz erklärte, die „Mehrheit der Österreicher hat sich für einen weltoffenen und europaorientierten Präsidenten entschieden, das ist positiv. Ich wünsche Alexander Van der Bellen alles Gute für seine Aufgabe. Die Gräben, die in den letzten Wochen aufgerissen worden sind, müssen rasch wieder geschlossen werden. Der Bundespräsident ist gefordert, nun auch jene Hälfte Österreichs zu überzeugen, die ihn nicht gewählt hat.“

Foto: HBF / Peter Lechner



Bundespräsident Heinz Fischer (r.) zieht sich mit seinem designierten Nachfolger Prof. Alexander Van der Bellen zu einem Vier-Augen-Gespräch zurück.

„dramatisieren“. Österreich sei ein Land mit hoher Diversität. Auch zeigte er sich „froh“, daß die Amtsübergabe auf diese Weise erfolge: „Das erleichtert mein Leben ungemein.“ Abschließend berichteten beide noch Anekdoten darüber, wann und wie sie einander kennengelernt haben. Prof. Van der Bellen wünschte sich schließlich weitere Gespräche mit Fischer, auch über den Tag der Amtsübergabe hinaus.

Österreich & Europa

Der frühere EU-Kommissionspräsident Romano Prodi war der erste ausländische Staatsmann, der mit dem gewählten Bundespräsidenten Prof. Alexander Van der Bellen zusammengetroffen ist. Die Begegnung fand am 24. Mai bei Bundespräsident Heinz Fischer in der Wiener Hofburg statt. Das Treffen hatte sich kurzfristig ergeben, weil sich Prodi in Wien aufhielt, um an einem Treffen von Absolventen der Eliteuniversität Johns Hopkins teilzunehmen, die in Europa ihren Sitz in seiner Heimatstadt Bologna hat. „Wir haben gemeinsam ein lockeres Gespräch zu politischen und wirtschaftlichen Europa-Themen geführt. Natürlich habe ich Van der Bellen meine herzlichsten Glückwünsche für den Wahlerfolg übermittelt“, sagte Prodi laut italienischen Medien.

Der zukünftige Bundespräsident hatte im Wahlkampf immer wieder die Bedeutung der Europapolitik hervorgehoben. Er hob sich damit von seinem FPÖ-Kontrahenten Norbert Hofer ab, der sich als EU-Skeptiker positionierte. Prodi hatte sich tags zuvor in einer ersten Reaktion „sehr zufrieden“ mit dem Wahlsieg Prof. Van der Bellen gezeigt, aber auch besorgt über den Beinahe-Sieg Hofers. Angesichts des knappen Abstandes zwischen den beiden Kandidaten sei das Signal, das

Foto: Verein »Gemeinsam für Van der Bellen« / Wolfgang Zajac

Prof. Alexander Van der Bellen

Alexander Van der Bellen wird am 18. Jänner 1944 in Wien geboren. Seine Mutter ist gebürtige Estin, der Vater gebürtiger Russe mit niederländischen Vorfahren. Nach mehrmaliger Flucht vor den Sowjets findet die Familie in Österreich eine neue Heimat, zunächst in Wien, dann in Tirol.

Das Kaunertal ist fortan jener Ort, der für Alexander Van der Bellen das Gefühl von Zuhause definiert.

Er wächst als evangelisches Immigrantenkind in den Tiroler Bergen auf. Nach der Volksschule besucht er das Akademische Gymnasium in Innsbruck, wo er 1962 maturiert. Seine Leidenschaft gilt der Literatur und insbesondere amerikanischen Kriminalromanen.

Er tritt in die Fußstapfen seines Vaters und studiert Volkswirtschaft an der Universität Innsbruck, wo er 1970 promoviert. Er arbeitet als Assistent am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Innsbruck und am Internationalen Institut für Management und Verwaltung in Berlin.

1975 wird er im Fach Finanzwissenschaften habilitiert. Er wird außerordentlicher Professor an der Universität Innsbruck, geht dann nach Wien und lehrt ab 1977 an der Verwaltungsakademie des Bundes, 1980 wird er als ordentlicher Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an die Universität Wien berufen.

Von 1990 bis 1994 ist er Dekan bzw. Stellvertretender Dekan der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien. Das Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Forschung

von der Bundespräsidentenwahl ausgegangen sei, „genau so gefährlich“ wie jenes, das von einer Wahl Hofers ausgegangen wäre.

Der Bundespräsident hat nach dem hitzigen Präsidentschaftswahlkampf die Rückkehr zur Normalität eingemahnt. Nach einem Gespräch mit dem unterlegenen FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer betonte Fischer, daß nun alles getan werden müsse, um den „demokratischen Normalzustand“ wiederherzustellen. Norbert Hofer sagte zu, dazu beitragen zu wollen.

Die Übergabe des Amtes von Heinz Fischer an Prof. Alexander Van der Bellen ist für den 8. Juli festgesetzt.

<http://www.hofburg.at>

Quellen: ORF, SORA, B.M.I, Parlamentskorrespondenz, APA/PrK, Bundeskanzleramt, ÖVP, FPÖ, NEOS

wird ihn ein Leben lang begleiten.

John F. Kennedy, Bruno Kreisky, Nelson Mandela – im historischen Fahrtwind großer Namen und ihrer Ideen entwickelt Alexander Van der Bellen sein politisches Weltbild.

Mitte der 1970er-Jahre tritt er der SPÖ bei, die er später wieder verläßt. Über seine zentralen Herzensthemen – ökologische Fragen und Menschenrechte – findet er den Weg zu den Grünen.

„Schwarzer Rollkragenpulli, typischerweise unrasiert, selbstsicher, aber ohne jede Arroganz“ – so beschreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ Alexander Van der Bellen im Jahr 1997, in dem er zum Bundessprecher der Grünen gewählt wird.

An der Universität und in der Politik, als ein Mensch, der Bildung als Lebensprinzip erachtet, hat Prof. Van der Bellen sein Leben immer wieder in den Dienst der Weiterentwicklung der Gesellschaft gestellt.

Am 8. Jänner 2016 gab Prof. Alexander Van der Bellen offiziell seine Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl bekannt. Nach dem knappen Wahlfinale ist nach Auszählung der Wahlkarten am 23. Mai klar: Alexander Van der Bellen ist der nächste gewählte Bundespräsident der Republik Österreich.



Ergebnis der SORA/ISA Wahltagsbefragung

Das SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger lieferte im Auftrag des ORF Hochrechnungen und aktuelle Analysen zur Wahl. Die gemeinsam mit dem Institut für Strategeanalysen ISA durchgeführte Wahltagsbefragung basiert auf telefonischen Interviews mit 1222 Wahlberechtigten vom Donnerstag vor der Wahl bis zum Wahltag. Sie lieferte empirisch abgesicherte Antworten über Wahlmotive sowie das Wahlverhalten ausgewählter Bevölkerungsgruppen.

Unzufriedenheit mit Politik aber keine dramatische Zukunftsangst

Eine enorme Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sowie Enttäuschung und Ärger über die Politik haben den ersten Durchgang dieser Bundespräsidentenwahl geprägt.

Demgegenüber ist die Zukunftssicht der ÖsterreicherInnen deutlich weniger pessimistisch:

- Zwar erwartet nur rund ein Fünftel (21 %) für die kommenden Jahre eine Verbesserung der Lebensqualität im Land,
- aber auch eine Verschlechterung wird nur von wenig mehr Befragten (27 %) erwartet.
- Die Mehrheit sieht hingegen weder Verbesserung noch Verschlechterung der Lebensqualität.

Dies gilt noch ausgeprägter für die persönliche Lebensqualität: Hier erwarten 59 % keine Veränderung, 24 % eine Verbesserung und nur 12 % eine Verschlechterung in den kommenden fünf Jahren.

Stichwahl auch als Richtungswahl

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sehen in der Stichwahl auch eine Richtungswahl für das Land; 37 % hingegen sagen, daß es in erster Linie um die Person des Bundespräsidenten geht.

Wahlmotive für Norbert Hofer

Rund 2,2 Mio. Wahlberechtigte haben bei dieser Stichwahl Norbert Hofer ihre Stimme gegeben, aus unterschiedlichen Motiven:

Überdurchschnittlich für Hofer gestimmt haben WählerInnen, die eine Verschlechterung der Lebensqualität in Österreich bzw. für sich persönlich befürchten: Hofer erhielt in diesen Gruppen 67 % bzw. 70 %.

Stark konnte Hofer auch als Person überzeugen: 68 % sagten, es war für ihre Wahlentscheidung ein sehr wichtiges Motiv, daß Hofer „die Sorgen von Menschen wie mir“

verstehe; für 67 % gab es mit dem Ausschlag, daß Hofer „sympathisch“ sei.

Rund ein Drittel (31 %) der Hofer-WählerInnen sagt, daß es ihnen weniger um die Unterstützung Hofers als um die Verhinderung des Gegenkandidaten ging.

Wahlmotive für Van der Bellen

Deutlich stärker ist dieses Verhinderungsmotiv unter den WählerInnen von Alexander Van der Bellen: Knapp die Hälfte (48 %) sagte, daß es ihnen bei dieser Stichwahl vor allem darum ging, Norbert Hofer als Präsidenten zu verhindern. 61 % der Van der Bellen-WählerInnen sahen in dieser Frage auch eine Richtungsentscheidung für Österreich.

Überdurchschnittlich wurde Van der Bellen von Personen gewählt, die eine Verbes-

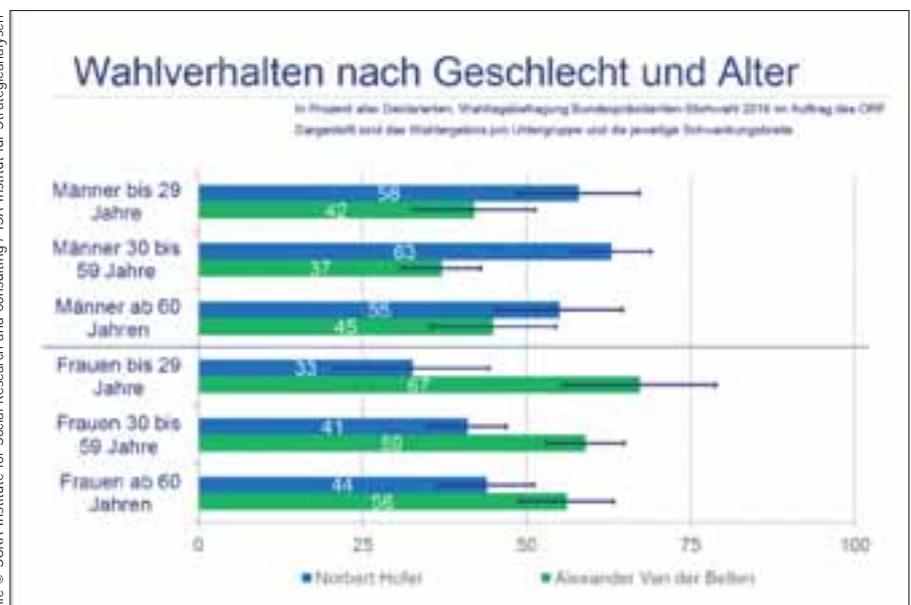
serung oder ein Gleichbleiben der Lebensqualität in Österreich bzw. für sich persönlich erwarten.

Konkrete Wahlmotive waren insbesondere die Überzeugung, Van der Bellen könne „Österreich im Ausland am besten vertreten“ (66 % sehr wichtig für die Wahlentscheidung) sowie die Ansicht, er habe „das richtige Amtsverständnis“ (62 %).

Regierungsumbildung brachte Verbesserung der Stimmung

Der erste Wahlgang war von starker Kritik an der Bundesregierung geprägt gewesen.

Die jüngste Regierungsumbildung wird hingegen von 50 % der Befragten positiv gesehen. Eine deutliche Aufbruchsstimmung brachte sie unter WählerInnen von Van der



Alle © SORA Institute for Social Research and Consulting / ISA Institut für Strategeanalysen

Innenpolitik

Bellen: Rund drei Viertel sehen diese als positiv für die Arbeit der Bundesregierung.

Unter Hofer-WählerInnen überwiegt hingegen die Skepsis: 48 % erwarten keine Auswirkungen der Regierungsumbildung und 6 % eher negative Folgen; rund ein Drittel (35 %) sehen einen positiven Trend.

Ambivalente Erwartungen an das Präsidentenamt

Im Hinblick auf das richtige Amtsverständnis des Präsidenten herrschen unter den Befragten gemischte Gefühle: Jeweils eine knappe Mehrheit stimmt den gegensätzlichen Aussagen zu,

- der Präsident „muß seine politischen Vorstellungen immer der Mehrheit im Parlament unterordnen“, sowie
- „Österreich braucht einen starken Präsidenten, der Regierung und Parlament sagt, was sie tun sollen“.

Dabei überzeugt Hofer-WählerInnen deutlich mehr das Bild des „starken Präsidenten“ (77 % Zustimmung), doch auch unter WählerInnen von Van der Bellen stimmen diesem 43 % zu. Eine Unterordnung unter die Parlamentsmehrheit wünscht hingegen eine klare Mehrheit von 71 % der Van der Bellen-WählerInnen; unter Hofer-WählerInnen stimmten 45 % dieser Aussage zu.

Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen

Die Wählerschaft sowohl Norbert Hofers als auch Alexander Van der Bellens umfaßt je über 2 Mio. Wahlberechtigte und daher Personen aus allen Bevölkerungsgruppen.

Von diesen haben 19 % (Hofer) bzw. 36 % (VdB) überhaupt erstmals für einen Kandidaten der FPÖ bzw. der Grünen gestimmt.

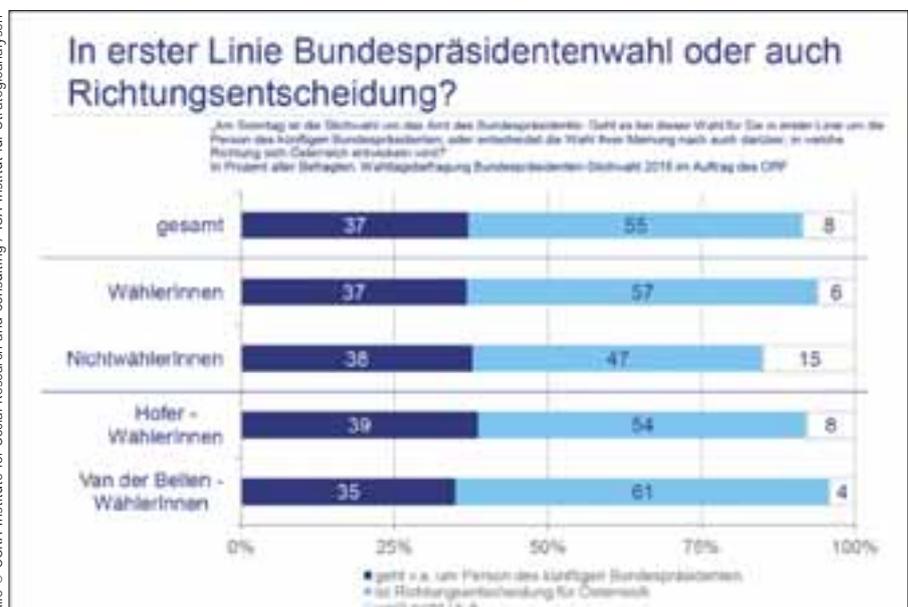
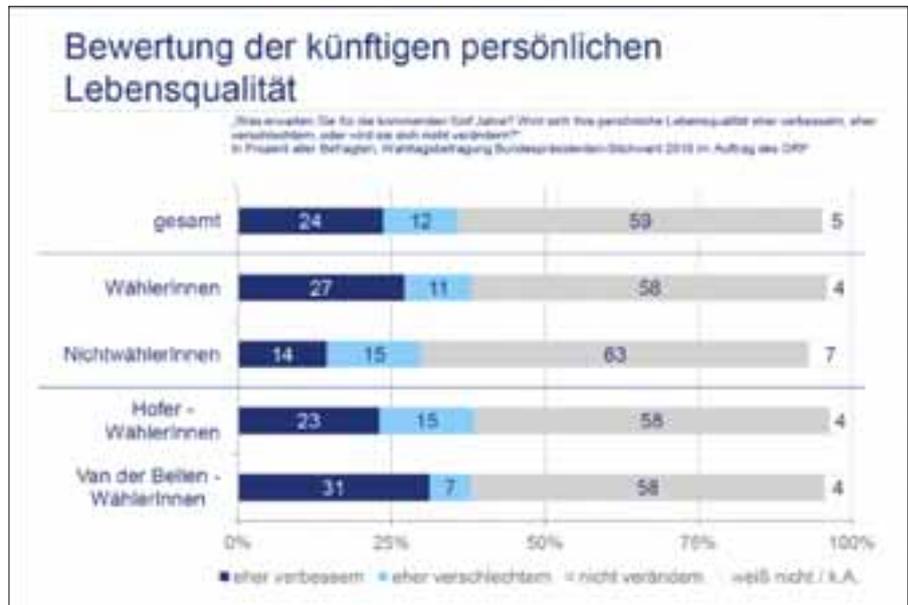
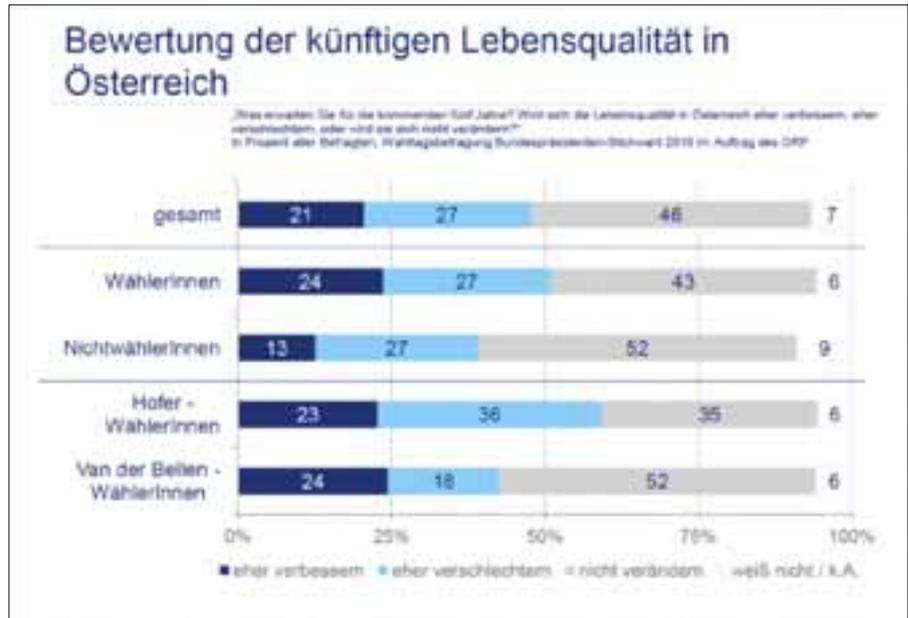
Starker Gender Gap

Wie schon im ersten Wahlgang zeigt sich auch bei der Stichwahl ein starker Gender Gap: Männer stimmten vor allem für Norbert Hofer, er erreichte in dieser Gruppe 60 %. Frauen wählten hingegen öfter Alexander Van der Bellen, er erreichte unter ihnen 60 %.

Altersunterschiede: Van der Bellen mobilisiert junge Frauen

Alexander Van der Bellen konnte besonders junge WählerInnen ansprechen und erreichte in der Altersgruppe der Bis-29-jährigen 54 %, wobei mit 67 % vor allem junge Frauen für ihn stimmten, während bei jungen Männern Norbert Hofer mit 58 % vorne liegt.

Sein bestes Ergebnis erreichte Norbert



Alle © SORA Institute for Social Research and Consulting / ISA Institut für Strategiemodelle

Innenpolitik

Hofer mit 63 % unter Männern im Alter von 30-59 Jahren.

Wahlverhalten nach formaler Bildung

Die Unterscheidung nach formaler Bildung ergibt folgende Unterschiede bei dieser Stichwahl:

- Unter Personen mit maximal Lehrabschluss liegt Hofer mit 67 % deutlich vor Van der Bellen.
- Personen mit Matura oder weiterem (akademischem) Abschluß wählten mit 76 % überdurchschnittlich Van der Bellen.
- Unter Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sowie mit mittlerem Schulabschluss (BMS, Fachschulen) gibt es geringere Unterschiede zwischen beiden Kandidaten.

Wahlverhalten nach Erwerbsgruppen

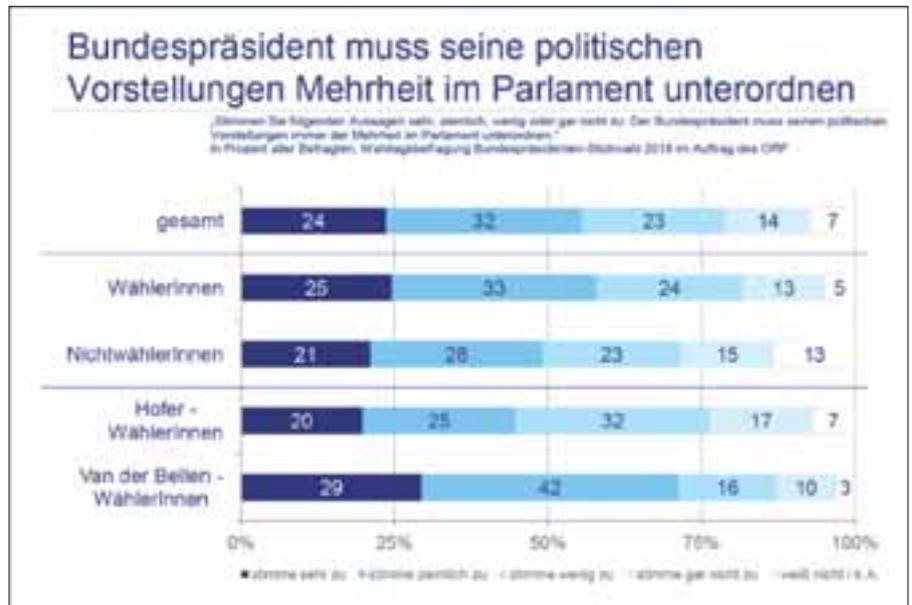
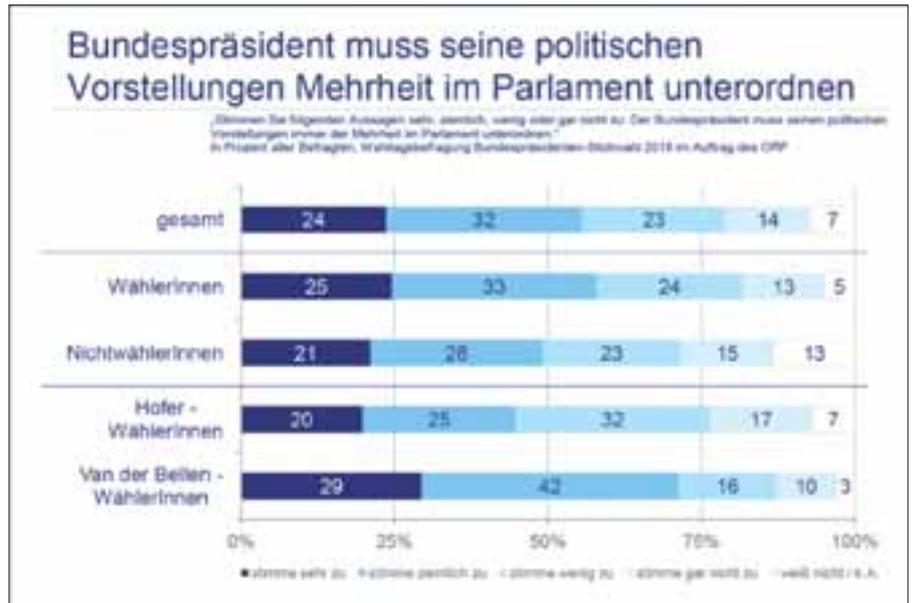
Ob WählerInnen selbständig oder unselbständig beschäftigt sind oder bereits in Pension, machte bei dieser Stichwahl nur einen geringen Unterschied bezüglich des Wahlverhaltens. Innerhalb der großen Gruppe der ArbeitnehmerInnen zeigt sich:

- Hofer hat mit 71 % einen starken Vorsprung unter ArbeitnehmerInnen, die eine Verschlechterung der Lebensqualität in Österreich befürchten.
- Auch männliche Arbeitnehmer wählten mit 63 % überdurchschnittlich Hofer, Arbeitnehmerinnen hingegen überdurchschnittlich Van der Bellen (59 %)
- Kaum erreichen konnte Van der Bellen ArbeiterInnen, er erreichte in dieser Gruppe nur 14 % (Hofer 86 %)
- Unter ArbeitnehmerInnen ohne Matura erzielte Hofer 70 %, unter jenen mit Matura oder höherer formaler Bildung erreichte Van der Bellen 81 %.

Wählerströme für die Stichwahl

Die größten Trends:

- Beide Kandidaten können ihre WählerInnen vom ersten Wahlgang nahezu vollzählig mobilisieren; auch FPÖ bzw. Grün-WählerInnen der Nationalratswahl 2013 stimmten größtenteils für Hofer bzw. Van der Bellen, mit nur wenigen Verlusten an die Nichtwahl.
- Rund zwei Drittel der Griss- sowie Hundstorfer-WählerInnen vom ersten Wahlgang stimmten für Van der Bellen.
- Für Norbert Hofer entschieden sich hingegen die meisten Lugner-WählerInnen sowie 42 % der Khol-WählerInnen des ersten Wahlgangs. 47 % der Khol-WählerInnen stimmten für Van der Bellen.



Alle © SORA Institute for Social Research and Consulting / ISA Institut für Strategieanalysen

Innenpolitik

- 208.000 NichtwählerInnen des ersten Wahlgangs wählten diesmal Van der Bellen, 129.000 Norbert Hofer. Auf der anderen Seite mobilisierte Hofer 175.000 NichtwählerInnen der Nationalratswahl, Van der Bellen 81.000.

Wählerströme im Detail

Teil 1 – vom ersten Wahlgang

- Sowohl Hofer als auch Van der Bellen konnten nahezu alle ihre WählerInnen vom ersten Wahlgang erneut mobilisieren; Verluste an die Nichtwahl gab es kaum.
- Hingegen konnte Alexander Van der Bellen 208.000 NichtwählerInnen des ersten Wahlgangs für sich gewinnen, Norbert Hofer 129.000.
- Von den Griss-WählerInnen entschied sich eine deutliche Mehrheit (515.000 oder 64 %) für Van der Bellen; rund ein Viertel (26 %) stimmte für Norbert Hofer, 10 % blieben der Wahl fern oder wählten ungültig.
- Etwas mehr als zwei Drittel (69 %) der Hundstorfer-WählerInnen (334.000 Stimmen) entschieden sich für Van der Bellen, 22 % hingegen für Hofer.
- Die WählerInnen von Andreas Khol verteilten sich in etwa gleich auf die beiden Kandidaten; nur jede/r zehnte (50.000 Stimmen) blieb der Wahl fern oder wählte ungültig.
- WählerInnen von Richard Lugner entschieden sich zu 76 % für Norbert Hofer (73.000 Stimmen).

Teil 2 – von der Nationalratswahl 2013

- Der in absoluten Zahlen größte Wählerstrom (857.000 Stimmen) geht von FPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl 2013 zu Norbert Hofer.
- Auch Alexander Van der Bellen konnte nahezu alle Grün-WählerInnen von 2013 mobilisieren (551.000 Stimmen).
- 753.000 SPÖ-WählerInnen der Nationalratswahl 2013 haben für Alexander Van der Bellen gestimmt, 347.000 haben sich für Norbert Hofer entschieden.
- Die ÖVP-Stimmen von 2013 verteilen sich annähernd gleich auf die beiden Stichwahl-Kandidaten. 15 % der ÖVP-Wähler von 2013 blieben der Stichwahl fern (174.000 Stimmen).
- Stronach-WählerInnen stimmten hauptsächlich für Norbert Hofer;
- NEOS-WählerInnen hingegen für Van der Bellen.

<http://www.sora.at>



Alle © SORA Institute for Social Research and Consulting / ISA Institut für Strategiemanalysen

Der neue Bundeskanzler

Nach dem überraschenden Rücktritt von Werner Faymann wurde Christian Kern am 16. Mai von Bundespräsident Heinz Fischer zum neuen Bundeskanzler der Republik Österreich angelobt.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 8. Mai gab Bundeskanzler Werner Faymann in einer Pressekonferenz bekannt, daß er alle seine Ämter zurücklegt.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 17. Mai wurde Christian Kern (l.) von Bundespräsident Heinz Fischer in der Präsidentschaftskanzlei angelobt.

Am 9. Mai gab Bundeskanzler und SPÖ-Bundesparteivorsitzender Werner Faymann in einer eilig einberufenen Pressekonferenz im Bundeskanzleramt bekannt, daß er mit sofortiger Wirkung beide seiner Funktionen zurücklegen werde. Dies kam für alle – auch für die unmittelbar Beteiligten – überraschend. Es hatte zwar bereits vielfache Rücktrittsforderungen gegeben, die in erster Linie auf Faymanns Kurs in der Flüchtlingspolitik zurückzuführen waren. Er hatte sich vorerst der „Willkommenspolitik“ der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel angeschlossen, die von – sagen wir einmal – der „einen Hälfte“ der Bevölkerung positiv angenommen wurde. Die „andere Hälfte“ hingegen fand dies weniger gut, es reichte bis zur totalen Ablehnung. Diese Trennlinie fand sich auch innerhalb der SPÖ – und nicht nur in der breiten Masse, sondern auch auf Ebene des Bundesparteivorstands.

„Wir beraten in der Regierung, wie wir die Flüchtlingszahlen reduzieren können“, erklärte Faymann Mitte Jänner diesen Jahres. „Dies muß aber menschlich korrekt, rechtsstaatlich in Ordnung und politisch machbar sein.“ Innen-, Außen- und Verteidigungsministerium sowie der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes würden gemeinsam die rechtlichen Spielräume für eine bessere Kontrolle an den österreichischen Grenzen ausloten und man werde prüfen, wie Wirtschaftsflüchtlinge abgehalten und wie diejenigen,

die kein Asyl bekommen, schneller rückgeführt werden können. Zu diesem Zeitpunkt war bereits die bis heute umstrittene „Obergrenze“ angedacht, zu der Faymann sagte, wir würden in einem Rechtsstaat leben, „wo Behörden und Richter über Asylanträge entscheiden. Es gibt keine Obergrenze des Asylrechts“. Für eine Reduktion des Flüchtlingszustroms müsse man sich aber weiterhin und verstärkt für einen gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen einsetzen. „Wir müssen ein gemeinsames europäisches Asylrecht schaffen, Aufnahmezentren an den Außengrenzen, wenn möglich auch schon in der Türkei, einrichten“, so Faymann weiter. Dazu würden weiterhin intensive Gespräche geführt werden. Österreich dürfe hier auf europäischer Ebene nicht nachlassen, um zu einer gemeinsamen Aufgabenbewältigung zu kommen, müsse die Anstrengungen noch forcieren, „ebenso wenig dürfen wir die Lösung des Problems in den Krisenregionen aus den Augen verlieren“.

Auch seitens des Regierungspartners ÖVP unter Vizekanzler Reinhold Mitterlehner wurde eine restriktivere Vorgehensweise gefordert. Im Jänner 2016 waren es nahezu 50.000 (!) Flüchtlinge, die durch Österreich nach Deutschland zogen, rund 7000 davon haben in Österreich einen Asylantrag gestellt. wieviele andere nicht weitergereist oder illegal eingereist sind, läßt sich nicht sagen. Daraufhin entschloß sich Faymann zu einer Än-

derung seiner Haltung zu diesem Thema und beschloß gemeinsam mit dem Koalitionspartner ÖVP eine jährliche Obergrenze von 37.500 Flüchtlingsaufnahmen einzuführen – was wieder „eine Hälfte“ der Bevölkerung – und damit auch der SPÖ – zufriedenstellte, die „andere Hälfte“ aber massiv verärgerte.

Und dann kam es am 24. April mit dem schlechten Abschneiden des SPÖ-Bundespräsidentenskandidaten Rudolf Hundstorfer zu dem bisherigen Tiefpunkt: der hatte, übrigens wie auch sein Widerpart in der ÖVP, Prof. Andreas Khol, mit nur etwas mehr als 11 Prozent der Stimmen den Einzug in die Stichwahl weit verpaßt. Die SPÖ zeigte sich gespalten, ein Teil der FunktionärInnen sprach sich danach für den Verbleib Faymanns, der andere Teil für dessen Ablösung aus.

1. Mai

Am 1. Mai, dem Tag der traditionellen SPÖ-Kundgebung der vor dem Wiener Rathaus, sah sich dann Faymann mit dermaßen lautstarken Protesten konfrontiert, daß Wiens Bürgermeister und SPÖ-Chef Michael Häupl versuchen mußte, dem Kanzler trotz Mikrofonanlage Gehör zu verschaffen – Pfeifkonzert und Buh-Rufe konnte er aber nicht verhindern. Erst als Häupl und seine Stellvertreterin, Renate Brauner, dann das Wort ergriffen, war wieder Ruhe eingekehrt, nicht aber in die Debatte um den Verbleib Faymanns an



Foto: BKA / Valerie Alwasiah

Mitterlehner dankte Faymann am 10. Mai beim Pressefoyer nach dem Ministerrat im Namen der gesamten Bundesregierung.

Regierungs- und Parteispitze. Es war die Rede von einem Sonderparteitag, anlässlich dessen darüber abgestimmt werden sollte – eine Abwahl Faymanns schien unausweichlich.

8. Mai

Wenige Tage später, am Vormittag des 8. Mai, hatte es noch geheißsen, die Wogen würden geglättet, Faymann würde doch unterstützt werden, auch wenn manche Landesvorsitzende offen Nachfolgekandidaten in Position brachten. Doch kam es ganz anders: Faymann rief eine Pressekonferenz ein und erklärte, er brauche in dieser schwierigen Situation starken Rückhalt seiner Partei. Und der sei ihm offensichtlich verloren gegangen, weshalb er alle seine Funktionen mit sofortiger Wirkung zurücklege.

„Wenn man die Ehre hat, siebeneinhalb Jahre Bundeskanzler der Republik Österreich sein zu dürfen, dann sagt man Dankeschön. Und das sage ich aus tiefer innerster Überzeugung“, so Faymann zu seinem Rücktritt. „Wenn ich über diese Zeit nachdenke, so darf ich sagen, daß ich stolz auf dieses Land bin, das die Spekulations- und Wirtschaftskrise ohne Sparpakete und soziale Härte bewältigt hat. Wir haben ein strukturelles Nulldefizit erreicht und trotzdem in Bildung und Forschung investiert. Ich bin in Europa immer wieder darauf angesprochen worden“, sagte Faymann.

Österreich stehe weiterhin vor großen Herausforderungen. „Wir müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, den sozialen Zusammen-

halt gewährleisten und in der Flüchtlingskrise für Ordnung und Menschlichkeit sorgen. Dafür braucht man einen starken Rückhalt“, erklärte Faymann. „Die Frage war daher: Habe ich dafür die volle Rückendeckung, einen starken Rückhalt in der Partei? Das muß ich mit Nein beantworten. Die Mehrheit ist zu wenig, trotzdem bedanke ich mich bei allen Mitstreitern, die in diesen Tagen zu mir gestanden sind.“

„Ich ziehe aus diesem geringen Rückhalt die Konsequenzen und lege meine Funktionen als Bundesparteiobmann und Bundeskanzler zurück“, erklärte Faymann.

„Ich habe zweimal das Vertrauen bei Nationalratswahlen bekommen, dafür danke ich. Die Herzenswärme, die unser Land auszeichnet, hat mich immer stark gemacht, auch in meinem Auftreten auf europäischer Ebene. Ich bin daher felsenfest davon überzeugt, daß dieses Land mit den Herausforderungen der Zukunft fertig werden wird“, schloß Faymann.

9. Mai

Tags darauf, am 9. Mai, hat er Bundespräsident Heinz Fischer um Enthebung vom Amt als Bundeskanzler mit sofortiger Wirkung gebeten, Fischer hat diesem Wunsch entsprochen. In seiner Unterredung bedankte sich der Bundespräsident sehr herzlich für dessen über siebenjährige Tätigkeit als Bundeskanzler der Republik Österreich, für seinen enormen Arbeitseinsatz und für die gute Zusammenarbeit. Am späten Nachmittag hat Fischer stattdessen Vizekanzler ÖVP-

Chef Reinhold Mitterlehner interimistisch mit den Aufgaben des Regierungschefs betraut.

10. Mai

Mitterlehner dankte Faymann am 10. Mai beim Pressefoyer nach dem Ministerrat im Namen der gesamten Bundesregierung „für die gute Zusammenarbeit in der Regierung und die faire Sitzungsführung im Ministerrat.“

Als „Überraschung, die keine ist“, bezeichnete FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache Faymanns Rücktritt, der das grundsätzliche Problem der SPÖ nicht löse, und das sei „ihre völlig falsche, an den Menschen vorbezielende und nicht an Österreich orientierte Politik.“ Es sei im Grunde auch relativ gleichgültig, wer Faymann in seinen Funktionen nachfolge, meinte Strache, denn, eine „Neudekoration der Auslage ändere nichts am mangelhaften Sortiment“.

Eva Glawischnig, Grüne Bundessprecherin und Klubobfrau, sagte, in den vergangenen Jahren seien wichtige Reformen für die Zukunft leider liegengeblieben. Durch gegenseitiges Blockieren habe die Bevölkerung immer mehr an Vertrauen in die Lösungskompetenz der Regierung verloren. Jetzt brauche es dringend mehr Mut, um die offensichtlichen Probleme anzugehen.

Team Stronach Klubobmann Robert Lugar erklärte, er sehe die Gefahr einer Neuwahl nicht, denn die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP hätten viel zu verlieren. „Die Regierung wurde vom Volk zum Arbeiten gewählt!“ Vom neuen Kanzler würde man erwarten, „daß in der Flüchtlingsfrage die Notbremse gezogen wird!“

„Der Rücktritt von Kanzler Werner Faymann ist eine Chance“, so NEOS-Vorsitzender Matthias Strolz, „Österreich zu verändern und das Machtkartell von SPÖVP zu beenden. Wenn der SPÖ-Chef einsieht, daß man ohne Rückhalt in den eigenen Reihen keine Kraft entwickeln kann, sollte sich die ganze Regierung ein Beispiel daran nehmen“

Die Probleme bleiben – vorerst

Ein in der SPÖ weiter schwelendes Problem ist deren Umgang mit der erstarkenden FPÖ. In einem Bundesparteitagsbeschuß wurde fixiert, daß es keinerlei Regierungszusammenarbeit mit ihr geben werde – was allerdings Burgenlands Landeshauptmann und Mitglied des SPÖ-Bundesvorstands Hans Niessl nicht daran hinderte, mit der burgen-

Innenpolitik

ländischen FPÖ eine Koalition zu bilden. Kritik, die daraufhin massiv an Niessl geübt wurde, wies dieser mit dem Hinweis auf das Ergebnis einer Befragung von 30.000 SPÖ-Mitglieder im Burgenland zurück, von denen sich 16.000 zu 88 Prozent Zustimmung für Verhandlungen mit der FPÖ ausgesprochen hätten. Im SPÖ-Landesparteivorstand sei ausserdem einstimmig beschlossen worden, nach der Wahl mit allen Parteien zu verhandeln.

Dieses und weitere andere politische Probleme – die durch den Rücktritt Faymanns nicht gelöst sind – wird nun ein Nachfolger in Angriff nehmen müssen, der auch innerhalb nur weniger Tage gefunden war. Im Gespräch waren der ÖBB-Vorstandsvorsitzende Christian Kern und der ehemalige ORF-Generaldirektor und heutige Präsident von Turner Broadcasting System International, Gerhard Zeiler.

Am 13. Mai

Der geschäftsführende SPÖ-Vorsitzende, Bürgermeister Michael Häupl hat dann am 13. Mai bekanntgegeben, daß Christian Kern bereits am 17. Mai als neuer SPÖ-Parteivorsitzender und Bundeskanzler den SPÖ-Gremien vorgeschlagen werden wird. Häupl ging von einer „sehr klaren Entscheidung“ aus, denn die Partei würde einhellig hinter dem künftigen Bundesparteivorsitzenden stehen. Kern wird damit am außerordentlichen SPÖ-Parteitag am 25. Juni als Parteivorsitzender kandidieren. Bis dahin bleibt Häupl geschäftsführender SPÖ-Chef, der hervorhob, daß der neue Bundeskanzler – wie es üblich sei – das Pouvoir bekommen werde, sich sein Team selbst auszusuchen. „Uns ist es sehr wichtig, daß wir die Fragen der Wirtschaftsentwicklung und des Arbeitsmarktes und alles, was mit der Sozialfrage zusammenhängt, in Zukunft noch sehr viel deutlicher in den Vordergrund stellen“, betonte Häupl.

17. Mai

Am Nachmittag des 17. Mai wurde Christian Kern von Bundespräsident Heinz Fischer als Bundeskanzler angelobt. Mit den Worten „Ich gelobe“ bestätigte Kern die Gelöbnisformel. Damit ist der frühere ÖBB-Chef zwölfter Bundeskanzler der Zweiten Republik und der siebente von der SPÖ gestellt.

Der Bundespräsident nannte die Aufgabe des neuen Bundeskanzlers eine „große und schöne, aber auch schwierige und verantwortungsvolle“. Das Staatsoberhaupt ver-



Foto: SPÖ / Patrick Köck

Wiens Bürgermeister und stv. SPÖ-Parteivorsitzender Michael Häupl (l.) und Christian Kern bei SPÖ-Vorstandssitzung am 17. Mai

wies auch darauf, daß die Verfassung eine „gewollte Ausgewogenheit“ zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Regierungschef vorsehe. Der Bundespräsident sei nicht der Vorgesetzte der Bundeskanzlers und umgekehrt. Begleitet wurde der neue Bundeskanzler auch von seiner Ehefrau Eveline Steinberger-Kern.

Am Abend desselben Tages waren auch noch die designierten neuen Minister Sonja Hammerschmid (Bildung), Thomas Drozda (Kanzleramt, Kultur) und Jörg Leichtfried (Infrastruktur) sowie die künftige Staatssekretärin Muna Duzdar zu einem Vorstellungsgespräch beim Bundespräsidenten geladen. Angelobt wurden sie tags darauf.

Der neue Bundeskanzler will neues Politikverständnis und »New Deal«

Am 19. Mai hat dann der neue Bundeskanzler Christian Kern im Nationalrat unter Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer seine Regierungserklärung abgegeben, die wir hier im Wortlaut zur Lektüre anbieten:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Frau Präsidentin des Nationalrates, sehr geehrte Vertreter des Hohen Hauses!

Ich möchte die Gelegenheit nützen und Ihnen in den nächsten Minuten erklären, was mein Politikverständnis ist und wohin ich glaube, daß wir unser Land gemeinsam führen müssen. Ich habe in den vergangenen Tagen mit Menschen eine Reihe von Gesprächen geführt, die bereits im politischen

System engagiert sind, aber auch mit einer Vielzahl von Bürgern gesprochen. Was ich in diesen Gesprächen mitbekommen habe, ist ein Gefühl, das Sie wahrscheinlich auch kennen und das für Sie kein unbekanntes ist. Es ist der Eindruck eines Stillstandes. Es ist ein Bedürfnis, daß durch unser Land wieder ein Ruck geht, um die Dinge grundlegend zu verändern. Ich habe in den letzten Tagen viel Zuspruch bekommen und es ist mir nicht entgangen, welche Art von Erwartungshaltung hier entstanden ist. Meine Frau hat mir heute in der Früh beim Frühstück gezeigt, daß allein die Übertragung der Pressekonferenz vom Dienstag auf Facebook fast eine Million Menschen geliked und geteilt haben. Ich kann Ihnen sagen, daß es mich sehr freut hat, aber auch sehr nachdenklich macht. Denn ich habe den Eindruck gewonnen, daß das nicht nur meine Familienmitglieder und die Freunde von der ÖBB waren. Daraus entsteht eine Verpflichtung, das ist völlig logisch.

Ich möchte mit der Erwartungshaltung auch deshalb beginnen, weil es mir bewußt ist, daß wir in einem Land leben, das durch eine Vielzahl von Institutionen geprägt ist, das durch Lobbys geprägt ist, das durch Interessenslagen geprägt ist, das auch durch einen deutlichen Föderalismus geprägt ist. Mir ist natürlich klar, daß es hier darum geht, unter schwierigen Umständen und auf Basis einer schwierigen Herausforderung einen Stein an die Spitze zu rollen und daß uns das alles nicht sehr leicht fallen wird. Es ist auch logisch, daß uns nicht alles gelingen wird,

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



Erklärungen von Bundeskanzler Christian Kern (stehend) und Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (links von ihm sitzend) im Nationalrat mit allen Regierungsgliedern – in der Bildmitte oben Nationalratspräsidentin Doris Bures

daß es Enttäuschungen geben wird, daß es vielleicht auch da oder dort Frust geben wird. Aber was ich Ihnen versprechen kann ist, daß wir mit jeder Faser unseres Willens, daß wir mit unserer gesamten Leidenschaft und mit jeder Minute unseres Denkens versuchen werden, die Dinge in die richtige Richtung zu bewegen. Und wenn wir scheitern, dann werden das die richtigen Motive sein, aus denen wir scheitern. So viel kann ich Ihnen versprechen.

Das zweite, was ich erfahren habe, ist eine bemerkenswerte Entwicklung, mit der Sie als Politiker – ich bin, wenn man so will, eher so etwas wie ein frischgefangener Politiker – natürlich schon länger konfrontiert sind: eine unglaubliche Kurzatmigkeit, ein Gewitter an Terminen, an Verpflichtungen, an Interviewanfragen, an Gesprächsnotwendigkeiten. Die Konsequenz dieses Rhythmus ist eine Kurzatmigkeit, die bemerkenswert ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten: Ich halte das naturgemäß für eine sehr schlechte Entwicklung und bin der Auffassung, daß man sich dieser Entwicklung so gut es geht entziehen wird müssen. Ich habe mein Berufsleben ja selbst als Journalist begonnen, wie Sie wissen. Und ich weiß, daß es da natürlich viele Gesprächsbedürfnisse auch von dieser Seite gibt. Aber ich halte es für sinnvoll, hier nicht jedem Mikrofon gegenüber eine Wortspende abzugeben, weil ich fest davon überzeugt bin, daß sich dieses Land nicht eine politische Führung leisten kann, die sich keine Zeit zum Nachdenken nimmt. Ich will hier am zweiten Tag meiner Amtsperiode auch gar nicht den Eindruck erwecken, daß wir bereits alle Probleme gelöst haben oder daß wir wissen, wie wir alle Probleme präzise lösen werden. Ich



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundeskanzler Christian Kern

denke, Sie sollten auch jenen, die Ihnen das vorspielen würden, deutlich mißtrauen. Ich glaube allerdings auch, daß wir eine deutlich akzentuierte Politik betreiben werden müssen. Politik wird vielfach in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Art Hunderennen wahrgenommen. Da geht's darum: Wer hat gewonnen, wer hat sich in den Umfragen durchgesetzt, wer hat sich einen kleinen Vorteil verschafft, wer geht mit einem Siegerlächeln vom Schlachtfeld. Aber über all diesen Fragestellungen ist zu oft der politische Inhalt verloren gegangen. Politischer Inhalt wurde durch taktischen Opportunismus er-

setzt. Und genau das ist es, glaube ich, womit wir brechen müssen. Wir brauchen eine klarere Akzentuierung, wir müssen klar machen, wofür wir stehen. Denn eines hab ich auch verstanden: Menschen brennen nicht für Kompromisse, sie brennen für Grundsätze und Haltungen.

Wir werden oft genug Kompromisse machen müssen, das ist selbstverständlich. Aber ich denke, daß wir unser Denken nicht mit dem Kompromiß beginnen sollten. Was auch unübersehbar ist – und ich habe es ja eingangs bereits erwähnt: In Österreich bietet sich uns ein Bild des Stillstands. Und wenn man sich das im Detail anschaut, dann muß man sagen: Das spiegelt ja eigentlich gar nicht die Realitäten wider. Weil allein die Arbeitstage, die Sie hier im Parlament verbracht haben, wenn man sich die Tagesordnung ansieht und die Beschlüsse, die sie gefaßt haben, all das zeigt ja, daß das in vielen Details so eigentlich gar nicht stimmt. Aber das Problem ist, daß durch diese Kombination von pragmatischen Lösungsversuchen, vielleicht auch sehr flachen pragmatischen Lösungsversuchen, da oder dort, und in einem Rhetorikgewitter, das ständig auf Sie, auf uns, einprasselt, eines verloren gegangen ist: Das ist nämlich das Verständnis dafür, wohin wir unser Land führen wollen. Was unklar geworden ist – und ich glaube, daß wir das alle spüren, daß die Zukunftsbilder verloren gegangen sind. Daß nicht mehr klar ist, was unsere Orientierung ist, daß nicht mehr klar ist, wohin wir das Land führen wollen, daß nicht mehr klar ist, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. In dieses geistige Vakuum, in diese Ritzen dieses Vakuums, in dieses Gebäude, kriecht natürlich umso leichter das Vorurteil und die billige Pointe.

Innenpolitik

Ich bin davon überzeugt, daß wir Visionen brauchen und den Mut dazu haben sollten. Nicht nur aus einem bestimmten Politikverständnis heraus, sondern weil das schlicht und einfach eine taktische Notwendigkeit ist. Im Jahr 2016 bedeutet, keine Visionen zu haben, daß derjenige, der keine Visionen hat, tatsächlich einen Arzt braucht.

Für unser Weltbild, für unsere Haltungen, wollen wir argumentieren, und da werden wir auch die Auseinandersetzung suchen. Wir wollen die Köpfe und die Herzen nicht dem billigen Populismus überlassen. Wir wollen zeigen, daß wir eine positive Alternative haben. Ab heute läuft der Countdown dieser Auseinandersetzung, ab heute läuft der Countdown um die Herzen und Menschen in unserem Land. Der gestern verstorbene große Historiker Fritz Stern hat eine große Formulierung gewählt. Er hat gesagt: Menschen haben Ängste, aber es macht keinen Sinn, sie in diesen Ängsten zu bestärken. Das genau ist ein Zugang, den ich auch vertreten möchte, weil es mir ganz persönlich darum geht, Probleme zu lösen, ganz reale Ursachen für diese Ängste zu bekämpfen, aber diesen auch ein positives Politikbild und ein positives Weltbild gegenüber zu stellen. Wir wollen die Hoffnung nähren und nicht die

Sorgen und die Ängste der Menschen. Wir wollen eine Politik des Zukunftsglaubens der Hoffnungslosigkeit gegenüberstellen. Wir wollen eine Politik der Weltoffenheit einer geistigen Verengung gegenüberstellen. Wir wollen eine Politik der Heimatverbundenheit und des Patriotismus dem Chauvinismus und der Hetze gegen Minderheiten gegenüberstellen.

Ich will in einer Gesellschaft leben, in der alle Kinder faire und möglichst gerechte Chancen haben. In der du nicht schon zum Verlierer gestempelt bist, weil du im falschen Stadtteil aufwächst, weil du einen falschen Vornamen hast, oder weil deine Eltern nicht in der Lage sind, dich ausreichend zu fördern. Ich will in einem Land leben, in dem nicht nur eine kleine Minderheit von der Wohlstandsentwicklung profitiert und alle anderen schauen müssen, wo sie bleiben, wie sie am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt zurechtkommen und wo sie sich nicht auf die Solidarität der Gesellschaft und auf ein System und Netz der sozialen Sicherheit verlassen können. Ich will in einem Land leben, in dem Politik und Zivilgesellschaft Hand in Hand gehen, in dem wir stolz sind auf Menschen, die nicht fragen, was es ihnen nützt, sondern die sich hier für die Gemeinschaft engagieren, insbesondere auch für

Menschen, die weniger privilegiert sind als wir. Ich will in einer Gesellschaft leben, die mit Respekt und Menschenwürde sowie mit Respekt vor der Menschenwürde versucht, die Frage der Flüchtlingsthematik zu lösen. Ich möchte gleichzeitig, daß wir dabei nicht vergessen, daß wir soziale Sicherheit, daß wir die öffentliche Sicherheit, aber letztendlich auch ein notwendiges Maß an Ordnung sicherzustellen haben.

Ich denke, daß genau dieses Politikfeld das ungeeignetste ist, um mit Symbolpolitik zu agieren. Hier sollten wir versuchen, alle miteinander unsere Emotionen zu zügeln, um an vernünftigen Lösungen zu arbeiten. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders beim scheidenden Bundeskanzler Werner Faymann bedanken. Er hat Österreich in den vergangenen acht Jahren in schwierigen Zeiten geführt. Ich weiß, was er dafür aufgegeben hat. Ich weiß, wie viel es ihm bedeutet hat. Die Art und Weise, wie er sein Amt niedergelegt hat, sollte uns allen Respekt abringen. Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, mich bei den scheidenden Regierungsmitgliedern für ihre Arbeit für unser Land zu bedanken.

Ein Blick in den Sitzungssaal des Nationalrats



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Innenpolitik

Ich weiß, daß es üblich ist, daß man bei einer Regierungserklärung über sehr viele Politikfelder spricht, viele Dinge streift, die erarbeitet worden sind. Üblicherweise ist es ja auch so, daß eine solche Regierungserklärung nach der Verhandlung eines Arbeitsübereinkommens stattfindet. Ich möchte das aber bei dieser Gelegenheit nicht tun, auch wenn ich weiß, wie wichtig die Themenfelder Frauenpolitik, Europapolitik und eine Reihe von anderen wären, um sie hier zu erörtern. Ich bin davon überzeugt, daß wir die Gelegenheit haben werden, das noch ausführlich in diesem Haus zu tun. Aber ich möchte auf den Kernpunkt dessen, was jetzt kurzfristig notwendig ist, kommen. Zunächst einmal haben wir uns mit der Frage des Vertrauensverlustes und mit dem Stillstand in unserem Land auseinander zu setzen. Wir sehen, daß die Arbeitslosigkeit steigt. Wir sehen, daß sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in sehr engen Grenzen hält. Wir haben auch erlebt, daß die Konsumnachfrage und die Kaufkraft der Menschen in diesem Land in den letzten Jahren gelitten haben. Wir haben eine Periode von mehr als fünf Jahren an Reallohnverlusten erlebt. Das ist ein Thema, dem wir uns widmen müssen. Wir müssen es mit aller Konsequenz tun. Der entscheidende Hebel, von dem ich mir auch einen Beitrag von Ihnen allen erwarte, ist, daß wir hier versuchen, die Stimmung im Land auch wieder zu drehen. Denn eines kann ich Ihnen, aus der Wirtschaft kommend, sagen: Die größte Wachstumsbremse ist am Ende des Tages die schlechte Laune. Das damit verbundene Problem ist klar: Kein Wirtschaftswachstum bedeutet noch mehr Beschäftigungslosigkeit und noch höhere Schulden. Das können wir uns einfach nicht leisten.

Deshalb ist mein Vorschlag, insbesondere an unsere Partner in der Regierung, daß wir hier gemeinsam ein Projekt entwickeln, das man vielleicht mit den Worten „New Deal“ beschreiben könnte. Wenn Sie in der Historie zurückschauen, dann wissen Sie ja, daß dieser „New Deal“ mehrere Elemente hatte. Aber ein ganz entscheidendes ist gewesen, daß es darum geht, kurzfristig die Investitionsbereitschaft der privaten Investoren, Unternehmer und Unternehmerinnen zu stärken. Es ist vor diesem Hintergrund für uns ganz wesentlich, daß wir nicht nur die Bereitschaft formulieren, die Wirtschaft zu stimulieren, sondern daß wir auch von den Unternehmen erwarten, daß sie ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Weil Jobs,



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.r.: Bundeskanzler Christian Kern, Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (fast verdeckt), Finanzminister Hansjörg Schelling, Innenminister Wolfgang Sobotka, Außenminister Sebastian Kurz, Staatssekretär Harald Mahrer und die neue Unterrichtsministerin Sonja Hammerschmid

Jobs, Jobs ist natürlich eine wichtige Formel. Aber für uns ist mindestens ebenso wichtig, daß daraus Jobs resultieren, von denen die Menschen in unserem Land auch tatsächlich leben können. Eingebettet in die Situation, in der wir heute in Europa leben, dürfen wir uns aber auch nicht darauf verlassen, daß wir alle Probleme im Alleingang lösen. Es wird eine der wichtigsten Stoßrichtungen unsere Bemühungen sein, auch wieder die Spielräume für öffentliche Investitionen zurückzugewinnen. Wir wissen, daß das natürlich nur im europäischen Raum geht. Wir brauchen diese öffentlichen Investitionen. Wir brauchen diese Spielräume, um Investitionen, die in Wachstum und in die Umwelktaktivitäten, in den Umweltschutz gehen. Wir werden uns dafür verwenden, um diese Diskussionen mit aller Konsequenz auf die europäische Ebene zu tragen. Aber wir brauchen nicht nur einen kurzfristigen Plan, bei dem die Wirtschaft im Mittelpunkt steht. Wenn ich von Wirtschaft rede, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß hier nicht nur die Unternehmen gemeint sind, sondern mindestens im selben Ausmaß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ja jeden Tag die Leistungen erbringen. Dann müssen wir uns auch vor Augen führen, daß wir nicht nur kurzfristig denken dürfen, sondern einen Gestaltungsanspruch gegenüber unserer Gesellschaft und gegenüber dem Wirtschaftssystem, auch in einer mittelfristigen Perspektive, wahrnehmen müssen. Ich will

einen Plan für Österreich 2025 entwickeln, der auf der Idee beruht, aktiv Wirtschaft zu gestalten. Ich will einen Rahmen schaffen, in dem sich die Wirtschaft in unserem Land entwickeln kann.

Dabei halte ich zwei Dinge für ganz entscheidend: Der erste Punkt ist, daß es uns besser gelingt, auf Basis von klar definierten Zukunftsbildern öffentliche und private Investitionen miteinander zu vernetzen. Das ist ganz entscheidend. Wir brauchen den Markt so weit wie möglich und wir brauchen den Staat so weit wie nötig. Wir wissen, daß die Idee vom freien Unternehmertum, das auf Genialität basierende Produkte entwickelt, die quasi wie von Zauberhand entstehen, eine völlige Illusion ist. Wir haben das anhand des Paradebeispiels des Apple iPhones erlebt. Sie kennen vielleicht die Geschichte. Steve Jobs war ein genialer Unternehmer, ein großartiger Kopf, der am Ende verstanden hat, wie sich die Punkte zu verbinden haben. Aber er hat letztendlich alles, was diesem Telefon zu verdanken ist, dem Umstand zu verdanken, daß es von staatlichen Stellen, von der öffentlichen Hand, gefördert und mitentwickelt worden ist. Egal, ob das das Display war, egal, ob das das Spracherkennungssystem ist oder das GPS-System. Das sind Anwendungen, die aus der Grundlagenforschung entstanden sind, die von der öffentlichen Hand finanziert wurden, die öffentliche Institutionen

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



v.l.: Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Bundeskanzler Christian Kern, Sozialminister Alois Stöger und Landwirtschaftsminister Anrdä Rupprechter

vorangetrieben haben und die schließlich wesentlich vom Steuerzahler mitfinanziert wurden. Am Ende geht es darum, solche Modelle zu entwickeln und klar zu sagen, in welche Richtung wir wollen. Wohin wollen wir unsere Energie richten? Wie wollen wir die Wirtschaft in unserem Land verändern?

Vor kurzem hatte ich in Kalifornien die Gelegenheit, mich im Silicon Valley mit einer Reihe von Unternehmen zu unterhalten. Es gibt in Europa Erfolgsbeispiele, die man dem entgegenhalten kann und wir brauchen uns hier nicht fürchten. Wir brauchen keine Angst zu haben. Wir haben das Potential, ähnliche Erfolgsgeschichten zu schreiben. Bei dieser Reise in das Silicon Valley ist in diesen zehn Tagen, die wir dort mit unseren Partnern verbracht haben, ein einziges Mal der Name eines europäischen Unternehmens genannt worden. Das war die Firma Herrenknecht. Dazu muß man wissen: Das ist ein deutsches Unternehmen, das mit österreichischen Zulieferern und österreichischen Kunden Tunnelbaumaschinen produziert. Diese Geschichte sollte uns zuversichtlich stimmen, denn dahinter steckt ja ganz etwas anderes: Nämlich, daß wir in Europa, daß wir in Österreich in bestimmten Sektoren unglaubliche Stärken haben. Diese Stärken zu stärken, das muß unser Bild sein. Das ist zum Beispiel der Bereich Maschinenbau. Das ist der Automotiv-Sektor, das ist die Energietechnik, wo wir eine Basis haben, eine Position der Stärke hier konsequent auszubauen. Es geht um die Vernetzung von öffentlichen und privaten Investitionen. Es geht um die Verbindung von Unternehmen, die in die Grundlagenforschung gehen. Es geht um Unternehmen, die diese letztlich

anwenden. Wir müssen unsere Hochschulen und den gesamten politischen Rahmen darauf abstimmen.

Neben diesem Bekenntnis zum Design unserer Wirtschaft im Sinne der Menschen, die hier leben, und vor allem im Sinne der Steigerung der Beschäftigung, geht es mir noch um einen zweiten Punkt: Wenn man sich die großen internationalen Entwicklungen anschaut – und wir wissen, die treibenden Kräfte sind Globalisierung, Internationalisierung und im hohen Maße die Digitalisierung – dann wissen wir, daß wir uns diesen Entwicklungen gar nicht entziehen können. Wir sind an dem Punkt angelangt, wo wir uns die Frage stellen: Wollen wir warten, bis die Entwicklungen wie eine Dampfwalze auf uns zukommen oder geht es uns darum, diesen Ball aufzunehmen und rechtzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, damit Österreich erfolgreich in diesem Kontext agieren kann? Was ich meine ist folgendes: Daß diese Entwicklungen – Digitalisierung und Globalisierung – unsere gesamte Arbeitswelt massiv verändern werden. Daß es die Wertschöpfungskette in der Wirtschaft verändern wird und daß es letztendlich bedeutet, daß wir in Zukunft in traditionellen Industrien und Dienstleistungssektoren mit signifikant weniger Arbeitskraft auskommen werden. Das bedeutet für uns aber, daß wir uns Fragen zu stellen haben, die sehr ins Grundsätzliche und Wesentliche gehen. Nämlich: Wie wollen wir Arbeit verteilen? Wie wollen wir schließlich unsere sozialen Sicherungssysteme finanzieren, die wir auf eine wesentlich breitere Basisstellen werden müssen, weil es notwendig sein wird. Es geht auch um die Frage, wie wir

unsere Bildungssysteme daran ausrichten werden, weil eines ist völlig klar: Bildungspolitik wird in Zukunft die beste Sozial- und die beste Arbeitsmarktpolitik sein.

Ich habe hier versucht, in ein paar Minuten einige Fragestellungen zu skizzieren, die bei weitem nicht erschöpfend sind. Es gibt natürlich eine Vielzahl von interessanten Fragestellungen, die politische Antworten erfordern. Mein Verständnis ist, daß wir hier nicht über fertige Konzepte, Dogmen oder Doktrinen reden. Mein Verständnis ist, daß es eine offene politische Diskussion geben muß, zu der ich Sie persönlich einladen möchte. Ich möchte insbesondere in den nächsten Wochen auch die Gelegenheit vertiefen, mit Ihnen persönliche Gespräche zu führen, über Ihr Bild, über Ihre Sicht der Dinge, die wir gemeinsam anpacken müssen. Wir werden das tun, allerdings aus einer Position heraus, aus einem positiven Weltbild heraus.

Ich glaube, es geht darum, positive Politik zu machen und nicht Verzweiflung und Ängste zu bedienen. Ich bin davon überzeugt, das ist jedenfalls mein Zugang, den ich in einer unglaublichen Intensität erlebt habe, daß es in diesem Land gar keine Politikverdrossenheit gibt. Aber es gibt natürlich eine große Distanz zu dieser Kapselpolitik, die sich von den Menschen und den tatsächlichen Interessenslagen, Sorgen und Notwendigkeiten mittlerweile deutlich entfernt hat. Wenn ich das sage, dann meine ich keineswegs nur die Regierungspolitik, sondern dann meine ich im höchsten Ausmaß auch die Verantwortung der Opposition für diesen Zustand. Die Politik muß hinaus zu den Menschen. Wir müssen versuchen, die Menschen zu aktivieren, um sie in diesen Dialog aufzunehmen. Das steht für mich fest. Ich bin davon überzeugt, daß es unsere größte Intention und unser größtes Drängen sein muß, Menschen zu zeigen, daß es sich lohnt, sich wieder zu engagieren. Weil am Ende des Tages ist es selten so, daß einzelne Personen – auch nicht hier auf dieser Regierungsbank – die Geschichte bewegen können und den großen Unterschied machen. Am Ende ist es die Vielzahl des Engagements von Einzelnen, die die Geschichte prägen. In dem Sinn würde ich mir wünschen, einen konstruktiven Dialog mit Ihnen hier im Hohen Haus zu führen, aber auch, daß es uns gelingt, Menschen dazu zu bewegen, sich wieder politisch zu engagieren.

Danke!



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (l.) bei seiner Erklärung, Bundeskanzler Christian Kern und Nationalratspräsidentin Doris Bures

Mitterlehner: Erarbeiten und Leisten kommt vor Verteilen

„Ich habe die Rede gehört. Ich will, unsere Seite will auch, und wenn wir gemeinsam die Probleme angehen, sollten sich Anspruch und Wirklichkeit miteinander verbinden lassen. Auf gute Zusammenarbeit – wir gehen die Sache an.“ Das sagte Vizekanzler, Wirtschaftsminister und ÖVP-Bundesparteiobmann Reinhold Mitterlehner zur Antrittsrede des neuen Bundeskanzlers Christian Kern vor dem Nationalrat. Mitterlehner skizzierte in seiner Erklärung inhaltliche Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit und unterstrich vor allem, daß Erarbeiten und Leisten vor Verteilen komme.

„Wir müssen die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken“, betonte Mitterlehner. Es gehe um Bürokratie-Abbau, Deregulierung und Flexibilisierung, aber

auch um die Verknüpfung der Wirtschaft mit dem Gesundheits- und Sozialsystem. „Engagement muß belohnt werden. Das ist die entscheidende Größe für dieses Land“, so Mitterlehner. Viele würden nur die Transferleistungen in den Mittelpunkt rücken, aber es gehe darum, zuerst zu erarbeiten und zu leisten, dann erst könne man verteilen. „Dem müssen wir Rechnung tragen. Der Anspruch in der Praxis wird der Elchtest für uns.“

Die Politik müsse sich den Zukunfts- und Verdrängungsängsten stellen und die richtigen Antworten finden. Auch die Art der Politik müsse sich ändern. Über Jahre sei man gewohnt gewesen, an den Staat nur Forderungen zu stellen. Im Integrationsbereich gelte es aber beispielsweise, aus Betroffenen Beteiligte zu machen. Dieses Problem müsse von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam bewältigt werden. Zudem sei es

notwendig mit falschen Erwartungshaltung zu brechen. „Wir müssen tun, was für das Land richtig ist und nicht nur für die eigene Klientel“, so Mitterlehner.

Darüber hinaus brauche es einen anderen Umgang in der Politik und ein neues Miteinander. „Ist es die Aufgabe der Opposition, nur pauschal zu kritisieren?“ Diese sollte sich stattdessen auch konstruktiv einbringen, wie es Grünen-Klubobfrau Eva Glawischnig angesprochen habe. Umgekehrt bedeute dies, daß man sich die Vorschläge der Opposition genauer ansehen sollte. „Trotz aller inhaltlichen Unterschiede brauchen wir ein respektvolles Miteinander“, so Mitterlehner. Dies gelte auch für die Regierungsparteien: „Wenn wir uns gegenseitig kritisieren, wird uns die Bevölkerung nicht abnehmen, daß wir Probleme für sie lösen können.“

„Was macht mich sicher, daß es diesmal klappen könnte? Erstens ist der Druck stärker, und das ist immer gut, um Lösungen zustande zu bringen. Zweitens, haben wir die beste Absicht, etwas weiterzubringen“, unterstrich Mitterlehner die Ziele der Regierung. Auch der Wechsel an der Spitze des Koalitionspartners könne neuen Schwung bringen. „Ich habe das selbst erlebt. Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, zitierte der er Hermann Hesse und zeigte sich positiv, „daß wir das eine oder andere bewegen können. Zauber heißt aber nicht Zauberkunststück. Daher geben Sie uns die Chance“, appellierte Mitterlehner an die Abgeordneten.

Neben einem Willkommensgruß an den neuen Bundeskanzler und dessen Regierungsteam richtete Mitterlehner auch Dankesworte an das scheidende Team um den früheren Kanzler Werner Faymann, mit dem man trotz mancher Unterschiede gut zusammengearbeitet habe. Mitterlehner nannte in diesem Zusammenhang auch die Erfolge der Bundesregierung zur Bewältigung der 2008 ausgebrochenen großen Finanz- und Wirtschaftskrise. „Denjenigen, die heute die Zukunftssicherheit einfordern, haben wir die Gegenwart gesichert“, verwies Mitterlehner beispielhaft auf Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und des Konsums. Aktuell hätten die Wirtschaftsforscher zudem die Richtigkeit der Steuerreform bestätigt. Auch in der Flüchtlingspolitik habe sich die Linie der Bundesregierung bewährt. „Wir haben die internationale Solidarität erzwungen, daher geht Europa jetzt stärker gemeinsam vor. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir keinen unregulierten Zugang zulassen“, bekräftigte Mitterlehner.

Innenpolitik

Abwartend positiv bis harte Kritik

Bundeskanzler Christian Kern wurde von der Opposition im Nationalrat abwartend positiv, teilweise mit leichter Skepsis begrüßt, bei den Freiheitlichen stand harte Kritik im Vordergrund. Von Seiten der Regierungsparteien war uneingeschränkte Zustimmung und das Bekenntnis zur Zusammenarbeit zu hören. Von den Freiheitlichen und den NEOS kam der Ruf nach Neuwahlen. Die Klubobleute, die in einer ersten Runde auf die Regierungserklärung reagierten, richteten auch einige Wünsche an die zukünftige Reformpolitik.

Heinz-Christian Strache, FPÖ

Mit schweren Geschützen fuhr gleich FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache gegen den neuen Kanzler und die Regierungspolitik auf. Den von Kern präsentierten Plan zu einem „New Deal“ hält er in weiten Bereichen für eine „Luftblase“, eine nachhaltige Kursänderung ist für ihn nicht in Sicht. Die Regierung trage seit drei Jahren Verantwortung und habe massiven Schaden angerichtet – angefangen von der hohen Arbeitslosigkeit und Steuerbelastung bis hin zur falsch verstandenen Willkommenskultur, vollzogen durch einen Rechtsbruch. Es sei daher höchst an der Zeit, so Strache, Fehlentwicklungen einzugestehen und Neuwahlen auszuschreiben, forderte er. Strache orte weniger Politikverdrossenheit in der Bevölkerung als vielmehr Ärger gegen die Koalition, die nicht bereit sei, Lösungen anzugehen. Die FPÖ erwarte sich von einer zukunftsorientierten Politik die Absicherung des Wirtschaftsstandorts, die Senkung der Lohnnebenkosten und Maßnahmen zur Beendigung der Kreditklemme.

Strache griff Kern auch insofern an, als er darauf hinwies, daß sich der neue Bundeskanzler noch keiner demokratischen Wahl gestellt hat. Auch sei der öffentliche Zuzuschuß zur ÖBB unter Kerns Leitung gestiegen. Die nunmehrige Zusammensetzung der Regierung bewertet die FPÖ als „neue Mannschaft mit altem Programm“. Besonders kritisch äußerte sich Strache gegenüber der neuen Staatssekretärin Muna Duzdar, der er als palästinensisches Einwandererkind eine einseitige Position in bezug auf die israelisch-arabische Politik vorwarf und sie in die Ecke des linken Antisemitismus rückte.

Andreas Schieder, SPÖ

„Das war old school“, reagierte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder verärgert auf die Ausführungen Straches. Dieser habe



FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache



SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder



Grünen-Klubobfrau Eva Glawischnig

offensichtlich den neuen Geist nicht verstanden, sagte Schieder. In aller Deutlichkeit wies er die „Anschüttungen“ in Richtung Muna Duzdar als falsch zurück. Nicht die Religion zähle, sondern der Inhalt.

In Anlehnung an die Regierungserklärung rief Schieder ebenfalls zu einer neuen Diskussionskultur auf. Am Ende einer sachlichen Auseinandersetzung könne auch der Kompromiß stehen, und das sei kein Umfaller, sondern ein Ringen darum, daß im Land etwas weitergeht, hielt er fest.

Es geht nun darum, Verunsicherung und Ängste in Hoffnung und in ein zukunftsorientiertes Leitbild umzuwandeln. Die SPÖ trage noch immer die „globale Mega-Idee“ im Herzen, daß es eine soziale und faire Gesellschaft geben kann. Für entscheidende Punkte des neuen Politikverständnisses hält er die Arbeit an und für die Gesellschaft. Essentiell seien Beschäftigung, Wachstum und Wirtschaftsstandort genauso wie innere, äussere aber auch soziale Sicherheit. Bildung, Wissenschaft und Forschung bezeichnete Schieder als Treibstoff für die wirtschaftliche Entwicklung, der Klimawandel stelle sowohl eine ökologische als auch eine wirtschaftspolitische Herausforderung dar.

Eva Glawischnig, Grüne

Die Forderung nach einem neuen politischen Stil hält auch die Klubobfrau der Grünen Eva Glawischnig für mehr als angebracht. Umso mehr bedauerte auch sie die Rede von Heinz Christian Strache als „unglaublich respektlos“. Als einen zentralen Reformpunkt bezeichnete die Grüne Klubchefin die sozialpolitischen Herausforderungen, die über den Arbeitsmarkt hinausgehen. Die geänderte Arbeitswelt erfordere es, den Menschen mehr Sicherheit aber auch mehr Freiheit zu geben, zumal es heute viel mehr Brüche im Lebenslauf gebe. Dazu komme der gesamte Bereich der Pflege. Als unbefriedigend bezeichnete Klubobfrau Glawischnig besonders die Situation der Frauen, die weitgehend im prekären Bereich arbeiten.

Ein großes Anliegen ist den Grünen der Bildungsbereich, wobei Glawischnig-Piesczek darauf drängte, nicht wieder zurück zum Start zu gehen, sondern Lösungen im Sinne der besten individuellen Förderung zu suchen. Sie hoffe auch auf ein neues Verständnis für die Situation der Universitäten und für die Grundlagenforschung. Die Grüne Klubobfrau warnte einmal mehr vor den negativen Auswirkungen von TTIP, denn dieses Abkommen würde eine Nivellierung

Innenpolitik

nach unten bringen und die wirtschaftliche Handlungsfreiheit einschränken. Deshalb brachte sie seitens ihrer Fraktion einen Entschließungsantrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, CETA abzulehnen, sich gegen eine vorläufige Anwendung des Abkommens auszusprechen und die TTIP-Verhandlungen unverzüglich zu stoppen.

Reinhold Lopatka, ÖVP

Der Wille der ÖVP-Fraktion zur Zusammenarbeit wurde auch von Klubobmann Reinhold Lopatka bekräftigt. Eine Entschuldigung für seine kritischen Äußerungen gegenüber Kern war insofern herauszuhören, als Lopatka meinte, diese seien in die Vergangenheit gerichtet gewesen, er wolle sich jetzt der Zukunft widmen. In dem Bestreben um gute Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament will er auch die Opposition einbinden und beispielsweise für eine transparente Wahl des neuen Rechnungshofpräsidenten sorgen.

Da für Lopatka keine Zeit zu verlieren ist, schlug der ÖVP-Klubobmann in seiner Rede gleich inhaltliche Pflöcke ein. Er zeigte sich froh darüber, daß Kern den eingeschlagenen Kurs in der Flüchtlingsfrage unterstützt, da die Willkommenskultur ohne Grenzsicherung nicht funktioniere. Toleranz gegen Intolerante sei nicht möglich, sagte er und wiederholte die Position der ÖVP zum Thema Mindestsicherung. Wenn wir das Gesundheits- und Sozialsystem sichern wollen, dann müssen wir jetzt handeln, sagte Lopatka, und in diesem Zusammenhang auch darüber diskutieren ob man jene, die noch keinen Beitrag zum System geleistet haben, nicht anders behandeln soll als jene, die seit Jahren ihren Beitrag leisten. Vor allem sollten sich jene Menschen, die in ihrer Erwerbsarbeit nicht viel verdienen, gerecht behandelt fühlen. Lopatka bekräftigte die Forderungen nach Entbürokratisierung und Senkung der Steuerlast im Interesse der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und schlug die Einrichtung eines „Standort-Konvents“ vor, um daraus ein Standortpaket entwickeln zu können. Österreich ist stabil und stark und wird es auch bleiben, wenn die Bereitschaft zur Reform da ist, zeigte sich Lopatka abschließend überzeugt; wenn Mut vorhanden ist, dort Grenzen zu setzen, wo sie notwendig sind, und wenn man mit dem notwendigen Weitblick an die Aufgaben herangeht.

Matthias Strolz, NEOS

Respekt für seine Regierungserklärung zollte eingangs NEOS-Klubobmann Matthias



ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka



NEOS-Klubobmann Matthias Strolz



Team Stronach-Klubobmann Robert Lugar

Strolz dem neuen Bundeskanzler. Darin habe viel Zuversicht gesteckt und viel Entschlossenheit sei mitgeschwungen. Trotz dieses positiven Zugangs verhehlte Strolz nicht seine Skepsis, da am Ende das Erreichte zählt. Kern habe die richtige Analyse getroffen, und das sei auch notwendig, weil man einen Blick auf den Status Quo brauche. Die Analyse sei aber zu wenig, sagte Strolz und begründete seinen Zweifel am Gelingen der Pläne mit der Feststellung, daß die Konstellation der großen Koalition für Österreich falsch ist. Es habe schon zu viele Versuche für Neustarts gegeben, und man spüre, daß ÖVP und SPÖ miteinander nicht mehr können und wollen. Strolz sprach sich daher auch für einen Neuanfang und damit für Neuwahlen aus, er räumte jedoch ein, daß er sich gerne eines Besseren belehren lassen wolle.

Ein dringendes inhaltliches Anliegen ist den NEOS die Bildung, da heute etwa ein Drittel der SchulabgängerInnen gleich in Richtung AMS gehen und damit zu einer verlorenen Generation werden. Als einen Ausweg aus der Krise sieht Strolz, den Schulen mehr Verantwortung und Autonomie zuzugestehen. Als notwendig erachtet er zudem eine Arbeitszeitflexibilisierung, da die gesetzliche Situation mit der heutigen Realität nichts mehr zu tun habe und eine falsche Bevormundung darstelle. Auch Strolz unterstützte die Bekenntnisse zu einem neuen politischen Stil und hatte dabei besonders die Sozialpartnerschaft und die Landeshauptleute im Visier, weil diese als „rot-schwarzes Machtkartell“ das Parlament blockieren. Er appellierte zudem, wie auch bereits Grünen Chefin Eva Glawischnig-Piesczek, nicht alle Oppositionsanträge von vornherein zu vertagen oder abzulehnen.

Robert Lugar, Team Stronach

Auch Team Stronach Klubobmann Robert Lugar stimmte vollinhaltlich mit der Analyse von Bundeskanzler Kern überein, das Problem zu kennen sei aber nur die halbe Miete. Ihm hat das Bekenntnis zu gemeinsamen Lösungen gefehlt und er ortete innerhalb der Regierung noch immer ein riesiges Spannungsfeld. Dennoch unterstrich Lugar, er wünsche sich im Interesse Österreichs, daß die Regierung erfolgreich ist. Das könne sie vor allem in bezug auf die Flüchtlingsproblematik zeigen, denn die bisherige Politik sei vom Streit über einen Zaun geprägt gewesen. Die Regierung sei nicht in der Lage gewesen, für Recht und Ordnung zu sorgen. Sollte diese widerhergestellt werden, dann komme auch das Vertrauen wieder zurück, so Lugar.

Innenpolitik

Die neuen Regierungsmitglieder

Die neue **Bildungsministerin Sonja Hammerschmid** (48) war bis zuletzt Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität Wien und Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz.

Der neue **Verkehrsminister Jörg Leichtfried** (49) war bis zuletzt Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vize-Präsident der Sozialdemokratischen Fraktion (S&D).

Der neue **Kanzleramts- und Kulturminister Thomas Drozda** (51) war zuletzt Generaldirektor der Vereinigten Bühnen Wien.

Die neue **Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Muna Duzdar** (38) ist für den Bereich „Verwaltung und Öffentlicher Dienst“ verantwortlich und war bis zuletzt als Abgeordnete zum Wiener Landtag- und Gemeinderat tätig. ■

Die neuen Regierungsmitglieder bei der Unterzeichnung der Ernennungsurkunden bei Bundespräsident Heinz Fischer in der Hofburg:



Foto: SPÖ / Thomas Lehmann

Kanzleramts- und Kulturminister
Thomas Drozda



Foto: SPÖ / Thomas Lehmann

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt
Muna Duzdar



Foto: SPÖ / Thomas Lehmann

Bildungsministerin
Sonja Hammerschmid



Foto: SPÖ / Thomas Lehmann

Verkehrsminister Jörg Leichtfried

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Bundeskanzleramt, Parlamentskorrespondenz, SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, Team Stronach, NEOS, wikipedia

Bundeskanzler Christian Kern



Bundespräsident Heinz Fischer (l.) wünscht dem neuen Bundeskanzler der Republik Österreich, Christian Kern alles Gute für seine Amtsausübung.

Christian Kern wurde am 4. Jänner 1966 in Wien geboren, ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Er hat ein Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien abgeschlossen und eine postgraduale Ausbildung am Management Zentrum St. Gallen (MZSG) in der Schweiz absolviert.

Christian Kern trat während des Studiums dem Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) bei und wurde dort Chefredakteur der „Rotpress“. Nach einer zweijährigen Tätigkeit als Journalist beim Wirtschaftsmagazin „Option“ wurde Kern in der Bundesregierung Vranitzky III Assistent des Staatssekretärs im Bundes-

kanzleramt, Peter Kostelka. Von 1994 bis 1997 war Kern Büroleiter und Pressesprecher des Klubobmannes der SPÖ-Parlamentsfraktion Kostelka, bevor er 1997 ins Management des Verbunds wechselte, in dessen Vorstand er 2007 Mitglied wurde. Im Juni 2010 wurde Kern zum Vorstandsvorsitzenden der ÖBB-Holding-AG der Österreichischen Bundesbahnen ernannt.

2013 erhielt Kern die Marietta und Friedrich Torberg-Medaille der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) für die von ihm initiierte Aufarbeitung der Rolle der Bahn während der NS-Zeit, deren Ergebnisse in der ÖBB-Ausstellung „Verdrängte Jahre“ präsentiert wurden.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Weichenstellung für Standortversicherung

Die Delegierten zum Burgenländischen Wirtschaftsparlament trafen einander in der Wirtschaftskammer in Eisenstadt.



Foto: Wirtschaftskammer Burgenland

Das Präsidium der Wirtschaftskammer Burgenland (v.l.): Klaus Sagmeister (Vizepräsident), Rainer Ribing (Wirtschaftskammerdirektor), Honorarkonsul Peter Nemeth (Präsident), Paul Peter Kraill (Vizepräsident) und Oswald Hackl (Vizepräsident)

Schwerpunktthema des Wirtschaftsparlaments in der Wirtschaftskammer in Eisenstadt am 24. Mai war der Wirtschaftsstandort Burgenland. Präsident Honorarkonsul Peter Nemeth forderte Fair play – fairen Wettbewerb für Burgenlands Unternehmer. Landeshauptmann Hans Niessl widmete sich als Gastvortragender den aktuellen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Burgenland.

„Es wird zu wenig darüber nachgedacht, wie man die Wettbewerbsgleichheit für unsere Betriebe garantieren kann, die sich gegen internationale Konkurrenten behaupten müssen. Es wird oft nicht geprüft, ob es ein entsprechendes Angebot eines regionalen Betriebs gibt. Und es wird kaum evaluiert, welche Auswirkungen ein neues Gesetz, eine neue Verordnung auf die Chancen unserer Betriebe hat“, resümierte Peter Nemeth.

Tatsache ist, der Wirtschaftsstandort Österreich ist bei fast allen Kennzahlen zurückgefallen. „Jetzt gilt es, daß wir im Burgenland den Anschluß nicht verlieren. Ich lade daher den Landeshauptmann ein, daß wir gemeinsam einen Standortdialog initiieren, um die notwendigen Weichenstellungen in Angriff zu nehmen. Ich möchte dem nicht vorgehen, aber nur einige Punkte nennen, die wir dort besprechen müssen: Reformen im öffentlichen Bereich, bei Verwaltung und

Struktur sowie Standortqualität und Vermarktung“, so Nemeth weiter.

Es sei nicht sinnvoll darüber zu diskutieren, den Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitnehmer zu sperren. Um nicht an Boden zu verlieren, müsse auch die Arbeitsmarktpolitik so gestaltet werden, daß sie den Anforderungen der Wirtschaft entspreche. Nemeth wies darauf hin, daß drastische Kontrollen und das Ausschöpfen der Rechtsmittel notwendig sind, um die Schattenwirtschaft zu bekämpfen. Am Beispiel des Bezirks Neusiedl, wo im Vorjahr mehr als eine Million Euro an Strafen ausgestellt, aber gerade einmal 2000 Euro davon bezahlt wurden, zeigt er auf, wie wichtig konsequentes Vorgehen seitens der Behörde ist.

„Wir wollen das Burgenland zu einem Standort machen, in dem Wirtschaft und Vielfalt ineinandergreifen! Dafür braucht es gemeinsame Anstrengungen“, rief Nemeth auf.

Herausforderungen

Landeshauptmann Hans Niessl widmete sich als Gastvortragender den aktuellen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Burgenland. Der erfolgreiche Weg des Burgenlandes – Wohnbauförderung, Rekordbeschäftigung, seit Jahren steigende Exportzahlen, stark steigende Tourismuszahlen und höchste Maturantenquote – soll fortgesetzt

werden. Dazu benötigt es aber eine moderne Wirtschaftspolitik, sagte Landeshauptmann Hans Niessl und skizzierte die Eckpunkte einer Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts mit klaren Ecken und Kanten: Kampf gegen Sozialdumping, Start-up-Initiative fürs Burgenland sowie Forcierung bei Forschung, Technik und Innovation. Gleichzeitig soll auch im Bereich der Bildung Interesse für die Selbstständigkeit geweckt werden und die Ausbildung von Lehrlingen verbessert werden.

Das Burgenland ist gut aufgestellt und seit Jahren unter den Top 3 beim Wirtschaftswachstum. Niessl räumte aber ein, daß es auch Probleme gibt. Und diesen müsse man mit einer modernen Wirtschaftspolitik entgegenlenken. „Trotz Rekordbeschäftigung steigt die Zahl der Arbeitslosen. Vor allem der Druck auf dem Arbeitsmarkt und er Druck auf regionale Klein- und Mittelbetriebe ist in Ostösterreich und somit im Burgenland am stärksten“, so Niessl.

Fair Play fordert Niessl für die burgenländischen Arbeitnehmer und natürlich auch für die burgenländischen Arbeitgeber: „Nur wenn hier eine vernünftige Balance, eine vernünftige und zielorientierte Zusammenarbeit von Statten geht, nur dann wird der burgenländische Wirtschaftsstandort noch erfolgreicher werden!“



Landeshauptmann Hans Niessl



WK-Präsident Peter Nemeth



Wirtschaftskammerdirektor Rainer Ribing

Mehr Kontrolle, härtere Strafen und vor allem klare Spielregeln fordert Niessl bei Sozialdumping: „Faire Rahmenbedingungen sind hier das Um und Auf. Wer sich nicht an die Regeln hält, soll auch keine öffentlichen Aufträge bekommen. Statt dem Billigstbieter muß der Bestbieter zum Zug kommen. Das heißt: es müssen auch soziale Kriterien berücksichtigt werden, zum Beispiel die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer.“ Der Landeshauptmann betonte weiters in seinen Ausführungen, daß vom Land, in Absprache mit der Wirtschaft, auch weiterhin verstärkt Sonderförderaktionen wie der „Burgenländische Handwerkerbonus“ initiiert werden, um die burgenländische Wirtschaft weiter zu stärken und auch burgenländische Arbeitsplätze abzusichern.

Abschließend bedankte sich Niessl beim scheidenden Direktor der Wirtschaftskammer Burgenland, Anton Bubits, für die gute, konstruktive Zusammenarbeit und wünschte ihm alles Gute für seinem neuen Lebensabschnitt.

Positionierungsstrategie

Mit den Ergebnissen einer aktuellen Umfrage über die Stimmungslage unter den burgenländischen Unternehmen befaßte sich Wirtschaftskammerdirektor Rainer Ribing.

Die Kernaussagen:

- Die burgenländischen Unternehmerinnen und Unternehmer beurteilen ihre wirtschaftliche Situation branchenspezifisch different.
- Jedes zweite Mitglied nützt regelmäßig das Angebot der Wirtschaftskammer Burgenland.
- Die Servicequalität wird (nach Schulnotensystem) sehr gut bewertet: Freundlichkeit (1,58), Erreichbarkeit (1,75), Zuverlässigkeit (1,88), Fachliche Kompetenz (2,02), Engagement (2,03).
- Die Zufriedenheit mit der WK Burgenland liegt nach Schulnotensystem bei 2,46.
- Hohe Zufriedenheit herrscht mit Services und Dienstleistungen (Note 2,12).

Aufbauend auf diese Ergebnisse skizzierte Ribing die Eckpunkte der Positionierungsstrategie der Wirtschaftskammer. „Schon jetzt bemerkbar ist die laufende Besuchsoffensive, die ersten Bezirks-Events unter dem Motto ‚Botschaft angekommen‘“, so Ribing. Neben dem Fokus Mitgliedsbetriebe sei auch eine Besuchsoffensive bei den Bürgermeistern geplant: „Ziel ist es, auf die Bedeutung der heimischen Wirtschaft aufmerksam zu machen.“

<https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/b/index.html>

Maßnahmen für Arbeitsmarkt präsentiert

Mehr Spezialisten »made in Burgenland«
und mehr Schutz für den heimischen Arbeitsmarkt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Soziallandesrat Norbert Darabos präsentierte Maßnahmen für den Arbeitsmarkt

Zum Thema „Arbeitsmarkt im Burgenland“ stellte Soziallandesrat Norbert Darabos am 4. Mai im Zuge einer Pressekonferenz in Eisenstadt eine Reihe von Maßnahmen vor. „Es ist unser größter Anspruch, die Menschen zu qualifizieren und in Beschäftigung zu bringen“, so Darabos. Die besten Instrumente dazu seien die überbetriebliche Facharbeiterausbildung, die ein fester Bestandteil des burgenländischen Bildungsangebotes sind, und andererseits die Lehrlingsoffensive des Landes. Um Lohn- und Sozialdumping am Arbeitsmarkt durch ausländische Unternehmen zu verhindern, soll auch die EU-Entsenderichtlinie reformiert werden. Die Interessen der heimischen ArbeitnehmerInnen sollen dadurch bestmöglich geschützt werden. Weiteres soll es eine Aufstockung der Finanzpolizei, eine bessere Vernetzung der einzelnen Player – Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK), Gebietskrankenkasse (GKK) und Finanzpolizei – und eine Ausweitung der Kontrollen vor allem an Wochenenden geben. Auch ein Maßnahmenkatalog zur SOKO Bau, nach deutschem Vorbild, wird derzeit erstellt.

Der Druck auf heimische Arbeitnehmer und Betriebe aufgrund unlauterer Konkurrenz ist ungebrochen hoch. Das Thema beschäftigt besonders die Bauwirtschaft im Osten Österreichs. Der Soziallandesrat erneuert daher die Forderung nach mehr Schutz für den heimischen Arbeitsmarkt. „Wir haben zwar ein strenges Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, aber was nützen gute Gesetze, wenn die Finanzpolizei nicht ausreichend kontrolliert und Strafen nicht grenzüberschreitend vollstreckt werden. Der Schutzschirm für den Arbeitsmarkt muß daher verstärkt werden!“, so Darabos.

Konkret fordert er folgende Maßnahmen im Kampf gegen Lohn und Sozialdumping:

- *Verschärfung der Entsenderichtlinie:* Entsendete Arbeitskräfte aus dem Ausland dürfen ab dem ersten Tag keinesfalls billiger sein, als österreichische ArbeitnehmerInnen – auch nicht bei den Lohnnebenkosten. Für besonders betroffene Branchen, wie die Bauwirtschaft, muß es auch besonderen Schutz geben. Darabos: „Wie kommt ein 55jähriger Arbeitnehmer, der 40 Jahre am Bau gearbeitet hat dazu, daß

er durch einen Jüngeren aus dem Ausland ausgetauscht wird? Jemand der 40 Jahre fleißig und verlässlich gearbeitet hat, wird einfach ausgetauscht, weil er angeblich zu alt und zu teuer ist. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich fordere sektorale Sperrung des Arbeitsmarktes in den Bereichen, wo Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.“

- *Mehr Finanzpolizei:* Derzeit sind 18 Finanzpolizisten für das Burgenland und den Bezirk Bruck/Leitha zuständig. Für effektive Kontrollen werden zumindest 50 Finanzpolizisten benötigt.
- *SOKO Bau:* „Während Österreich eine der strengsten gesetzlichen Regelungen vorweisen kann, sind andere Länder bei der Kontrolle schon weiter. Ich fordere den Einsatz einer SOKO Bau, welche deutlich mehr Befugnisse als die österreichische Finanzpolizei hat“, so Darabos.
- *„Chip-System“ auf Baustellen:* Darabos bekräftigt den Vorschlag, ein „Chip-System“ auf Baustellen, nach deutschem Vorbild, auch in Österreich, einzuführen. Dann könne effektiv kontrolliert werden, wer für die Arbeit auf der Baustelle tatsächlich befugt ist.

In Ausbildung österreichischer Arbeitnehmer und in die Jugend investieren

Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Monat April um zehn Prozent gesunken. Dementsprechend erfreut zeigt sich Darabos. „Eine gute Ausbildung unserer jungen Menschen ist mir ein besonders großes Anliegen. Darum werden wir auch in Zukunft in unsere Jugend investieren. Unser Land braucht Spezialisten ‚made in Burgenland‘. Da befinden wir uns auf einem guten Weg.“ Das Land Burgenland bildet derzeit über 1000 junge BurgenländerInnen in landeseigenen und landesnahen Lehrwerkstätten aus. Mehr als 400 Jugendliche nutzen derzeit die Chance auf eine überbetriebliche Facharbeiterausbildung. Darabos: „Bis zum Jahr 2020 stehen dem Burgenland 2,8 Mrd. zur Verfügung. Dieses Geld wird dafür verwendet, um regionale Anreize zu schaffen, die Wirtschaft zu stärken und vor allem neue Arbeitsplätze für die Menschen im Burgenland zu schaffen.“ ■

Instrument der Ökobaustelle

Eine Naturschutzgesetz-Novelle bringt neue Qualität des Landschaftsschutzes durch Nachnutzungskonzepte.



Foto: Bgld. LandesmedienService

Stellten neues Instrument der Ökobaustelle vor (v.l.): Peter Zinggl, zuständig für Raumordnung im Amt der Burgenländischen Landesregierung, Umweltschutz i.R. Hermann Frühstück, Landeshauptmann Hans Niessl, Naturschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf und Gregori Stanzer, Österreichisches Institut für Raumordnung (ÖIR)

Landeshauptmann Hans Niessl und die für Naturschutz zuständige Landesrätin Astrid Eisenkopf stellten am 10. Mai gemeinsam mit Gregori Stanzer, Österreichisches Institut für Raumordnung (ÖIR), Peter Zinggl, zuständig für Raumordnung im Amt der Burgenländischen Landesregierung, und Hermann Frühstück die Neuerungen im Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz vor. Ein zentraler Punkt ist, daß mit der mit 1. Mai in Kraft getretenen Novelle Flächen für den Rohstoffabbau – wie Schottergruben – zu sogenannten Ökobaustellen werden. Konkret bedeutet das: Bevor bei einem neu genehmigten Abbau die Bagger auffahren, müssen nicht nur Dauer der Abbautätigkeit und Abbauphasen feststehen, es müssen zu diesem Zeitpunkt bereits detaillierte Nachnutzungskonzepte für die betroffenen Flächen und die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels vorliegen. Es gibt damit eine Verpflichtung zu Rekultivierungs- und Endgestaltungsmaßnahmen.

Die Berechnung der Schotterabgabe wird auf neue Beine gestellt. Dafür maßgebend ist nicht mehr die schwer kontrollierbare, abge-

baute Tonnagemenge, sondern die Kubikmetermenge. „Mit der Novelle haben wir ausreichende Eingriffs- und Steuerungsinstrumente geschaffen. Diese Novelle ist ein Schritt in Richtung mehr Lebensqualität und für einen nachhaltigen Landschaftsschutz, was auch dem Leitbild des Landes ‚Mit der Natur zu neuen Erfolgen‘ entspricht“, so die Regierungsmitglieder. Neu ist auch, daß neben der schon bisher vorgeschriebenen Bewilligungspflicht für die Errichtung und Erweiterung von Anlagen von mineralischen Stoffen zukünftig auch die Endgestaltung von Anlagen bewilligungspflichtig ist. Um unkontrolliertes Öffnen von Flächen zu unterbinden und auch eine laufende Rekultivierung zu gewährleisten, müssen Schotterabbauanlagen in Abschnitte unterteilt werden, wobei der dritte Abschnitt nur geöffnet werden darf, wenn der zweitletzte Abschnitt rekultiviert ist. Das novellierte Gesetz sieht auch vor, daß die Landesregierung für bestimmte Gebiete besondere Entwicklungsziele verbindlich festlegen kann. Für die Parndorfer Platte soll bis Jahresende ein Konzept erarbeitet werden.

Bis zur Novelle gab es keine Verpflichtung zu Rekultivierungs- und Endgestaltungsmaßnahmen und die Kontrolle der abgebauten Menge, die als Bemessungsgrundlage galt, war in der Praxis schwer. Das habe in der Vergangenheit zum Problem geführt, daß Schottergruben nicht rekultiviert wurden und in Teilen des Landes geradezu „Mondkraterlandschaften“ entstanden sind, erklärt Niessl. Bestes Beispiel dafür ist die Parndorfer Platte, wo es derzeit mehr als 1100 Hektar offene Flächen aufgrund des Abbaus von Schotter gibt. Das habe in den vergangenen Jahren auch zunehmend für Protest und Unmut in großen Teilen der Bevölkerung gesorgt, so Niessl. Nun habe man mit der Novellierung ausreichende Eingriffs- und Steuerungsinstrumente geschaffen. „Mir ist wichtig, daß die Sorgen auch in diesem Bereich ernst genommen werden“, so der Landeshauptmann.

Mit der Novelle wird unter anderem auch sichergestellt, daß etwaige Verfüllungen ausschließlich mit Bodenaushubmaterial geschlossen werden. Was unter Bodenaushubmaterial fällt, ist gesetzlich genau festgelegt.



Foto: Carmen Kriegler / Cc-by-sa-3.0-at

Als Ziel für die Nachnutzung von Abbauflächen kommt zum Beispiel der Weiterbestand von Böschungen der Abbauflächen als Nistplätze für Vögel in Frage.

Als Ziel für die Nachnutzung von Abbauflächen kommen neben der gänzlichen Wiederverfüllung und landwirtschaftlichen Nutzung unter anderem der Weiterbestand von Böschungen der Abbauflächen als Nistplätze für Vögel oder die Nachnutzung als Naherholungsgebiet für die örtliche Bevölkerung sowie als Schotterteich/Badeteich in Frage.

Schotterabbauanlagen müssen in Abschnitte unterteilt werden

Außerdem müssen in Zukunft Schotterabbauanlagen in Abschnitte unterteilt werden, die nicht größer als fünf Hektar sein dürfen. Bei einer Anlage, die in mehr als zwei Abschnitte unterteilt ist, darf ein dritter Abschnitt nur geöffnet werden, wenn der zweitletzte rekultiviert ist. Pro Schottergrube dürfen also maximal 10 Hektar geöffnet sein. Eisenkopf: „Damit wird ein unkontrolliertes Öffnen von Flächen unterbunden und auch eine laufende Rekultivierung über die Laufzeit des Projektvorhabens sichergestellt.“

Wildwuchs an Werbeeinrichtungen wird ein Riegel vorgeschoben

Werbeeinrichtungen in der freien Landschaft werden einem Bewilligungsverfahren

ren – anstatt des früheren Anzeigeverfahrens – unterzogen. Damit würden Werbeeinrichtungen unter dem Aspekt der landschaftlichen Verträglichkeit einer behördlichen Prüfung unterzogen, so Eisenkopf.

Instrument der Ökobaustelle – Parndorfer Platte

Das novellierte Gesetz sieht auch vor, daß die Landesregierung für bestimmte Gebiete besondere Entwicklungsziele verbindlich festlegen kann. „Wichtig ist, daß die Nachnutzung nicht willkürlich erfolgt. Wir brauchen dafür ein Rahmenprogramm – wie wir es auch beim Ausbau der Windkraft haben. Und wie schon bei der Windkraft haben wir auch jetzt das Österreichische Institut für Raumplanung einbezogen. Wir erarbeiten derzeit ein Rahmenprogramm für die Parndorfer Platte und auch eine Entwicklungszielverordnung“ so Niessl. Eine wichtige Vorgabe

des Landes lautet, daß das unter breiter Einbindung der in diesem Bereich tätigen Bürgerinitiativen, Gemeinden, Naturschutzorganisationen, Fachexperten und Unternehmen geschieht.

Bis Ende des Jahres soll das Konzept fertig sein, so Gregori Stanzer vom Österreichischen Institut für Raumordnung (ÖIR). Ziel sei unter anderem die klare Definition von Abbau-Eignungszonen, Verbotszonen und klaren Spielregeln für Schotterabbau.

Als Koordinator fungiert Umwelthanwalt i.R. Hermann Frühstück.

„Mit dem Instrument der Ökobaustelle haben wir eine neue Qualität des Landschaftsschutzes im Burgenland. Wir sind davon überzeugt, daß wir mit diesem Rahmenprogramm für die Parndorfer Platte einen wichtigen Schritt im Interesse des Landschaftsschutzes und der Menschen in der Region setzen“, so Niessl und Eisenkopf abschließend. ■

Auf möglichen Ernstfall vorbereitet



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz und LSZ-Geschäftsführer Ernst Böcskör beim Seminar für Krisenstäbe in der Akademie Burgenland

Weil katastrophenhafte Ereignisse nicht jeden Tag auftreten, müssen sich die in den Krisenstäben mitwirkenden Personen laufend fortbilden. Eine solche Ausbildung in integrierter Stabsarbeit fand von 2. bis 4. Mai in der Akademie Burgenland in Eisenstadt statt. Die Krisenstäbe des Landes wurden in einer Schulung weiter fitgemacht. Im Krisenmanagement und Katastrophenschutz bedarf es einer ständigen Einsatzbereitschaft der eingesetzten behördlichen Krisenstäbe auf Bezirks- und Landesebene.

Im Katastrophenfall seien viele Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen, erläuterte LSZ-Geschäftsführer Ernst Böcskör. Im Mittelpunkt der Schulung stehe die integrierte Stabsarbeit. Dazu bedürfe es einer geordneten Struktur, alle Akteure müßten wissen, wo

ihr Platz sei. Deshalb sei bei dem dreitägigen, gemeinsam mit der Akademie Burgenland veranstalteten Seminar auch eine Ressourcendarstellung von der Polizei über die Feuerwehr bis hin zu Unterstützungsleistungen durch das Bundesheer gestanden. Dazu gehörten auch ein Planspiel in Form einer mehrstündigen praktischen Übung sowie Informationen über die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall.

Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz überzeugte sich von der hohen Motivation der MitarbeiterInnen des Landes, die sich ja großteils freiwillig für die Mitwirkung bei den Krisenstäben gemeldet haben. Unter anderem wurde im Rahmen des Planspiels ein Hochwasserszenario übungsweise abgearbeitet. ■

Kulturzentrum Mattersburg – Siegerprojekt wurde präsentiert

Wettbewerbsjury entscheidet sich einstimmig für Holodeck Architects



© Holodeck Architects

Das Siegerprojekt von Holodeck Architects für das neue Kulturzentrum Mattersburg zeigt eine intensive Auseinandersetzung und einen besonders wertschätzenden Umgang mit dem Bestand und seiner Geschichte.

Die Wettbewerbsjury zur Ausschreibung des Generalplaners für das Kulturzentrum Mattersburg hat sich einstimmig für das Siegerprojekt von Holodeck Architects entschieden. Bei der Auswahl des Generalplaners handelte es sich um ein zweistufiges Verfahren, das wie folgt abgelaufen ist: Aus den 17 Bewerbungen der Phase 1 wurden sieben Bewerber ausgewählt, die zur Ausarbeitung von Planungskonzepten eingeladen wurden.

Die Kommission hat in ihrer Sitzung am 9. und 10. März 2016 ihre Entscheidung einstimmig getroffen. Nach Ablauf aller Einspruchsfristen konnte nun das Siegerprojekt präsentiert werden:

Das Siegerprojekt von Holodeck Architects zeigt eine intensive Auseinandersetzung und einen besonders wertschätzenden Umgang mit dem Bestand und seiner Geschich-

te. Das bestehende Gebäudeensemble aus Kulturzentrum und Neuer Mittelschule liegt an der stark geneigten Wulkalände ostseitig des Viaduktes in unmittelbarer Nachbarschaft zum Sportzentrum. Die vorhandenen Baukörper zeichnen sich durch eine kaskadenartige, sensible Positionierung in die parkähnliche Landschaft aus und bilden entlang des nordseitigen Hanges eine einprägsame Baustruktur. Zu einem besonders identitätsstiftenden Merkmal für die Bevölkerung hat sich die formale Ausbildung der Sichtbetonelemente des Veranstaltungssaales entwickelt.

Diese Identität zu erhalten und das re-strukturierte Kulturzentrum in die umgebende Landschaft und das Gebäudeensemble wieder schlüssig einzugliedern, definieren Holodeck Architects als deren städtebauliches und architektonisches Leitmotiv.

Der neu geschaffene, öffentliche Platz zwischen Kulturzentrum und Neuer Mittelschule bietet mittels mehrerer Sitzgelegenheiten BesucherInnen und SchülerInnen angenehm nutzbaren Freiraum mit hoher Aufenthaltsqualität. In den großzügigen Platz mündet auch die fußläufige Verbindung von den oberen Stellplätzen, welche durch die parkähnliche Landschaft vorbei am neuen Veranstaltungssaal führt und dabei unterschiedliche, räumliche Ausblicke gewährt.

Eine Umstrukturierung der Räumlichkeiten mit den einprägsamen, identitätsstiftenden Sichtbetonelementen – dem ehemaligen Veranstaltungssaal – ermöglicht die entsprechende neue Nutzung als Literaturhaus, Restaurant und Volkshochschule. Dieser gegenüber liegt der flexibel ausgestattete und mehrfach teilbare, zeitgemässe Veranstaltungssaal in gefärbter Sichtbetonkubatur, eingebettet

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Präsentierten das Siegerprojekt für den Umbau des Kulturzentrums Mattersburg (v.l.): Anton Grosinger, Prokurist BELIG, Landesrat Helmut Bieler, Bürgermeisterin Ingrid Salamon, Landtagspräsident Christian Illedits, Architekt Michael Ogertschnig und Architektin Marlies Breuss von Holodeck Architects, und Architekt Klaus-Jürgen Bauer, Wettbewerbs-Juryvorsitzender

in die Landschaft in warmer Farbtongebung.

Zwischen den beiden Sichtbetonbaukörpern liegt das Foyer als räumliches Gelenk, umgesetzt in einer Stahlkonstruktion mit der die Landschaft zitierenden, reflektierenden Metalldecke. Dieser multifunktionale Raum ermöglicht Erweiterungen des Restaurant- und des Veranstaltungsbereiches sowie unterschiedliche Positionierungen von Ausstellungsflächen.

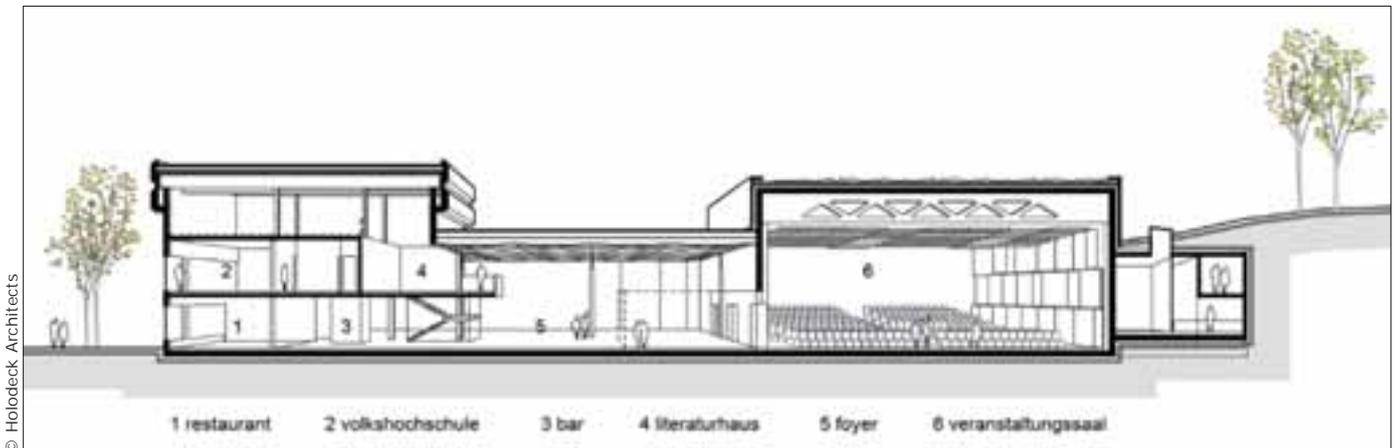
Weitere Flexibilität und Multifunktionalität schafft die durchgängige Erdgeschoßebene der drei Baukörper und verstärkt den Bezug zum öffentlichen Platz mit dem Haupteingang für alle Funktionen. Ein weiterer Eingang bietet bei geschlossenem Foyer die voneinander unabhängigen Zugangsmöglichkeiten zu den Räumlichkeiten Literaturhaus, Restaurant und Volkshochschule

Landtagspräsident Christian Illedits: „Das Siegerprojekt schafft jene Symbiose aus Alt und Neu, welche dem kulturpolitischen Stellenwert des Gebäudes gerecht wird. Das erste Kulturzentrum des Burgenlandes bleibt in vielen seiner wesentlichen Merkmale erhalten. Damit bewahren wir ein Stück sozialdemokratischer Kulturpolitik und Architekturtradition, das für die Ära Kery/Sinowatz/Mader steht, für die Zukunft. Mit der Neugestaltung wird das KUZ als kulturelles Aushängeschild des Bezirks langfristig abgesichert und als Veranstaltungszentrum sogar aufgewertet. Die Investition in dieses Projekt bringt wirtschaftliche Impulse weit über den Kulturbereich hinaus.“

Landesrat Helmut Bieler: „Die Umsetzung des Siegerprojektes betreffend weiterer Beschlußfassungen in der Landesregierung und

der Belig sowie Ausschreibungen und behördlicher Genehmigungen kann nun sofort weitergehen. Das Ziel, ein zeitgemäßes Kultur- und Veranstaltungszentrum mit der Schwerpunktlegung ‚Sprache- und Literaturpflege‘, ‚Kinder- und Jugendtheater‘ sowie ‚Gesellschaftliche Ereignisse‘ ist wieder einen grossen Schritt näher gerückt. Es geht jetzt um eine zügige Umsetzung des Siegerprojektes sowie um eine schnellstmögliche Wiedereröffnung des Kulturzentrums Mattersburg.“

Bürgermeisterin Ingrid Salamon: „Das KUZ Mattersburg ist so etwas wie ein Symbol für die Stadt. Es war das erste KUZ im Burgenland und hat daher für die Stadt und auch für das Land eine besondere Bedeutung. Die Neugestaltung unseres Kulturzentrums ist daher ein weiterer Meilenstein in der Stadtentwicklung.“



© Holodeck Architects

Gemeinsam sicher ist gestartet

Eisenstadt suchte SicherheitsbürgerInnen

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt



Bgm. Thomas Steiner und GR Istvan Deli mit Stadtpolizeikommandant Friedrich Tinhof (r.), Community-Referent Ernest Bogner (l.) sowie den Community-Polizisten Gerald Lichtscheidl, Erwin Reindl, Ladislaus Schmidt und Gerald Gawenda (v.l.).

Das Projekt „Gemeinsam sicher“ wurde am 11. Mai im E_Cube Eisenstadt im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Bevölkerung näher gebracht. Ziel ist es, die bestehende gute Zusammenarbeit mit der Polizei weiterhin zu stärken. Als nächster Schritt werden sogenannte Sicherheitsbürger gesucht, die als Bindeglied zwischen Polizei, Bevölkerung und Stadtverwaltung fungieren werden.

„Das Projekt folgt dem Konzept des ‚Community Policing‘, bei dem die Bevölkerung an der Gestaltung der öffentlichen Sicherheit in ihrem Lebensumfeld aktiv mitwirkt. In enger Kooperation mit dem Stadtpolizeikommando wurden Strategien und konkrete Projekte erarbeitet“, erklärte Bürgermeister Thomas Steiner. Seitens der Polizei wurden eigene Community-Polizisten bestellt. Diese werden neben ihrer normalen dienstlichen Tätigkeit das Projekt begleiten und als direkte Ansprechpartner fungieren.

Die SicherheitsbürgerInnen stellen einen integralen Bestandteil des Projekts dar. Mittels BürgerInnenbeteiligungsprojekt werden sie aufgerufen, sich aktiv in das Projekt einzubringen, um gemeinsam mit Sicherheits-Gemeinderat Istvan Deli das Bindeglied zwischen Stadtgemeinde, Eisenstädter Bevölkerung und Polizei zu bilden.

„Wir haben bereits in der Vergangenheit bei der Erstellung des neuen Stadtentwicklungsplans ‚Eisenstadt 2030‘ sehr gute Erfahrungen mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung gemacht. Zahlreiche Bürgerinnen

und Bürger haben ihre Ideen einfließen lassen und wurden aktiv in die Arbeit miteingebunden“, ist der Bürgermeister davon überzeugt, „daß sich die Eisenstädter Bevölkerung auch jetzt einbringen wird, weil Ihnen die Stadt genauso sehr am Herzen liegt wie uns.“

Engagierte BürgerInnen konnten sich bis 20. Mai bei der Stadtgemeinde melden. Ein entsprechender Aufruf war auch in der Ausgabe des Amtsblatts der Stadtgemeinde zu finden. Die Sicherheitsbürger wurden Ende Mai in einem Hearing ermittelt, die Auswahl erfolgte nach Empfehlungen der Polizei. „Hier soll keinesfalls eine Bürgerwehr entstehen, sondern lediglich der Informationsfluß gesteigert und die Zusammenarbeit er-

leichtert werden“, versicherte Bürgermeister Steiner.

Weiterführende Projekte

Bis zum Jahresende finden noch zahlreiche weitere Veranstaltungen statt. Den Auftakt machte eine Präventionsveranstaltung des Seniorenbeirats am 19. Mai, wo generationenspezifische Themen wie zum Beispiel „Neffentrick“ oder Bankanschlusssdelikte behandelt wurden. Im Herbst folgt dann eine Veranstaltungsreihe zur Prävention unter der Dachmarke „Gemeinsam sicher“: Diese beinhaltet Vorträge zu aktuellen Sicherheitsfragen (z.B. Dämmerungseinbrüche, Trickbetrügerei, etc.), aber auch Verkehrserziehungsvorträge in Kindergärten und Schulen. ■

Kampagne »Kinderfreundliches Taxi«

Die Stadtgemeinde Eisenstadt stattet die City-Taxis der Landeshauptstadt mit Kindersitzen aus. „Mit dieser Initiative wird den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen und die Sicherheit für die jüngsten Verkehrsteilnehmer erhöht“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner.

Den Taxiunternehmen werden zwei verschiedene Modelle zur Verfügung gestellt, die den neuesten Sicherheitsstandards entsprechen. Somit sind sowohl Kleinkinder von zwischen 1 und 4 Jahren als auch größere Kinder zwischen 4 und 12 Jahren optimal geschützt. Die Kosten für die Kindersitze übernimmt die Stadtgemeinde.

Die an der Kampagne „Kinderfreundliches Taxi“ teilnehmenden Unternehmen können ihre Taxiflotte mit speziellen Stickern versehen und so den Kunden signalisieren, daß sie Kindersitze an Bord haben. Bei Bedarf können künftig auch Taxis mit Kindersitz vorbestellt werden.

Auch die Eisenstädter Bevölkerung ist herzlich eingeladen jederzeit am ÖAMTC-Stützpunkt gebrauchte Kindersitze einem Gratis-Check zu unterziehen sowie kostenlose Beratung bei der Kindersitz-Auswahl und Unterstützung hinsichtlich der richtigen Kindersicherung im Auto in Anspruch zu nehmen. ■

Jets: 5000 Euro für Diakonie

Im vergangenen Sommer begann der Bandleader und Manager der Jets, Fred Pokomandy mit der Planung und Vorbereitung des Abschiedskonzertes der Jets nach dem Motto „50 Jahre sind genug“. Mit der Stadtgemeinde Oberwart unter Bürgermeister Georg Rosner und dem neuen Messebetreiber Harry Kahr fand er zwei Partner, die die Idee mitgetragen und finanziell aber auch organisatorisch großzügig unterstützt haben. Am 23. April pilgerten zahllose Fans und Freunde der Jets in die Burgenlandhalle und erlebten einen unvergesslichen Abend.

Wie bereits angekündigt, verzichteten die Jets auf ihre Gage und so konnte ein Scheck in der Höhe von 5000 Euro an die Diakonie Südburgenland übergeben werden.

<http://www.diakonie-suedburgenland.at>

Foto: Stadtgemeinde Oberwart



v.l.: Friederike Rössl, Marc Seper, Bgm. LAbg. Georg Rosner, Sieglinde Pfänder, Fred Pokomandy, Harry Kahr und Herwig Wallner bei der Übergabe des Schecks

Dokumente in der Pestsäule

Die Mattersburger Pestsäule wurde generalsaniert und deshalb im Winter vom Hauptplatz abgetragen. Im Zuge der Demontage wurden zwei historische Dokumente in einer Metallhülse vorgefunden. Dabei handelt es sich um ein Dokument aus dem Jahre 1913 und um eines aus dem Jahre 1938. Sie waren stark durchfeuchtet und wurden daher von Stadtrat Manfred Klug geborgen und in das Institut für Papierrestaurierung ins Schloß Schönbrunn gebracht. Dort wurden sie von Restaurator Peter Zehetmayer restauriert und konserviert. Aus den gefundenen Dokumenten geht hervor, daß die Säule 1913 saniert und 1938 wieder instandgesetzt wurde.

Nun wurde eine Box mit Kopien der alten Dokumente sowie ein aktuelles Schriftstück in der Pestsäule eingemauert.

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg



Restaurator Peter Zehetmayer (l.) und Stadtrat Manfred Klug bei der Pestsäule

Die schönste Burgenländerin

Die frischgebackene Miss Burgenland 2016, Viviane Reinhardt aus Neufeld an der Leitha, stattete Landeshauptmann Hans Niessl am 3. Mai einen Besuch ab. Die sportliche 20jährige, die hauptberuflich als Verkäuferin arbeitet und daneben einen You Tube-Beauty-Kanal betreibt, hatte bei der Misswahl Mitte April im Outlet Center Parndorf den Titel errungen.

Neufeld ist offensichtlich ein sehr gutes Pflaster, von hier kommt schon die zweite Miss Burgenland. Viviane Reinhardt glänzt aber nicht nur durch ihre attraktive Erscheinung, sondern tut auch etwas für ihre Weiterbildung und ist dabei, die Matura nachzumachen. „Ich gratuliere ganz herzlich zum Titel Miss Burgenland wünsche alles Gute für ihren weiteren Lebensweg“, so Niessl.

Foto: Bgld. Landesmedienservice



LH Hans Niessl (l.) mit Viviane Reinhardt und Neufelds Bgm. Michael Lampf

Tier – Mensch

Mythos, Fabelwesen und Wirklichkeit. Die Jahresausstellung auf Schloß Halbturn erzählt von der vielseitigen Beziehung zwischen Mensch und Tier. Von 21. April bis 26. Oktober 2016.

Verblüffende Präparate und besondere Objekte aus der weltberühmten Zoologischen Sammlung der Universität Wien zeigen uns die Entwicklung und die Vielfalt der Tierwelt. So sind hier selten gezeigte Leihobjekte wie zum Beispiel ein in Alkohol präpariertes Pferde-Embryo aus 1860 und vieles anderes Skurriles zu bestaunen.

In wunderschönen Holzvitrinen aus dem Österreich Pavillon aus der Weltausstellung in Paris 1878 werden diverse Tierarten, historische anatomische Wachsmodelle aus dem 19. Jahrhundert oder auch eine von Hans Hass entwickelte Unterwasserkamera präsentiert.

Der mythische Aspekt von Tieren begegnet uns in der Schau mittels Fabeltiere wie Einhorn, Pegasus und Wolpertinger ebenso wie aus Tieren gefertigte kultische und magische Objekte.

Großartig nachgebildete und präparierte Tiere wie Dinosaurier, Mammut, Hunde, Puma, Wolf, Schildkröten und viele mehr sind lebensgroß und sehr nah für die BesucherInnen zu erleben.

Chinesische Drachen und historische Kostbarkeiten sind aus der Sammlung von Professor Gerd Kaminski ausgestellt. Zwischen chinesischen Kostbarkeiten, Drachen, Mondkröten und Mondhasen ist ein sehr kostbarer Wandteppich aus dem Zimmer im chinesischen Kaiserpalast in Peking, in welchem Kaiser Kangxi (1654-1722) aus der Mandschuh-Dynastie geboren wurde, zu bestaunen.

Spannend ist auch das Übernehmen von Verhaltensmustern der Tiere für uns Menschen wie es oft in der Karikatur oder in Theateraufführungen stattfindet. Dieser Aspekt wird unter anderem mit originalen Entwürfen für Theaterkostüme vom berühmten Bühnenbildner Herwig Libowitzky illustriert.

Planen Sie einen Tagesausflug und verbinden Sie die Ausstellung mit einem Besuch in der Vinothek „Antikes und Wein“, spazieren Sie durch den ganzjährig geöffneten Skulpturenpark und genießen Sie die exzellente Küche des Restaurants Knappenstein. Schloß Halbturn mit der barocken Parkanlage ist nur 45 Minuten von Wien, Eisenstadt und Bratislava entfernt. ■

<http://www.schlosshalbturn.com>



Ausstellungsansicht mit Objekten aus der Zoologischen Sammlung der Universität Wien (oben) und mit kostbarem Wandteppich aus dem Kaiserpalast Peking (unten)



Fotos: Kulturverein Schloss Halbturn

Euregio-Vorstand tagte in Rovereto

Die Flüchtlingsfrage im Vordergrund und eine Reihe von Sachthemen auf der Tagesordnung: So gestaltete sich die Sitzung des EVTZ-Vorstands in Rovereto.



Foto: EVTZ Europaregion

Der Euregio-Vorstand tagte in Rovereto (v.l.): die Landeshauptmänner Günther Platter (Tirol), Ugo Rossi (Trentino) und Arno Kompatscher (Südtirol)

Zum zwölften Mal war am 25. Mai der Vorstand und zum neunten Mal die Versammlung des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ zusammengekommen. Die Sitzungen fanden am Sitz der „Manifattura“ in Rovereto im Trentino statt, zumal derzeit das Trentino den Vorsitz der Euregio inne hat.

Politisches Thema der Vorstandssitzung mit den drei Landeshauptleuten Ugo Rossi (Trentino), Arno Kompatscher (Südtirol) und Günther Platter (Tirol) war die Flüchtlingsfrage. Dazu legte die im vergangenen Jahr eingesetzte Euregio-Taskforce zur Flüchtlingsproblematik einen Bericht vor, der die jüngsten Entwicklungen auf nationaler und regionaler Ebene sowie die Vorbereitungen auf mögliche Flüchtlingsströme umfaßte.

Auf der Tagesordnung standen die laufenden Projekte des Gemeinsamen Büros in Bozen ebenso, wie die zukünftigen grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte, die Zusammenarbeit unter den drei Universitäten und die grenzüberschreitende Mobilität. Gesprochen wurde auch über das sogenannte Euregio-Monitoring, sprich die Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Europaregion vom vergangenen November sowie über die Einbeziehung der Euregio in das al-

penübergreifende EU-Programm EUSALP, insbesondere die Einrichtung eines sogenannten Servicepoints in Brüssel.

Nach dem Überblick der Generalsekretärin Valentina Piffer über die laufenden Projekte, legte der EVTZ-Vorstand sein Augenmerk auf die Euregio-Initiativen für junge BürgerInnen in der Europaregion. Dazu gehören die enge Zusammenarbeit der drei Universitäten in Trient, Bozen und Innsbruck und mit den anderen Forschungseinrichtungen in der Euregio. Allein der Wissenschaftsfonds ist für die ersten beiden Ausschreibungen mit insgesamt drei Millionen Euro dotiert. Zu den ausdrücklichen Jugendprojekten zählen das Euregio-Jugendfestival, das Euregio-Summerncamp, das Euregio-Sportcamp sowie Studienaufenthalte und Mobilitätsbegünstigungen. Auch der geplante Euregio-Familypaß gehört dazu: Er soll nicht nur die Mobilität innerhalb der Europaregion fördern und erleichtern, sondern auch die Eintritte in das museale Netz der Euregio.

Gutgeheißen wurden verschiedene neue Projekte des EVTZ, wie die kurz bevorstehende Alpenradtour vom Chiemsee bis zum Gardasee, von der sich der Euregio-Vorstand durch die mediale Berichterstattung große Aufmerksamkeit für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der Europa-

region Tirol-Südtirol-Trentino erhofft. Einhellig genehmigt wurde das erste grenzüberschreitende Music Camp in Toblach, bei dem sich im Juli ein Euregio-weites Blasmusik-Orchester konstituieren soll – nach dem Motto: Musik kennt keine Grenzen. Besondere Beachtung wurde auch der Makroregion Alpen geschenkt. In diesem Zusammenhang wurde der Präsidentin der Provinz Belluno, Daniela Larese Filon, Beobachterstatus zuerkannt.

In der Flüchtlingsfrage haben die drei Präsidenten vereinbart, auch weiterhin gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Etwaige Kontrollen am Brenner sollen abgesprochen und vereinbart werden. Landeshauptmann Arno Kompatscher verwies dabei auf die wichtige Vermittlerrolle, welche die Euregio sogar auf europäischer Ebene eingenommen habe: „Wir wollen in Europa eine Vorbildfunktion einnehmen und ein exzellentes Beispiel geben, wie durch enge Zusammenarbeit Grenzen überwunden werden. Diese enge Zusammenarbeit der drei Länder zeige sich beispielsweise auch beim grenzüberschreitenden Projekt zum Lawinenwarndienst.“

Die drei Präsidenten vereinbarten zudem, dem neugewählten österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen ein Schreiben zu schicken, in dem sie die gemeinsame Position der Euregio zur Flüchtlingsbewältigung darlegen werden.

Tirols Landeshauptmann Günther Platter lenkte hingegen die Aufmerksamkeit auf das Projekt EUSALP: „Gerade im Hinblick auf die Mobilität in der Europaregion stehen wir vor einer großen Herausforderung – bei einem jährlichen Transit am Brenner von zwei Millionen LKW. Über das europäische EUSALP-Programm möchten wir nun autonom diese Materie in die Hand nehmen und die EU-Ziele zu erreichen, nämlich den Schwerverkehr innerhalb dem Jahr 2030 um 30 Prozent und innerhalb dem Jahr 2050 um die Hälfte zu reduzieren.“ Mit dem Jahrhundertprojekt Brennerbasistunnel habe man schließlich in Zukunft alle Instrumente in der Hand, den Transport von der Straßen auf die Schiene zu bewerkstelligen, so Platter abschließend. ■

<http://cor.europa.eu/de/>

Ein Schritt weiter in Richtung digitaler Binnenmarkt

Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Beim Kauf von Produkten oder Dienstleistungen gibt es jedoch oft kommerzielle Schranken...

Im vergangenen Jahr hat die EU-Kommission ihre Strategie für einen digitalen Binnenmarkt präsentiert. Im Januar 2016 hat das EU-Parlament dazu einen Bericht verabschiedet. Er ist der Beitrag des Parlaments zu den von der Kommission vorgeschlagenen Initiativen, die umgesetzt werden sollen. Die Berichterstatterinnen sind die estnische EU-Abgeordnete Kaja Kallas (ALDE) und die deutsche EU-Abgeordnete Evelyne Gebhardt (S&D). Das Parlament ist zusammen mit dem Ministerrat gleichberechtigter Gesetzgeber im Bereich digitaler Binnenmarkt.

Am 25. Mai präsentierte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Andrus Ansip, den EU-Abgeordneten im Plenum neue Vorschläge zur Förderung von elektronischem Handel (E-Commerce) und zur Überarbeitung der Vorschriften über audiovisuelle Medien-

dienste. Im Anschluß fand eine Debatte mit den EU-Abgeordneten statt. Die Abgeordnete Kaja Kallas sagte: „Bei der digitalen Innovation geht es darum, es besser zu machen und neue Problemlösungen zu finden, vom Zugang zu Dienstleistungen und Produkten bis hin zu Umwelt- und Mobilitätsfragen. Ziel der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt ist auch, Barrieren abzubauen. Die Barrieren, die oft auf veralteten Gesetzen und Praktiken beruhen.“

Geoblocking

Geographisches Sperren wird auch als Geoblocking bezeichnet. Konsumenten können die von einem Unternehmen angebotenen Produkte und Dienstleistungen nicht kaufen, da sie von einem anderen Land aus auf das Angebot zugreifen. Unternehmen blockieren den Zugriff oftmals ohne Begründung. Konsumenten werden zu einem lokalen Store mit einem unterschiedlichen Preis- und Warenangebot weitergeleitet.

In der im Januar verabschiedeten Entschließung betont das Parlament, daß Verbrauchern der Zugang zu Waren und Dienstleistungen nicht aufgrund der IP-Adresse, der Postanschrift oder des Ausstellungslands der Kreditkarte gesperrt werden dürfe. Ein



Fotos: © European Union 2016 - Source: EP

EU-Kommissar Andrus Ansip, zuständig für den digitalen Binnenmarkt

solches Geoblocking müsse abgeschafft werden.

Der nun von der Kommission präsentierte Geoblocking-Vorschlag sieht vor, daß Verbraucher aus anderen Mitgliedsstaaten denselben Zugang zu Dienstleistungen oder Waren erhalten sollen wie die Konsumenten in einem bestimmten Mitgliedsstaat, sofern dagegen nicht objektive und nachprüfbare Gründe vorliegen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Geoblocking umfassen jedoch Ausnahmen für Transportdienstleistungen, Finanzdienstleistungen für PrivatkundInnen und audiovisuelle Dienste.

Im Rahmen der Plenardebatte sagte die Abgeordnete Evelyne Gebhardt: „In der analogen Welt wäre es völlig undenkbar, daß ein Käufer in einem Laden abgewiesen wird, lediglich weil er in einem anderen Staat lebt.“ Es handle sich hierbei um eine „Diskriminierung von Menschen, je nachdem aus welchem Land sie sind, oder auch ob sie eine Kreditkarte haben, die in dem richtigen Land ausgestellt worden ist.“ Das sei inakzeptabel in einem Binnenmarkt, so Gebhardt.

Das am 25. Mai vorgestellte Paket zum

digitalen Binnenmarkt umfaßt des Weiteren auch Maßnahmen zur grenzüberschreitenden Paketzustellung und Durchsetzung von EU-Verbraucherschutzvorschriften.

Überarbeitung der EU-Bestimmungen für den audiovisuellen Bereich

Im Bereich der audiovisuellen Medien-

dienste ist geplant, die Vorschriften für traditionelle Fernsehveranstalter, Videoabrufanbieter (wie Netflix) und Videoplattformen (wie Youtube) ausgewogener zu gestalten, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Kindern. Zudem sollen Fernsehveranstalter mehr Flexibilität erhalten, wann Werbung gezeigt werden darf. Schließlich werden auch Maßnahmen der Selbstregulierung bei Online-Plattformen zum Beispiel in Hinblick auf Verbraucherrechte unterstützt. EU-Kommissar Andrus Ansip betonte: „Alle Akteure auf diesem Markt, traditionelle Anbieter und Anbieter von Online-Diensten, sollten nach den gleichen Regeln spielen, ohne Diskriminierung.“ Er führte an, daß EU-Unternehmen sich insbesondere in Bereichen wie der Entwicklung von Apps und der Sharing-Economy positiv hervorheben. „Um Erfolg zu haben, benötigen alle Plattformen ein rechtliches Umfeld, das ihnen Sicherheit gibt.“

Bisherige Vorschläge

2015 und zu Beginn des Jahres 2016 hatte die EU-Kommission bereits Vorschläge zu den folgenden Bereichen vorgelegt: Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte (wie Musik-Streaming), vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren (zum Beispiel der Internet-Versandhandel von Kleidung), grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten und die Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union für mobile Internetdienste.

Bis Ende des Jahres 2016 sollen weitere Kommissionsvorschläge präsentiert werden, wie zum Beispiel zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer oder in den Bereichen der Cybersicherheit und des Copyrights. ■

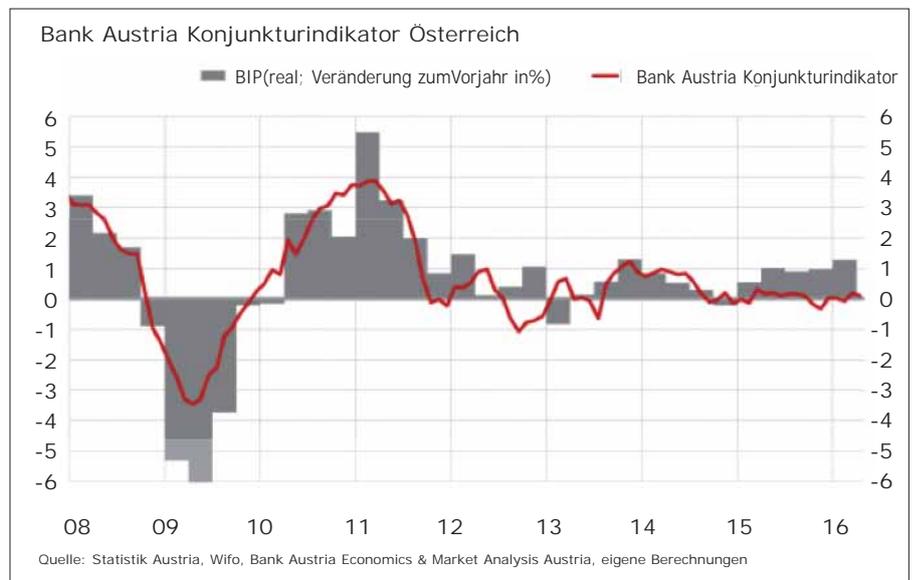
<http://www.europarl.europa.eu>

Leichter Rückenwind durch Inlandsnachfrage

Leichte Klimagebung in der Industrie trotz Stimmungstief in Österreich – Nach gutem Start ins Jahr wird Inlandsnachfrage 2016 weiter für Schwung sorgen und trotz nachlassender Dynamik sind 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum zu erwarten

Nach dem soliden Start ins Jahr 2016 setzt die österreichische Wirtschaft ihren moderaten Erholungskurs etwas verhaltener fort. Der Bank Austria Konjunkturindikator erreicht im April zwar nur noch 0,1 Punkte und liegt damit unter dem Vormonat, bleibt aber weiterhin im positiven Bereich, was auf ein anhaltendes Wachstum der heimischen Wirtschaft hindeutet“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Etwas überraschend haben sich die Stimmungswerte für die österreichische Wirtschaft, die maßgeblich die Richtung des Bank Austria Konjunkturindikators bestimmen, jüngst uneinheitlich entwickelt.

„Trotz der Stabilisierungstendenz in den vergangenen Monaten am Arbeitsmarkt und der spürbar positiven Auswirkungen der Steuerreform hat sich die Stimmung der heimischen Konsumenten im April erneut eingetrübt. Sowohl im historischen als auch im europäischen Vergleich sind die Österreicher weiterhin besonders pessimistisch. Die heimischen Produzenten sind dagegen etwas zuversichtlicher geworden“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl zu Detailentwicklungen des Bank Austria Konjunkturindikators. Dennoch ist das Industrievertrauen in Österreich derzeit sehr gering, obwohl die Vorgaben aus dem Ausland insgesamt nicht uner-



freulich sind. In den wichtigsten europäischen Abnehmerländern der heimischen Betriebe, wie Deutschland und Italien, hat sich die Stimmung in der Industrie verbessert. Zudem übersteigt der mit dem österreichischen Außenhandel gewichtete Gesamtindex klar den langjährigen Durchschnittswert.

„Die österreichische Wirtschaft befindet sich nach einem gelungenen Start ins Jahr 2016 auf einem soliden Wachstumskurs. Die vorliegenden Frühindikatoren sprechen für

eine Fortsetzung des leichten Konjunkturaufwinds in den kommenden Monaten, wenn auch zwischenzeitlich mit etwas weniger Tempo. Mit einem Plus von 1,5 Prozent erwarten wir für das Jahr 2016 insgesamt weiterhin ein höheres Wirtschaftswachstum als im Vorjahr“, so Pudschedl. Allerdings weist der aktuelle Bank Austria Konjunkturindikator darauf hin, daß der Anstieg des BIP, der zu Beginn des Jahres 0,6 Prozent zum Vorquartal betragen hat, zumindest im laufenden

Österreich Konjunkturprognose	Schätzung						Prognose	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,9	2,8	0,8	0,3	0,4	0,9	1,5	1,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,6	0,1	0,0	0,4	1,0	1,0
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,1	6,7	1,3	-0,3	-0,2	0,5	2,0	3,2
Inflationsrate (Vdg. z. Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	1,4	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,5	9,5
Beschäftigung (Vdg. z. Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,1	0,9
Öffentlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,4	-2,6	-2,2	-1,3	-2,7	-1,2	-1,7	-1,3
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,3	82,1	81,6	80,8	84,2	86,2	85,5	84,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdienler und Schulungen
Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Wirtschaft

Quartal etwas gemäßigter erfolgen dürfte. Mit ein Grund dafür ist, daß das Wachstum der heimischen Wirtschaft vorerst keine Unterstützung durch den Außenhandel erhält. Die österreichische Exportwirtschaft kann zwar die anhaltende Erholung in Europa und das solide Wachstum in den USA nutzen, aber solange das globale Wirtschaftswachstum aufgrund der zurückhaltenden Performance vieler Schwellenländer nicht anzieht, wird der österreichische Außenhandel die Dynamik in Österreich kaum positiv beeinflussen können. In einigen Schwellenländern zeigen sich jedoch vermehrt Anzeichen für ein Abklingen der Wachstumsschwäche, so daß im späteren Jahresverlauf die heimische Exportwirtschaft einer stärkeren Nachfrage gegenüberstehen sollte.

Unmittelbar gibt die Inlandsnachfrage, vor allem der Konsum der österreichischen Wirtschaft den nötigen Rückhalt. Die Steuerreform und die niedrige Inflation, die aufgrund gesunkener Rohstoffpreise in den ersten Monaten 2016 unter 1 Prozent im Jahresabstand liegt, haben den Konsum zur bestimmenden Triebfeder des Wachstums seit Jahresbeginn gemacht und werden auch in den kommenden Monaten für Schwung sorgen. Die Investitionstätigkeit wird folgen, wenn auch eher nur verhalten. „Das Stimmungstief in der heimischen Wirtschaft begrenzt den Auftrieb der Investitionen. Diskussionen um die Standortqualität und die hohe Regulierungsdichte bremsen in Österreich aktuell die Bereitschaft Investitionskapital in die Hand zu nehmen zusätzlich“, meint Bruckbauer. Seit der Finanzkrise 2008/2009 stagnieren in den Industrieländern, wie auch in Österreich die Investitionen, trotz niedrigem Zinsniveau und überwiegend guter Ertragssituation. Statt zu investieren, sind die Unternehmen zu Nettosparern geworden. Die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP) liegt mit derzeit 22 Prozent in Österreich auf einem Tiefstand, sogar rund 3 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau. „Die Investitionen sind der Schlüssel zu mehr Wachstum in Österreich, nicht nur auf kurze Sicht gesehen. Solange die Investitionen nicht spürbar anziehen, fehlt es auch an den notwendigen Produktivitätsfortschritten, die das langfristige Wachstumspotential der heimischen Wirtschaft wieder anheben“, so Bruckbauer. Die Faktorproduktivität in Österreich tendiert nach jährlichen Anstiegen von über einem Prozent in den 1990er Jahren und frühen 2000er-Jahren derzeit gegen Null.

Die Investitionsflaute ist für die ange-

spannte Lage am österreichischen Arbeitsmarkt zumindest mitverantwortlich, neben dem Anstieg des Arbeitskräftepotenzials durch Bevölkerungswachstum und Migration. „Die Konjunkturbelebung im Jahr 2016 ist zu schwach, um die Lage am Arbeitsmarkt zu entspannen. Das Arbeitskräfteangebot steigt weiterhin stärker als die Beschäftigung. Wir rechnen daher mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent auf

9,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 2016“, so Bruckbauer. Die in den Wintermonaten zu beobachtende Stabilisierungstendenz am Arbeitsmarkt war den guten Witterungsbedingungen geschuldet und ist mit Beginn des Frühjahres zu Ende gegangen. Die saisonbereinigten Daten zeigen derzeit wieder eine leicht steigende Arbeitslosigkeit und die Beschäftigungsdynamik hat etwas nachgelassen. ■

WIFO: Konjunkturbeschleunigung im I. Quartal

Gemäß der aktuellen Quartalsrechnung des WIFO wuchs die heimische Wirtschaft im I. Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % (IV. Quartal +0,3 %). Stärker als im Vorquartal erhöhten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Auch die Investitionsnachfrage lieferte erneut einen positiven Wachstumsbeitrag. Die gute Saison im Tourismus stützte die Wertschöpfung in der Beherbergung und Gastronomie und erhöhte die Dienstleistungsexporte. Die Industriekonjunktur gewann nur wenig an Schwung.

Das österreichische BIP wuchs im I. Quartal gegenüber der Vorperiode um 0,5 %. Damit ergab sich eine leichte Beschleunigung gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2015 (IV. Quartal +0,3 %, III. Quartal +0,2 %). Das unbereinigte BIP lag im I. Quartal um 1,6 % über dem Niveau des Vorjahres, bereinigt um Kalendereffekte (Schalttag, Arbeitstage) um 1,1 %. Gegenüber der WIFO-Schnellschätzung von Ende April wurden die Ergebnisse leicht nach oben revidiert (+0,1 Prozentpunkt im Vorquartalsvergleich, +0,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich, unbereinigt).

Der Konsum entwickelte sich im I. Quartal 2016 dynamisch, sowohl die private als auch die öffentliche Konsumnachfrage wurden um 0,3 % ausgeweitet. Die Steigerung der Konsumausgaben der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) lag zu Jahresbeginn deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen drei Jahre (2013/2015 +0,1 %). Die mit Jahresbeginn umgesetzte Steuerreform dürfte hier die Ausgabenbereitschaft erhöht haben.

Einen positiven Beitrag zum Wachstum des BIP leisteten auch die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen), sie wurden im I. Quartal um 0,6 % ausgeweitet. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stieg um 0,8 %. Die heimischen Un-

ternehmen investierten wieder vermehrt in Maschinen (+0,6 %) und Fahrzeuge (+1,5 %). Positive Impulse lieferten erstmals wieder auch die Bauinvestitionen: Vor allem der Nichtwohnbau wurde deutlich ausgeweitet (+1,1 %), dämpfend wirkte hingegen die anhaltend träge Entwicklung im Wohnbau (-0,1 %).

Mit einer leichten Dämpfung setzte sich die positive Grunddynamik im Außenhandel fort. Sowohl die Exporte (+0,5 %) als auch die Importe (+0,7 %) stiegen schwächer als seit dem Frühjahr 2015. Die Verlangsamung betraf besonders die Warenexporte, während sich die Dienstleistungsexporte aufgrund der guten Entwicklung im Reiseverkehr dynamischer als zuletzt entwickelten. Weil die Importe stärker ausgeweitet wurden als die Exporte, lieferte der Außenhandel insgesamt erneut keinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

Die Industriekonjunktur verlief im Lichte der Besserung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung relativ verhalten, wenngleich sich die Dynamik seit Anfang 2015 kontinuierlich beschleunigte (I. Quartal 2016 +0,6 %). Von der Bauwirtschaft kamen erstmals vermehrt positive Impulse (+0,3 % nach +0,1 % im IV. Quartal 2015). Ebenso unterstützten die Dienstleistungsbereiche das Wirtschaftswachstum. Dank der guten Saison im Tourismus verzeichneten besonders Beherbergung und Gastronomie sowie der Handel auch unter Berücksichtigung des Schalttageffektes eine positive Entwicklung. Die Wertschöpfung von Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie stieg um 0,4 %. Im Bereich Information und Kommunikation sowie den freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen wurde sie um jeweils 0,2 % ausgeweitet, im Kredit- und Versicherungswesen um 0,8 % und im Grundstücks- und Wohnungswesen um 0,4 %. ■

Einfamilienhaus-Preise spürbar gestiegen

RE/MAX: Einfamilienhaus-Durchschnittspreis 2015 erstmals über 200.000 Euro.

Exakt 11.512 Einfamilienhaus-Käufe wurden 2015 im Österreichischen Grundbuch verbüchert. Das sind um +14,7 % mehr als 2014. Der Gesamtwert der 2015 in Österreich gehandelten Einfamilienhäuser stieg im Vergleich zum Vorjahr um +21,2 % auf 2,8 Mrd. €

Für ein einzelnes Einfamilienhaus bezahlten die neuen Eigentümer typischerweise 202.221 € um +5,7 % mehr als noch 2014.

Dies berichtet RE/MAX, Österreichs größtes Immobilien-Experten-Netzwerk, im RE/MAX ImmoSpiegel für das Gesamtjahr 2015. Diese Statistik-Daten beruhen auf der Gesamtauswertung aller 112.124 Immobilien-Kaufverträge, die im Grundbuch 2015 verbüchert wurden, und von IMMOUnited – Roland Schmid ausgelesen und als Kaufvertragssammlung veröffentlicht werden.

„Der Einfamilienhäuser-Markt in Österreich war in den letzten Jahren im Vergleich zu den Eigentumswohnungen wesentlich ruhiger und konstanter. Das Jahr 2015 brachte allerdings einen neuen Schwung in den Einfamilienhaus-Markt. Einem weitestgehend guten Angebot stand eine steigende Nachfrage von Eigennutzern mit dem notwendigen Eigenkapital gegenüber. Die historisch niedrigen Kreditzinsen sprechen auch weiterhin dafür, das Geld in einen Hauskauf und damit in eine höhere Lebensqualität zu investieren“, sagt der Geschäftsführer von RE/MAX Austria, Bernhard Reikersdorfer.

Burgenland

Den Schwung aus 2014 mit einem Viertel mehr verkauften Einfamilienhäusern als 2013 konnte das Burgenland 2015 mitnehmen und noch einmal +3,4 % draufsetzen: Mit 692 neuen Einfamilienhausbesitzern liegt das Burgenland auf Rang 6 der Bundesländer-Liste.

Wenn sich die burgenländischen Einfamilienhaus-Preise weiter herumsprechen, ist mit einem weiteren rapiden Anstieg zu rechnen: 116.224 € pro Einfamilienhaus sind zwar um +10,9 % mehr als 2014, aber immer noch knapp 40 % unter dem Durchschnittspreis der Steiermark und 74 % unter dem Bundeschnitt, so die Immobilienfachleute bei RE/MAX.

Nach der Anzahl der verkauften Einfamilienhäuser führt der Bezirk Oberwart mit 163 Einfamilienhäusern vor Güssing mit 115 und Eisenstadt (Stadt, Umgebung und Rust) mit 109. Der Bezirk Neusiedl folgt mit 86 und Oberpullendorf mit 79.

Die höchsten Durchschnittspreise konnten 2015 für Einfamilienhäuser im Bezirk Neusiedl mit 178.307 € und mit 171.496 € in Eisenstadt (Stadt, Umgebung und Rust) erzielt werden. Mattersburg folgt mit 142.960 € und Jennersdorf mit 108.859 €. Die Bezirke Güssing, Oberpullendorf und Oberwart lagen zwischen 80.000 und 90.000 € pro Haus.

Die Preisentwicklung für Einfamilienhäuser in den Bezirken

Jennersdorf +22,2 %, Neusiedl +20,6 %, Eisenstadt (Stadt, Umgebung und Rust) +14,3 %, Oberwart +8,8 %, Mattersburg +4,7 %, Oberpullendorf -0,9 % und Güssing -3,1 %.

Kärnten

Mit 1.118 Einfamilienhäusern, also um +12,4 % mehr als im Vorjahr, belegte Kärnten nach der Stückzahl den 4. Platz im Einfamilienhaus-Ranking. Der Gesamtwert betrug dabei 214 Mio. €. Der typische Kärntner Einfamilienhaus-Preis lag nach den RE/MAX Experten bei 165.290 € und damit um +5 % über 2014.

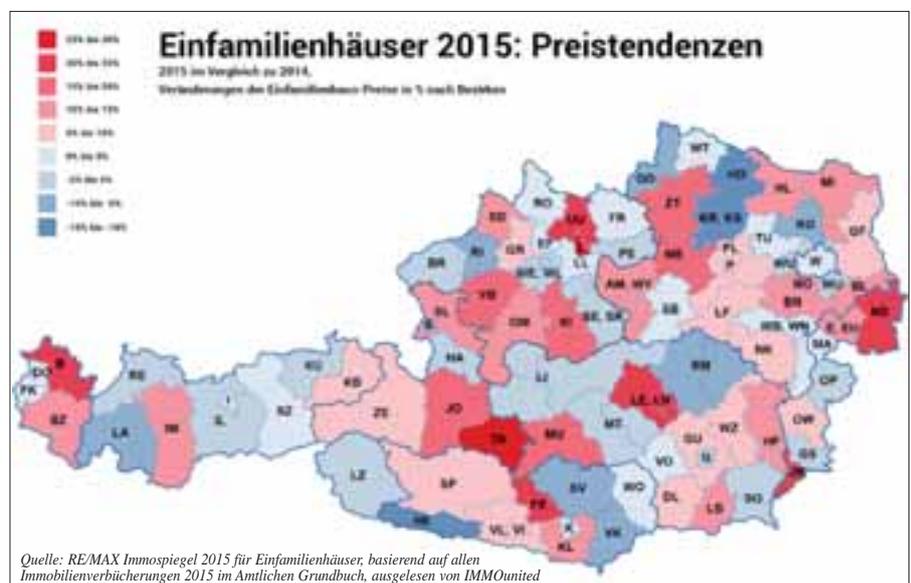
Klagenfurt (Stadt + Land) hat mit 288 verbücherten Einfamilienhäusern die Nase vorne, aber Villach (Stadt + Land) holt auf und kommt 2015 auf 269 Einheiten. Der Bezirk Spittal landet nach einer außergewöhnlichen Steigerung von +44,1 % bei 160 Einfamilienhaus-Verkäufen und der Bezirk Wolfsberg bei exakt 100.

Das Einfamilienhaus-Preisniveau ist in der Landeshauptstadt am höchsten, wenngleich der Abstand zu den anderen Bezirken minimal ist: Der typische Preis für ein Einfamilienhaus in Klagenfurt lag 2015 bei 216.595 € und in Klagenfurt Land bei 207.372 €. Villach (Stadt + Land) folgt mit 181.939 € knapp vor dem Bezirk Feldkirchen mit 180.740 €

In sechs Kärntner Bezirken zeigte das Preisbarometer nach oben, in drei nach unten. Die stärksten Ausschläge zeigen – wie so oft – Bezirke mit geringen Verkaufszahlen: Feldkirchen (+21,8 %), Klagenfurt Land (+13,8 %), Villach (Stadt + Land) (+6,1 %), Spittal/Drau (+5,7 %), die Landeshauptstadt (+4,6 %) und Wolfsberg (+1,9 %). Nach unten zeigten die Preise in Völkermarkt mit -6,8 %, in St. Veit/Glan (-9,3 %) und in Hermagor (-14,1 %).

Niederösterreich

Niederösterreich ist naturgemäß der mit Abstand wichtigste Markt für Einfamilien-



Wirtschaft

häuser, sowohl wert- wie mengenmäßig. Im Jahr 2015 wurden in Niederösterreich 3.186 Einfamilienhäuser verbüchert. Das sind um beinahe ein Viertel (+24,3 %) mehr als im Jahr davor. Der Wert der verkauften Einfamilienhäuser lag bei 618 Mio. € und damit um 146 Mio. € (+30,8 %) über dem Vergleichszeitraum 2014. Ein Einfamilienhaus in Niederösterreich kostete 2015, so die RE/MAX Austria Statistikabteilung, typischerweise 171.894 € und damit um +6,8 % mehr als 2014.

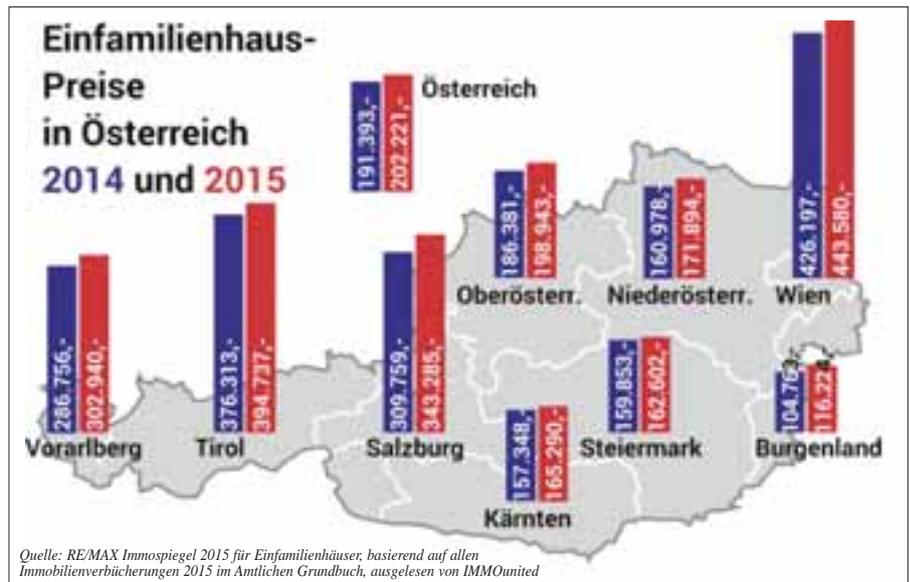
Die Preisschere zwischen den billigsten und den teuersten Einfamilienhäusern ist in keinem anderen Bundesland so groß wie in Niederösterreich. Der Speckgürtel rund um Wien einerseits und das obere Wald- und Weinviertel andererseits sind zwar im selben Bundesland, aber sonst nicht miteinander zu vergleichen. Daher kostete ein Viertel der niederösterreichischen Einfamilienhäuser 2015 weniger als 80.000 €, jedoch am anderen Ende der Preisskala ein Viertel mehr als 250.000 €

Konkret liegt der Grund für diese außergewöhnlich große Preisspreizung in den sehr niedrigen Preisen der Bezirke Waidhofen/Thaya, Zwettl und Gmünd und den Spitzenpreisen der Wiener Umlandbezirke Baden, Mödling und Wien-Umgebung (inkl. Klosterneuburg, Purkersdorf, Schwechat), wo Einfamilienhäuser im Schnitt zwischen 247.737 € und 375.378 € kosteten.

Die meisten neuen Einfamilienhaus-Eigentümer gab es 2015 in den Bezirken Gänserndorf mit 299 Verkäufen, Baden mit 297 und Wien-Umgebung mit je 269 Verkäufen, auf Rang vier ex aequo die Bezirke Neunkirchen und St. Pölten Land mit je 186 neuen Einfamilienhaus-Besitzern.

Im Vergleich dazu extrem ruhig war es in St. Pölten Stadt mit 53 verkauften Einfamilienhäusern und in den Bezirken Horn mit 49, Lilienfeld mit 48 und Scheibbs mit 46 Einheiten.

Die Preisentwicklungen für Einfamilienhäuser in den niederösterreichischen Bezirken zeigen tendenziell, aber nicht ausnahmslos, nach oben. Am stärksten zugelegt haben die Durchschnittspreise in Melk mit +17,0 %. Weitere Bezirke mit zweistelligen Wertsteigerungen: Zwettl (+15,0 %) Hollabrunn (+14,5 %), Mödling (+13,9 %), Bruck/Leitha (+13,7 %), Mistelbach (+12 %), Amstetten mit Waidhofen/Ybbs (+11,6 %) und Baden (+10,5 %). Im einstelligen Bereich liegen Neunkirchen (+9,7 %), Gänserndorf (+9,5 %), St. Pölten Stadt (+5,9 %), Lilienfeld (+5,7 %), St. Pölten Land (+5,6 %),



Waidhofen/Thaya (+4,7 %), Tulln (+4,2 %), Scheibbs (+3,8 %) sowie Wr. Neustadt Stadt und Land (+2,5 %).

Nachgegeben haben die Einfamilienhaus-Durchschnittspreise in den Bezirken Wien-Umgebung (-3,5 %), Korneuburg (-7,0 %), Gmünd (-8,9 %), Stadt und Land Krems (-10,3 %) und vor allem in Horn (-13,1 %).

Oberösterreich

Die Anzahl der verbücherten Einfamilienhäuser in Oberösterreich lag 2015 bei 2.170. Das sind im Jahresvergleich +18,8 % mehr. Der Gegenwert belief sich dabei auf 471 Mio. €

Im Durchschnitt sind die Einfamilienhaus-Preise in Oberösterreich laut den RE/MAX-Experten um +6,7 % gestiegen. Der Verkaufswert eines Einfamilienhauses lag 2015 im Schnitt bei 198.943 € also exakt im österreichischen Mittelfeld.

Die meisten Einfamilienhäuser wurden 2015 in Bezirk Linz-Land verkauft, nämlich 266. In Stadt und Land Wels waren es 210 und 198 im Bezirk Gmunden. Auf Rang 4 Braunau mit 187 Einheiten, noch vor Vöcklabruck mit 159, Steyr (Stadt und Land) mit 151 und Urfahr Umgebung mit 150 Einfamilienhäusern.

Preislich an der Spitze lagen naturgemäß die Einfamilienhäuser in der Landeshauptstadt mit 362.861 € Vöcklabruck folgt mit 252.603 € noch vor Urfahr-Umgebung mit 249.470 € und Linz-Land mit 242.313 € pro Einfamilienhaus.

Die günstigeren Bezirke waren wie erwartet Rohrbach mit 122.814 € pro Einfamilienhaus (immerhin nur schwach die Hälfte vom Preis in Urfahr-Umgebung) und der Bezirk Schärding mit 142.136 € Ried folgt mit

147.908 € und Grieskirchen mit 161.889 €

Die Wertentwicklung für Einfamilienhäuser zeigt im Bundesland mit plus 6,7 % deutlich nach oben. Die Bandbreite ist jedoch enorm: von +26,7 % in der Landeshauptstadt bis zu über minus 5 % im Bezirk Ried.

Urfahr-Umgebung folgt dem Linzer Aufwärtstrend mit +21,2 %, Vöcklabruck mit +18,5 %, Kirchdorf mit +15 %, Schärding mit +14,2 % und Gmunden mit +13,1 %. Einen Anstieg im einstelligen Prozentbereich gab es 2015 für die Einfamilienhaus-Preise in den Bezirken Grieskirchen (+9,1 %), in Freistadt (+4,9 %), Linz-Land (+4,8 %) und Eferding (+1,8 %). Quasi ausgeglichen bilanzierten die Bezirke Rohrbach mit +/- 0 % und Braunau (-0,1 %). In Steyr (Stadt und Land) gaben die Einfamilienhaus-Preise um -0,5 % nach, in Wels (Stadt + Land) um -1,1 %, im Bezirk Perg um -3,9 % und im Bezirk Ried um -5,2 %.

Salzburg

Das Bundesland Salzburg lag laut RE/MAX ImmoSpiegel beim typischen Preis für Einfamilienhäuser mit 343.285 € hinter Tirol auf dem zweiten Bundesländer-Rang außerhalb von Wien. Dieser Preis ist 2015 um +10,8 % gestiegen, nachdem er im Jahr zuvor um -4,6 % gefallen war.

Nachfrage und Kauflust wiesen den Weg zu 590 Einfamilienhaus-Käufen im Gesamtwert von 228 Mio. €. Das bedeutet im Jahresvergleich um +12,8 % mehr gehandelte Einfamilienhäuser und ein um +26,4 % höherer Gegenwert.

Ins Gewicht fallen natürlich die Wertsteigerungen in den Bezirken mit den großen Handelsmengen: Der Flachgau (Salzburg-

Wirtschaft

Umgebung) verzeichnete 2015 mit 189 Verbücherungen beinahe ein Drittel aller Einfamilienhaus-Deals im Bundesland. Dort stiegen die Preise nach einem Durchhänger 2014 (-10 %) im Jahr 2015 um +12,8 % auf 361.982 €

Zweitwichtigster Salzburger Einfamilienhaus-Handelsplatz war der Pinzgau (Zell am See): 165 Einfamilienhäuser wechselten 2015 den Eigentümer und zwar im Schnitt um 319.311 € und damit um 7 % teurer als 2014.

Die Stadt Salzburg kam auf 84 neu verbücherte Einfamilienhäuser um durchschnittlich 500.812 €, der Pongau auf 77, der Tennengau auf 47 und der Lungau auf 28 Einfamilienhäuser-Verbücherungen.

Die Preistendenzen in den Bezirken zeigen sich vier Mal positiv und zwei Mal negativ: Tamsweg +26,4 %, St. Johann +15,6 %, Salzburg Umgebung +12,8 %, Zell/See +7 %, jedoch -2,4 % in Hallein und -5,4 % in der Landeshauptstadt.

Steiermark

Die Steiermark liegt mit 2.069 verbücherten Einfamilienhäusern der Anzahl nach auf Platz 3, knapp hinter Oberösterreich. Die Steigerung bei den Einfamilienhaus-Verkäufen war 2015 mit +3,1 % die geringste im ganzen Bundesgebiet, nach +9,6 % im Jahr zuvor.

Der Wert der verkauften Einfamilienhäuser belief sich 2015 auf 378 Mio. € um +6 % mehr als 2014.

Typischerweise erlöste ein steirischer Immobilienverkäufer laut RE/MAX Austria Research für ein Einfamilienhaus 162.602 € und damit um +1,7 % mehr als 2014.

Graz und Graz-Umgebung machten 28,5 % aller steirischen Einfamilienhaus-Käufe aus. Ihr Wertanteil lag jedoch bei 42,1 % der Landessumme. In und um Graz sind die Preise von Einfamilienhäusern im Vergleich zu den anderen steirischen Bezirken natürlich relativ hoch: 280.394 € für ein Einfamilienhaus in Graz und 208.828 € in Graz-Umgebung.

Der Bezirk Liezen liegt mit 180.285 € auf Rang 3 im steirischen Ranking. Zum Vergleich: der Bezirk Voitsberg mit 116.861 € pro Einfamilienhaus, Südoststeiermark mit 118.748 € oder Murtal mit 114.763 €

Die Preistendenz der steirischen Einfamilienhäuser zeigt leicht nach oben, aber mit +1,7 % bringt die Grüne Mark die geringste Preissteigerung unter allen Bundesländern. Wesentlich dafür ist der Preisrückgang in Graz um -1,7 %. Aber auch die Bezirke Mur-



Foto: RE/MAX / zoe-fotografie.com

Bernhard Reikersdorfer, Geschäftsführer von RE/MAX Austria

tal mit -3,4 %, Südoststeiermark mit -4,0 %, Liezen mit -4,9 % und Bruck-Mürz mit -7,3 % tragen zu dieser verhaltenen Steigerungsrate der Einfamilienhaus-Preise bei.

Wer sorgt für die positiven Wertsteigerungsraten: die Bezirke Voitsberg mit +1,5 %, Weiz mit +5,2 %, Graz-Umgebung mit +5,6 % und Deutschlandsberg mit +6,9 %. Sogar zweistellige Zuwachsraten verzeichneten die Bezirke Leibnitz mit +11,3 %, Hartberg-Fürstenfeld mit +11,4 %, Murau mit +16,9 % und Leoben mit +22,2 %.

Tirol

Tirol hat bei den Einfamilienhäusern im Jahr 2015 mit 384 Mio. € den 3. Platz im Bundesländer-Ranking nach dem Gesamtverkaufspreis für Einfamilienhäuser erreicht, noch knapp vor der Steiermark.

Dies überrascht insofern, da Tirol mit 702 Einfamilienhäusern nur auf Platz 5 der Menge nach liegt. Aber der höchste Durchschnittsverkaufspreis aller Bundesländer für ein Einfamilienhaus außerhalb von Wien macht's möglich: 394.747 € pro Tiroler Einfamilienhaus im Jahr 2015 meldet der RE/MAX ImmoSpiegel.

Tirol hat, wie viele Bundesländer, eine preislich durchaus uneinheitliche Entwicklung: In einigen Bezirken gehen die typischen Einfamilienhaus-Preise zurück: in Innsbruck Land und Kufstein um -1,2 %, in Reutte/Außerfern und Lienz/Osttirol um -4,3 % und im Bezirk Landeck um -6,9 %. Dagegen zeigte sich eine Wertsteigerung beim Einfamilienhaus-Verkauf in Innsbruck Stadt um

+1,2 %, in Schwaz um +2 %, in Kitzbühel um +8,3 % und in Imst um +11,9 %.

Im Landesschnitt lag der Wertzuwachs für ein Einfamilienhaus wie im Vorjahr bei +4,9 %.

Bei der Anzahl der verkauften Einheiten ist man sich dagegen einiger: Außer Innsbruck und Reutte meldeten alle Tiroler Bezirke 2015 mehr Einfamilienhausverkäufe als 2014, im Schnitt um +12,1 %.

Die drei wichtigsten Einfamilienhaus-Handelsplätze waren 2015 Innsbruck Land, Kufstein und Kitzbühel mit jeweils rund 130 Häusern. Rund auf die Hälfte jeweils kamen die Bezirke Schwaz, Imst und Lienz.

In absoluten Zahlen ist der teuerste Bezirk Tirols bei Einfamilienhäusern – wie nicht schwer zu erraten – Kitzbühel mit mittlerweile 1,1 Mio. € pro Haus. Allerdings zeigt sich auch bei genauerer Betrachtung, daß die Preisspreizung dort so groß ist wie nirgendwo sonst in Österreich: während 25 % der Einfamilienhäuser im Bezirk um weniger als 310.000 € gehandelt wurden – zugegeben schon ein mehr als stolzer Preis – und sich weitere 50 % im Bereich bis 1,8 Mio. € bewegen, liegen weitere 25 % über diesem, für Normalsterbliche wohl unbezahlbaren, Hauspreis.

Da verblaßt sogar Innsbruck mit seinen 50 % aller Einfamilienhäuser in der Preismitte zwischen 310.000,- und 977.990 €

Ein Einfamilienhaus in Innsbruck kostete 2015 typischerweise 703.915 € im Bezirk Landeck 370.241 € in Innsbruck-Land 352.795 € und in Kufstein 303.998 €

Wirtschaft

Vorarlberg

Insgesamt 519 Einfamilienhäuser wechselten 2015 im Ländle die Besitzer, das sind nach den RE/MAX-Experten um +5,9 % mehr als 2014. Das typische Vorarlberger Einfamilienhaus kostete demnach 302.940 € und damit um +5,6 % mehr als 2014. Der Gegenwert der Vorarlberger Einfamilienhaus-Transfers lag bei 174 Mio. €

Verschiebungen gab es in den Bezirken bei den Verkaufsmengen: Während Dornbirn um +35 und Bregenz um +32 Einfamilienhäuser zulegen, ging die Anzahl der verkauften Einfamilienhäuser in Bregenz um -31 und in Feldkirch um -7 zurück.

So führt 2015 der Bezirk Dornbirn die Einfamilienhaus-Verkaufstatistik mit 146 Einheiten an, gefolgt von den Bezirken Feldkirch (140), Bregenz (125) und Bludenz (108).

Der relativ geringe Unterschied bei den

Vorarlberger Durchschnittspreisen in den jeweiligen Bezirken überrascht immer wieder: Bregenz voran mit 356.161 € für ein Einfamilienhaus, gefolgt von Dornbirn (304.869 €), Feldkirch (294.975 €) und Bludenz mit 264.822 €

Wenn die Preistendenzen des Jahres 2015 allerdings mehrere Jahre so bleiben, werden die Einfamilienhauspreise in Zukunft stärker auseinander klaffen: Der Bezirk Bregenz verzeichnete 2015 eine massive Wertsteigerung in Höhe von +20,1 % und Bludenz ein Plus von +11,4 %. Dagegen gab es in den Bezirken Feldkirch mit +0,8 % und Dornbirn mit +0,3 % eine eher symbolische Preiserhöhung.

Wien

Mit 466 Einfamilienhäusern ist die Bundeshauptstadt der Verkaufsmenge nach nicht

wichtiger als die zwei mengenstarken niederösterreichischen Bezirke Baden und Gänserndorf.

Jedoch sind die Durchschnittspreise in Wien mit 443.580 € höher als in jedem anderen Bundesland und bei den Landeshauptstädten nur übertroffen von Salzburg und Innsbruck und nicht zuletzt vom Ausnahmebezirk Kitzbühel.

Die Einfamilienhaus-Preisentwicklung in der Bundeshauptstadt ist mit +4,1 % um 1,6 Prozentpunkte unter dem Bundesschnitt, jedoch erheblich über dem Vergleichswert für Wohnungspreise (+1,4 %).

Nach der Anzahl der Verkäufe waren 2015 die bedeutendsten Einfamilienhaus-Bezirke Wien-Donaustadt mit 172 Einfamilienhausverkäufen, Penzing mit 67, Liesing mit 51 und Floridsdorf mit 46. ■

<http://www.remax.at>

Wintersaison schließt mit Höchstwerten

68,53 Mio. Nächtigungen; 18,36 Mio. Ankünfte

Die Wintersaison 2015/16 (November 2015 bis April 2016) schloß laut vorläufigen Daten von Statistik Austria mit 68,53 Mio. Nächtigungen ab. Sie liegt damit um 4,0 % bzw. um rund 2,68 Mio. Nächtigungen über dem bisherigen Rekordwert von 2014/2015 (65,85 Mio.). Es nächtigten sowohl mehr inländische Gäste (+3,1 %; 15,68 Mio.) als auch ausländische Gäste (+4,3 %; 52,85 Mio.) in Österreich. Auch die Zahl der Ankünfte erreichte mit einem Plus von 4,9 % einen neuen Höchstwert von 18,36 Mio. (ausländische Gäste: +5,2 % auf 12,90 Mio.; inländische Gäste: +4,3 % auf 5,47 Mio.).

Die Zahl der Nächtigungen von Gästen aus den anteilmäßig wichtigsten ausländischen Herkunftsländern nahm in der Wintersaison 2015/16 mehrheitlich zu: Deutschland +3,6 %, Niederlande +6,4 %, Vereinigtes Königreich +6,9 %, Schweiz und Lichtenstein +6,0 %, Belgien +8,6 %, Tschechische Republik +9,6 %, Polen +1,9 % und Italien +6,4 %. Unter den Top 15-Herkunftsmärkten verzeichnete lediglich Rußland mit einem Minus von 26,7 % einen deutlichen Nächtigungsrückgang.

Nach Unterkunftsarten entwickelten sich Nächtigungen in Hotels und ähnlichen Betrieben in allen Kategorien positiv. Die nächtigungsstärkste Unterkunfts-kategorie der 5-/4-Sternbetriebe – mit einem Nächtigungsanteil von 36,0 % – legte um 3,8 % zu. Über-

durchschnittlich hohe Zuwächse wurden in Ferienwohnungen erzielt, wobei die Nächtigungen in gewerblichen Ferienwohnungen um 9,2 % und jene in privaten Ferienwohnungen um 7,1 % zunahmten. Die Privatquartiere entwickelten sich in der abgelaufenen Wintersaison 2015/16 rückläufig (-0,8 %; Nächtigungsanteil: 4,1 %).

Die Zahl der Nächtigungen stieg in der Wintersaison 2015/16 in allen Bundesländern an: Wien +5,1 %, Salzburg +5,1 %, Burgenland +5,0 %, Vorarlberg +4,9 %, Steiermark +4,0 %, Kärnten +3,7 %, Tirol +3,3 %, Oberösterreich 2,5 % und Niederösterreich +1,9 %. Fast zwei Drittel der gesamten Winternächtigungen (61,1 %) fanden dabei in den Bundesländern Salzburg und Tirol statt.

20-Jahres-Entwicklung: Nächtigungen stiegen um mehr als ein Drittel

Ein Vergleich der Nächtigungsdaten der Wintersaisons 1995/96 und 2015/16 zeigt, daß die Winternächtigungen um 35,7 % bzw. um 18,03 Mio. zulegen konnten. Die Zahl der inländischen Gästenächtigungen stieg in diesem Zeitraum um 33,7 % (+4,0 Mio.), jene der ausländischen Gästenächtigungen um 36,3 % (+14,07 Mio.). Eine Analyse der vier wichtigsten ausländischen Herkunftsländer zeigt, daß die Nächtigungen von deutschen Gästen im selben Zeitraum

lediglich um 1,6 % oder 0,42 Mio. auf 26,23 Mio. zulegten und damit deutlich unter der Gesamtentwicklung lagen. Die Nächtigungen von holländischen Gästen nahmen hingegen von 4,19 Mio. auf 5,89 Mio. (+40,6 %) zu; auch die Nächtigungen von Gästen aus dem Vereinigten Königreich (von 1,12 Mio. auf 2,36 Mio.) und aus der Schweiz bzw. Liechtenstein (von 1,19 Mio. auf 2,36 Mio.) konnten deutlich zulegen.

März und April 2016: Nächtigungsplus von 9,6 %

Nach einer Nächtigungssteigerung von 25,2 % im März 2016 wurde für den April 2016 ein Rückgang von 17,8 % registriert. Durch die Verschiebung der diesjährigen Osterferien, die zur Gänze in den März fielen, ist ein Vergleich der Entwicklung der letzten beiden Monate der Wintersaison jedoch nur in einer Gesamtschau sinnvoll. Mit 21,42 Mio. Übernachtungen (+9,6 %) wurden im letzten Drittel der Wintersaison rund 31,2 % der gesamten Wintersaison gezählt.

Im Kalenderjahr 2016 (Jänner bis April) wurden sowohl bei den Nächtigungen als auch bei den Ankünften Zuwächse registriert (+5,4 % auf 53,45 Mio. bzw. +6,3 % auf 13,41 Mio.). Die höchsten absoluten Nächtigungszuwächse wurden dabei mit +1,17 Mio. bei deutschen Gästen registriert. ■

<http://www.statistik.at>

Chronik

40 Jahre Stadterhebung Wieselburg

Die Stadtgemeinde Wieselburg feiert heuer 40 Jahre Stadterhebung. Anlässlich dieses besonderen Jubiläums wurde am 9. Mai in der Wieselburger Halle eine Festveranstaltung abgehalten, an der auch Landeshauptmann Erwin Pröll teilnahm. Er sprach dabei der jubelnden Stadt seine Referenz und seinen innigen Dank aus und übermittelte auch seine besten Wünsche für die weitere Zukunft.

„Hier in dieser Stadt ist spürbar, was alles noch möglich ist am Weg nach vorne. Ob es im wirtschaftlichen Bereich ist, mit den Leitbetrieben, die diese Stadt groß gemacht haben, bis hin zum Messezentrum und zum zukunftssträchtigen Hotelbau“, hob er in seiner Festrede hervor. „Die Bildungseinrichtungen sind die Zukunftsperspektive und geben der Jugend alle Möglichkeiten in die Hand. Der Technologiestandort Wieselburg ist ein Fingerzeig, wo dieses Land mit der Stadt hingehen kann und hingehen soll“, so Pröll.

„Es gibt einen alten Grundsatz: Im Gegeneinander wird man große Dinge los, im Miteinander werden kleine Dinge groß“, meinte er. Dieser Spruch sei in Wieselburg Wirklichkeit geworden durch das Miteinander von der Stadt auf der einen Seite und dem Bundesland Niederösterreich auf der ande-



Foto: NÖ Landespressediens / SBurchhart

Bürgermeister Günther Leichtfried mit seinen zwei Enkelkindern und Landeshauptmann Erwin Pröll (r.) beim Festakt anlässlich 40 Jahre Stadterhebung in Wieselburg

ren Seite. „Wir miteinander, die Verantwortungsträger in Stadt und Land, haben das Ziel nie aus dem Auge verloren“, erinnerte Pröll an die Umfahrung von Wieselburg, „die eine neue Lebensqualität für diese Stadt mit sich bringen wird.“

Bürgermeister Günther Leichtfried sagte, wichtige Leitbetriebe wie beispielsweise die Firma ZKW und rund 300 Mittelbetriebe hätten in den letzten Jahren und Jahrzehnten weit

über 4.000 Arbeitsplätze geschaffen. „Wenn Arbeit in einer Gemeinde vorhanden ist, dann wollen die Menschen auch hier wohnen“, so der Bürgermeister. Weit über 1000 Menschen seien in den letzten Jahren zugezogen, der Wohnbau sei durch das Land Niederösterreich, die NÖ Wohnbauförderung und die gemeinnützigen Genossenschaften gefördert worden.

<http://www.wieselburg.gv.at>

»Steirer in Wien« feierten 120. Geburtstag

Anlässlich des 120. Geburtstages des „Vereins der Steirer in Wien“ lud Bürgermeister Michael Häupl am 18. Mai zu einem Empfang im Wiener Rathaus, bei dem Vereins-Obmann Andreas Zakostelsky und seine Stellvertreterin Elisabeth Hakel als Vertreter der Steiermärkischen Landesregierung Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer willkommen heißen durften. Zum Geburtstag wurde eine Festschrift präsentiert, die sich mit der Geschichte des traditionsreichen Vereins beschäftigt. „Es freut mich sehr, daß in der Bundeshauptstadt die steirische Fahne hochgehalten wird“, dankte Schickhofer den Vereinsverantwortlichen. „Sie sind Botschafterinnen und Botschafter der Steiermark in Wien und prägen damit das positive Bild unseres Bundeslandes!“

Der „Verein der Steirer in Wien“ ist eine bedeutende Institution im kulturellen und sozialen Leben Wiens. Er organisiert jährlich bis zu 30 Veranstaltungen, Höhepunkt des regen Vereinslebens ist jedes Jahr der Steirerball, der am 13. Jänner 2017 zum 7. Mal in der Wiener Hofburg stattfinden wird. Die



Foto: Verein der Steirer in Wien / Ludwig Schedl

v.l.: Steiermarks Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer, NAbg. Elisabeth Hakel, Wiens Bürgermeister Michael Häupl und NAbg. Andreas Zakostelsky präsentierten die Festschrift zum Geburtstag der »Steirer in Wien«.

Tätigkeit des Vereines ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn ausgerichtet – der Zweck des Vereines liegt in der Pflege, Erhaltung und Verbreitung heimatlicher Volkssitten und

des heimatlichen Brauchtums, Förderung der Kultur und der Bildung. Rund 100.000 SteirerInnen leben derzeit in Wien.

<http://www.steirerinwien.at>

Jahrhundertprojekt Bleistätter Moor geht in die Zielgerade

Als Jahrhundertprojekt bezeichnen Kärntens Landwirtschaftsreferent LR Christian Benger und Umweltreferent LR Rolf Holub die Sanierung des Bleistätter Moores am Ossiacher See. Tatsächlich geht diese nun nach jahrelangen Baumaßnahmen in die Zielgerade.

„Mit dieser Millioneninvestition sichern wir die Landwirtschaft, die Tourismusregion und schaffen neue Erlebnisbereiche für alle Naturliebhaber“, betonte Benger beim Spatenstich am 17. Mai. Denn mit dem neuen Flachwasserbecken das mit der Flutung innerhalb des nächsten Jahres entsteht, werde ein Alleinstellungsmerkmal für die Region mit besonderen Naturerlebnissen geschaffen. Neue Gästeschichten sollen ebenso angesprochen werden wie Natur-Beobachter, Vogelkundler oder Schulen.

„Wir geben der Natur das Moor zurück und der Tierwelt für die Wasserqualität des Ossiacher Sees wird mit der Sanierung wieder möglich“, stellte Holub fest. So erhalten rund 500 Arten einen neuen Lebensraum. Möglich sei diese Umsetzung nur gewesen, weil alle Beteiligten, Bund, Land, Gemeinden, Wasserwirtschaft, Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus und vor allem Anrainer, an einer nachhaltigen Lösung für die Zukunft interessiert waren. „Wir haben mit diesem



Fotomontage: Das Bleistätter Moor bringt Wasserqualität im Ossiacher See zurück. Die geflutete Fläche wird ein beispielgebender Naturerlebnis-Bereich werden

einzigartigen Projekt den Algen gemeinsam den Nährboden entzogen“, so Benger. Der Dank beider Referenten richtete sich nicht nur an die Projektverantwortlichen, sondern speziell an die Bevölkerung, da das Projekt ohne deren Zustimmung nicht umsetzbar gewesen wäre.

Projektleiterin Barbara Pucker von der Umweltabteilung erklärte vor Journalisten, daß vor allem verhindert werden konnte, gegen den Willen der Bevölkerung vorzuge-

hen. Immerhin mußten Grundstücke lukriert werden, damit der Vorfluter für den Ossiacher See entstehen kann. „So etwas ist immer heikel, aber wir haben die Lösungen immer gemeinsam mit den Grundstücksbesitzern erreicht“, sagte Pucker. So wurden auch Ersatzflächen gefunden und Ablösen bezahlt.

Die Gesamtkosten für die Sanierung des Bleistätter Moores betragen 10,5 Millionen Euro.

http://www.kis.ktn.gv.at/159985_DE-Seen-Bleistaetter_Moor

50 Jahre Prangerstutzenschützen Obertrum

Zum 50jährigen Bestandsjubiläum der Prangerstutzenschützen Obertrum am See überbrachte Landesrat Josef Schwaiger am 22. Mai die Glückwünsche von Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Die Obertrumer Prangerstutzenschützen sind eine relativ junge Kompanie, aber seit ihrer Gründung aus dem Gemeindegesehen von Obertrum nicht mehr wegzudenken. Sie sind mit ihren vielen Ausrückungen laufend präsent und nehmen eine wertvolle Funktion für die Gemeinde wahr.

„Ich gratuliere der Prangerstutzenschützenkompanie Obertrum am See sehr herzlich zu ihrem Jubiläum und bedanke mich für ihre Tätigkeit im ländlichen Raum und ihre von großem Idealismus getragene Arbeit. Das Schützenwesen in Salzburg hat eine großartige Tradition in der stolzen Geschichte unseres Landes. Die historischen Schützenkompanien und Festschützenvereine beruhen auf vier Säulen: auf Geschichte, Heimat, Gemeinschaft und dem Glauben. Traditionen aus der Vergangenheit zu pflegen heißt,



50 Jahre Prangerstutzenschützen Obertrum (v.l.): Obertrums Bürgermeister Simon Wallner, Prangerstutzenschützen-Kommandant Johann Pötzelberger und Landesrat Josef Schwaiger

eine gute und gesunde Grundfeste für die Zukunft zu schaffen. Die Schützen tun dies mit großem Engagement“, sagte Schwaiger

beim Fest der Prangerstutzenschützenkompanie Obertrum am See.

<http://www.schuetzen-obertrum.at>

Republik ehrt Anna Veith

Ostermayer: »Große Tochter Österreichs, die wesentliche Rolle für Reputation unseres Landes spielt«

Anna Veith ist eine geniale Sportlerin, die ganz Österreich mit ihren bisherigen Erfolgen beeindruckt hat. Sie hat international eine wesentliche Rolle für die Reputation unseres Landes gespielt und ist durch ihre großartigen Leistungen eine große Tochter Österreichs. Ich wünsche Anna Veith für ihr Comeback und für die Zukunft alles Gute“, sagte Bundesminister Josef Ostermayer*) am 11. Mai anlässlich der Verleihung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich an Skirennläuferin Anna Veith, geborene Fenninger, im Bundeskanzleramt.

Laudatorin Annemarie Moser-Pröll sprach in ihrer Rede davon, daß „jede Zeit ihre sportlichen Gesichter“ habe. Anna Veith drücke derzeit dem alpinen Skisport „ihren Stempel auf“. „Anna Veith hat im Skisport alles erreicht und ist zu einer großen Persönlichkeit gereift“, so Moser-Pröll. Das Ehrenzeichen sei ein „würdiges Dankeschön“.

Anna Veith sprach von einem „emotionalen Moment“ und bedankte sich für die Auszeichnung. Sie habe nun die Zeit, ihre Siege reflektieren zu können, auch wenn die schwere Verletzung aus dem Vorjahr ein Rückschlag sei. Doch schon bisher seien ihre Erfolge oftmals aus Niederlagen gewachsen. Momente wie diese Ehrung zählten zu den schönsten und „zeigen, wofür man kämpft“.

Die in Hallein geborene Anna Veith besuchte die Skihauptschule in Bad Gastein sowie die Skihotelfachschule in Bad Hofgastein. Sie fährt in allen Ski-Alpin-Disziplinen und gehört seit 2008 der Nationalmannschaft des Österreichischen Skiverbandes (ÖSV) an. Sie ist Olympiasiegerin sowie mehrfache Weltmeisterin und konnte in den Wintersaisons 2013/14 und 2014/15 den Weltcup-Gesamtsieg erringen. 2011 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Anna Veith wurde außerdem 2013, 2014 und 2015 zur Sportlerin des Jahres in Österreich gewählt und gewann 2014 und 2015 den Skieur d'Or.

Für die musikalische Umrahmung der Feierlichkeit sorgte Dominic Muhrer, Sänger der Musikgruppe „The Makemakes“.

https://de.wikipedia.org/wiki/Anna_Veith

*) BM Josef Ostermayer wurde – nach Ausscheiden von Bundeskanzler Werner Faymann von Thomas Drozda als Kulturminister abgelöst. *Ann. d. Red.*



Kunst- und Kulturminister Josef Ostermayer überreichte Skirennläuferin Anna Veith das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.



Laudatorin Annemarie Moser-Pröll (l.) gratuliert der mehrfachen Weltmeisterin Veith.

Oberösterreich ehrt Innenminister Wolfgang Sobotka

Mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich wurde der Innenminister und frühere Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich, Wolfgang Sobotka, am 3. Mai ausgezeichnet.

„Das Land Oberösterreich bedankt sich für die langjährige gute Nachbarschaft und gute Zusammenarbeit in vielen Politikbereichen“, erklärte Landeshauptmann Josef Pühringer in seiner Laudatio. Sobotka war von 1998 bis 2009 Landesrat für Finanzen, Umwelt und Raumordnung und von 2009 bis 2016 Landeshauptmann-Stellvertreter, zuständig für die Bereiche Finanzen, Wohnbau und Gemeinden.

Durch die gute Nachbarschaft zwischen Nieder- und Oberösterreich haben sich eine Reihe von Berührungspunkten ergeben. Etwa durch den Ennshafen, der sowohl für Ober- als auch für Niederösterreich ein wichtiges Tor zur Welt ist. Der Ennshafen verbindet auf beiden Seiten der Enns heute Wasser, Schiene und Straße und ist damit eine Exportdrehzscheibe sowohl für Nieder- als auch für Oberösterreich geworden.

Beide Bundesländer arbeiten bereits seit vielen Jahren im Bereich der Verwaltung eng



Foto: Land OÖ / Kraml

LH-Stv. Thomas Stelzer (OÖ), LH-Stv.in Johanna Miki-Leitner (NÖ), Innenminister Wolfgang Sobotka mit Gattin Marlies und LH Josef Pühringer (OÖ)

zusammen. Lange Zeit, bevor „Kooperation“ Notwendigkeit wurde, wurde das bereits zwischen den Landesverwaltungen vereinbart und gelebt.

Auch im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen arbeiten Nieder- und Oberösterreich eng zusammen, etwa unter dem Dach der gemeinsamen europaweiten Donaustrategie.

„Nicht nur in Wirtschaft und Verwaltung, sondern auch in der Kultur gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen Nieder- und Oberösterreich. Ich erinnere an das Ausstellungsprojekt ‚Leben im Vierkanter‘ im Stift Seitenstetten und im Sumerauerhof St. Florian oder an die Ausstellung ‚Donau – Fluch und Segen‘ in Ardagger und Enns“, schloß Landeshauptmann Josef Pühringer. ■

Mailath mit Torberg-Medaille ausgezeichnet

Die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus, Bemühungen um Wiedergutmachung, die Etablierung einer Gedenkkultur – ein Prozeß, der in Österreich spät einsetzte und nur langsam in Gang kam. In den letzten 20 Jahren hat sich jedoch ein Bewußtsein für die Vergangenheit und die damit verbundene Verantwortung zur Aufklärung und Wachsamkeit herausgebildet. Gedenktafeln, Straßenumbenennungen, Orte der Erinnerung, Gedenkveranstaltungen – die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist mittlerweile an vielen Stellen in Wien nachzuvollziehen.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete und leistet Stadtrat Dr. Mailath-Pokorny, mit dem erstmalig ein aktiver Politiker die „Marietta und Friedrich Torberg-Medaille“ erhielt. Die Auszeichnung wurde am 18. Mai im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in der Israelitischen Kultusgemeinde von Präsident Oskar Deutsch überreicht.

„Andreas Mailath-Pokorny hat sich von Jugend an als Freund um die jüdische Kultur der Stadt verdient gemacht“, erklärte Matti Bunzl, Leiter des Wien Museums, in seiner Laudatio.



Foto: PID / Christian Jobst

Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, überreicht Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Torberg-Medaille.

In seiner Dankesrede betonte der Stadtrat für Kultur, Wissenschaft und Sport wiederum den essentiellen Beitrag der Kultusgemeinde zu dem, was Wien als weltoffene Metropole qualifiziert. „Unvoreingenommene Offenheit ist wesentliches Kennzeichen der jüdischen Kultur. Diese freudvolle Neugier am Leben, gepaart mit einem unver-

wechselbaren selbstreflexiven Humor, bildet traditionell einen festen Bestandteil der Mentalität dieser Stadt“, so Mailath.

Die „Marietta und Friedrich Torberg-Medaille“ ehrt Persönlichkeiten, „die sich für eine offene, lebendige und lebhaftere Demokratie in Österreich eingesetzt haben“. ■

<http://www.ikg-wien.at>

Charta »Kulinarisches Österreich«

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter und zahlreiche Unterstützer gaben den Startschuß zur Positionierung österreichischer Kulinarik an der Weltspitze.



Foto: BMLFUW / Robert Strasser

Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (vierter v.l.) und Bundesminister Andrä Rupprechter (sechster v.l.) bei der Präsentation der Charta »Kulinarisches Österreich« mit prominenten UnterstützerInnen nach der Unterzeichnung der Charta in Wien

Unter dem Claim „Unser kulinarischer Weg: Österreich“ wurde am 7. Mai der Startschuß für eine richtungsweisende Initiative gegeben: Prominente Unterstützer aus Politik und Wirtschaft unterzeichneten im Wiener Spitzenlokal „Meierei“ der Familie Reitbauer gemeinsam die „Charta Kulinarisches Österreich“, allen voran Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Bundesminister Andrä Rupprechter, hochrangige Vertreter von Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer Österreich, Geschäftsführerin der Österreich Werbung Petra Stolba, Kulinarisches Erbe Präsident-Ferry Maier, AMA-Marketing-Chef Michael Blass sowie prominente Spitzenköche aus allen neun Bundesländern. Diese kraftvolle Allianz setzt sich dafür ein, daß regionale Lebensmittel von Top-Köchen und Gastronomen im Sinne österreichischer Kulinarik-Tradition veredelt werden und weltweit begeistern können.

Als erster unterschrieb Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner die Charta: „Österreichs Kulinarik hat viel zu bieten und wird gerade für das Tourismusland Österreich immer wichtiger. Umso wichtiger ist es, daß wir heimische Lebensmittel und gastronomische Spitzenleistungen noch stärker in die Auslage stellen. Wir

wollen Österreich weltweit als kulinarische Top-Nation positionieren.“

Bundesminister Andrä Rupprechter, auf dessen Initiative die Charta erarbeitet wurde: „Mit der Kulinarik Charta wollen wir Österreich an die Spitze internationaler Kulinarik-Nationen führen. Gäste aus aller Welt sollen dafür begeistert werden, in Österreich Gastfreundschaft, Kulturlandschaft und Genuss regionaler Lebensmittel zu erleben. Unsere regionalen Spezialitäten aus bäuerlicher Produktion genießen hohes internationales Ansehen – die breite Palette an traditionellen Produkten und Gerichten macht Österreich zu einem einzigartigen Genuß-Land mit weltweiter Vorbildwirkung.“

WKÖ-Präsident Christoph Leitl: „Österreichs Gastronomie ist zu Recht in der ganzen Welt bekannt und geschätzt. Nicht zufällig sind unsere Teilnehmer bei den Welt- und Europameisterschaften immer in den Medaillenrängen zu finden und österreichische Spitzengastronomen in den Top-Häusern der ganzen Welt zu Hause. Viele engagierte Gastronomen, allen voran die rund 1500 Mitglieder der regionalen Wirtshauskulturinitiativen in ganz Österreich, veredeln die hochwertigen Ausgangsprodukte aus der heimischen Landwirtschaft zu einem kulinarischen

Genuß für unsere in- und ausländischen Gäste. Der Lebensmittelhandel und die Lebensmittelproduktion fördern durch das freiwillige Bekenntnis zur Regionalität die lokale Produktion.“

Franz Windisch, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Österreich: „Unsere Bäuerinnen und Bauern erzeugen erstklassige Qualitäten, die in unseren Gastronomiebetrieben mit dem AMA-Gastrosiegel von Spitzenköchen zu einmaligen kulinarischen Erlebnissen veredelt werden. Neben höchstem Genuß nimmt der Gast damit auch ein Bekenntnis des Gastronomen zu Herkunft, Heimat und zur österreichischen Landwirtschaft mit nach Hause.“

Petra Stolba, Geschäftsführerin der Österreich Werbung: „Urlaub in Österreich ist einfach untrennbar mit der österreichischen Gastfreundschaft und der heimischen Kulinarik verbunden. Immerhin für jeden vierten Gast sind unsere regionalen Speisen und Getränke sogar ein entscheidender Grund, den Urlaub in Österreich zu verbringen – und das sind dann immerhin 10 Millionen Gäste!“

Ferry Maier, Präsident des Kuratoriums Kulinarisches Erbe Österreich: „Seit Jahren liegen mir höchster Genuß, Gastlichkeit und regionale Lebensmittel ausgezeichneter Qua-

Gastronomie und Kulinarisches

lität am Herzen. Mit unserem kulinarischen Engagement versuchen wir, der Globalisierung des Geschmacks entgegenzuwirken. Wir wollen vielmehr die Besonderheit des kulinarischen Erbes Österreichs nutzen und die Welt von dessen Einzigartigkeit überzeugen. Diese Charta und eine Bündelung aller Kräfte ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.“

Über das Kuratorium Kulinarisches Erbe Österreich

Neben der Organisation des Genuss-Festivals, einem der erfolgreichsten Gourmet-events des Landes, sammelt das Kulinarische Erbe Österreich seit mehr als einem Jahrzehnt Wissen über traditionelle österreichische Spezialitäten, alte Rezepturen und landwirtschaftliche Rohprodukte, die mindestens seit drei Generationen „tradiert“ – d. h. weitergegeben – wurden und heute noch konsumiert und produziert werden. Die Weiterentwicklung der Kulinarik in Österreich mit der Wiener und Alpinen Küche unter Berücksichtigung regionaler Produkte und Spezialitäten sind weitere Aufgaben. Dabei stellt



Foto: BMLFUW / Robert Strasser

v.l.: Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Ferry Maier, Präsident des Kuratoriums Kulinarisches Erbe Österreich, und Bundesminister Andrä Rupprechter

das AMA-Gastrosiegel sicher, daß teilnehmende GastronomInnen ihren Gästen heimische Spitzenqualität anbieten. Mit der Charta Kulinarisches Österreich wurde eine Initiative gesetzt, die gemeinsam mit Top-Köchin-

nen Österreichs einzigartige kulinarische Möglichkeiten bewußt macht und diese international präsentiert, um Österreich an die Weltspitze der Kulinarik zu führen. ■

<http://www.kulinarisches-erbe.at>

Offensive für Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in NÖ

Im Rahmen einer Pressekonferenz informierten Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, Landwirtschaftskammer-Präsident Hermann Schultes und SeneCura-CEO Anton Kellner über die Aktion „Gut zu wissen“ der Landwirtschaftskammer Niederösterreich im SeneCura Sozialzentrum Grafenwörth. Dabei wurde ein gemeinsames Bekenntnis zu mehr Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln abgegeben. Ab Sommer wird in den Großküchen des Landes Niederösterreich die regionale Herkunft von Fleisch und Eiern auch sichtbar gemacht. Eine derartige Initiative österreichweit durchzuführen sei keine Selbstverständlichkeit, gratulierte Pröll zur Aktion. Damit werde ein guter Weg eingeschlagen, daher beteilige sich auch das Land Niederösterreich daran. Es gelte „eine enge Brücke zu schlagen zwischen Produzenten und Konsumenten“, so Pröll. „Das ‚Gut zu wissen‘-Siegel ist keine Zusatzbelastung für die Wirte. Jeder, der kennzeichnen will, kann das tun. Wir setzen bei dieser Aktion ganz bewußt auf Freiwilligkeit und Vorbildwirkung“, so der Landeshauptmann.

„Man ist, was man ißt“, sagte Pröll, daß dieser Spruch ein dreifaches Plädoyer sei: „für gesunde Lebensmittel, für eine bewußte Ernährung und für eine regionale abgestimm-



Foto: NÖ Landespressediens / Filzwieser

v.l.: Landwirtschaftskammer-Präsident Hermann Schultes, Landeshauptmann Erwin Pröll und SeneCura-CEO Anton Kellner

te Lebensmittelproduktion“. Das Land Niederösterreich wolle Vorbild sein durch die Teilnahme an der Aktion. Überall, dort, wo man die Verantwortung trage, welche Lebensmittel verwendet werden, werde die Aktion ab Sommer durchgeführt: in der Landhausküche, in den Großküchen der Pflegeheime und Kliniken und bei der Verpflegung in den Landesschulen. Dabei

beginne man nicht von Null. „Wir waren in der Vergangenheit bereits sehr intensiv darauf bedacht nach heimischen Produkten zu greifen. Über 90 Prozent der Produkte kommen aus Niederösterreich“, so Pröll. 80 Prozent der Fleischprodukte würden aus Niederösterreich kommen und der Bio-Anteil betrage zwischen 40 und 80 Prozent, diesen Wert wolle man natürlich steigern. ■

Regulator von Todesrezeptor gefunden

Forscher am IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – haben entdeckt, daß ein Enzym namens HACE1 der entscheidende Regulator des Todesrezeptors TNFR1 ist. Der TNF-Rezeptor1 sitzt an der Zellwand und entscheidet, ob eine Zelle leben darf oder sterben muß.

Im menschlichen Körper herrscht ein ständiges Gleichgewicht zwischen Zellaufbau und Abbau. Zellen, die alt oder krank sind, müssen eliminiert werden. Die Vernichtung kranker Zellen spielt vor allem bei Infektionskrankheiten, chronisch-entzündlichen Erkrankungen oder Krebs eine große Rolle.

Signale von sogenannten Todesrezeptoren, die an der Zellwand sitzen, teilen den Zellen mit, ob sie weiterleben und sich teilen können – oder, ob sie den Weg der Vernichtung beschreiten müssen. Der geordnete Weg hierzu ist die Apoptose, bei der sich die Zelle selbst in ihre Einzelteile zerlegt und von Freßzellen aufgenommen wird. Es gibt aber noch einen zweiten, über Signale geregelten Weg des Zellabbaus, die sogenannte „Nekroptose“. Sie beginnt über dieselben Signale wie eine Apoptose, jedoch leiten die Zellen dann die Selbstverdauung ein. Die Zellbestandteile gelangen wie bei der pathologischen Nekrose in den Extrazellularraum, es kommt zu einer Entzündungsreaktion des umliegenden Gewebes.

Zu den wichtigsten Todesrezeptoren zählt der TNF-Rezeptor1 (Tumornekrosefaktor-Rezeptor). Luigi Tortola und Roberto Nitsch, die beiden Erstautoren einer aktuellen Publikation in „Cell Reports“, haben herausgefunden, „daß das Enzym HACE1 der entscheidende Regulator dieses TNF-Rezeptors1 ist. Bindet HACE1 an den Rezeptor, wird entweder das „Lebenssignal“ an die Zelle weitergegeben oder das Signal des kontrollierten Zellabbaus, der Apoptose. Fehlt hingegen HACE1, gibt es kein Überleben oder Apoptose mehr, der Zelle bleibt nur mehr der Weg der Nekroptose.“

Die Folgen zeigt die aktuelle Studie, in der Mäuse, denen das Enzym HACE1 fehlt, signifikant anfälliger für Darmentzündungen sind und durch die ständigen Entzündungen viel häufiger Darmkrebs entwickeln. Josef Penninger, wissenschaftlicher Direktor am IMBA und Letztautor der Publikation, war von den Ergebnissen überrascht: „Vor vielen Jahren war ich in Kanada dabei, als die tumorunterdrückende Wirkung von HACE1



Foto: IMBA

Das Enzym HACE1 funktioniert wie eine Weiche. Es bestimmt, ob eine Zelle leben darf oder sterben muß.

entdeckt wurde. Wie der Mechanismus funktioniert, wußte niemand. Jetzt zeigt sich, daß diese Wirkung zustande kommt, in dem HACE1 direkt in das Schicksal der Zelle eingreift und bestimmt, ob die Zelle lebt, stirbt und vor allem, wie sie stirbt. Das ist eine völlig neue Entdeckung.“

In der Studie zeigte sich auch, daß die bei Mäusen nachgewiesenen Darmentzündungen und der gehäuft auftretende Darmkrebs durch eine genetische Blockade des Todesrezeptors stark gebessert werden konnten. An diesem Ansatz wollen die Wissenschaftler nun weiterforschen.

Das IMBA gehört zu den führenden biomedizinischen Forschungsinstituten in Euro-

pa. Im Fokus stehen medizinisch relevante Fragestellungen aus den Bereichen Stammzellbiologie, RNA-Biologie, Molekulare Krankheitsmodelle und Genetik. Das Institut befindet sich am Vienna Biocenter, einem dynamischen Konglomerat aus Universitäten, akademischer Forschung und Biotechnologie-Unternehmen. Das IMBA ist ein Tochterunternehmen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der führenden Trägerin außeruniversitärer Forschung in Österreich. ■

<http://www.imba.oew.ac.at>

Originalpublikation: Tortola, L., Nitsch, R. et al. (2016). The tumor suppressor Hace1 is a critical regulator of TNFR1-mediated cell fate. *Cell Reports*.

Bei der Geburt von Wolken live dabei

Ein internationales Forschungsteam am CERN hat simuliert, wie erste Vorläufer von Wolkenkondensationskeimen in der heutigen Atmosphäre entstehen.

Für die Entstehung von Wolken sind Kondensationskeime notwendig, an denen sich Wasserdampf absetzen kann. Wie sich diese Partikel in der Atmosphäre bilden, war bisher weitgehend unbekannt. Seit 2009 erforscht ein internationales Forschungsteam beim Großexperiment CLOUD am europäischen Kernforschungszentrum CERN bei Genf die molekularen Mechanismen der Neubildung von Partikeln aus atmosphärischen Gasen. In einer nun in der Fachzeitschrift „Nature Communications“ veröffentlichten Arbeit präsentieren die Wissenschaftler erstmals Details zu jenen Mechanismen, die solche Aerosolpartikel entstehen lassen. „Einfach gesagt beginnt die Biografie einer Wolke dann, wenn sich in der Atmosphäre Gasmoleküle zu einem Cluster zusammenklumpen“, erklärt Prof. Armin Hansel vom Institut für Ionenphysik und Angewandte Physik der Universität Innsbruck. Unter einem Cluster versteht die Physik Ansammlung von einigen Atomen oder Molekülen.



Foto: CERN

Das CLOUD-Experiment am CERN

Verstärkende Mechanismen

Im CLOUD-Experiment werden Wasserdampf, Schwefelsäure, Ammoniak und Amine in unterschiedlichen Konzentrationen in eine hochreine Kammer eingeleitet und die Bedingungen in der heutigen Atmosphäre realistisch nachgebildet. Mit einer ausgeklügelten Technologie können Armin Hansel und sein Team kleinste Mengen organischer Spurenstoffe in Echtzeit messen und kontrollieren so im CLOUD-Experiment zum einen die Reinheit der dort eingesetzten Aerosolkammer und zum anderen die in diese Kammer eingelassenen Vorläuferstoffe für die Bildung von Kondensationskeimen.

Nun hat das internationale Team von Forschern das Wachstum der nur wenige Nanometer großen Ursprungspartikeln näher untersucht. Die Messungen in der CLOUD-Kammer zeigen, daß zwei Mechanismen die von Schwefelsäure angetriebene Entstehung von Nanopartikeln beschleunigen können: „Abhängig vom Vorhandensein von stabilisierenden Dämpfen wie Ammoniak und Amine bilden sich einerseits stark gebundene neutrale Säure-Basen Cluster, die auch

durch Cluster-Cluster Kollisionen zu Kondensationskeimen wachsen können, und andererseits ionische Cluster, deren elektrische Ladung stabilisierend wirkt, wenn Amine oder Ammoniak fehlen“, erläutert Armin Hansel. Das Ergebnis zeigt, daß die Messung von Schwefelsäure in der Atmosphäre kein ausreichender Indikator ist, um die Nukleationsrate zu beurteilen. Die Studienautoren fordern deshalb, daß auch andere, basenhaltige Verbindungen in solche Messungen einbezogen werden. „Wenn wir diese Mechanismen genauer verstehen, können wir Klimamodelle entsprechend parametrisieren und zuverlässigere Prognosen erstellen“, betont Armin Hansel. „Außerdem ist die Wolkenbildung natürlich auch für unser Verständnis des Wasserkreislaufes wichtig.“

Spitzentechnologie aus Tirol

Das Großexperiment CLOUD läuft seit sieben Jahren. Die Aerosolkammer am CERN ist mit einem hochreinen Einlaßsystem für Gase, einem speziellen Beleuchtungssystem sowie einer ganzen Reihe an Spezialinstrumenten ausgestattet. Mit Hilfe eines zuschalt-

baren Elementarteilchenstrahls aus einem CERN-Beschleuniger kann der Einfluß der kosmischen Strahlung auf die Keimbildung simuliert werden. Außerdem können die Temperatur, die Zusammensetzung der Luft und der Einfluß der kosmischen Strahlung in der Kammer unabhängig voneinander verändert werden, um die Bedingungen in der Atmosphäre nachzustellen.

Für diese Experimente hat die unter anderem von der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG geförderte Innsbrucker Forschungsgruppe um Armin Hansel in enger Zusammenarbeit mit dem Tiroler Spin-Off-Unternehmen Ionicon Analytik GmbH spezielle Meßverfahren entwickelt und verfeinert diese laufend. Das Team um Hansel gilt im Feld der Spurenanalytik als internationaler Pionier, da diese technische Innovation aus Tirol in Echtzeit Resultate mit extrem hoher Nachweiswahrscheinlichkeit liefert. ■

<https://www.uibk.ac.at/ionen-angewandte-physik/>
Publikation: The effect of acid-base clustering and ions on the growth of atmospheric nano-particles. Katrianne Lehtipalo et.al. Nature Communications 2016 DOI: 10.1038/ncomms11594

Der richtige Dreh für den perfekten Kristall

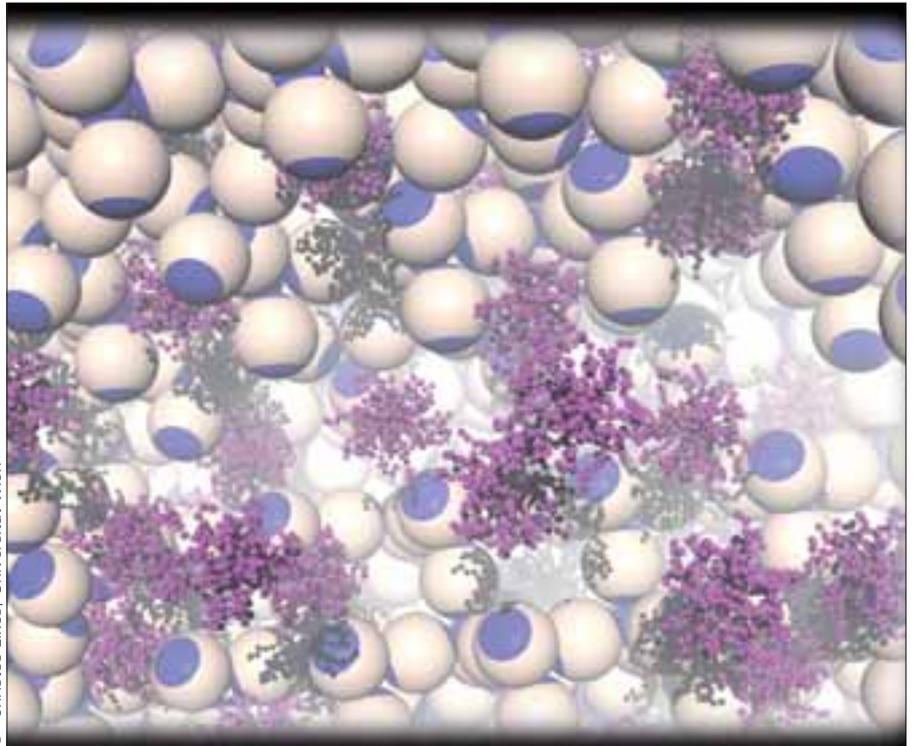
Physiker entwickeln neue Methode der Kristallerzeugung.

Egal ob in Metallkunde, Gemmologie (Edelsteinkunde) oder auch Elektrotechnik, die Anwendungsgebiete von Kristallen sind breit gefächert. Ein Team um Christos Likos von der Fakultät für Physik der Universität Wien hat nun in Zusammenarbeit mit dem National Institute of Standards and Technology (NIST, USA) und der Princeton University (USA) eine neue Methode entwickelt, die das Wachstum von großen, periodischen Kristallen verbessert. Die Ergebnisse dazu wurden aktuell im Fachmagazin „ACS Nano“ publiziert.

Kristalle sind Festkörper, deren mikroskopisch kleine Bausteine regelmäßig in einer periodischen Struktur angeordnet sind. Viele der Eigenschaften, die Kristalle so nützlich machen, basieren auf der detaillierten und strukturierten Anordnung ihrer Bestandteile. Diese regelmäßige Kristallstruktur wirkt sich wiederum in hohem Maße auf das Zusammenspiel der einzelnen Bausteine aus. In molekularen und atomaren Kristallen ist die Kraft zwischen den Bausteinen von Natur aus vorgegeben. Die einzige Möglichkeit die Kristallstruktur umzuwandeln, besteht entweder darin, die äußeren Bedingungen (Temperatur, Druck, etc.) zu verändern oder die Partikel selbst auszutauschen.

Im Gegensatz dazu ist es möglich, im Bereich der Physik der Weichen Materie, in dem die Bausteine um ein Vielfaches größer und komplexer sind als Atome, Bausteine mit extrem anpassungsfähigen Eigenschaften zu konzipieren und anzufertigen. Darauf basierend haben Wissenschaftler unter grossem Aufwand an der Synthese von Kolloiden gearbeitet, die selbst organisiert hochsymmetrische Strukturen mit den technologisch relevanten Eigenschaften bilden. Als Beispiel gelten spezielle Kristallgitter, die interessante optische Eigenschaften aufweisen – die so genannten Photonischen Kristalle.

Ein Beispiel für einen natürlichen Photonischen Kristall ist der Opal, dessen faszinierendes Farbenspiel auf die Art zurückzuführen ist, wie das Licht mit den kleinen Strukturen der regelmäßig angeordneten, kolloidalen Teilchen interagiert. Das farbenprächtige Schillern des Edelopals ist auf die Präsenz einer Vielzahl kleiner Kristalle, so-



© Christos Likos, Universität Wien

Die Wissenschaftler konnten zeigen, daß eine langreichweitige Ordnung durch die Verwendung einer Mischung von Kolloiden und polymerartigen Teilchen, sogenannter Sternpolymere, wiederhergestellt werden kann.

genannter Kristallite, zurückzuführen, die sich mit unterschiedlicher Orientierung anordnen. „Zusätzlich ist die Anordnung in den kolloidalen Kristallen oft durch Polymorphologie gestört: Verschiedenste Strukturen sind durch vergleichbare thermodynamische Stabilität charakterisiert, die es erschweren eine bestimmte Form absichtlich zu erzeugen“, erklärt Christos Likos von der Fakultät für Physik der Universität Wien.

Das daraus resultierende Fehlen der weitreichenden Anordnungen ist für viele Anwendungen von Nachteil. Entsprechend haben sich die Wissenschaftler zur Aufgabe gemacht, Strategien zu entwickeln, die das Wachsen von großen, monokristallinen Exemplaren verbessern. Mittels Computersimulationen ist es nun gelungen eine neue Methode zu entwickeln, die es ermöglicht, technologisch relevante offene Kristalle zu bilden, die nicht polymorph sind. „Das System kristallisiert spontan in einer Mischung von Kristallen. Die Kolloide fügen sich dabei so zusammen, daß die konkurrierenden Strukturen unter-

schiedliche Hohlraumverteilungen aufweisen. Wir nutzen das aus, indem wir die Grösse von zusätzlich hinzugefügten Polymeren so anpassen, daß diese einzig und allein mit der Leerraumsymmetrie des gewünschten Kristalls interagieren und sich gegen seine Konkurrenten stabilisieren“, so Lise-Meitner-Stipendiat Lorenzo Rovigatti, Mitglied der Gruppe um Christos Likos.

Die Ergebnisse des Forschungsteams dienen nicht nur dazu, Alternativen zu bereits existierenden Ansätzen aufzuzeigen, sondern auch um in naher Zukunft die experimentelle Umsetzung von weitreichend geordneten offenen kolloidalen Kristallen zu ermöglichen.

Das Projekt wurde vom Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) durch das Lise-Meitner Stipendium M 1650-N27 unterstützt.

<http://physik.univie.ac.at>

Publikationen in „ACS-Nano“, Nathan A. Mahynski, Lorenzo Rovigatti, Christos N. Likos, and Athanassios Z. Panagiotopoulos DOI 10.1021/acsnano.6b01854

Vom Handyphoto zur Virtual Reality

Mit Algorithmen der TU Wien entstehen aus ganz gewöhnlichen Fotos hochauflösende, saubere 3D-Welten.

Unsere Welt dreidimensional am Computer darzustellen ist heute nichts Ungewöhnliches mehr. Mit 3D-Scannern kann man Gesichter, Gebäude oder ganze Landschaften abtasten und aus den Daten ein 3D-Modell generieren. Allerdings ist das meist sehr aufwendig. In dem von der TU Wien geleiteten Forschungsprojekt „Harvest4D“ (geleitet von Prof. Michael Wimmer vom Institut für Computergraphik und Algorithmen der TU Wien) werden daher Algorithmen entwickelt, mit denen man aus bestehenden Bilddaten, die gar nicht unbedingt für diesen Zweck gesammelt wurden, diese dreidimensionale Welten viel einfacher erstellen kann. Sogar ihre zeitliche Entwicklung läßt sich so am Computer studieren. Solche Softwarelösungen lassen sich in ganz unterschiedlichen Bereichen einsetzen – von der Archäologie bis zur Hochwasserforschung.

3D-Welten berechnen, aus 2D-Fotos

„Bisher erstellte man 3D-Abbilder der Wirklichkeit meist auf recht komplizierte Weise, zum Beispiel mit Laser-Scannern“, erklärt Michael Wimmer. „Fachleute müssen eine Scan-Kampagne sorgfältig planen, hochauflösende Bilder machen und die Daten am Ende noch mühsam nachbearbeiten.“ Nur so kann man aus einer dreidimensionalen Punktwolke schöne, glatte Flächen und klare Formen erzeugen.

„Uns schwebt in diesem Bereich ein radikaler Paradigmenwechsel vor“, sagt Michael Wimmer. „Uns steht heute so umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung wie noch nie zuvor – mit den passenden Algorithmen kann man diese Bilddaten nutzen.“ Geräte, die hochqualitative Bilder aufnehmen können, werden immer alltäglicher. Schon heute hat fast jeder ein Fotohandy mit dabei. Quadcopter mit Webcam waren vor einigen Jahren noch teures High-Tech-Equipment, heute sind sie eine erschwingliche Spielerei.

Aus großen Sammlungen von Bilddaten lassen sich mit den passenden Rechenmethoden dreidimensionale Welten generieren. „Am Computer werden die Bilder dann nicht einfach nur zusammengestückt, sondern wir errechnen aus ihnen ein vollständiges

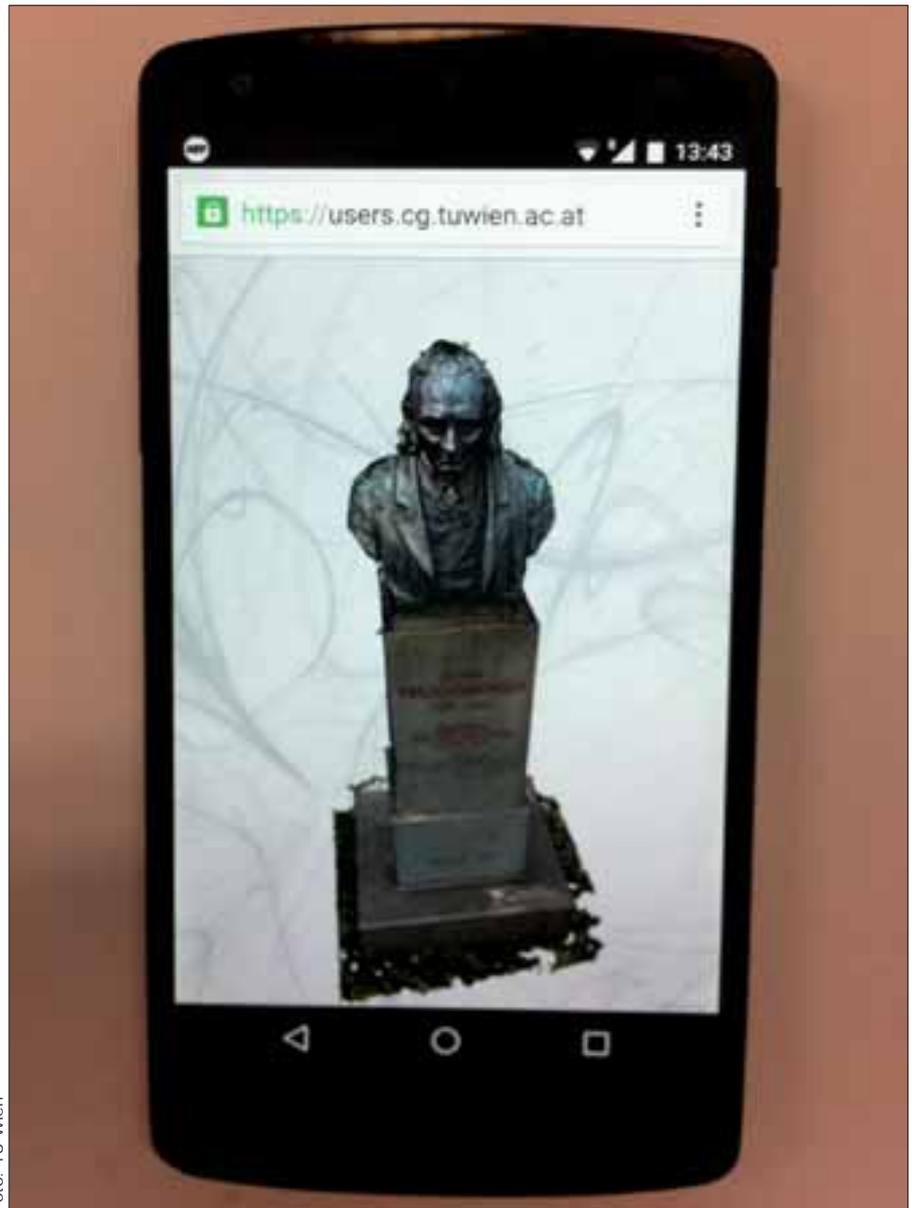


Foto: TU Wien

Büste im Resselpark, zusammengesetzt aus 100 Handyfotos

3D-Modell“, sagt Reinhold Preiner, Projektmitarbeiter. Man kann sich also am Bildschirm frei um ein Objekt herumbewegen und kann es aus beliebigen Blickwinkeln ansehen – auch aus solchen, die auf den Bildern gar nicht vorkamen. Ausgrabungen können virtuell studiert und analysiert werden, man kann sie sogar für den User zuhause virtuell in hoher Qualität zugänglich machen.

Fehlertolerante Bildanalyse

Um das zu erreichen, muß man Programme entwickeln, die Fehler tolerieren – denn die Daten sind nie perfekt. Bilder sind manchmal unscharf, sie zeigen Objekte bei sehr unterschiedlichen Lichtverhältnissen, und Scans können Artefakte enthalten, die die Rekonstruktion stören. Trotzdem gelingt es mit den Rechenmethoden, die nun im Forschungsprojekt „Harvest4D“ entwickelt wurden, sol-

che Bilddaten automatisiert aufzubereiten. So wurden etwa archäologische Ausgrabungen dreidimensional visualisiert – die Ausgangsdaten waren ganz gewöhnliche Fotos, zusätzlich wurde in diesem Fall die grobe Struktur mit einem Laserscan gemessen. Die Detailtiefe der Visualisierung muß nicht überall gleich sein: Bei gewöhnlichem Mauerwerk genügt eine eher grobe Darstellung, wertvolle Fresken an der Wand möchte man sich aber vielleicht genauer ansehen. Hochauflösende Bilder der Fresken können daher zusätzlich in das 3D-Modell eingebaut werden.

Wenn man die Daten nicht für wissenschaftliche Zwecke braucht, dann muß man nicht unbedingt die maximale Detailtiefe nutzen. Gibt man sich mit etwas weniger Genauigkeit zufrieden, dann können auch Endgeräte wie Laptops oder Smartphones die 3D-Modelle flüssig darstellen. Am Computergraphik-Institut an der TU Wien wurde eigens dafür der „potree viewer“ entwickelt. Er verwendet spezielle Techniken zu Darstellung großer Punktwolken, die nicht in den Speicher leistungsschwacher Endgeräte passen.

Veränderungen in 4D

Wenn man weiß, zu welchem Zeitpunkt die Bilder aufgenommen wurden, kann man den drei Raumdimensionen noch eine zeitliche Dimension hinzufügen und untersuchen, wie sich die beobachtete 3D-Welt verändert. Auch das ist für den Computer eine schwierige Aufgabe: Haben sich die abgebildeten Objekte tatsächlich verändert, oder sehen die Bilder nur unterschiedlich aus, weil sie bei unterschiedlichen Lichtverhältnissen, aus unterschiedlichen Winkeln oder mit unterschiedlichen Geräten aufgenommen wurden? Menschen fällt es normalerweise recht leicht, solche Fragen zu beantworten – diese Fähigkeit einem Computer beizubringen, ist eine große Herausforderung. Solche Algorithmen können sogar für die Hochwasserforschung interessant sein. „Anwendungsmöglichkeiten für unsere Algorithmen gibt es praktisch überall – und ständig kommen neue dazu“, sagt Stefan Ohrhallinger, Projektmitarbeiter.

Das FP7 EU Forschungsprojekt „Harvest4D“ ist ein Konsortium aus den folgenden europäischen wissenschaftlichen Partnern: TU Wien, Austria, University of Bonn, Technical University Darmstadt, Telecom ParisTech, Istituto Scienza e Technologie dell'Informazione (ISTI), Pisa, und Technical University Delft. ■

<https://www.cg.tuwien.ac.at/cga/>

Hebräische Handschriften der Österreichischen Nationalbibliothek online



Foto: Österreichische Nationalbibliothek

Ketubba aus dem Jahr 1392 mit der Darstellung des Brautpaares

Die Österreichische Nationalbibliothek besitzt heute etwa 240 hebräische Handschriften und eine große Anzahl an Fragmenten; zusätzlich verwahrt sie einen umfangreichen Bestand an hebräischen Drucken. Die Werke stammen aus der Zeit vom 12. bis zum 19. Jahrhundert, ein Großteil davon aus dem Mittelalter. Sie sind besonders frühe Dokumente jüdischer Buchkunst in Europa, weshalb die Sammlung auch von hohem internationalem Rang ist. Die Israelische Nationalbibliothek sorgte im Rahmen dieser internationalen Kooperation nicht nur für die Digitalisierung der Objekte selbst, sondern half auch bei der Identifikation von einigen nur fragmentarisch überlieferten Objekten maßgeblich mit. Wer im Online-Katalog QuickSearch auf <http://www.onb.ac.at> die einzelnen Handschriften aufruft, findet den Link zu den Digitalisaten, die auf der Website der Israelischen Nationalbibliothek gespeichert sind.

Zu den bedeutendsten Stücken der digitalisierten Sammlung gehört eine Hochzeitsurkunde des 14. Jahrhunderts, eine so genannte Ketubba (Cod. Hebr. 218). Sie ist das früheste erhaltene Exemplar einer illustrierten Ketubba aus dem aschkenasischen Sprachraum und enthält einen reichverzierten Rahmen, auf dem das Brautpaar dargestellt wird.

Von besonderem Interesse ist auch eine

Bibel aus dem Jahr 1298/1299 mit der Bibelauslegung in Mikrographie (Cod. Hebr. 16). Bei dieser Technik wird der in kleiner Schrift geschriebene Bibelkommentar verwendet, um Ornamente, Tiere, aber auch Schriftzüge darzustellen. In einem dieser Schriftzüge davon widmet der Schreiber die Handschrift seiner Familie, die bei einem Pogrom in einer bisher nicht identifizierten Stadt ermordet wurde.

Hintergrund-Information zu den hebräischen Beständen

Schon im ältesten Katalog der ehemaligen Hofbibliothek aus dem Jahr 1576 werden hebräische Handschriften genannt, die Sammeltätigkeit setzte also sehr früh ein. Erweitert wurde der Bestand in den folgenden Jahrhunderten durch Stücke aus den Nachlässen gelehrter Bibliothekare ebenso wie durch Schenkungen und Ankäufe. Heute wächst die Sammlung durch die Entdeckung von Fragmenten, die als Buchbindematerial in späteren Handschriften und Drucken verwendet wurden. Diese Fragmente gehen teilweise auf Handschriften zurück, die bei der Vernichtung jüdischer Gemeinden im Mittelalter, z. B. im Zuge der Wiener Gesera von 1421, zerstört wurden; die erwähnte Ketubba fand sich etwa im Einband lateinischer Handschriften. ■

Orientierung für Roboter

TU Graz startet Christian Doppler Labor für semantische 3D Computer Vision.

Von Susanne Eigner.



Foto: TU Graz / Lünghammer

Am Institut für Maschinelles Sehen und Darstellen der TU Graz wird auch mit In- und Outdoor Drohnen geforscht.

Wer sich räumlich orientieren will, muß seine Umgebung wahrnehmen und das Wahrgenommene interpretieren. Das gilt für Roboter ebenso wie für Lebewesen. Maschinen sehen dank modernster Kamertechnik und computergesteuerter Bilderkennungsverfahren, die die Umgebung standardisiert mittels zweidimensionaler Bilder beschreiben. Die richtige Interpretation des Gesehenen läßt auf zweidimensionaler Ebene allerdings zu wünschen übrig, wie Vincent Lepetit vom Institut für Maschinelles Sehen und Darstellen der TU Graz erklärt: „2D-Bilder geben lediglich Informationen darüber, wo sich ein Objekt ungefähr befindet. Es ist eine flache Information ohne Angaben zur Tiefe von Objekten oder zu deren Position in Relation zu anderen Objekten. Ein Roboter weiß so zum Beispiel nicht genau, wohin er greifen soll“.

Zudem können Bilder zahlreichen Abweichungen unterliegen: Verzerrungen, Unschärfen, ungeplante Bewegungen oder die Ähnlichkeit zu anderen Objekten machen es der

Maschine schwer, richtig zu sehen und zu interpretieren. Für eine Umgebungsbeschreibung in 3D reichte die verfügbare Rechenkapazität bislang nicht. „Erfreulicherweise ist die Rechnerleistung in den letzten Jahren aber rasant gestiegen, und das eröffnet uns neue Möglichkeiten in der Computer Vision“, so Lepetit. Der gebürtige Franzose ist der Leiter des neuen „Christian Doppler (CD-)Labors für semantische 3D Computer Vision“, das am 26. April an der TU Graz eröffnete. In den kommenden sieben Jahren wird er mit seinem Team der TU Graz und gemeinsam mit dem Unternehmenspartner Qualcomm Technologies an einer Bildbeschreibung in 3D arbeiten. Das Ziel: Roboter sollen sich selbstständig in einer realen, unkontrollierten Umgebung zurechtfinden.

BMWFW fördert Innovation

„Der Einsatz von Robotern wird im täglichen Leben sowie der industriellen Produktion immer wichtiger“, so Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Vize-

kanzler Reinhold Mitterlehner. „Die Forschung in diesem CD-Labor wird dazu beitragen, daß Roboter ihre Umwelt besser visuell wahrnehmen und auf Objekte reagieren können. Die hier erarbeiteten Lösungen sind ein weiterer Schritt zur Industrie 4.0 und können vielfältig genutzt werden, vom selbstfahrenden Auto bis zur Anwendung in Fabriken. Von Forschung und Innovation in diesem Bereich profitieren alle beteiligten Partner und langfristig auch der Standort Österreich, der nur durch Produkte am Puls der Zeit wettbewerbsfähig bleibt“.

Wie Maschinen lernen

Egal ob autonome Fahrzeuge oder roboterunterstützte Fabriken: Maschinen lernen durch Wiederholungen. Werden sie mit Daten gefüttert, können sie Muster erkennen, sich merken und entsprechend handeln. Das bedeutet im Umkehrschluß: Um einer Maschine etwas beizubringen, braucht es bekannte Daten. Dazu Lepetit: „Viele Dinge funktionieren heute, weil im Vorfeld eine

Wissenschaft & Technik

Menge Daten generiert wurde, aus deren Wiederholung ein Roboter lernt. Sind keine Daten vorhanden, bleibt nur das mühsame händische Programmieren. Das macht Anwendungen sehr fehleranfällig und wenig flexibel.“ Statistische Methoden reichen für das dreidimensionale Sehen von Computern nicht aus. Im Rahmen des CD-Labors will die Grazer Gruppe auf maschinellem Lernen basierende Ansätze als fundamentale Bausteine für Anwendungen der 3D Computer Vision entwickeln. Nach vielversprechenden Anwendungen von 3D Computer Vision muß nicht lange gesucht werden: die roboterunterstützte Wartung in Fabriken, weit genauere Positionserkennung im Außenbereich oder weiterentwickelte Interaktionsmöglichkeiten zwischen Mensch und Maschine sind nur drei Beispiele.

Ziele des CD-Labors

Roboter brauchen eine möglichst vielfältige Datenquelle um ihre Position auch bei hoher Geschwindigkeit exakt feststellen zu können. Die Forschungsarbeit im CD-Labor für semantische 3D Computer Vision wird daher auf verschiedene Kamertypen und Sensoren zur Umgebungs- und Lageerkennung sowie auf Bewegungs- und Beschleunigungssensoren und Kompass setzen. „Wir suchen außerdem nach Wegen einer automatisierten Positionserkennung auf Basis verfügbarer Bilddatenbanken wie Google Street View und durch Nutzung zweidimensionaler Quellen wie Landkarten und Stadtpläne“, so Lepetit. Am Ende des siebenjährigen CD-Labors sollen Roboter ihre vielfältigen Möglichkeiten auch in einer unkontrollierten Umgebung mit unvorhergesehenen bildhaften Situationen besser entfalten.

Hochkarätiger Unternehmenspartner

Das Forschungs- und Entwicklungsunternehmen Qualcomm Technologies Inc., eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Qualcomm Incorporated, einem in San Diego, Kalifornien ansässigen Unternehmen, wird die Grazer Wissenschaftler begleitend unterstützen. Qualcomm war bereits Partner des Christian Doppler Labors für Handheld Augmented Reality, das zwischen 2008 und 2015 von Dieter Schmalstieg vom Institut für Maschinelles Sehen und Darstellen der TU Graz geleitet wurde. „Qualcomm Technologies ist stolz, bereits zum zweiten Mal als Partner in ein Zusammenarbeitsprojekt mit dem CDL eingebunden zu sein“, erklärte Serafin Diaz, Vice President Engineering bei Qualcomm Technologies, Inc. „Wir sind



Vincent Lepetit leitet das jüngste Christian Doppler Labor der TU Graz.



Fotos: TU Graz / Lunghammer

Das Ziel des CD-Labors: Roboter sollen sich selbständig in einer realen, unkontrollierten Umgebung zurechtfinden.

überzeugt, daß unsere frühere Zusammenarbeit ein Erfolg gewesen ist und zuversichtlich, daß dieses neue Christian Doppler Labor für semantische 3D Computer Vision ebenso erfolgreich sein kann. Die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts sollen in den Bereichen Autonomes Fahren und Navigation für Roboteranwendungen zur Anwendung kommen.“

Christian Doppler Labors

In Christian Doppler Labors wird anwendungsorientierte Grundlagenforschung auf

hohem Niveau betrieben, hervorragende WissenschaftlerInnen kooperieren dazu mit innovativen Unternehmen. Für die Förderung dieser Zusammenarbeit gilt die Christian Doppler Forschungsgesellschaft international als Best-Practice-Beispiel. Christian Doppler Labors werden von der öffentlichen Hand und den beteiligten Unternehmen gemeinsam finanziert. Wichtigster öffentlicher Fördergeber ist das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWF). ■

<https://www.tugraz.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Doppler

Nur Gesichter? Portraits der Renaissance

Von 13. Mai bis 28. August 2016 im Ferdinandeum Innsbruck



Foto: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum / Wolfgang Lackner

Blick in die Ausstellung »Nur Gesichter? Porträts der Renaissance«

Der Humanist Erasmus von Rotterdam verglich das Leben mit einem Schauspiel, in dem jeder eine Maske trägt oder eine Rolle spielt. In diesem Sinne wird das Ferdinandeum während der großen Ausstellung „Nur Gesichter? Porträts der Renaissance“ zur Bühne. Im Rampenlicht der Schau im Ferdinandeum stehen die Werke bedeutender Künstler: Bernhard Strigel gilt als der wichtigste Porträtist Kaiser Maximilians I., während Jakob Seisenegger als Hofmaler Ferdinands I. Ruhm erlangte. Hans Maler fand am Innsbrucker Hof und in Schwaz einen zahlungskräftigen Kundenkreis. Die Bildnisse von Marx Reichlich spiegeln die Brixner Gesellschaft um 1500 wider.

„Die Schau im Ferdinandeum thematisiert kultur- und sozialgeschichtliche Aspekte des frühneuzeitlichen Porträts und zeigt, daß die Renaissance zentrale Weichen für die folgenden Jahrhunderte gestellt hat“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen. Daher habe er vor drei

Jahren die Bitte an die Kolleginnen geäußert, diesen Bestand pointiert in einer Ausstellung



Foto:

*Paul Dax, Selbstbildnis,
1530, Öl auf Holz*

aufzubereiten. Er fährt fort: „Die Tiroler Landesmuseen verwahren und pflegen einen großartigen Renaissance-Bestand, der in großem Umfang in dieser Ausstellung gezeigt wird. Aber das Thema ist zu groß, um es nur mit einem Museumsbestand zu bearbeiten. Ich bedanke mich bei den vielen Museen und Privatsammlungen im In- und Ausland, die dieses Projekt mit hochkarätigen Leihgaben unterstützen.“

Selbstinszenierung

In der Renaissance erlebte das Porträt seine erste Hochkonjunktur. Durch die Abkehr vom religiös motivierten Stifterbildnis des Mittelalters gewann das autonome Porträt als eigenständige Bildgattung in der Frühen Neuzeit zunehmend an Bedeutung. Regenten, Adelige und Patrizier gebrauchten ihr Bildnis als wirksames Mittel der Selbstinszenierung. Durch Kleidung, Schmuck, Wappen und Inschriften unterstrichen sie ihren gesellschaftlichen Rang. Die Requisiten dien-

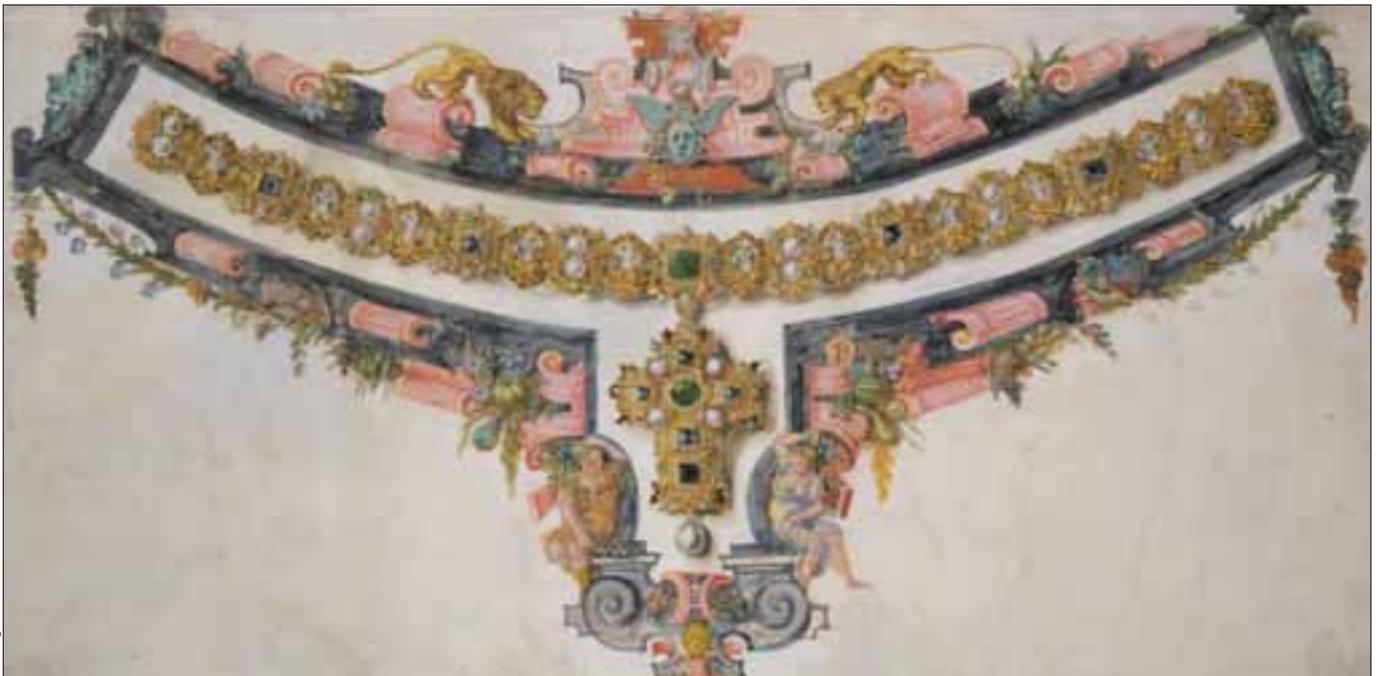
ten der Ausstaffierung des Selbst. Auftraggeber und Maler spielten eine wichtige Rolle in diesem Jahrmarkt der Eitelkeit. Die Renaissance-Porträts zeigen keine authentischen Gesichter, vielmehr spiegeln sie soziale Normen und Erwartungshaltungen wider. Sie vermitteln das komplexe Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in Zeiten höfischer Herrschaft und kirchlicher Vormundschaft. „Die Bilder zeigen, was ihre Auftraggeber wollten: Geltung, Erinnerung und Präsenz. Durch Gesichtsausdruck, Haltung, Pose und Requisiten unterstrichen sie ihre Macht und Position in der Gesellschaft“, betont Claudia Mark, Kuratorin der Ausstellung. Die Selbstinszenierung wurde bis in den Tod und darüber hinaus betrieben. Ein in Kupfer gestochenes Porträt des toten Martin Luther und das im Ferdinandeum befindliche Totenbildnis Kaiser Maximilians I. veranschaulichen, daß Bilder des „letzten Gesichts“ stets auch politische Aussagen transportieren.

Kaiser Maximilian I.

Gerade Kaiser Maximilian I. ließ sich auf in Serie gemalten Porträts immer wieder in den gleichen stereotypen Darstellungen abbilden. Es handelt sich dabei vielfach um Wiederholungen der Urbilder von Bernhard Strigel, die ihn als Herrscher und als Privatmann zeigen. Sie dienten als Vorlage für Porträts des Kaisers, die in der Werkstatt Strigels in Serie produziert wurden. Maximilian I. setzte vor allem auf den Wiedererkennungswert seiner unverwechselbaren Nase.



© privat



© Bayerisches Nationalmuseum

rechts oben: Jakob Seisenegger (zugeschrieben), Bildnis der sogenannten Fuggerkinder, 1540/41, Tempera und Öl auf Holz;
oben: Prunkkette mit kreuzförmigem Anhänger für Herzogin Anna von Bayern, 1554, Deckfarbenmalerei auf Pergament



ten der Verherrlichung seiner Person. Immer wieder ließ sich Maximilian I. Probeabschläge von Münzen vorlegen, um Korrekturen an seiner Darstellung auf der Vorderseite vornehmen zu können. Diese neuartige Präsenz eröffnete neue Möglichkeiten der Repräsentation und des „self-fashioning“. Auch die Rückseite der Münzen konnte für Botschaften verwendet werden. Aufschriften und Zitate sind Zeugnis des Selbstverständnisses des Abgebildeten. Porträtmedaillen hingegen dienten eher als Erinnerungsstücke, die verschenkt, gewidmet und vererbt wurden. Anfangs bedienten sich die unterschiedlichsten sozialen Schichten der Medaille, erst später wurde sie zu einem fürstlichen Repräsentationsmedium.

Nicht für die Wand bestimmt

Im 15. und 16. Jahrhundert wurden Porträts größtenteils nicht an der Wand aufgehängt. Es gab spezifische Bildformen wie das Porträt-Diptychon, zweigeteilte Gemälde, die in der Regel mit Scharnieren zum Aufklappen verbunden sind, das Einzelporträt mit Schiebedeckel oder die auf der Rückseite bemalte Bildnistafel. Sie zeugen davon, daß Bildnisse oft zusammengeklappt in Truhen oder Kästen aufbewahrt und nur zeitweise zur Schau gestellt wurden. In Auftrag gegeben wurden sie meist zu besonderen Anlässen, für Hochzeiten, Amtsübernahmen oder aus Trauer über den Verlust einer geliebten Person.

Vermessung des Körpers

Durch die Auseinandersetzung mit der Antike erwachte in der Renaissance das Interesse am eigenen Körper. Anatomische Studien gaben Einblick in die Funktionswei-

- ▲ Marx Reichlich, *Der Brixner Domherr Gregor Angerer*, 1519, Öl auf Holz;
- Jakob Seisenegger, *Hans und Anna Kleplat (Kleeblatt)*, Diptychon, 1536, Öltempera auf Holz,

Er war durch die gezielt in Umlauf gebrachten Bildnisse schließlich so bekannt, daß ihn bei der Fürstenversammlung in Wien angeblich sogar jene erkannten, die ihn zuvor noch nie gesehen hatten.

Schaumünzen, Druckgrafiken und Porträtmedaillen

Geprägte Münzen und auch das relativ junge Handwerk der Druckgrafik wurden von Kaiser Maximilian I. als regelrechtes „Propagandainstrument“ verwendet. Die relativ schnell produzierten Abbildungen dien-



Kultur

se des menschlichen Körpers. Die Ausstellung präsentiert zwei äußerst seltene Gliederpuppen, die in Anlehnung an Albrecht Dürers Idealfigur konstruiert sind. Die Puppen lassen sich mittels Scharnier- und Kugelgelenken bewegen und sind der heutigen Künstlerpuppe – den sogenannten „Darmstädter Puppen“ – durchaus ähnlich. Die beiden Modelle verfügen über einen athletischen Körper, bei dem die Brust- und Bauchmuskulatur besonders hervorgehoben sind. Dürers Körperkonstruktionen sollten den geschulten Zeichner in die Lage versetzen, die menschliche Figur mit ihren Proportionen richtig festzuhalten. In der Schau sind neben den Gliederpüppchen auch Dürers Bücher über die menschlichen Proportionen ausgestellt. Die Verortung der Seele war ein weiteres Thema, das Dürer beschäftigte. In der Bildunterschrift seines Kupferstichs von

Philipp Melanchthon thematisiert Dürer, daß die Seele nicht darstellbar ist und er nur das Äußere wiedergeben konnte.

Der bestüberlieferte Mensch seiner Zeit

Ein aufschlußreiches und zugleich einzigartiges Zeugnis über das Porträtschaffen der Renaissance ist das von 1520 bis 1560 geführte Trachtenbuch des Matthäus Schwarz. Der Hauptbuchhalter des Fugger'schen Handelshauses ließ sich darin in 137 wechselnden Kleidungen darstellen. Niemand ließ sich bis zur Erfindung der Fotografie häufiger porträtieren als Schwarz. In Zeiten von Facebook und Instagram mag es überraschen, daß diese Demonstration von Reichtum und gesellschaftlichem Aufstieg keineswegs für die breite Öffentlichkeit bestimmt war. Ganz im Unterschied zu der heute üblichen Verbrei-

tung unserer Bilder auf den digitalen Bühnen des World Wide Webs ließ der Augsburger Lebemann nur ausgewählte Vertraute in seinem Büchlein blättern. Das Trachtenbuch kann auch als eine Art Tagebuch von Schwarz angesehen werden. In handschriftlichen Kommentaren zu den Porträts machte Schwarz Angaben zu Körper, Alter und Tod. In der Schau wird eine Kopie des Trachtenbuches aus dem frühen 18. Jahrhundert gezeigt.

Zahlreiche Exponate und bedeutende Künstler

Die rund 130 in der Schau ausgestellten Werke, darunter 52 Gemälde, 24 Druckgrafiken, Zeichnungen, Schmuckstücke, Münzen sowie Porträtmedaillen, stammen von vorwiegend in Tirol tätigen und süddeutschen Künstlern wie Jakob Seisenegger, Marx Reichlich, Hans Maler, Bernhard Strigel, Albrecht Dürer, Hans Burgkmair dem Älteren, Christoph Amberger, Jörg Breu dem Älteren, Hans Wertinger oder Lucas Cranach dem Älteren und dem Jüngeren. Die Bestände der Tiroler Landesmuseen werden durch Leihgaben bedeutender Museen und Privatsammlungen ergänzt. Gezeigt werden Werke aus dem Metropolitan Museum of Art in New York, dem Courtauld Institute of Art in London, dem Kunsthistorischen Museum Wien, der Albertina, dem Belvedere, dem Städel Museum in Frankfurt a. Main, der Staatgalerie Stuttgart oder der Staatlichen Graphischen Sammlungen in München.

Das Abbild des Brixner Domherren Gregor Angerer aus der Sammlung der Tiroler Landesmuseen ist eines der ausdrucksstärksten Porträts der Ausstellung. Die Gesichtspartie mit den prägnant blickenden Augen und dem fest geschlossenen Mund unterstreicht den Charakter des Dargestellten. Das Werk Marx Reichlichs wirkt lebendig und tritt in einen Dialog mit dem Betrachter. Reichlich agierte um 1500 vor allem in Brixen. Er ist noch mit weiteren Werken in der Ausstellung vertreten – u. a. mit der „Dame mit Maiglöckchen und Stiefmütterchen“, eine Leihgabe der Courtauld Gallery. Reichlich war der begehrteste Porträtmaler der vermögenden Brixner Bevölkerung.

Der ursprünglich aus Schwaben stammende Hans Maler ließ sich um 1510 dauerhaft in Schwaz nieder. Er konnte von dort aus zwei Kundenkreise bedienen. Er malte in Schwaz, wo sich eine reiche Bergbaulite etabliert hatte, die ihrem neu erworbenen Reichtum und ihrem sozialen Aufstieg mittels Porträts Ausdruck verleihen wollte. Maler war aber auch am Innsbrucker Hof ange-



© Staatliche Graphische Sammlung München

Albrecht Dürer, Kaiser Maximilian I., 1519, Holzschnitt

© Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum



Ulrich Ursentaler, Maximilian I., Schauguldiner nach 1511, Silber

sehen und fertigte zahlreiche Porträts für die Habsburger an. Er porträtierte einige der mächtigsten Persönlichkeiten Europas, die mit ihren Porträts in der Ausstellung vertreten sind: Ferdinand I. von Österreich, Anna von Ungarn, Anton Fugger, den Leiter eines weltweit agierenden Handelsunternehmens und reichsten Mann der Welt.

Jakob Seisenegger stand ab 1530 im Dienste Ferdinands I. und wurde 1531 zu dessen Hofmaler ernannt. Seisenegger malte vorwiegend Porträts von Mitgliedern der Habsburgerfamilie. In der Ausstellung ist unter anderem sein Diptychon von Hans und Anna Kleplat zu sehen.

Das Gestaltungskonzept

Die Schau erstreckt sich über zwei Ebenen. Im Erdgeschoß können die BesucherInnen in der „Maske“ vor einem beleuchteten Spiegel Platz nehmen, wie man ihn aus Theatergarderoben kennt. Sie haben einen Selfiestick vor sich und werden dazu eingeladen, sich selbst zu fotografieren und sich Gedanken über diese Form der Selbstinszenierung zu machen. Eine Klanginstallation stimmt auf den Besuch der Ausstellung ein. Zitate zum Thema Gesicht, Porträt und Maske sind zu hören. Der Rundgang führt an verschiedenen Bildformen, Münzen, Medaillen und namenlosen Porträts vorbei.

Im Mezzanin sind die Porträts des 16. Jahrhunderts im Setting einer italienischen Piazza in Szene gesetzt. Die Bilder, angebracht auf eigens angefertigten Sockeln, erhalten gewissermaßen „Körper“ und erlauben so im wahrsten Sinne des Wortes eine „Kontaktaufnahme“ auf Augenhöhe. Mit dieser Ausstellungsarchitektur verdeutlicht die Architektin Juliette Israël, daß die Porträtierten alle mehr oder weniger Zeitgenossen waren und sich denselben öffentlichen Raum teilten. Die Inszenierung und Beleuch-

tung hauchen den Bildern Leben ein und ermöglichen den BesucherInnen unerwartete Begegnungen.

Begleitpublikation

Zur Ausstellung erscheint die Begleitpublikation „Nur Gesichter? Porträts der Renaissance“; mit einem Vorwort von Wolfgang Meighörner und Beiträgen von Sonja

Fabian, Kirsten O. Frieling, Franz Gratl, Annette Kranz, Stefan Krause, Markus Rath, Annette Schommers und Christina Zenz. ISBN 978-3-900083-64-9, 288 Seiten, €24,90

Die Publikation ist in den Museumshops der Tiroler Landesmuseen und online erhältlich.

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

<http://shop.tiroler-landesmuseen.at>



Abbildung aus der Kopie des Trachtenbuchs des Matthäus Schwarz, 1520/60, Pergamentbilder auf Papier geklebt, 128 Blatt Deckfarbenmalereien, Ledereinband (18. Jahrhundert)

© Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek

Max Kurzweil – Licht und Schatten

Meisterwerke im Fokus – »Therese Bloch-Bauer« erstmals seit 1908 öffentlich ausgestellt – von 11. Mai bis 4. September 2016 im Oberen Belvedere



Foto: Hubert Dorfstetter, Thaur

Max Kurzweil, *Der Hafen von Cattaro mit dem Berg Lovcen*, 1916, Öl auf Leinwand 59 x 70,5 cm, Privatbesitz

Die Biografie von Max Kurzweil liest sich beinahe wie die Vorlage zu einer Novelle aus dem Wien um 1900, und auch sein Werk, das sich stilistisch vom Impressionismus über den Symbolismus bis hin zum Expressionismus bewegt, zeugt von einem besonders leidenschaftlichen Temperament. 100 Jahre nach seinem Tod und 50 Jahre nach der letzten Einzelausstellung im Belvedere zeigt die Schau neben bekannten Hauptwerken zahlreiche bisher unbekannte oder nur selten ausgestellte Gemälde und Grafiken

Kurzweils. Das Bildnis der Therese Bloch-Bauer, Schwester der von Klimt porträtierten Adele, ist dabei eine sensationelle Wiederentdeckung, denn das Gemälde wird erstmals seit 1908 öffentlich zu sehen sein.

„Mit einer Ausstellung zu Max Kurzweil setzt das Belvedere die erfolgreiche Reihe Meisterwerke im Fokus mit einem herausragenden österreichischen Künstler fort, der nahezu in Vergessenheit geraten ist. Tatsächlich handelt es sich in jeder Hinsicht um eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Gerade

das Porträt der Therese Bloch-Bauer, einer der Höhepunkte der Ausstellung, beweist, welches Talent und welche Raffinesse den Arbeiten Kurzweils zugrunde liegen. Er muß endlich als einflußreiche Größe der österreichischen Kunstgeschichte, insbesondere der Wiener Secession, verstanden werden“, so die Direktorin des Belvedere und des 21er Haus, Agnes Husslein-Arco.

„Kaum eine Persönlichkeit verkörpert den Geist der Wiener Moderne um 1900 so typisch wie Max Kurzweil“, so der Kurator

der Ausstellung, Markus Fellingner. Obwohl oder gerade weil Kurzweil nie im Mittelpunkt der Wiener Kunstszene stand, als wortkarg und verschlossen galt und keinen revolutionären Impetus an den Tag legte, könnte seine Lebensgeschichte durchaus aus der Feder von Arthur Schnitzler stammen. Sie beinhaltet alles, was für eine spannende Novelle nötig ist: ein junger Mann aus dem wohlhabenden Großbürgertum, Dragoneroffizier, aber auch Lebemann und erfolgreicher Künstler, verheiratet mit einer jungen Französin, deren Schönheit für Aufsehen sorgt, die aber in Wien nicht glücklich ist, an Heimweh und Depressionen leidet. Die Ehe bleibt kinderlos, und auch Kurzweil selbst ist häufig niedergeschlagen und antriebslos. Kurzweil schwankt ständig zwischen einem ungewohnten Künstlerleben und den Konventionen seiner großbürgerlichen Herkunft. Die meiste Zeit bereits getrennt von seiner Frau lebend, beginnt er in fortgeschrittenem Alter eine Affäre mit einer seiner Schülerinnen. Die Liaison wird von deren Vater entdeckt und verboten. Der im Ersten Weltkrieg als Kriegsmaler zum Militär eingetückte Kurzweil trifft sich mit seiner Geliebten während eines Diensturlaubs ein letztes Mal in seinem Wiener Atelier, wo sich beide mit Kurzweils Dienstpistole das Leben nehmen.

Vom Impressionismus zu Symbolismus und Expressionismus

Kurzweil studiert Malerei an der Wiener Akademie der bildenden Künste und der Académie Julian in Paris. Ab 1893 verbringt er die Sommer in der bretonischen Hafenstadt Concarneau, wo er 1895 Marthe Guyot, die Tochter des Vizebürgermeisters, heiratet. Licht und Farbe erhalten nun in seinen Werken zunehmend einen Eigenwert und sprechen als symbolische Mittel mit. Gilt sein Interesse anfangs noch der Genremalerei in der Tradition des französischen Naturalismus, wendet Kurzweil sich zunehmend dem Impressionismus zu. Seine Begabung verschafft ihm bereits in jungen Jahren Erfolge in den Ausstellungen des Künstlerhauses. Als Gründungsmitglied der Secession beschäftigt er sich zugleich mit symbolistischen und esoterischen Themen, lernt wohl von Emil Orlik die Kunst des japanischen Farbholzschnitts und macht sich vor allem als Porträtist einen Namen. Sehr früh entstehen auch Bilder in der Auseinandersetzung mit dem noch jungen Expressionismus.

Kurzweil ist vor allem als Porträtist der Wiener Gesellschaft bekannt. Sein Bildnis der Therese Bloch-Bauer, Schwester der von



▲ Max Kurzweil, *Therese Bloch-Bauer, um 1907*, Öl auf Leinwand 115 x 97 cm, Privatbesitz, Kanada;

▼ Max Kurzweil, *Strandlagerfeuer, undatiert*, Öl auf Holz 22 x 44 cm, Privatbesitz



Klimt gemalten Adele, wird in der Ausstellung erstmals seit 1908 öffentlich zu sehen sein. Intime Porträts seiner französischen Frau Martha bilden einen weiteren Höhepunkt, ebenso die impressionistischen Landschaften aus der Bretagne, Italien und Dalmatien.

Das expressive Spätwerk, insbesondere die Aktbilder, zeugen von einem leidenschaftlichen Temperament, das der aus wohlhabenden Verhältnissen stammende Gentleman nur im Geheimen auslebte. ■

<http://www.belvedere.at>

»Rot ich weiß Rot. Kritische Kunst für Österreich«

Die Schau im Forum Frohner Krems-Stein zeigt von 22. Mai bis 6. November 2016 hochkarätige Werke renommierter Künstlerinnen, die sich intensiv mit Österreich und seiner politischen, sozialen und gesellschaftlichen Realität auseinandersetzen.



© MUSA / Foto: Andreas Gießwein

Günter Brus, Wiener Spaziergang, 1965, SW-Fotografie aus einer 16teiligen Serie, 39 x 39 cm

Zahlreiche hochklassige Kunstausstellungen setzen sich mit ästhetischen Aspekten auseinander, rücken humorvolle oder kulinarische Perspektiven ins Zentrum, erschließen Gerüche, bieten Gelegenheit zum Verweilen, entspannen und genießen. Die Ausstellung „Rot ich weiß Rot. Kritische Kunst für Österreich“ führt dagegen auf ein

Kernanliegen der Kunst zurück. Anlaß ist ein literarisches Werk, das vor fast 40 Jahren geschrieben, bis heute unvermindert aktuell geblieben ist.

1979 nimmt das Buch Rot ich weiß Rot eine kritische Reflexion mit dem künstlerischen Klima in Österreich vor. Ausgangspunkt dafür ist die These einer „politischen

Windstille“, die laut einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ dazu führt, daß es in Österreich keine Kritiker des eigenen Landes gäbe. Dem stellen rund 70 AutorInnen von Thomas Bernhard bis Helmut Qualtinger, von Friederike Mayröcker und Elfriede Jelinek, von Josef Haslinger bis Peter Handke eine umfassende Kritik der

Kultur

politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Situation unseres Landes entgegen. Die Ausstellung „Rot ich weiß Rot. Kritische Kunst für Österreich“ lotet die Relevanz des Buches für das Kunstschaffen aus. Sie spürt Deutungen der nationalen Identität nach, beschäftigt sich mit dem Nachwirken des Nationalsozialismus, zeigt alternative Lebensmodelle der KünstlerInnen auf und thematisiert die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen.

Am Anfang der Deutung Österreichs steht Leopold Kupelwiesers Überhöhung der Heimat in der Allegorie Austria (um 1848). Staatswappen und Landkarten von Manfred Deix, Oswald Tschirtner und August Walla sehen Österreich später neu und anders. Der Widerstandsbutton von Johanna Kandl und Ingeborg Strobl greift schließlich die Idee der Landesfarben auf und färbt Österreich als Protest gegen die Regierungsbildung des Jahres 2000 schwarzblau.

Der Nationalsozialismus wird in Susanne Wengers Werken der letzten Kriegsjahre verarbeitet. Die Bilder verbinden Traum und Trauma der als „entartet“ gebrandmarkten Künstlerin. Auch das Nachleben des Nationalsozialismus wird zum Thema. Viktor Matějka, als Symbolfigur eines unermüdeten Aufzeigers tritt ebenso in Erscheinung wie der Grenzgänger Padhi Frieberger, der in seinem Werk Scheißbrauner Lippizaner (1986/87) eine touristische Visitenkarte Österreichs demontiert, indem er den Aufstieg der Spanischen Hofreitschule im Dritten Reich aufzeigt. Der Herr Karl ist dagegen Helmut Qualtingers Mitläuferfigur – fotografiert von Franz Hubmann (1962) – die in sympathischer Tarnung die Skrupellosigkeit des Durchschnittsösterreichers entlarvt. Wie schwer das offizielle Österreich mit Neuem umgehen konnte, zeigt Herbert Boeckls Wettbewerbsbeitrag Das große Welttheater für den Eisernen Vorhang der Staatsoper des Jahres 1955. Boeckl analysiert den Zustand Österreichs zwischen Nachkriegselend und Öffnung für den internationalen Aufbruch. Die Jury war überfordert und gab Rudolf Hermann Eisenmenger den Vorzug, der – von Adolf Hitler bewundert – die Kriegsjahre 1939-1945 als Präsident des Wiener Künstlerhauses verbracht hatte.

Aktionistische Kunstformen bilden einen Aufschrei gegen die Verdrängungspolitik und Enge der späten Nachkriegsära. Während der Aktion Blutorgel (1962) lassen sich Adolf Frohner, Otto Muehl und Hermann Nitsch für drei Tage in einem Atelierkeller einmauern, um revolutionäre Ausdrucksformen zu



Herbert Boeckl, *Das große Welttheater*, 1955 Tempera/Leinen, 125,5 x 111 cm

entwickeln. Ebenso wie Günter Brus mit seinem Wiener Spaziergang (1965) – der auch als Kurzfilm zu sehen ist – lösen sie einen Skandal aus. In der Folge entwirft Otto Muehl ein alternatives Gesellschafts- und Lebensmodell, das 1972 in die Kommune Friedrichshof mündete.

Seit den 1970er-Jahren thematisieren zahlreiche Künstlerinnen das Frauenbild in der Gesellschaft und untersuchen überkommene Wertemuster. VALIE EXPORT, Christa Hauer, Ona B. oder die Gruppe Die Damen entwickeln dabei unterschiedliche Zugänge – von politischen Handlungen bis hin zu künstlerischen Experimenten. In ihren Aktionen und Filmen, wie ihrem ersten Spielfilm *Der unsichtbare Gegner* (1976) untersucht VALIE EXPORT den Körper als Symbol der Identitätsfindung und bildet damit einen zentralen Anknüpfungspunkt für feministische Positionen bis heute.

Der Ausstellungsparcours vereint zahlreiche Genres, Techniken und Medien, von der Zeichnung zur Malerei, von der Skulptur zum Film, von der Karikatur zur Fahne. Rund 50

Arbeiten von 36 KünstlerInnen bzw. Kollaborationen setzen sich intensiv mit Österreich und seiner politischen, sozialen und gesellschaftlichen Realität auseinander.

Zu sehen sind Werke von: a room of one's own o Jakob Alt • Ona B. • Herbert Boeckl • Die Damen • Manfred Deix • Günter Brus • VALIE EXPORT • VALIE EXPORT & Lotte Hendrich Hassmann • Wolfgang Flatz • Padhi Frieberger • Adolf Frohner • Franz Graf • Christa Hauer-Fruhmann • Johann Hauser • Gottfried Helnwein • Marcel Houf o Franz Hubmann • Johanna Kandl & Ingeborg Strobl • Elke Silvia Krystufek • Leopold Kupelwieser • Victor Matějka • Otto Muehl • Hermann Nitsch • Gerhard Rühm • Christian R. Skrein • Erich Sokol • Oswald Tschirtner • August Walla • Susanne Wenger • Lawrence Weiner • Nives Widauer • Nives Widauer und Meinhard Rauchensteiner • Robert Zahornicky. Die KuratorInnen sind Christian Bauer und Elisabeth Voggeneder. ■

<http://www.kunsthalle.at/de/forumfrohner/ausstellungen>

Goya in Gmünd

Francisco de Goyas berühmte Radierzyklen in der Stadtturm-galerie Gmünd in Kärnten von 5. Mai bis 2. Oktober 2016

Die Kulturinitiative Gmünd präsentiert im Sommerhalbjahr 2016 ausgewählte Arbeiten aus allen vier Radierzyklen des großen spanischen Künstlers Francisco de Goya! Nach dem großen Erfolg von „Dürer in Gmünd“ im Vorjahr steht 2016 damit wieder ein weltberühmter Meister der Druckgrafik mit seinen großartig-grotesken Originalradierungen im Mittelpunkt der großen Schau im Turm.

In vier großen Grafikserien setzt sich Francisco de Goya (1746-1828) mit dem Spanien seiner Zeit auseinander, einem Land, das taumelt zwischen Tradition und Moderne, Absolutismus, Inquisition und Aufklärung. Goya zeigt Bilder aus dem Alltagsleben der BewohnerInnen der einstigen Weltmacht, die noch immer ein riesiges Kolonialreich beherrscht, aber in Europa zum Spielball stärkerer Imperien geworden ist. Goya wirft in seiner künstlerischen Arbeit einen realistischen und kritischen Blick auf die damaligen gesellschaftlichen Zustände und politischen Ereignisse in Spanien: Krieg, Armut, Gewalt, soziale Ungerechtigkeit, Niedergang der Sitten, vom Künstler teils ironisiert, teils bizarr anmutend, aber stets schonungslos anklagend dargestellt. Goyas groteske, fantastisch-surreale Bildergeschichten erzählen von Traum und Wahnsinn und weisen mit Eindringlichkeit daraufhin, daß die Wirklichkeit schockierend und das Abbild der Kunst mehrdeutig ist. Mehr als 200 Jahre nach Entstehung der Serien sind seine Radierungen noch immer hochbrisant und gelten als Meisterwerke eines wahren Genies.

Besonders hervorzuheben ist Goyas wichtigste und berühmteste Serie, Los Caprichos, die in Kärnten mit allen 80 Radierungen erstmals in ihrer Vollständigkeit zu sehen ist! Ausgewählte Arbeiten aus den nicht minder berühmten Radierzyklen Desastres de la Guerra, Los Disparates (Los Proverbios) und Tauromaquia bieten einen umfassenden Einblick in das grafische Werk Goyas und demonstrieren eindrücklich dessen geniale künstlerische Gestaltungskraft, Experimentierfreude und außergewöhnliche Beobachtungsgabe. Man kann als begeisterte/r MuseumsbesucherIn noch so viel gesehen haben: Die Unmittelbarkeit, Heftigkeit und Bildgewalt, die von Goyas grafischem



Foto: Kulturinitiative Gmünd

In den letzten Jahren hat sich die Stadtturm-galerie Gmünd als Ausstellungsort für international anerkannte Druckgrafik einen Namen gemacht.



© Kulturinitiative Gmünd

Werk ausgehen, faszinieren und fesseln bis heute unvermindert!

Die Ausstellung entstand in enger Zusammenarbeit mit der Kunstgalerie Walz aus Überlingen am Bodensee und dem Zentrum für verfolgte Künste im Kunstmuseum Solingen. Die Schau wird, wie schon „Dürer in Gmünd“ 2015, von Julia Schuster, STRABAG Kunstforum, und Erika Schuster, Kulturinitiative Gmünd, kuratiert.

Begleitend zur Ausstellung werden wieder Fachvorträge internationaler Goya-Spezialisten im Rahmen von Goya-Matinéen organisiert, Kinovorführungen mit Filmbiographien über den Künstler, etwa von Milos Forman oder Carlos Saura, im Kulturkino gezeigt sowie ein umfangreiches Kunstvermittlungsprogramm für Schulklassen und ein abwechslungsreiches Führungsprogramm durch die Ausstellung angeboten.

<http://www.stadtgmueund.at>

Nestlé und Salzburg Festival Young Conductors Award 2016

Ciarán McAuley, Alexander Prior und Aziz Shokhakov sind im Finale.



Foto: Salzburger Festspiele / Doris Wild

Nestlé and Salzburg Festival Young Conductors Award 2016-Finalisten (v.l.) Ciarán McAuley, Alexander Prior, Aziz Shokhakov

Ciarán McAuley, Alexander Prior und Aziz Shokhakov – diese drei jungen Finalisten werden beim Award Concert Weekend im Sommer um den Preisträgertitel 2016 dirigieren. Im Vorjahr gewann Lorenzo Viotti, der schon jetzt am Pult von namhaften Orchestern wie kürzlich dem Royal Concertgebouw Orchestra steht und sein Preisträgerkonzert am 7. August in der Felsenreitschule dirigiert. Der Nestlé and Salzburg Festival Young Conductors Award findet heuer bereits zum 7. Mal statt. Auch dieses Jahr war das Interesse enorm. 86 KandidatInnen aus 4 Kontinenten und 35 Ländern bewarben sich für den Award, der sich zu einer der begehrtesten internationalen Auszeichnungen für junge Dirigenten entwickelt hat.

Die Jury unter dem Vorsitz von Dennis Russell Davies hat aus den 86 Bewerbungen acht Kandidaten ausgewählt. Während des nicht öffentlichen Probenabends am 8. Mai interpretierten die jungen Dirigenten mit dem österreichischen ensemble für neue musik (œnm) jeweils zwei zeitgenössische Kompositionen. Als Pflichtstück war die Kammer-symphonie Nr. 1 E-Dur op. 9 für 15 Soloinstrumente von Arnold Schönberg vorgegeben; ein weiteres Werk konnten die Kandidaten aus drei von der Jury vorgegebenen Kompositionen auswählen: Pierre Boulez

(Mémoriale für Flöte und 8 Instrumente), Iannis Xenakis (Jalons pour 15 musiciens) und Louis Joseph Andriessen (Workers Union for any loud-sounding group of instruments)

Juryentscheidung

„Wir waren vom künstlerischen Niveau der acht Kandidaten sehr angetan und die Entscheidung der Jury hat sich rasch auf die drei Finalisten konsolidiert“, erklärte der Juryvorsitzende Dennis Russell Davies.

Ciarán McAuley (32) aus Irland
Alexander Prior (23) aus Großbritannien
Aziz Shokhakov (27) aus Usbekistan

„Es ist wohl eine der schönsten Aufgaben von etablierten Kulturinstitutionen, junge Talente zu entdecken und zu fördern. Die Salzburger Festspiele freuen sich, daß sie nun im August zum 7. Mal den Nestlé and Salzburg Festival Young Conductors Award vergeben können“, sagte Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler.

Statements der Finalisten

Ciarán McAuley: „Ich freue mich sehr auf die Gelegenheit, mit der Camerata Salzburg im August zu arbeiten. Es ist für mich auch deshalb besonders, weil es das erste Konzert nach längerer Zeit in Malaysia wie-

der in Europa ist, noch dazu bei den Salzburger Festspielen.“

Aziz Shokhakov: „Es ist eine großartige Erfahrung und wunderbare Herausforderung. Ich bin sehr glücklich, diese Chance zu bekommen bei den Salzburger Festspielen die Camerata Salzburg zu dirigieren.“

Alexander Prior: „Seit meiner Kindheit komme ich nach Salzburg und besuche dieses großartige Festival mit den weltweit besten Musikern. Es ist ein großes Glück und eine große Ehre, beim Award Concert Weekend im Sommer ein Konzert zu dirigieren.“

Award Concert Weekend

Das Award Concert Weekend findet heuer zum zweiten Mal im Rahmen der Salzburger Festspiele im Sommer statt. Die drei Finalisten dirigieren die Camerata Salzburg in der Stiftung Mozarteum. Die Konzertprogramme werden gemeinsam mit den Kandidaten erarbeitet und im Juni 2016 bekannt gegeben. Dem zeitgenössischen Musikschaffen kommt wiederum besonderes Augenmerk zu. Auch das Publikum ist eingeladen, beim Award Concert Weekend von 5. bis 7. August 2016 mitzufiebern, wenn die Entscheidung fällt, wer den mit 15.000 Euro dotierten Award erhalten wird. ■

<http://www.salzburgfestival.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **100. (!) Folge** portraitiert er

Johanna Matz

Schauspielerin



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Johanna Matz

Johanna Matz, geboren am 5. Oktober 1932 in Wien, absolvierte eine Ballettausbildung, die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst und nahm am Reinhardt Seminar (als Mitschülerin Otto Schenks) bei Helene Thimig Schauspielunterricht. Das junge Talent kam 1950 durch Berthold Viertel an das Burgtheater und feierte 1951 in Harald Röbbelings Episodenfilm „Asphalt“, dem ersten neoeveristischen Filmexperiment in Österreich (BRD: „Die Minderjährigen“) ihr Leinwanddebüt. Ernst Marischka, der später auch Romy Schneider populär machte, formte sie zu jenem spezifischen Typ des beseelten und schlagfertigen Wiener Mädels, das seit Paula Wesselys Abgang ins Frauenfach im österreichischen und deutschen Film fehlte.

Als Otto Preminger im Frühjahr 1953 im Rahmen seiner ersten unabhängigen Produktion mit der Verfilmung der in New York spielenden Boulevardkomödie „The Moon Is Blue“ von Frederick Hugh Herbert begann, entschied er sich, zusätzlich zur US- noch eine deutschsprachige Version zu drehen, ein Unternehmen, das es seit über 20 Jahren im amerikanischen Movie Business nicht mehr gegeben hatte. Für die weibliche Hauptrolle wurde Johanna Matz mit den Stars Jo-

hannes Heesters und Hardy Krüger einzelvertraglich und unter besten Bedingungen nach Hollywood verpflichtet.

Die Impressionen der jungen, von ihrer Agentin in die USA begleiteten Wienerin über die wenigen Wochen in der „Traumfabrik“ gipfelten in der Bewunderung der modernen Filmmethoden, der harten und konzentrierten Atelierarbeit und in zahlreichen gesellschaftlichen Begegnungen mit berühmten Kollegen wie Billy Wilder, Paul Henreid, Walter Slezak oder den Kolumnistinnen Hedda Hopper und Louella Parsons. Matz war Gast bei der Verleihung der Golden Globes und genöß von ihrem Domizil aus, dem Hotel Chateau Marmont am berühmten Sunset Boulevard, den Blick über die weitgestreute Filmmetropole.

Preminger leitete in der US-Version „The Moon Is Blue“ („Wolken sind überall“) in einer kurzen Szene auf dem Top des Empire State Buildings mit dem Paar Krüger/Matz zur deutschen Version „Die Jungfrau auf dem Dach“ über. Diese, während der folgenden



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Johanna Matz als unbefangenes, naives Mädchen Patty O'Neill in der in Hollywood und bei Außenaufnahmen in New York von Otto Preminger gedrehten deutschsprachigen Filmadaption der erfolgreichen Boulevardkomödie des in Wien geborenen US-Autors Frederick Hugh Herbert

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Filmarchiv Austria, Wien

Johanna Matz und der deutsche Star Hardy Krüger in Otto Premingers deutschsprachiger, in zwei Versionen produzierter Filmkomödie »Die Jungfrau auf dem Dach« (»The Moon Is Blue«)

Berliner Filmfestspiele uraufgeführt, geriet filmisch weniger unbefangen und darstellerisch etwas plumper, zudem mißlang der Versuch des Produzenten, „Hannerl“ trotz ihres bemerkenswerten komödiantischen Talents zum „flapper“ amerikanischen Zugschnitts aufzubauen.

Dennoch festigte das Hollywood-Intermezzo ihren heimischen Ruhm, Johanna Matz wirkte bis 1976 in 50 Kino- und TV-Filmen

mit, darunter 1954 nochmals in der in Italien und Berlin gedrehten bi-lingualen US/BRD-Produktion „They Were So Young“ („Mannequins für Rio“). Um schauspielerische Ernsthaftigkeit bemüht, gelang es ihr 1955 unter der Regie Harald Brauns in dem Unterhaltungsfilm gehobenen Stils „Regine“ nach der Novelle Gottfried Kellers, aus dem zur Schablone gewordenen Rollenbild des entzückenden Wiener Mädels auszubrechen. Sie wuchs

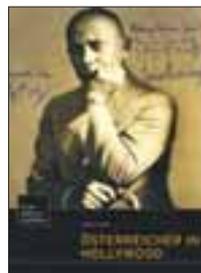


Foto: © http://geschichte.wiki.wien.gv.at / CC BY-NC-ND 4.0

Filmplakat zum Ernst Marischka-Film »Hannerl« mit Johanna Matz (1952)

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

als Künstlerin, etablierte sich zu Beginn der 60er-Jahre erfolgreich auf der Bühne und durfte sich ab 1967 mit dem Titel einer Kammerschauspielerin schmücken, 2002 mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse. Die Schauspielerin lebt heute zurückgezogen in Wien und Oberösterreich. ■

Salzburger Almsommer

Nirgendwo im Alpenraum gibt es so viele Almen wie im SalzburgerLand: Rund 1800 Almen werden landwirtschaftlich genutzt, in gut 550 Almhütten können Wanderer nach traditioneller Manier einkehren.



Foto: SalzburgerLand Tourismus / Achim Meurer

Das Salzburger Saalachtal

Jahr für Jahr zieht es immer mehr Menschen in die Berge: Doch nicht die hohen Gipfel, sondern die romantischen Almen sind das erklärte Ziel. Nach gut ein- bis einhalb Stunden Gehzeit ist meist das hölzerne Almgatter oder der Zauntritt erreicht: Man hört das erste Läuten der Kuhglocken, von irgendwo steigt Rauch in den Himmel und manchmal verrät ein leise brummendes Aggregat, daß die Bauersleute gerade dabei sind, die frische Milch zu verarbeiten.

Das Leben auf der Alm ist eine scheinbar entschwundene Welt: Das eiskalte Wasser kommt nicht aus der Leitung, sondern von der eigenen Quelle. Das Licht kommt nicht von der Glühbirne, sondern von der Kerze. Und die Wärme in der Stube nicht von der Heizung, sondern vom Holzofen. Nostalgisch mutet das einfache Leben auf der Alm an, das rund hundert Tage dauert. Die Minuten scheinen langsamer zu vergehen und

manchmal hat man sogar das Glück, daß das Mobiltelefon aufgrund des fehlenden Empfangs für ein paar Stunden stillschweigt.

Jedes Jahr wird der Salzburger Almsommer in einer anderen Salzburger Urlaubsregion eröffnet: In diesem Jahr ist das Naturparkhaus im Lungauer Riedingtal Ausgangspunkt für einen Tag voll Musik, Tanz und Kulinarik. Die diesjährige offizielle Eröffnung des Salzburger Almsommers am 19. Juni steht ab 11 Uhr unter dem Motto „Von Wiesenblumen, Almkräutern und Hüttengeheimnissen“. Auf den Hütten der Schliereralp, der Gruberalp, der Hoislalm, der Ilgalm, der Königalm, der Zauneralp, der Örgenhiasalm, der Jakoberalp und auf der Franz-Fischer-Hütte können Wanderer und BesucherInnen den Almsommer von seiner schmackhaftesten Seite entdecken. Ein Tälerbus tourt ebenfalls von Hütte zu Hütte, damit wirklich jeder bei diesem großen Fest dabei sein kann!

Mit dem Salzburger Almsommer gehen zahlreiche Bräuche einher: Von der geweihten, schwarzen Wetterkerze, die bei Gewittern angezündet wird über das „Bekreuzigen“ des Brotlaibes und dem Binden des „Kräuterbuschens“ bis hin zum Almbetrieb im September.

In der Nationalparkgemeinde Rauris ist schon der Almauftrieb ein besonderes Ereignis: Seit über hundert Jahren verbringen Pferde des Salzburger Zuchtverbandes den Sommer auf der Grieswiesalm in Rauris. Anders als die Stuten können die mächtigen Deckhengste nicht in den Almsommer geschickt werden, ohne daß sie vorher die Rangordnung austreten. Sie würden sonst den ganzen Sommer über auf der Alm versuchen, die Hierarchie herzustellen, was wegen der großen Ausweichflächen aber nicht klappt – Stress entsteht, vor allem für die jüngeren oder weniger starken Tiere.

ÖJ-Reisetip

Also kommen die Hengste der 16 Vereine in Rauris zusammen. Im eingezäunten „Pfränger“ sind die Rösser gezwungen, die Rangordnung definitiv klarzustellen. Ist diese ausgefochten, geht es für gut hundert harmonische Tage auf die Alm. Der Hengstauftrieb in Rauris findet am 25. Juni beim Alpengasthof Bodenhaus statt.

170 zertifizierte Almsommerhütten garantieren im SalzburgerLand ein ursprüngliches und damit besonders authentisches Almerlebnis. Doch nicht nur das: Mit ihren speziellen Angeboten sprechen die Almhütten ganz unterschiedliche Zielgruppen an. So etwa sind die „Kinderwagen-Almen“ auch mit den Kleinsten auf gut befestigten Wegen einfach zu erreichen. Auf den „Kinderalmen“ wird dem Nachwuchs jede Menge Unterhaltung mit Streichelzoo, Natur-Spielplatz und Wasser-Erlebniszonen geboten. Bei allen Bikefans sind die „Mountainbike-Almen“ als knackige Herausforderungen bekannt und für Kulturkundige und Kunstinteressierte empfehlen sich die „Kunst & Kultur-Almen“.

Drunten im Tal garantieren die zertifizierten 93 Almsommer-Partnerbetriebe – Hotels, Gasthöfe und Pensionen – einen unvergesslichen Wanderurlaub. Die Gastgeber sind allesamt ausgewiesene Wanderspezialisten und kennen nicht nur die schönsten Touren, die besten Hütten und Aussichtspunkte, sondern auch die Wetterprognosen für den nächsten Tag. Bereits vor dem Urlaub gewähren sie Gästen eine ausführliche Beratung über die „Wander-Hotline“. Vor Ort erhalten WanderInnen und UrlauberInnen alle Infos zu Alpenschulen und Führern sowie besondere Annehmlichkeiten wie etwa aktuelles Info- und Kartenmaterial, Thermo-Frühstück für Frühaufsteher oder ein „Jausenpaket“ für den Rucksack.

In diesem Sommer feiert der 350 Kilometer lange Salzburger Almenweg sein 10-Jahres-Jubiläum. Tausende von begeisterten Wanderern, Bergsteigern und Naturliebhabern haben sich im vergangenen Jahrzehnt auf den Weg zu den 120 Almen gemacht und haben die 31 Etappen – einzeln, tage- bzw. wochenweise oder am Stück – erwandert. Der Rundwanderweg führt einmal quer durch den Salzburger Pongau mit seinen bekannten Ferienregionen wie der Salzburger Sportwelt, dem Großarlal, dem Gasteinertal, der Ferienregion Hochkönig, der Salzburger Sonnenterrasse und Obertauern. 25 Orte gibt es im Salzburger Pongau und sie alle sind Talorte des Salzburger Almenwegs: Von überall können Wanderer in den Weitwan-



Foto: SalzburgerLand Tourismus / Bazzoka Creative

Wanderpause am Hochkönig bei einer der gut 550 Almhütten in Salzburg

derweg einsteigen, allorts aber auch wieder ins Tal absteigen. Der Weg ist durchgängig markiert, Erkennungszeichen ist der blaue Enzian. Die Etappen sind abwechslungsreich und decken unterschiedliche Schwierigkeitsgrade ab: So können einige Almhütten gut mit der ganzen Familie erwandert werden, andere Etappen sind erfahrenen Bergsteigern vorbehalten. Das große Geburtstagsfest mit Musik und Kulinarik findet am 3. Juli auf der Astenal in Bad Gastein statt.

Die Wander-WM des Österreichischen Volkssportverbandes (ÖVV) ist die größte Wanderveranstaltung Europas für Genüßwanderer, Leistungssportler und Vereine. Von 22. bis 24. September findet die Veranstaltung, für die rund 1000 Wanderbegeisterte aus 20 Nationen erwartet werden, in Mittersill in der Ferienregion Nationalpark Hohe Tauern statt. Mitmachen kann jeder: Täglich können die WanderInnen von Mittersill aus drei unterschiedlich schweren und langen Routen wählen und zu den schönsten Plätzen und Berggipfeln im Nationalpark Hohe Tauern wandern.

Für Erholung zwischen den Wandertouren werden die zertifizierten Wanderbetriebe in der Region Mittersill sorgen. Die Beherbergungsbetriebe in der Ferienregion wissen

über das regionale Wanderangebot Bescheid. Die WM-TeilnehmerInnen finden in den zertifizierten Betrieben auch Wanderinfoteken, Kartenmaterial, ausgewählte Bücher zum Thema Wandern sowie Wasch- und Trockenräume, Rucksäcke, Wanderstöcke, Trinkflaschen und vieles mehr. Die Wander-Weltmeisterschaften werden seit 2002 veranstaltet und jährlich unter den besten alpinen Wanderdestinationen vergeben.

Von 3. bis 9. September steht die Wildkogel-Arena in den Nationalparkgemeinden Neukirchen am Großvenediger und Bramberg ganz im Zeichen der Erstbesteigung des höchsten Gipfels Salzburgs: Neben einem ÖAV-Patentreffen mit erwarteten 150 bis 200 TeilnehmerInnen stehen in dieser Festwoche Vorträge, Bergführergespräche, geführte Wanderungen mit Nationalpark-Rangern, Hüttenabende, Lesungen, ein Festabend sowie Bergmessen auf dem Programm wie auch eine neue Ausstellung, die dem Großvenediger gewidmet ist.

Die Erstbesteigung des Großvenedigers fand am 3. September 1841 unter der Leitung von Ignaz Kürsinger statt: 26 der 40 Männer erreichten den Gipfel. Ignaz Kürsinger gilt als einer der Begründer des modernen Alpinismus. ■

<http://www.salzburgerland.com>